Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

25. Februar 1980
Jg. 8 Nr. 9

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

1. Weltkongreß indianischer Völker in der Inkahauptstadt Cuzco

z.rua. Vom 27.2. bis 2.3. findet der 1. Weltindianerkongreß statt. Tagungsort ist die im peruanischen Andenhochland gelegene Hauptstadt des von den spanischen Kolonialisten im 16. Jahrhundert zerstörten Inkareiches. Neben Vertretern der Quechua und Aymara, den in Peru und Bolivien lebenden Nachkommen der Inkavölker, werden Delegationen der Sioux, Navajos, Vikings und anderer Indianervölker aus den USA und Lateinamerika erwartet. Ziel des Kongresses ist die Gründung einer Universität und eines Informationszentrums zur Wiederbelebung und Förderung der indianischen Kultur. Der Kulturminister Nicaraguas gab im Dezember die Gründung indianischer Studienzentren bekannt. Dort sollen für die Indianer aus den USA und Lateinamerika Kurse zum Studium der Sprache, Sitten und Traditionen der Indianervölker stattfinden.

USA: Streik von Automobilarbeitern nationaler Minderheiten

z.gkr. Seit drei Monaten streiken die Arbeiter des Automobilausbesserungswerkes „Vogue Coach" in San Fernando Tal (USA). Sie kämpfen für Tarifverträge, denen der Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) gleich, und gegen die Abschiebung von dreizehn Arbeitern. Es sind vor allem mexikanische und zentralamerikanische (Latinos) unregistrierte Einwanderer beschäftigt, die oft nur die Hälfte von aus den USA stammenden Arbeitern verdienen. Sie kämpfen seit drei Jahren gegen nationale Unterdrückung und schlossen sich 1977 der UAW an. Unterstützung kommt von Chicano-Organisationen und Studenten, die eine Rundreise durch Nordkalifornien organisierten, aus den Gewerkschaften, vor allem der UAW: Resolutionen und hunderte Dollars von Ford- und GM-Werken. Am 18. Februar fand eine Demonstration vom Werk aus statt.

Sinti fordern Entschädigung für faschistische Verbrechen

z.mif. Der Verband deutscher Sinti und andere Organisationen des staatenlosen Volkes, das im amtlichen Sprachgebrauch Zigeuner heißt, fordern Wiedergutmachung und die Staatsbürgerschaft. Die Faschisten hatten in Mitteleuropa eine halbe Million Sinti und Roma ermordet. Bis 1970 sammelte die „Landfahrerzentrale" in München Akten über die 50000 in der BRD lebenden Sinti , wie etwa „Die Familie Rose ernährt sich von Einbrüchen und Diebstahl". Diese Akten benutzt die Bourgeoisie weiterhin, um zu behaupten, die Sinti seien nicht aus rassischen Gründen verfolgt worden und hätten nicht den Anspruch auf Wiedergutmachung. Anträge, die nach 1969 gestellt wurden, werden erst gar nicht bearbeitet. Anfang April wird eine Gruppe von Sinti gegen diese Entrechtung mit einem Hungerstreik im KZ Dachau protestieren.

Sowjetunion: Säuberungen in Gebieten nationaler Minderheiten

z.krk. Den Sozialimperialisten gelingt es nicht, die Erfüllung der zentralen Pläne in den Gebieten der nationalen Minderheiten durchzusetzen. Ende 1979 wurden in allen Republiken ZK-Sitzungen zur Überprüfung der Planerfüllung abgehalten. In Turkmenistan war die Arbeitsproduktivität um 3% niedriger als 1978. Georgien hat in den vergangenen vier Jahren für 51 Mio. Rubel zu wenig Grundnahrungsmittel, für 166 Mio. Rubel zu wenig Industriegüter geliefert. In Kasachstan gab es Einbrüche in der Fleischproduktion wegen Seuchen und „verantwortungslosen Umgangs" mit dem Vieh. – Die Zentralregierung geht mit einer Säuberungswelle gegen diese Art von Widerstand vor: gefeuert wurden die ersten Sekretäre von zwei armenischen Bezirksparteikomitees, der 2. Sekretär des ZK der KP Kasachstans und der Vorsitzende des Obersten Sowjets Kasachstans.

ZANU (PF) kämpft für Unabhängigkeit und Volksmacht

Briten setzen ihre Kolonialpraktiken in Zimbabwe fort

z.ges. Vom 27. bis 29. Februar sollen die Wahlen in Zimbabwe durchgeführt werden. Im Londoner Abkommen war den weißen Siedlern ein Fünftel der Parlamentssitze, 20 von 100, eingeräumt worden. Sie haben schon gewählt und die Vertreter der „Nationalen Front" des Ian Smith ins Parlament geschickt. Ihre Sitze könnten den Ausschlag für die Regierungsmehrheit geben, wenn die ZANU (PF) am Wochenende nicht mehr als 50 Sitze, d.h. mehr als 63% der afrikanischen Stimmen erhält oder ZANU (PF) und ZAPU (PF) bei Stimmenmehrheit keine Koalitionsregierung bilden. Die Möglichkeiten der britischen Imperialisten und der weißen Siedler, das Volk von Zimbabwe in den Wahlen um die Früchte des bewaffneten Kampfes zu betrügen, sind also nicht schlecht. Um so entschiedener versucht der britische Gouverneur, der gegenwärtig die Regierungsgewalt ausübt, mit politischem und militärischem Druck der Sache nachzuhelfen.

Die Regierungsgewalt des britischen Gouverneurs stützt sich auf die Kolonialarmee und die Kolonialpolizei. Zusätzlich sind die Privattruppen Muzorewas im Einsatz, die der Kolonialarmee angegliedert sind. Der britische Gouverneur denkt gar nicht daran, diese Truppen in Sammellagern zusammenzuhalten. Sie bilden einen festen Bestandteil seiner Konzeption von „freien und fairen" Wahlen. Der britische Gouverneur macht die ZANLA für die Mehrzahl der bewaffneten Zusammenstöße verantwortlich, die seit Beginn des Waffenstillstandes vorgekommen sind. In Wirklichkeit ist das Waffenstillstandsabkommen von vornherein durch den britischen Gouverneur unterlaufen worden, als er zuließ, daß die Hilfstruppen Muzorewas in die befreiten Gebiete eindrangen, nachdem die ZANLA die Sammellager aufgesucht hatte. Damit wurden Zusammenstöße unvermeidlich. Die Söldner Muzorewas versuchen, die Volksmassen zu tyrannisieren. Die Abwehr solcher Versuche legt der britische Gouverneur als Waffenstillstandsverletzung aus. So hat er nicht nur Kandidaten und Wahlkampfverantwortliche der ZANU (PF) festnehmen lassen, sondern in einigen Gebieten den Wahlkampf der ZANU (PF) verboten. Er hat auch angekündigt, die ZANU, falls er dies für notwendig halte, in bestimmten Gebieten oder insgesamt von der Wahl auszuschließen.

Präsident Mugabe antwortete einem amerikanischen Journalisten, was die ZANU (PF) veranlassen könnte, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen: „Ich habe erklärt, daß es reicht, wenn uns der Gouverneur in irgendeinem der Bezirke von der Wahl ausschließt. In irgendeinem der Bezirke, das reicht." Mag sein, daß es der britische Gouverneur direkt auf eine Provokation anlegt. Neulich sind bei Bombenanschlägen auf Kirchen zwei der Attentäter umgekommen. Es waren Sicherheitsbeamte.

Zusätzlich zu den regulären Truppen, den Sicherheitskräften und den Söldnern Muzorewas sind jetzt auch noch die weißen Reservisten einberufen worden. Sie sollen den Ablauf der Wahlen sichern. Das haben sie bekanntlich schon im letzten Jahr gemacht. Der Erfolg war damals durchschlagend: Muzorewa erhielt die absolute Mehrheit. Das kann diesmal nicht die Hoffnung sein. Soames hätte Sorge vor einem Putsch der Kolonialisten, falls die ZANU (PF) die Wahlen gewinne, schreiben britische Zeitungen. Wenn die Schikanen den Wahlsieg der ZANU nicht verhindern können, dann stehen die Kolonialtruppen jetzt samt Reserven in Reih und Glied. Die Sorge des Gouverneurs scheint nicht ein Putsch, sondern dessen Erfolg zu sein. Erneut hat er auch wieder südafrikanische Truppen ins Land kommen lassen. War der erste Vorwand, südafrikanische Truppen sollten auf dem Gebiet von Zimbabwe die Eisenbahnverbindung mit Südafrika sichern, so sollen sie diesmal die freien und fairen Wahlen sichern: Mit ihren gepanzerten Fahrzeugen hätten sie die Aufgabe, die versiegelten Wahlurnen zu den Auszählstellen zu transportieren. Sambia und Tansania haben dagegen protestiert und UNO-Generalsekretär Waldheim aufgefordert, noch vor den Wahlen nach Zimbabwe zu gehen, um die Lage zu beobachten. England hat aber den UNO-Generalsekretär wissen lassen, daß eine solche Mission in der Zeit vor den Wahlen störend sei und nur eine Mission für die Wahltage akzeptiert. Käme die UNO-Mission schon vorher, könnte sich schnell vollends herausstellen, daß die einzige Behinderung des Wahlkampfes von den Kolonialtruppen ausgeht. Schon die Aussagen der britischen Beauftragten für die einzelnen Distrikte klingen ganz anders als die Behauptungen des Gouverneurs. Der Verantwortliche der Bezirke Maranda und Matibi, in denen angeblich die Wahlvorbereitungen durch die ZANU (PF) behindert werden, meinte gegenüber Journalisten: „Alle Parteien haben im großen und ganzen ihre Plakate kleben und ihre Programme verteilen können. Die Einwohner sind übrigens besser über die existierenden Parteien informiert, als es auf den ersten Blick aussieht. Man kann sagen, daß die Wahlen ziemlich frei und gerecht sein werden." Gerade das aber scheint der britische Gouverneur zu fürchten. Die Journalisten berichten auch von den Tätigkeiten der Muzorewa-Söldner. Muzorewas Kandidatin in Wedza meinte: „Glücklicherweise helfen uns die Hilfstruppen. Sie ziehen Zivil an und bringen die Leute zu den Versammlungen auf die Beine." Die für das örtliche Krankenhaus zuständige Nonne erklärte: „Alles ist ruhig hier. Aber wir wünschen, daß die Hilfstruppen mit ihren Waffen abhauen." Stattdessen konnten die Journalisten beim Verlassen der Stadt feststellen, wie die rhodesischen Reservisten ihren Einzug hielten, wohl, um „die Ruhe wiederherzustellen".

Daß die ZANU (PF) trotz allem als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen wird, bezweifelt keiner der Beobachter. Sofern die Kolonialisten nicht auf Putsch setzen, spekulieren sie darauf, daß Nkomo mit den Landesverrätern und den Siedlern koalieren könnte. Jedenfalls werden die Tage nach der Wahl noch spannender werden als die Wahltage selber. Falls es überhaupt soweit kommt.

„Wir kämpfen nicht für Texaco"

US-Jugend kämpft gegen Registrierung



Seit Carter im Bericht zur Lage der Nation die Wiedereinführung der Registrierung zur Vorbereitung der Wehrpflicht angekündigt hat, wird überall in den USA der Kampf gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung verstärkt. An zahlreichen Hochschulen und vor Armee-Einrichtungen fanden Demonstrationen statt, in Berkeley, Kalifornien, wurde ein Rekrutierungsbüro zeitweise besetzt. Die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung wird nach unserer Kenntnis bisher nicht erhoben. Das Bild zeigt eine Demonstration in Chicago am 9. Februar. (Foto: The Call) Am 22. März findet in Washington eine zentrale Demonstration statt.

CDU/CSU zimmern Wahlprogramm für die Bauern

CDU/CSU nutzt Bauernhetze der SPD und fordert Weiterführung der EG-Agrarpolitik

z.jük. Der Bauernkongreß der CDU/CSU in Oldenburg hat jetzt ein neues Agrarprogramm verabschiedet. Streicht man alle Verpackungen beiseite, so wird die Politik der Großbanken zum Programmpunkt erklärt: „Die Union sichert durch ihre agrarpolitischen Zielsetzungen die gesellschaftspolitisch erwünschte Streuung des Eigentums an Grund und Boden. Privateigentum ist für die Land- und Forstwirtschaft zugleich eine wichtige Grundlage für die Absicherung der Agrarkredite." Praktisch gesprochen, das „Eigentum an Grund und Boden" dient zur Sicherheit bei der Vergabe von Agrarkrediten durch die Banken, an deren Steigerung diese ein erhebliches Interesse haben. Für die Agrarkapitalisten und den Großbauern stellt sich die Lage wesentlich anders als für den Klein- und Mittelbauern. Für den Agrarkapitalisten bedeutet der Agrarkredit im allgemeinen Steigerung der Produktion, Rationalisierungen und Ausnutzung neuester Maschinerie, Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter, Erhöhung der Erträge der Landwirtschaft auf größerer Stufenleiter. Die Wirkung ist größerer Profit. Aus diesem läßt sich Zins und Kredittilgung gut bezahlen. Beim Klein- und Mittelbauern ist die Wirkung umgekehrt. Da diese im allgemeinen keinen Profit machen und demzufolge daraus auch keinen Zins zahlen können, die Zinslast im Gegenteil direkt auf den Reproduktionsfonds drückt, wird durch die Ziehung weiterer Kredite faktisch das Land an die Banken übereignet, ehe es ganz weggeschnappt wird.

Nachdem so die Konkurrenz unter den Bauern erheblich verschärft wird, tritt die CDU/CSU für eine Regulierung der „gesellschaftspolitisch erwünschten Streuung des Eigentums an Grund und Boden" über die Preispolitik ein: „CDU und CSU haben die Grundsätze gemeinsamer Markt-, Preis- und Grundlage der Gemeinschaft. Sie ist eine unentbehrliche Voraussetzung für die Erhaltung des gemeinsamen Warenverkehrs in den übrigen Bereichen ... Die Markt- und Preispolitik muß so eingesetzt werden, daß sie angemessene Einkommen, eine ausreichende Eigenkapitalbildung und den wirtschaftlichen Arbeits- und Kapitaleinsatz ermöglichen. Daher sind die Marktordnungspreise der Kosten- und Marktentwicklung anzupassen. CDU und CSU sind fest entschlossen, an den bewährten Elementen der Marktordnungen festzuhalten." Für die Großbauern und Agrarkapitalisten bedeutet diese Politik ordentliche Profite, weil sie unter dem „Marktordnungspreis" produzieren können. Gegenüber den Klein- und Mittelbauern wirkt dies dagegen als Mittel zur Ruinierung.

Im Kern unterscheidet sich das Agrarprogramm von CDU/CSU nicht allzusehr von dem der Regierungskoalition. Gleichwohl versucht die CDU/CSU sich an die Spitze der Proteste der Bauern zu stellen, als „Kämpfer gegen Sozialismus". Ein Teil der bürokratischen Schikane der Bauern wird als solche hingestellt. Erleichtert wird ihr diese Demagogie durch die Hetze gegen die Bauern in SPD-Blättern und auch in der Gewerkschaftspresse in den letzten Wochen, wo höhere Besteuerung der Einkommen der Bauern und Buchhaltung auch für die Kleinbauern gefordert wird. Ob allerdings angesichts der wachsenden Bewegung unter den Bauern dieses Programm der christlichen Reaktion greifen wird, ist durchaus fraglich.

Massendemonstrationen in Kabul gegen die sowjetischen Aggressionstruppen



Die sowjetischen Besatzer mußten in Afghanistans Hauptstadt Kriegsrecht verhängen. Arbeiter stellten den Strom ab, und binnen kurzem dröhnten über der Stadt die Kampfparolen der Volksmassen. *Bild:* Vor dem Zentralgefängnis, 11.1.

z.hör. **Am 21./22.2. veranstaltete der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Westphal ein Meeressymposium.** Geladen waren alle wichtigen Kapitalistenverbände aus diesem Gebiet: u.a. Verband der Deutschen Hochseefischerei (DIHT) sowie ein Vertreter des Auswärtigen Amtes. Damit versuchte sich die CDU als Sprachrohr der Kapitalisten vor Beginn der 9. Sitzungsperiode der 3. UN-Seerechtskonferenz im April zu profilieren. Die letzte Sitzungsperiode endete mit den Forderungen der Länder der 3. Welt nach einer UN-Meeresbergbaubehörde, welche die Meeresbodenschätze und Schürfrechte verwalten soll, sowie nach Ausdehnung der Festlandsockelzonen auf 350 sm. Die 200 sm Wirtschaftszone konnte faktisch bereits gegenüber den Imperialisten durchgesetzt werden. ,,... die ganz ungeheure Bereicherung einzelner Langküstenstaaten auf Kosten geographisch benachteiligter Staaten kann uns schon aus Gründen der damit verbundenen Friedensgefährdung nicht gleichgültig sein ...", erhob Westphal seine Kriegsdrohung gegen die Völker. Die westdeutschen Imperialisten fordern eine enge Begrenzung der Wirtschafts- und Festlandsockelzonen, garantierte Zugangsrechte zu fremden Meereszonen – besonders in der EG –, Durchfahrtsrechte durch fremde Wirtschaftszonen und freie Nutzungsmöglichkeiten der ,,hohen See" und des Tiefseebodens.



Erstes deutsches Antarktisschiff



Erstes deutsches Antarktisschiff

z.kam. **Westdeutsche Trawler wurden vergangene Woche wegen Raubfischerei vor den Küsten von Kalatdlit Nunat (Grönland) aufgebracht.** Die ,,Heidelberg" (Reederei Nordsee-Hochseefischerei Bremerhaven) sowie die ,,Pickenpack" (Hamburg) sind von einem dänischen Inspektionsschiff gestellt worden, die ,,Pickenpack" konnte jedoch in isländische Gewässer fliehen. Die ,,Heidelberg" hatte 200 Tonnen gefrorenen Kabeljaufilets im Wert von 700000 DM an Bord, das entspricht einem Zehntel der gesamten Fangquote für 1980 in den Gewässern an der Ostküste von Kalatdlit Nunat; 14 Tonnen hätte sie nach geltenden EG-Bestimmungen nur fischen dürfen. Die Regionalregierung Kalatdlit Nunats hat das Verhalten der deutschen Trawler als ,,Diebstahl und Betrug" scharf angegriffen. – Kalatdlit Nunat wurde gegen den Willen der Mehrheit seiner Bevölkerung 1973 im Schlepptau Dänemarks der EG zugeschlagen. Die Existenzgrundlage des Volkes von Kalatdlit Nunat – der Fischfang – wird durch die EG-Fischereimonopole nach und nach vernichtet. Die westdeutsche Hochseefischerei ist dabei führend.

z.gug. **Die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung von Arbeitern und Angestellten sind 1979 schneller gestiegen als die Ausgaben für Renten.** Die Beitragseinnahmen betrugen 102,8 Mrd. DM, die Ausgaben für Renten 103,8 Mrd. DM. Jede Lohnerhöhung bedeutet auch höhere Abzüge für die Sozialversicherungen, deren Einnahmen dadurch steigen. Außerdem wurden von der Arbeitslosenversicherung 0,4 Mrd. DM Beiträge für die Empfänger von Schlechtwettergeld zum ersten Mal an die Rentenversicherung gezahlt. Eine Erhöhung der Renten entsprechend den Lohnerhöhungen hatte die Regierung mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz verhindert. Die 4,5%-Erhöhung der Renten im letzten Jahr hat die Zunahme der Rentenausgaben gedrosselt.

z.juh. **Für ca. 30 Mrd. DM haben die Volksmassen 1978 in ,,Schwarzarbeit" untereinander Dienstleistungen erbracht und Waren geschaffen.** Da er diese Waren nicht besteuern kann, belegt der bürgerliche Staat sie als ,,Ordnungswidrigkeit" mit Geldbußen bis 30000 DM (Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit). 1976 hat er Bußgelder von insgesamt 1,4 Mio. DM verhängt, 1977 für 2,6 Mio. DM (Zahl der erwischten ,,Schwarzarbeiter" nicht genannt). – Das Problem des bürgerlichen Staatsapparates: für ihn ist es fast aussichtslos, überhaupt ,,Schwarzarbeit" festzustellen, denn die Volksmassen denunzieren einander nicht. – Dann die paar, die erwischt werden, besonders schröpfen! schlägt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hektisch vor: Erhöhung der Geldbuße auf 50000 DM (gleichzeitig gibt die CDU zu, daß schon jetzt Bußgelder ,,wegen Vermögenslosigkeit nicht beigetrieben" werden können); den Passus streichen, daß dem ,,Schwarzarbeiter" nachgewiesen werden muß, er habe aus ,,Gewinnsucht" und ,,in erheblichem Umfange schwarzgearbeitet". – Mitte 1978 hat die SPD/FDP-Regierung schließlich einen Gesetzentwurf des Bundesrates (mehrheitlich CDU) mit ähnlichen Vorschlägen an die Ausschüsse des Bundesparlaments, -wirtschafts- und -justizministeriums weitergeleitet.

z.brb. **Das Innenministerium hat z.Zt. zwei Forschungsaufträge vergeben, um die Wasserversorgung der Volksmassen weiter einzuschränken und zu verteuern.** Der Widerstand der Bauern gegen ihre Ruinierung durch den ständig sinkenden Grundwasserspiegel wie im hessischen Vogelsberg zwingt die bürgerlichen Politiker zum Handeln. Um die Versorgung der Kapitalisten mit Frischwasser nicht zu gefährden, soll der Wasserverbrauch der privaten Haushalte eingeschränkt werden. Zum einen lassen sie deshalb untersuchen, in welchem Umfang die Haushalte gezwungen werden können, anstelle von Trinkwasser gebrauchtes Wasser zu verwenden. Dazu sollen die Kosten und die Möglichkeiten für ein eigenes dazu notwendiges Versorgungsnetz miterforscht werden. Das 2. Projekt soll ergründen, wie diese Kosten auf die Volksmassen abgewälzt und sie außerdem durch gestufte Preise zur weiteren Einschränkung des Wasserverbrauchs gezwungen werden können.

z.ebk. **,,Die Beobachtung von Extremisten in den Betrieben" wird das Thema einer ,,Erörterung" zwischen Bundesinnenmister Baum und dem IG Metall-Vorstand Loderer in diesem Monat sein.** Gegen den heftigen Pro-

brauchs gezwungen werden können.

z.ebk. **,,Die Beobachtung von Extremisten in den Betrieben" wird das Thema einer ,,Erörterung" zwischen Bundesinnenmister Baum und dem IG Metall-Vorstand Loderer in diesem Monat sein.** Gegen den heftigen Pro-

test der Gewerkschaften hat Baum im letzten Jahr die ,,seit 1963 praktizierte Überprüfung als nicht nur rechtens, sondern auch notwendig bezeichnet". Baum will aber die Spitzelei ,,gemeinsam mit den Gewerkschaften". Der ,,Welt der Arbeit" verkündet er deshalb: ,,Es darf überhaupt nicht darum gehen, daß man Betriebsräte ... zum Gegenstand der Überprüfung durch die Sicherheitsbehörden macht". Aber: ,,Wir müssen bedenken, daß der gesetzliche Auftrag darauf gerichtet ist, extremistische Bestrebungen zu beobachten, auch innerhalb des Betriebes." Mit Loderer will Baum ,,erörtern, ob die bisher angewandten Verfahren die Schutzinteressen der *demokratischen* Arbeitnehmerschaft berücksichtigen". Loderer hat die Praxis der Überprüfungen in den Betrieben ,,unerträglich" genannt. Die Gewerkschaften müssen den Versuch Baums, die Spitzelei durch die Gewerkschaften absegnen zu lassen, zurückweisen.

z.eve. **In neu ausgearbeiten Plänen zur Ausbildung in den industriellen Elektroberufen hat sich die IG Metall zusammen mit anderen DGB-Gewerkschaften gegen die Stufenausbildung gewandt.** Diese Pläne werden die Grundlage für die Verhandlungen mit den Kapitalisten über neue ,,Ausbildungsordnungen sein. Die Kapitalisten begründen die Stufenausbildung mit den ,,unterschiedlichen Begabungsstruktur der Jugendlichen" (Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e.V. zur Stufenausbildung). Die IGM hat die Ausbildungspläne auf der Grundlage der ,,Eckdaten zur Neuordnung der industriellen Metallberufe" vom September 1978 aufgestellt (siehe auch KVZ 39/79). Schon damals hatte sich die IGM gegen eine Berufsausbildung gewandt, die kürzer als drei Jahre dauert. Sie hatte sich aber auf einen Kompromiß mit den Kapitalisten eingelassen, daß näm-



lich ein Modellversuch des Bundesinstituts für Berufsausbildung (BiBB) durchgeführt werden sollte, in dem geprüft werden sollte, ob für Jugendliche mit ,,abweichendem Lernverhalten" nicht eine kürzere Ausbildungszeit möglich sei. 1981 sollen die Verhandlungen mit den Kapitalisten beginnen.

Programm für wessen Überleben?

,,Brandt-Kommission" legt Schlußbericht vor / Konzept nicht für, sondern gegen die Dritte Welt

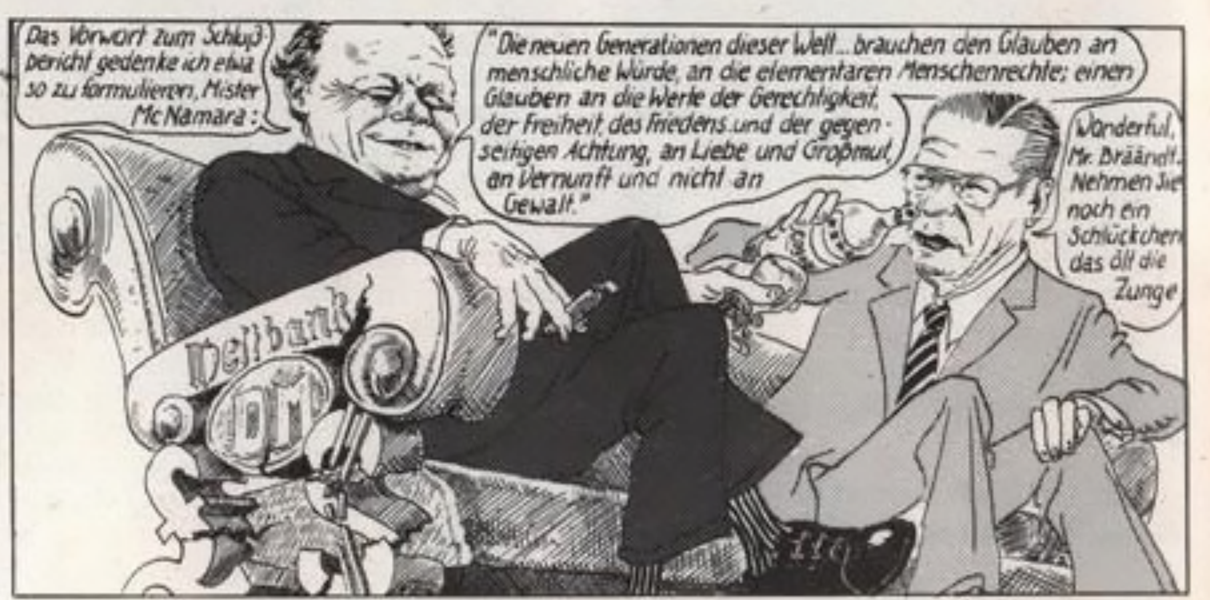
z.rua. 1974 beschloß die 6. UNO-Sondergeneralversammlung auf Druck der Dritten Welt ein Programm für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Die Imperialisten sabotieren mit allen Kräften die Durchführung dieses Beschlusses. 1977 wurde auf Initiative des Weltbankpräsidenten McNamara die ,,Nord-Süd-Kommission" unter Vorsitz des westdeutschen Sozialdemokraten Brandt gegründet. Sie ist ,,unabhängig", d.h. wird aus Stiftungen finanziert, u.a. dem ,,German Marshall Fund of the United States" und der Ford-Stiftung. Am 12.2.80 legte Brandt UNO-Generalsekretär Waldheim den Schlußbericht der Kommission vor. Er ist ,,Programm fürs Überleben" betitelt und beinhaltet ein Vier-Punkte-Programm.

Die Dritte Welt fordert einen Internationalen Rohstoff-Fonds, den die Imperialisten zahlen sollen und der ihrem Druck auf die Rohstoffpreise den Boden entzieht. Sie fordert weiter die Aufhebung der Importzölle für Industrieprodukte. Schlachtruf der Brandt-Kommission ist: ,,Handel ist wichtiger als Hilfe". Durch ungleichen Tausch von Industrieprodukten gegen Rohstoffe haben die Imperialisten die Dritte Welt in eine Verschuldung von mehr als 200 Mrd. $ getrieben. Die Brandt-Kommission fordert die Intensivierung dieses Handels und die Kapitalverdoppelung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds zur vermehrten Kreditvergabe an die Dritte Welt.

Die Dritte Welt fordert einen Fonds zur Finanzierung eigenständiger Industrialisierungsprojekte. Sie legt das Schwergewicht auf die Entwicklung der eigenen Landmaschinenproduktion, um basierend auf dem landwirtschaftlichen Mehrprodukt die Industrie zu entwickeln. Die Brandt-Kommission fordert, mit ,,internationaler Hilfe" die Agrarproduktion in der Dritten Welt zu steigern. Durch großflächige Plantagenwirtschaft für den Export soll der Dritten Welt die Ernährungsgrundlage weiter entzogen werden. Bis 1985 wird das Getreidedefizit der Dritten Welt auf 94 Mio. t anwachsen. Die Brandt-Kommission fordert den baldigen Abschluß eines Internationalen Weizenabkommens. Weltgrößter Weizenexporteur sind die USA. Sie bestimmen den Preis.

Die Dritte Welt fordert von den Imperialisten die *bedingungslose* Zahlung von 0,7% des Bruttosozialproduktes als Entwicklungshilfe. Die Brandt-Kommission fordert einen ,,Stufenplan", nach dem die ,,reichen Länder" zahlen sollen. Sie schließt die OPEC-Staaten mit ein. Seit langem besteht ein Fonds der OPEC für Entwicklungshilfeprojekte der Dritten Welt, nur außerhalb der Kontrolle der Imperialisten. Diese Kontrolle soll hergestellt werden; außerdem soll die OPEC verpflichtet werden, ,,willkürliche und abrupte Änderungen ihrer Exportpolitik zu vermeiden".

Die Dritte Welt fordert die nationale Souveränität über ihre Naturreichtümer einschließlich des Rechts auf Enteignung. Die Brandt-Kommission fordert verstärkten Kapitalexport. ,,Ohne Kapitalimport bleibt Entwicklung eine Illusion", droht sie der Dritten Welt. Verschiedene ,,Denkmodelle" für die Erhebung einer ,,Entwicklungssteuer" hält Brandt parat. Es ist denkbar, daß sich die westdeutschen Imperialisten ihre vermehrte ,,Entwicklungshilfe" z.B. durch eine Bananensteuer von den Volksmassen zahlen lassen wollen.



Rationalisierungen, Lohnsenkung, Entlassungen in der Elektroindustrie

z.gug. Umwälzung der Maschinerie, Schließung ganzer Produktionszweige bei gleichzeitiger Konzentration und Spezialisierung in anderen Zweigen, Verlagerung der Produktion in sogenannte Niedriglohnländer: fiebernd konkurrieren die

Arbeit und Lohndrückerei, AEG ist tüchtig dabei, diese Maßnahmen durchzuführen; Schließung der Werke

Rationalisierungen, Lohnsenkung, Entlassungen in der Elektroindustrie

z.gug. Umwälzung der Maschinerie, Schließung ganzer Produktionszweige bei gleichzeitiger Konzentration und Spezialisierung in anderen Zweigen, Verlagerung der Produktion in sogenannte Niedriglohnländer: fiebernd konkurrieren die

Kapitalisten um das Monopol auf dem Weltmarkt. Beispiele dazu aus einigen Flugschriften der KBW-Zellen zu den letzten Betriebsversammlungen:

Siemens, Westberlin, Bruchsal

,, ,Die Konzentration der Fertigung war die Voraussetzung, um Rationalisierungen durchsetzen zu können, ohne die wir im internationalen Wettbewerb nicht konkurrenzfähig geblieben wären. Diese Bemühungen, unsere Produkte durch Rationalisierung zu verbessern und kostengünstiger herzustellen, werden fortgesetzt.' Der Mariendorfer Betriebsführer Freund in den Siemens Nachrichten 11/78. Im Jahr 1976 begann der Siemens-Konzern, die Relais-Fertigung zu konzentrieren. Aus dem Inland wurde die Fertigung von Augsburg, aus dem Ausland die Fertigung aus Wien, Paris, Portugal, Südafrika, Australien und Argentinien nach Westberlin verlegt. Heute ist die Siemens-Relaisfertigung hauptsächlich im Westberliner Werk Mariendorf und in Evora/Portugal konzentriert."

,,In den letzten Tagen ist bekannt geworden, daß die Siemens-Kapitalisten planen, im Geschäftsjahr 1979/80 in Bruchsal 360 Arbeiter zu entlassen ... 1976 wurden bei Siemens Bruchsal noch drei verschiedene Telefonvermittlungssysteme nebeneinander produziert. Doch die Siemens-Kapitalisten rechneten aus, daß durch Schaffung von ,reinrassigen Betrieben' Profitsteigerungen erzielt werden könnten, und sie setzten sich deshalb zum Ziel, daß jedes Werk ausschließlich auf eine Technik spezialisiert werden sollte ... 1976/77 wurde die Schlosserei als Abteilung von 300 qualifizierten Facharbeitern zerschlagen ... Für die Blecharbeiten in der Schlosserei wurden damals drei Trumatic-Maschinen angeschafft. Die Trumatic ist eine NC-Maschine ... Gleichzeitig wollten die Kapitalisten mit der Trumatic die Produktionskosten senken, ... indem von je einer Trumatic 15 qualifizierte Schlosser überflüssig gemacht und die Bedienungsmannschaft an der Trumatic in den Löhnen heruntergedrückt wird ... der Lohnstandard in der Schlosserei ist innerhalb von vier Jahren von einem Durchschnitt bei LG 08 auf einen Durchschnitt bei LG 05 gesenkt worden."

AEG Hamburg

,,Werkstillegungen, Entlassungen, Rationalisierungen, Intensivierung der

Arbeit und Lohndrückerei, AEG ist tüchtig dabei, diese Maßnahmen durchzuführen; Schließung der Werke

in Bruchsal und Uffenheim, beabsichtigte Schließung der Turbinenfabrik AEG-Kanis in Essen; überall Entlassungen mit Ausnahme des Unternehmensbereichs Nachrichten und Verkehr ... Vom gesamten Umsatz der AEG N4, Nachrichten und Verkehrstechnik, werden 80% mit Behörden abgewickelt ... 30% gehen an die Bundeswehr. Radar, Führungsleitsystem, Lenkwaffen, Torpedotechnik usw. produziert AEG 4 für sämtliche Truppenteile. Schon in den 50er Jahren hatten AEG und Telefunken klar und gezielt mit der Kriegsproduktion begonnen.

Siemens, Bruchsal

,,Verlagerung und Kapitalexport in europäische Länder und Länder der Dritten Welt, um Druck auf den Weltlohnstandard und die Löhne in Westdeutschland auszuüben ... 130 Mio. Dollar setzten die Siemens-Kapitalisten in den letzten 5 Jahren in die Siemens SA, Sao Paulo/Brasilien ein ... zu den niedrigsten Löhnen, umgerechnet 720 DM verdient ein Arbeiter bei der Siemens SA, ein Angestellter 1600 DM im Monat, werden die brasilianischen Arbeiter bei gleicher Schweißauspressung ausgebeutet."

z.fum. **In einem Vergleich der Steinkohleförderung der EG Länder meldet die Statistik für Kohlewirtschaft e.V.: ,,Deutsche Kumpels vorn!"** Zwar ist die Fördermenge seit 1970 (117 Mio.t, England 145 Mio.t) auf 90 Mio.t (England 122 Mio.t) gesunken, jedoch haben die Rationalisierungen, die seit 10 Jahren im westdeutschen Steinkohlebergbau betrieben werden, zu einer höheren Produktivität je Mann und Stunde unter Tage geführt, als es in anderen EG-Ländern bei langsamerer technologischer Entwicklung möglich war.

Kohleförderung je Mann und Stunde in kg

	1978	1979
BRD	533	546
Frankreich	332	337
Belgien	281	276
England	376	374

Mit 1,3 Mrd. DM wollen die westdeutschen Steinkohlekonzerne 1980 die Mechanisierung des Abbaus und die Förderung zu Tage weiterentwickeln. Mit der ,,Ausweitung der Betriebszeit rund um die Uhr" (Lenhartz, Vorstandsvorsitzender Saarbergwerke) soll die Ausbeutung der Bergarbeiter intensiver gemacht werden. Der EG-Kommissar Brunner hält es für notwendig und möglich, die Fördermengen in der BRD 1980 auf 115 Mio.t hochzuschrauben.

z.gih. **,,Die deutsche Stahlindustrie muß die für die Edelstahlerzeugung benötigten Legierungsmetalle vollständig importieren", klagt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.** 1978 lag die Edelstahlproduktion mit 8,14 Mio. t fast um 4% höher als im ,,Rekordjahr" 1974. Insgesamt hat sich der Anteil der Edelstahlproduktion an der Rohstahlerzeugung innerhalb weniger Jahre von knapp 15% auf nahezu 20% erhöht. Damit wird die Sicherung der Rohstoffquellen, die hauptsächlich in Südafrika liegen, immer dringlicher. Hier verfolgen die Kapitalisten das Konzept, sich einerseits direkt in die Bergwerke mit Beteiligungen einzukaufen und andererseits durch Ersatzmetalle die gleichen Anforderungen zu erreichen. Kurzfristig wollen sie sich durch die Bundesregierung erst einmal ihren höheren Lagerbestand bezahlen lassen, was durch die Kabinettsvorlage über ,,Krisenvorräte" abgesichert werden soll.

Importe von Rohstoffen zur Stahlveredelung nach Herkunftsländern 1978
in 1 000 t Bruttogewicht

Erze	Südafrika	Amerika	UdSSR	Welt insgesamt
Mangan	488,1	40,5[1]	–	673,0
Chrom	244,3	–	46,6	371,7
Nickel[2]	6,6	11,8	8,6	67,5
Molybdän	–	14,1[3]	–	19,2
Wolfram	–	0,6	1,1	3,4
Vandium	–	–	–	26,9[4]

1) Überwiegend Brasilien – 2) Ferrolegierungen, Rohmetall, Schrott – 3) Hauptsächlich USA – 4) Über die Herkunft von Vanadium werden nur unvollständige Angaben gemacht, es stammt aber im wesentlichen aus Südafrika und der UdSSR

z.mam. **1971 hatte die EG-Kommission dem Ministerrat die Entwicklung eines gemeinschaftsweiten Datenverarbeitungs- und Dokumentationsnetzes vorgeschlagen, das jetzt eingeweiht wurde.** 50 Mio. DM hat Euronet-Diane bisher gekostet. Es handelt sich dabei um ein rechnergesteuertes Datennetz, das in London sein Überwachungszentrum hat und vier Schaltzentralen in Frankfurt, London, Paris und Rom, die die Datenbanken sind. Angeschlossene Terminals gibt es in Amsterdam, Brüssel, Kopenhagen, Dublin

DC-Parteitag gegen „Historischen Kompromiß"

Papst und Kohl helfen nach / PCI nicht „atlantisch" genug

z.ulg.Rom. Das Problem, das der 14. Parteitag der italienischen Democrazia Cristiana in der letzten Woche zu lösen hatte, war: Soll sich die Hauptpartei der italienischen Bourgeoisie auf eine Regierungsbeteiligung der Revisionisten einlassen? Oder umgekehrt: Ist die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren genug geschwächt worden, daß direkt gegen die Partei, die die größten Gewerkschaften führt, regiert werden könnte?

Der einzige Beschluß, den der Parteitag in sechs Tagen und sechs Nächten zustandegebracht hat, scheint eine klare Antwort zu geben. Es handelt sich um eine 77zeilige Präambel zu vier der fünf von den innerparteilichen Fraktionen eingebrachten Resolutionsentwürfen. Der Kernsatz dieser Präambel, die mit 58% der Stimmen angenommen wurde, heißt: „Der Parteitag stellt fest, daß die weiterhin bestehenden gegensätzlichen Positionen ... der DC nicht gestatten, mit dieser Partei (der PCI) gemeinsame Verantwortung in der Führung (der Regierungsgeschäfte) zu tragen."

Um diesen Beschluß herbeizuführen, haben sich der Wojtyla-Papst seine erste und CDU-Kohl seine xte offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens geleistet. „Es ist die Frage", schrieb das Vatikanorgan „Osservatore Romano" während des Parteitags, „wie diese Grundentscheidungen (der DC für Marktwirtschaft und christlichen Pluralismus) mit der Hypothese einer Regierungszusammenarbeit mit einer Partei vereinbar sein sollen, die, wie es heißt, mit dem Gewicht ihrer Ideologie dazu beigetragen hat, das Land in eine Lage zu bringen, die zu den bekannten ‚schweren Störungen' geführt hat". Weniger vornehm der Kohl in seiner „Grußbotschaft": „Es wäre heute weniger denn je denkbar, daß eine Partei, die sich auf die gleichen Grundsätze stützt wie die Invasoren Afghanistans und die Unterdrücker eines großen Teils von Osteuropa, in Italien in Regierungsverantwortung berufen werden könnte".

Auch unabhängig von Papst und
Auch unabhängig von Papst und
Kohl, die italienische Finanzbourgeoisie ist heute tatsächlich weniger als je bereit, die revisionistischen Führer in die Ministerien zu lassen. Zwar braucht sie sie weiterhin zur Durchsetzung von Lohnsenkung und Polizeiunterdrückung. Doch je schmaler mit der Zuspitzung der internationalen Lage der Raum zum Lavieren zwischen den Supermächten wird – und zu einer wirklich selbständigen Politik ist der italienische Imperialismus nicht in der Lage –, desto spürbarer wird die Hegemonie des US-Imperialismus. Und desto weniger ist Platz für die Regierungsbeteiligung einer Partei, die – soweit nicht direkt prosozialimperialistisch – jedenfalls nicht „atlantisch" ist.

Regierung mit der PCI geht also nicht, aber Regierung gegen die PCI geht auch nicht gut, schon deshalb nicht, weil die dazu benötigten Sozialisten nicht mitmachen wollen, wenn die PCI in der Opposition bleibt. Sie fürchten, in diesem Fall würde ihnen der Wunsch der Arbeiter nach Einheit ebenso ins Kreuz schlagen wie während der Mitte-Links-Regierungen der 60er Jahre, als der sozialistische Stimmanteil von 14,2% auf jetzt unter 10% fiel. Dementsprechend haben die Sozialisten nach dem DC-Parteitag der im Sommer gebildeten „Waffenstillstandsregierung" Cossiga die parlamentarische Stimmenthaltung aufgekündigt. Die Regierung wird damit beim ersten Mißtrauensvotum stürzen. Die Revisionisten ihrerseits wollen keine Regierung parlamentarisch unterstützen, an der sie nicht direkt beteiligt sind.

Eine starke Minderheit unter Führung des bisherigen Sekretärs Zaccagnini und des früheren Ministerpräsidenten Andreotti hat auf dem Parteitag offen ausgesprochen, daß die Arbeiterbewegung nach wie vor zu stark ist, als daß man die Hilfe der Revisionisten bei ihrer Spaltung entbehren könnte. „Der Notstand ist solcher Art, daß ein Höchstmaß an Konvergenz erforderlich ist, um die Probleme der Wirtschaftskrise und des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs anzupacken ... Es sind einige Entscheidungen nötig, die größere Opfer und bedeutendere Verantwortung für breite soziale Schichten mit sich bringen". So Zaccagnini in seinem Referat. Die nötigen „Opfer" soll die PCI der Arbeiterklasse beibringen.

Dazu hat Zaccagnini den Revisionisten eine Leimrute ausgelegt. *Im Prinzip* stehe einer gemeinsamen Regierung mit der PCI nichts im Wege, während die DC das bisher immer für *grundsätzlich* ausgeschlossen erklärt hatte. Aber im einzelnen müsse man sich natürlich über die *Bedingungen* einigen. Und die Bedingungen, die er dann für ein gemeinsames Regierungsprogramm aufstellte, kommen einer vollständigen Kapitulation der Revisionisten gleich. Nicht nur, daß sie einen unbedingten Treueschwur zum „atlantischen Bündnis" zu leisten hätten. Auch die „Einführung einiger Elemente des Sozialismus", womit die Revisionisten die Lohnsenkung rot zu lackieren pflegen, müßten sie aufstecken. Konkret geht es dabei vor allem um die Absicht der PCI-Führer, sich, gestützt auf die Staatsmonopole, an der Seite, wenn schon nicht an der Stelle der Bourgeoisie zu etablieren. Kurzum: Sie seien zur „Mitverantwortung" herzlich eingeladen, sobald sie sich das Regierungsprogramm vollständig von den Christdemokraten diktieren ließen.

Während so die Parteitagsmehrheit den Revisionisten mit der „Präambel" die Tür vor der Nase zugeschlagen hat, leuchtet ihnen die „Minderheit" mit der Laterne des „historischen Kompromisses" durchs Oberlicht. Alle zusammen bauen darauf, daß die Revisionisten auch einem fernen Licht nicht werden widerstehen können. Die ersten Stellungnahmen der PCI-Führung scheinen ihnen recht zu geben. „Die DC hat den Weg der Verhärtung gewählt, aber es gibt jene 42% ...", ließ sich der Fraktionsvorsitzende Di Giulio von seinem Zentralorgan fragen. Antwort: „Sicher, das ist eine Tatsache, die wir für sehr wichtig halten, daß ein sehr großer Teil der DC sich offen für die Möglichkeit erklärt hat, dem Land eine Regierung der nationalen Einheit zu geben. Das beweist, daß nicht alles feststeht in der Partei der relativen Mehrheit (der DC)." In der bürgerlichen Presse wird bereits von der Möglichkeit gemeinsamer Stimmenthaltung von Revisionisten und Sozialisten gegenüber einer DC-Minderheitsregierung gemunkelt.

Bei ihrem widerlichen Geschacher mit den Interessen der arbeitenden Massen müssen alle bürgerlichen Parteien doch die Stärke der Arbeiterbewegung in Rechnung stellen. Um diese Interessen selbständig zur Geltung zu bringen, war der Generalstreik am 15. Januar gegen die Lohnsteuerplünderung ein nützlicher Schritt. In den Gewerkschaften wird auf weitere Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen gedrängt.



Kohl zur „Entscheidungshilfe" beim Parteitag der italienischen DC in Rom. Hier mit dem Führer des rechten DC-Flügels Fanfani.



2. Parteiführerkonferenz der Europäischen Demokratischen Union (EDU) 1979 in London, die Größen präsentieren sich: Ministerpräsident Albrecht, ÖVP-Vorsitzender und Vorsitzender der EDU Mock, Premierministerin Thatcher, Gaullistenvertreter de Murville und Ministerpräsident Strauß.

Die Internationale der christlichen Reaktion klappt nicht so recht

z.gug. Als Gegenpart zur „Sozialistischen Internationale" der Reformisten hatten die christlich-konservativen Parteien verschiedener westeuropäischer Länder im April 1978 die „Europäische Demokratische Union" (EDU) gegründet. Mitglieder der EDU sind Parteien der Länder Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Portugal, Österreich, Frankreich und die BRD. Im Gegensatz zur nur wenige Tage später gegründeten Europäischen Volkspartei, die im Europäischen Parlament vertreten ist, gehören der EDU die Konservativen Großbritanniens und die Gaullisten Frankreichs an, die DC Italien wiederum nicht.

Ihre Absicht der Einmischung in die inneren Angelegeheiten anderer Länder, insbesondere in die Länder der Dritten Welt, formulierte dies Konglomerat christlicher Reaktion bei der Gründung recht deutlich. Das Problem, was zu lösen jedoch ausstand, war die Frage nach dem Wie. Grundlagenpapiere sollten erarbeitet werden, wozu die EDU Ausschüsse einrichtete. Die Konservativen Großbritanniens z.B. sollten federführend den Ausschuß „Probleme des Eurokommunismus" übernehmen, die CDU/CSU den Ausschuß „Europäische Struktur". Nach gut einjähriger Grundlagenpapiererarbeitung im Ausschuß „Europäische Struktur" trug Ernst Albrecht
päische Struktur" trug Ernst Albrecht
dann auf dem 2. Parteiführerkongreß im Juli 1979 in London zur Vorgehensweise vor: Ausbau und Pflege der persönlichen Kontakte der Parteivorsitzenden, Einrichtung von Beobachterposten, Schließung von Patenschaften und eigenständige Informationspolitik. Richtig zufriedenstellend, außer der Aufnahme von Parteien aus Zypern und der Türkei, was die Ausdehnung über Europa hinaus schon etwas praktischer werden ließ, verlief dieser 2. Kongreß im Sinne seiner Begründer nicht. Der Lenkungsausschuß der EDU hat am 5.2. beschlossen, daß es jetzt ernst werden müsse: „Der Lenkungsausschuß", so die Presseerklärung, „habe festgestellt, daß die Zeit nun gekommen sei, eine realistische Haltung in bezug auf die Detente (Entspannung) einzunehmen. Entspannung kann nur dann wirksam werden, wenn sie weltweit geübt wird, zum Beispiel in Afrika und im Mittleren Osten, nicht nur in Europa." Er hat die 3. Parteiführerkonferenz der EDU für den 11. Juli nach Salzburg einberufen.

Erklärungen der EDU: Die unterzeichnenden Vorsitzenden Christlich-demokratischer, Konservativer und anderer nicht-kollektivistischer Parteien sind

... *in der Überzeugung*, daß soziale Solidarität und Partnerschaft einen größeren Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte leisten als der Klassenkampf;

in der Erklärung, daß sie darauf hinarbeiten, daß Europa nicht nach innen gerichtet ist, sondern seinen Einfluß, seine Errungenschaften und vor allem seine politischen Werte für das Beste einer größeren Welt einsetzen wird, vor allem in jenen Teilen, die wirtschaftlich und politisch weniger entwickelt sind;

übereingekommen, eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen, die im folgenden Europäische Demokratische Union bezeichnet wird.

Dr. Josef Taus, Bundesparteiobmann der ÖVP: „Das Wort *europäisch* weist die Dimension unserer Arbeit auf: Probleme, die sich in Europa stellen, Aufgaben, die europäisch zu lösen sind, das steht im Mittelpunkt unseres Wollens. Das darf uns aber nicht daran hindern, weitere Perspektiven zu sehen. Wir wollen uns zunächst als europäische Arbeitsgemeinschaft gründen, was aber nicht heißt, daß wir uns auf
was aber nicht heißt, daß wir uns auf
Europa begrenzen wollen."

Margaret Thatcher, Vorsitzende der Konservativen Partei Großbritanniens: „Wir sind hier auch von einer gemeinsamen Bedrohunung zusammengebracht worden – der Bedrohung des Marxismus gegen die Freiheit. Diese Bedrohung ist nicht auf die Europäische Gemeinschaft beschränkt, und darum reicht unser Bündnis über die Grenzen der Gemeinschaft ... Die Taktik ist von Land zu Land verschieden ..."

Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: „Aber unser Europabegriff geht ja über die Europäische Gemeinschaft hinaus. Wir, die Gemeinschaftsländer, haben uns in den römischen Verträgen zur Aufnahme aller freien demokratischen Länder Europas bekannt, die im Gemeinsamen Markt mitwirken wollen. Damit ist unser Euopabegriff auf Erweiterung angelegt." (Gründungsprotokolle der EDU)

---

und Luxemburg. Teilnehmer an Euronet-Diane stehen über ein Code-Wort per Telefonanschluß Daten über Landwirtschaft, Medizin, Elektronik, Metallurgie, Patente, Pharmazie, Chemie, Nuklearforschung und Sozialwissenschaften zur Verfügung. Das Code-Wort kostet den Teilnehmer monatlich 15 DM. Der „Datenpaketvermittlungsanschluß" kostet je nach Übertragungsgeschwindigkeit zwischen 468 und 790 DM im Monat, die Verbindungsgebühren pro Minute 0,75 DM. Die Deutsche Bundespost schreibt, daß die Durchlaufzeit eines Datenpakets in 90% der Fälle unter 0,2 s liegt. Ein Anschluß an Euronet-Diane ist von der Genehmigung der EG-Kommission abhängig.

z.kam. **Zum 1. April wird die Dresdner Bank die Gebühren für Privatkonten staffeln und damit für die Mehrzahl der Kontoinhaber anheben.** Bisher mußte ein Kontoinhaber bei der Dresdner Bank (1978 waren es 1,4 Mio.) pro Buchungsposten eine Pauschale von 50 Pfg. zahlen. Nach dem neuen Gebührensystem zahlt er für Ein- und Auszahlungen 75 Pfg., für Lastschriften, Verrechnungsschecks und Überweisungen 35 bzw. 45 Pfg. und für Daueraufragsausführungen 25 Pfg. – je nachdem, wie arbeitsaufwendig der Posten ist. Weiter wird die Dresdner Bank als erste eine monatliche Grundgebühr für Privatkonten (ausgenommen die von Schülern und Studenten) von 2 DM einführen. Unter dem Strich wird die Gebührenänderung der Dresdner Bank 5,5 Mio. DM einbringen. Ein Arbeiter oder Angestellter mit durchschnittlichem Einkommen muß dafür bis zu 73% mehr für sein normal genutztes Konto bezahlen. Die Gebühren für ein Gehaltskonto mit vielen Buchungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr hingegen werden um 14% sinken. Es wird nicht lange dauern, bis andere Banken nachziehen werden.

z.ech. **Die Bundeswehr setzt Soldaten in Hamburger Krankenhäusern ein.** Seit etwa 5 Wochen wird in der Presse enthüllt, daß in allen Hamburger Krankenhäusern „skandalöse Zustände" herrschen: Personalmangel und Bettenabbau führen dazu, daß krankenhausbedürftige Patienten nicht aufgenommen oder halb gesund entlassen werden und selbst Patienten mit einem Herzinfarkt auf Matratzen in den Flur gelegt werden. Das Personal ist sich einig in der Forderung nach mehr Planstellen und greift die Bettenstreichungen des Senats an. So forderte der Vertrauensleutekörper der ÖTV im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek den Personalrat auf, „die Personallage und Arbeitsbedingungen zu überprüfen und sich für eine Verbesserung der Situation einzusetzen". Diese Einigkeit will die Gesundheitsbehörde durch Einsatz von Bundeswehrsoldaten spalten: Seit dem 16.2.80 werden in 10 Krankenhäusern Hamburgs 63 Soldaten aus dem Sanitätsbereich eingesetzt, 40 haben nur eine theoretische Ausbildung, d.h. sie müssen erst praktisch auf den Stationen ausgebildet werden.



Auf dem Bild die Soldaten im Krankenhaus Barmbek. Zum Teil wurden sie ohne vorherige Zustimmung zu diesem Einsatz abkommandiert. Der Einsatz soll 6 Wochen dauern.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

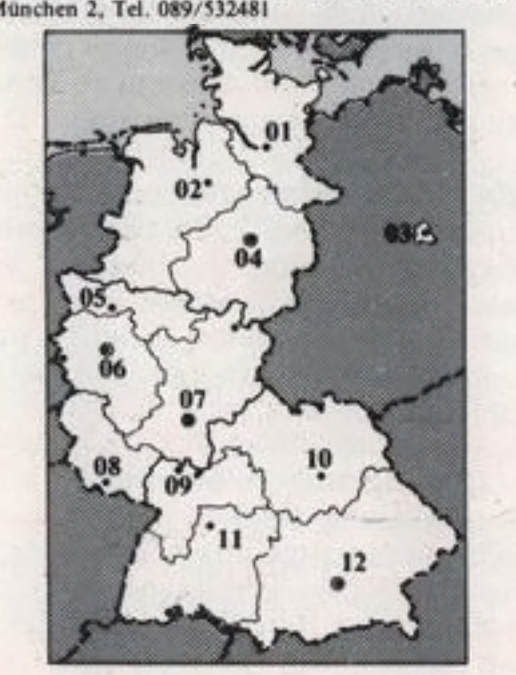
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.rew. **Außerordentlicher CDU-Kreisparteitag Lüchow-Dannenberg für Untersuchung des Salzstockes auf Eignung als Endlager und für ein Zwischenlager.** Der Beschluß vom 12.2. wurde begründet mit der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wachstums zum Zwecke der Vollbeschäftigung und sozialen Sicherung u.a. und, „um die eingetretenen Umweltschäden zu beheben und den Umweltschutz künftig zu verbessern". Der Parteitag, gegen den einheimische Bauern mit 147 Treckern demonstriert hatten, beschloß: „Dem Bau des Zwischenlagers kann erst dann zugestimmt werden, wenn sichergestellt ist, daß die Steuereinnahmen im Landkreis verbleiben ..." (Elbe-Jeetzel Zeitung, 13.2.) In der gleichen Woche sagte Bundesforschungsminister Hauff in Lüchow, in seinem Ministerium gelte der Landkreis als „Modellregion" für die Entwicklung alternativer Energieträger in der Landwirtschaft. – Am 8.3. wird Andreas Hanke, inhaftiert in Lingen, wegen Beteiligung an der Grohndedemonstration, nach ⅔ der einjährigen Haft entlassen. Auflagen für die Entlassung sind zu erwarten. Die Staatsanwaltschaft hat noch nichts Schriftliches herausgelassen. Der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie will ihn mit einer Kundgebung am Gefängnistor empfangen.

r.sul. **1200 Menschen beteiligten sich in Hamburg am 23.2.80 an der Demonstration gegen Hochsicherheitstrakts.** Aufgerufen hatten das Initiativkomitee gegen Hochsicherheitstrakts, Gruppen der „Autonomen Linken", der KBW und der KB.



der KBW und der KB.



b.wir. **Bäcker Erdmann, Vizepräsident des Deutschen Bäckerhandwerks und Obermeister der Hamburger Bäcker-Innung, kämpft für die „Gleichberechtigung der Frau".** Ab 4 Uhr beginnt in der Bäckerei das Teigkneten. Vor Feiertagen ist Arbeitsbeginn für Lehrlinge über 18 schon um 2 oder 3 Uhr. Nach gut einem halben Jahr Lehrzeit machen die Lehrlinge fast die gleiche Arbeit wie die Gesellen. Kenntnisse bekommt man nur soweit vermittelt, daß der Teig nicht verdirbt. Überstunden fallen oft an. Sie werden auch bezahlt – entsprechend dem Lehrlingslohn. In den „Genuß" dieser Arbeitsbedingungen kommen weibliche Auszubildende über 18 erst ab 6 Uhr. Einen früheren Arbeitsbeginn verbietet die Arbeitszeitordnung. Über das Jugendarbeitsschutzgesetz ist diese Schranke bereits eingerissen worden. Weibliche Auszubildende unter 18 „dürfen" bereits um 5 Uhr mit dem Lernen beginnen. Erdmann ist das noch nicht genug. Er läßt seinen Lehrling bereits um 4 Uhr antreten, freiwillig natürlich. Beim Gewerbeaufsichtsamt hat er um eine Ausnahmegenehmigung nachgesucht, sonst sieht er sich „leider gezwungen, das Lehrverhältnis zu lösen." Die Leitstellen für die Gleichberechtigung der Frau und die Arbeits- und Sozialbehörde stehen ganz auf der Seite Erdmanns. Sie wollen sich für eine Novellierung der überholten Bestimmungen einsetzen, die sich als „berufshindernd für die Frau auswirken."

b.jüd. **Der Lehrer und DKP-Funktionär Erdner wurde noch kein Beamter auf Lebenszeit:** Der Beamtenernennungsausschuß hat trotz Empfehlung durch Bürgermeister Klose und Schulsenator Grolle und trotz SPD-Mehrheit die Ernennung abgelehnt. Die FAZ von 22.2. lamentiert ausführlich über „Zerreißprobe für die Hamburger SPD – Der Fall Erdner kommt vor den Landesparteitag"; „Künstler" wie Grass, Schlöndorff, Staeck u.a. zweifeln in einem Offenen Brief: „Wie können wir die Jugend der Bundesrepublik auffordern, nicht zu Extremen abzuwandern ..." – Das 2. Kapitel in diesem ausgekochten Manöver – hier Liberalisierungsdebakel, dort verschärfte Disziplinierungen – ist aufgeschlagen. Klose: „Aufgrund der Einlassungen, die Herr Erdner gegenüber dem Schulsenator gemacht hat, ... wurde ... die gegen Herrn Erdner bestehende Entlassungsverfügung durch mich aufgehoben." Noch ist der Wortlaut dieser Einlassungen nicht bekannt. – Auf einer GEW-Versammlung war jedoch schnell klar, worum es Klose geht: In diesen Tagen verhandelt die Disziplinarkammer das Verfahren gegen den Lehrer Gerd Heide, und im Verfahren gegen den Lehrer Jürgen Dege drängt der Untersuchungsführer auf Abschluß, damit das Senatsamt die Entlassung verfügen kann. Einig waren sich die Lehrer darin, daß die GEW hier nur erfolgreich sein kann, wenn sie sich mit den anderen größeren Gewerkschaften zusammenschließt.

b.khg.Hamburg. **Savak-Agent Youssefbeyk ist der Lüge überführt.** Diesen schweren Schlag mußte in der vergangenen Woche das Gericht und die Staatsanwaltschaft einstecken. Der Agent hatte einen Teil der Angeklagten beschuldigt, ihm einen Verstärker gestohlen zu haben. Nun hat ein Nachbar ausgesagt, er habe die Personen, die den Verstärker mitgenommen haben sollen, aus der Wohnung des Savak-Mannes kommen sehen. Einen Verstärker hätten diese Personen nicht bei sich gehabt. Da sei er ganz sicher. Wenn sie einen Verstärker gehabt hätten, hätte er es gesehen.

b.thw. **Die Chemieingenieurstudenten der Fachhochschule Hamburg haben den Bau des neuen anorganischen Labors gegen Wissenschaftssenator Sinn durchgesetzt.** Nach vorhergehender schriftlicher Zusage des Baus gegenüber dem FH-Präsidenten hat der Senat jetzt am 12.2. die Entsperrung der erforderlichen 1,5 Mio. DM bei der Bürgerschaft beantragt. Der Bau wird in diesem Frühjahr beginnen und etwa 8 Monate dauern. Allerdings sollen die Studenten während dieser 1-2 Semester weiterhin in dem alten Labor mit seinen unzumutbaren und gefährlichen Arbeitsbedingungen arbeiten und Prüfungen ablegen. Der Senat selbst muß zu diesen Bedingungen immerhin feststellen: „Verschiedene sicherheitstechnische Mängel – so auch an den Abzügen –" seien nur „weitgehend" behoben; „eine Dauersanierung der Abluftanlage ist zu kostspielig" ... „räumliche Enge des Labors". Aber: „Die Ausbildung ist nicht gefährdet". (Drucks. 9/1455)

nat jetzt am 12.2. die Entsperrung der erforderlichen 1,5 Mio. DM bei der Bürgerschaft beantragt. Der Bau wird in diesem Frühjahr beginnen und etwa 8 Monate dauern. Allerdings sollen die Studenten während dieser 1-2 Semester weiterhin in dem alten Labor mit seinen unzumutbaren und gefährlichen Arbeitsbedingungen arbeiten und Prüfungen ablegen. Der Senat selbst muß zu diesen Bedingungen immerhin feststellen: „Verschiedene sicherheitstechnische Mängel – so auch an den Abzügen –" seien nur „weitgehend" behoben; „eine Dauersanierung der Abluftanlage ist zu kostspielig" ... „räumliche Enge des Labors". Aber: „Die Ausbildung ist nicht gefährdet". (Drucks. 9/1455)



Etwa 100 Leute demonstrierten am Samstag in Kiel unter den Forderungen: Sofortiger Abzug der sowjetischen Invasionstruppen aus Afghanistan! Weder Sowjetunion noch USA – Vorwärts für ein unabhängiges Afghanistan! Keine Beteiligung der BRD an den Olympischen Spielen, solange die sowjetischen Aggressionstruppen Afghanistan besetzt halten! Zu der Demonstration hatten FASA, CIS und KBW aufgerufen. Sie stieß auf großes Interesse.

b.chb.Itzehoe. **Sofort bei der Eröffnung der Schultheaterwoche durch Kultusminister Bendixen brachten die Schüler ihren Protest gegen die Studienstufenreform deutlich zum Ausdruck.** Er hatte über was anderes reden wollen. – Die Theater-AG der KKS Itzehoe führte „Martin Luther und Thomas Müntzer oder die Einführung der Buchhalttung" auf, das die Rolle der Reformation während der deutschen Bauernkriege behandelt. Die Fürsten, am Gängelband des Fuggerschen Handelskapitals, nutzen Luther, der sich schließlich vollständig für die Niederschlagung der Bauernkämpfe einsetzt – das Stück ist am 29.2. nochmal zu sehen. Bild: Jakob Fugger erläutert seinen Aktionären, wie er das Kupfer- und Gewürzmonopol an sich reißen will.



Personalversammlung Medizin Göttingen

Verhandlungen mit der Landesregierung: nur über mehr Stellen!

r. ilh. Für den 18.2. war die Nds. Landesregierung auf die Personalversammlung der Med. Univ. Klinik Göttingen geladen. Sie sollte „detailliert Stellung nehmen und einen Vorschlag unterbreiten, wie und bis wann die desolate und gefährliche Situation bereinigt wird", d.h. 101 neue Planstellen einzurichten. – So hatten es 222 Beschäftigte in einer Resolution Ende Dezember ultimativ gefordert. Am 13.2. wurde der Personalrat von Dr. Hodler vom Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kunst unterrichtet, daß er „aufgrund anderer Verpflichtungen" der Einladung nicht nachkommen könne. Und zu den Forderungen sähe er z. Zt. keine Möglichkeit (sich) zu äußern, da (das) Anliegen zuständigkeitshalber dem Präsidenten der Universität vorzutragen (sei)..." Nach erneuter telefonischer Anfrage seitens des Personalrates teilte das Ministerium mit, daß sie eine Kommission an die Kliniken schicken wollen, die mit dem Kliniksvorstand, dem Gesamt- und Medizinpersonalrat über „Entlastungen", d.h. Umverteilung der Arbeit auf andere Kliniken und Krankenhäuser verhandeln wolle.

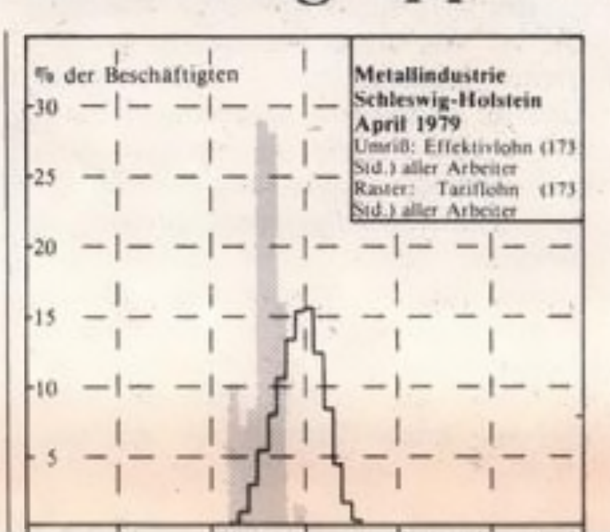
Anwesend waren auf der Personalversammlung ca. 50 Beschäftigte der Medizin und je ein Vertreter der ÖTV Kreisverwaltung, des DAG Kreis- und Landesvorstandes. Von der Dienstaufsicht hatte lediglich die Oberschwester eine kurze Stippvisite gegeben. In einer zweistündigen Debatte lehnte die Versammlung die Entlastungsvorschläge seitens des Ministeriums ab. Verhandlungen ja, aber nur über mehr Stellen. Denn: in keiner der Kliniken sind die 20 Bettenstationen mit 10 Planstellen besetzt, in allen Bereichen berichten die Ärzte über eine ähnlich hohe Überstundenanzahl wie in der Medizin mit durchschnittlich 97. Laut Aussagen des Gesamtpersonalrates sind im gesamten Klinikum 1979 320000 Überstunden gemacht worden. Wo soll da noch eine Umverteilung möglich sein? In den umliegenden Krankenhäusern stellt sich die Lage ähnlich dar, so haben während der Aktionswoche der ÖTV im Sommer 79 die Beschäftigten des Kreiskrankenhauses Northeim ebenfalls Forderungen nach mehr Stellen erhoben. Ist es doch vielmehr so, daß die Landesregierung kalkuliert, daß sich die Beschäftigten dann in den Haaren liegen und sie der lachende Dritte ist. Ausdrücklich verurteilt wurden die Aussagen Schnipkoweits in einer Landtagsdebatte im Dezember, es mangele nicht an Personal im Gesundheitswesen, sondern die innere Einstellung des Personals müsse sich ändern.

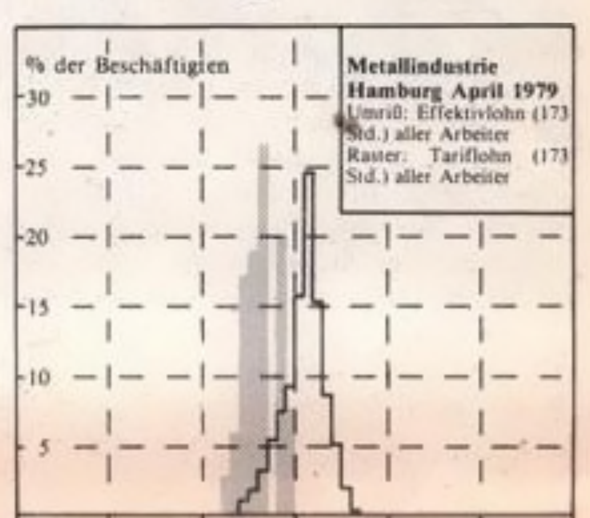
Aufgrund der Kämpfe nach mehr Stellen ist es bisher gelungen, daß die Kliniksleitung für die Haushaltsanmeldungen 1981 10 Stellen pro Station zugrunde legt, wie inzwischen bekannt wurde, soll die zentrale Pflegedienstleitung über diese Forderung in Hannover verhandeln. – Die Personalversammlung einigte sich darauf, die Landesregierung aufzufordern, unverzüglich einen Verhandlungstermin vorzuschlagen. Um einer eventuellen „sachgerechten Prüfung der Forderungen" standzuhalten, wurde dem Gesamtpersonalrat vorgeschlagen, mit allen Klinikspersonalräten eine Untersuchung über die Arbeitsbedingungn und die Planstellenforderungen für das gesamte Klinikum zu erarbeiten. Seitens des Medizinpersonalrates werden die Untersuchungen über die einzelnen Tätigkeiten des Pflegepersonals begonnen.

Die Gewerkschaftsvertreter sagten für diese Schritte ihre Unterstützung zu und wollen vor allen Dingen in der Öffentlichkeit diese Kämpfe und Forderungen verbreiten. Aufgefordert wurde insbesondere die ÖTV, alle DGB Gewerkschaften davon zu unterrichten. Einigkeit bestand darüber, falls sich die Landesregierung nicht rührt, zu dem Mittel der Überstundenablehnung zu greifen. Wie das gemacht werden kann, wird gegenwärtig in den Abteilungen beraten und es wird sicherlich eine erneute Personalversammlung nötig sein, sich darüber erneut zu beraten und zu beschließen.

Tariflohnverteilung zeigt: Zielstrebiges Anheben der unteren Lohngruppen ist richtig

r.hat. Am 21.2.80 fand in Hamburg die Vertreterversammlung der IG Metall statt. Die Delegierten beschlossen einstimmig eine Entschließung, in der unter anderem festgestellt wird, daß grundsätzlich an der strukturellen Änderung der Lohnverteilung bzw. der Anhebung der unteren Lohngruppen festgehalten wird. Um den Druck gegen die Kapitalisten zu verstärken, soll die Untersuchung und Debatte um diese Frage in der IG Metall verstärkt werden. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, Anträge an den Gewerkschafts-



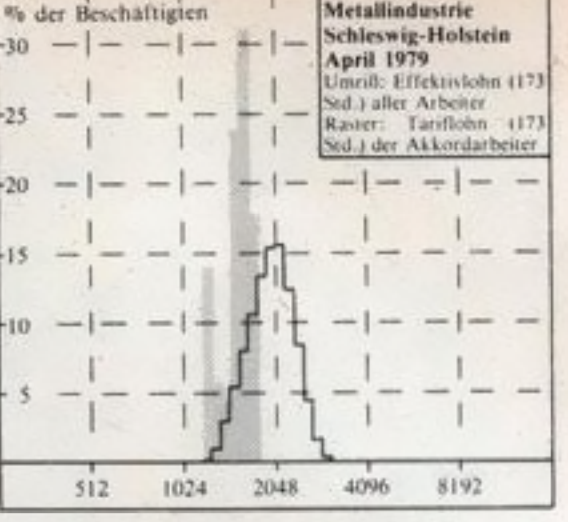


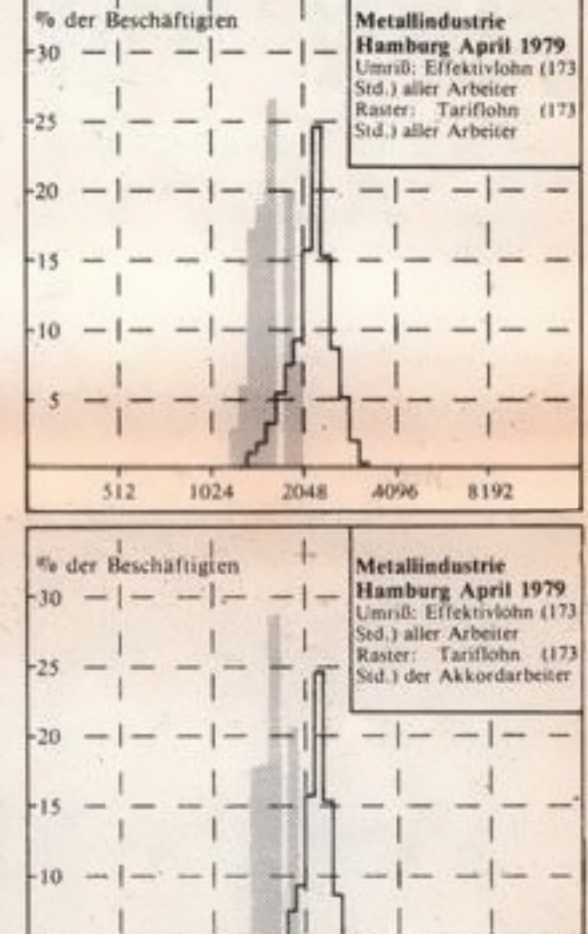
Tariflohnverteilung zeigt: Zielstrebiges Anheben der unteren Lohngruppen ist richtig

r.hat. Am 21.2.80 fand in Hamburg die Vertreterversammlung der IG Metall statt. Die Delegierten beschlossen einstimmig eine Entschließung, in der unter anderem festgestellt wird, daß grundsätzlich an der strukturellen Änderung der Lohnverteilung bzw. der Anhebung der unteren Lohngruppen festgehalten wird. Um den Druck gegen die Kapitalisten zu verstärken, soll die Untersuchung und Debatte um diese Frage in der IG Metall verstärkt werden. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, Anträge an den Gewerkschafts-tag zu stellen, die eine Veränderung des Lohngruppenschlüssels bei Anhebung der unteren Lohngruppen fordern.

Es ist sicher klug, jetzt nach dem Verhandlungsergebnis, das ja weiß Gott nicht das gebracht hat, was möglich war, den Kampf um die Einheit in der IG Metall zu verstärken und den einen oder anderen Tarifexperten zu belehren. Und gleichzeitig in den Betrieben die Auseinandersetzung gegen die Eingruppierung in den Niedriglohngruppen zu führen. So hat der VK der IGM bei Still Hamburg in einer Erklärung den Abschluß als zu niedrig, gerade für die unteren Lohngruppen, bezeichnet. Gleichzeitig wurde beschlossen gegen Abgruppierungen und gegen die Einstufung in die unteren Lohngruppen vorzugehen. Weiter wurde eine Steuersenkung durch die Anhebung des Grundfreibetrages auf ¼ des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes gefordert.

Um auch nur einen einigermaßen ausreichenden Lohn zu erhalten, sind die Arbeiter in den untersten Lohnklassen gezwungen, übermäßige Akkordarbeit zu leisten. Dies zeigt ziemlich eindrucksvoll die Tariflohnverteilung der Akkordarbeiter. In S-H ist die Einstufung in den unteren Lohngruppen besonders kraß. Über 25% sind in den Niedrigstlohngruppen angesiedelt. Steigende Krankenzahlen zeigen, daß der Widerspruch zwischen Verausgabung der Arbeitskraft z.B. durch Akkord und möglicher Reproduktion immer größer wird. Die Anhebung der unteren Lohngruppen und der Kampf gegen die Einstufung in diese Lohngruppen wird auf jeden Fall den Zwang zu Akkord- und Überstundenarbeit verringern.





r.rew. **Am 21.2. fanden die Verhandlungen über das „Werkstättenkonzept" als Teil der VFW-MBB-Fusion zwischen Geschäftsleitung und Betriebsräten statt.** Diesem „Werkstättenkonzept", von dem die Geschäftsleitung bisher noch nichts veröffentlicht hat, haben die Betriebsräte zugestimmt, außer dem Bremer Betriebsrat. Daraus läßt sich schließen, daß die Belegschaft des Bremer Werkes durch Rationalisierungen am meisten betroffen ist. Durch die Zentralisierung bei der Fusion werden das die Bereiche Hauptverwaltung und Entwicklung sein. Vor dem Hintergrund des Einmarsches der sowjetischen Truppen in Afghanistan bekommt für die westdeutschen Imperialisten die Fusion VFW/MBB als Pfeiler der westdeutschen Kriegsindustrie noch größere Bedeutung. Eine Fusion zur Neuordnung der Luft- und Raumfahrtindustrie, verbunden mit einer Rationalisierungsoffensive. Ziel ist es, den US-Kapitalisten Marktanteile abzujagen, um deren Extraprofite einzustecken und kriegsfähig zu werden. Dafür will VFW von 1980-83 290 Mio. DM investieren, 116 Mio. allein 1980. Investiert wird, um die Produktion nach neuester Technik umzustellen und neue Fertigungstechniken zu entwickeln. So wurden die Taktstraßen nach amerikanischem Muster eingeführt, in Bremen soll in nächster Zeit eine weitere aufgestellt werden. Ein „Oberfräszentrum" wurde vom Forschungsministerium bezahlt und entwickelt.

b.ped.Kiel. **Staatsanwaltschaft und Gericht sind unter schwerem Druck im Kaltefleiter-Quarktopfprozeß beim dritten Anlauf, Studentenvertreter wegen „Nötigung und Freiheitsberaubung" zu abschreckenden Haftstrafen zu verurteilen.** Nachgewiesen wurde von der Verteidigung, daß es zweckmäßig, legitim und straflos war, 1977 den Univizepräsidenten Kaltefleiter zur Rücknahme eines Vollversammlungs-Urabstimmungs- und Streikverbots aufzufordern. Die gesetzliche Fassung des Rechts auf Zusammenschluß für die Bezahlung der Arbeitskraft, die Gewähr eines ordnungsgemäßen Studiums, berufsqualifizierender Abschlüsse und Streik verweigert die Bourgeoisie den Studenten zwar bis heute. Andererseits hat sie sich mit BAföG, HRG und Landeshochschulgesetzen das Recht auf fabrikmäßige Bearbeitung der Studenten für die Zwecke ihrer Produktionsweise verschafft, wobei die Bedingungen der Vernutzung der Arbeitskraft für „Ausbildung" (§ 2 BAföG, § 7 HRG) penibel geregelt wurden. Nachgewiesen wurde, daß aus einseitigen Verletzungen dieser Bedingungen (wie etwa der BAföG-Kürzungen 76/77 bis 200 DM) auch ohne gesetzliche Regelung wie in jedem zweiseitigen Austauschverhältnis Erfüllungs-, Arbeitsniederlegungs- und Kampfrechte für die Organe der verfaßten Studentenschaft folgen und daß alle Verbote des Präsidiums rechtswidrig waren.

b.reh. **Vom Landtag aufgefordert, die Diensttätigkeit der hohen Beamten zu untersuchen, prüfte der schleswig-holsteinische Landesrechnungshof sogleich, wie die Finanzen der Schulen weiter gekürzt werden können.** Ein Ergebnis: Es werden Einsparungsmöglichkeiten bei den Lehr- und Lernmitteln „vermutet". Konsequenzen: Das Kultusministerium wird aufgefordert,

Klöckner Osnabrück: Willkür bei Entlassungen aufgedeckt

r.hej. Mit Datum vom 31.1.80 muß die Belegschaft Klöckner Osnabrück um noch 89 Arbeiter und Angestellten „verringert" werden, behaupten die Kapitalisten erneut. Nicht gegenüber dem Betriebsrat, der von weiteren Entlassungen nichts weiß, sondern in einem Schriftsatz zum Arbeitsgerichtsverfahren des ehemaligen Jugendvertreters Hellmich gegen Klöckner. „Um das vom Kläger beharrlich betriebene Verwirrspiel mit Belegschaftszahlen zu beenden", wie sie es nennen, wird gleich ein neues Rätsel mitgeliefert. Dagegen steht die Zustimmung des Betriebsrates im Januar zu 64 Neueinstellungen und dem Einsatz weiterer Ferienarbeiter. Die Klöckner-Kapitalisten selbst erklärten, daß der am 1.11.78 geplante Personalabbau um 522 bis zum 31.12.79 abgeschlossen und sogar übererfüllt sei. Wie jetzt die mit Datum vom 31.1.80 23 Entlassungen bei den Arbeitern und 66 bei den Angestellten erneut angedroht werden, darauf sollten sich die Kapitalisten ein Patent ausstellen lassen. Bei den Angestellten wurde bekannt, daß ausgesprochene Kündigungen mehrmals verschoben und dann ganz aufgehoben wurden. Die Klöckner-Kapitalisten operieren mit sogenannten „Personalplanzahlen" und verweigern dem Betriebsrat die Forderung nach einem Stellenbesetzungsplan. Im Prozeß konnten die Kapitalisten nicht aufklären, wie ihre Zahlen stimmig werden sollen. Die Entlassungspolitik, die mit der Schließung der Stahlgießereibetriebe, Umorganisation in der verbliebenen Produktion und Neuordnung in den „nichtproduktiven" Bereichen begründet und vom Aufsichtsrat beschlossen wurde, wurde als „willkürlich und falsch", „von wegen Höchstprofit" wie der Hausjurist der Kapitalisten bemerkte, gegeißelt. Grund genug, neuerliche Angriffe zurückzuweisen. Mit der „betriebsbedingt" begründeten Kündigung von Hellmich, um eine politische Entlassung zu vertuschen, hatten die Kapitalisten in der 1. Instanz keinen Erfolg. Das Gericht entschied am 14.2.80: das Beschäftigungsverhältnis besteht fort.

Vertrauensleute Klöckner Bremen: Gegen Pläne der Stahlkapitalisten

r.dib. Auf der vertrauensleuteversammlung des IGM-Vertrauenskörpers der Klöckner Hütte Bremen am 20. Februar ist die Tarifrunde Stahl beraten worden. Nach Berichten der Tarifkommissionsmitglieder waren die Stahlkapitalisten bis zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, mehr als 5,8% zu zahlen. Begründet haben sie dies mit der „erhöhten Belastung der Stahlindustrie durch die Freischichtenregelung". Weiter wurde berichtet, daß es Probleme mit der Forderung nach einer Vorweganhebung um 37 DM gäbe. Diese bestehen darin, daß viele Tarifkommissionsmitglieder davon ausgehen, daß 37 DM bei den meisten Löhnen auf die außertariflichen Zulagen angerechnet würden und so zu keiner effektiven Erhöhung der Löhne führen würden. Erhöht würden nur die Gehälter, weil hier die außertariflichen Bestandteile sehr gering seien und dies würde eine ungünstige Veränderung der Lohnverteilung mit sich bringen. Von einem Redner wurde darauf hin-gewiesen, daß die Anrechnung der Vorweganhebung auf die außertariflichen Bestandteile für ihn nicht zwingend sei und ansonsten eine Absicherung dieser Bestandteile günstig wäre. Nach Aussagen der Vertrauenskörperleitung würde bei einer Anrechnung nur die Gehälter von etwa 850 Angestellten erhöht.

Von mehreren Diskussionsrednern wurde das Ziel der Stahlkapitalisten, niedriger als bei Metall abzuschließen, heftig angegriffen und auf den 3,2% Abschluß der vorherigen Tarifrunde verwiesen. Aus diesem Grunde müsse bei einem Wegfall der 37 DM auf der Prozentseite höher als bei Metall abgeschlossen werden. Ein türkischer Arbeiter hat sich für die 37 DM ausgesprochen und auf die Notwendigkeit von Festgeldforderungen verwiesen. Er sagte, daß die 1200 ausländischen Arbeiter auf der Hütte fast alle in den untersten Lohngruppen eingestuft seien und diese seien bei Prozentabschlüssen nicht in der Lage, die Preissteigerungen zu zahlen. Der Beitrag hat bei der Versammlung viel Beifall gefunden.

ner Vorweganhebung um 37 DM gäbe. Diese bestehen darin, daß viele Tarifkommissionsmitglieder davon ausgehen, daß 37 DM bei den meisten Löhnen auf die außertariflichen Zulagen angerechnet würden und so zu keiner effektiven Erhöhung der Löhne führen würden. Erhöht würden nur die Gehälter, weil hier die außertariflichen Bestandteile sehr gering seien und dies würde eine ungünstige Veränderung der Lohnverteilung mit sich bringen. Von einem Redner wurde darauf hin-

bei einem Wegfall der 37 DM auf der Prozentseite höher als bei Metall abgeschlossen werden. Ein türkischer Arbeiter hat sich für die 37 DM ausgesprochen und auf die Notwendigkeit von Festgeldforderungen verwiesen. Er sagte, daß die 1200 ausländischen Arbeiter auf der Hütte fast alle in den untersten Lohngruppen eingestuft seien und diese seien bei Prozentabschlüssen nicht in der Lage, die Preissteigerungen zu zahlen. Der Beitrag hat bei der Versammlung viel Beifall gefunden.

P + S Salzgitter: Kapitalisten bieten 5,8%

r.crs. Bei den drittten Tarifverhandlungen für die 17000 Beschäftigten der Stahlwerke Peine-Salzgitter am 9. Februar haben die Kapitalisten ein 5,8%-Angebot gemacht. Die Verhandlungsführung für den bundeseigenen P+S-Konzern liegt beim Arbeitgeberverband Eisen und Stahl NRW. Die Tarifverträge waren zum 31. Januar gekündigt. Die Tarifkommission der IG-Metall hat folgende Forderungen für den neuen Tarifvertrag aufgestellt: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10,5 Prozent. Für Auszubildende fordert die IG-Metall 55% des Zeitlohndurchschnitts der Arbeitswertzahl 19 (entspricht den Jungfacharbeitern), was bei 10,5% ca. 97 DM entspricht. In ihrem Flugblatt zur Begründung der Forderung schreibt die IG-Metall: „Bei Preissteigerungen von durchschnittlich 5,4% im Dezember 1979 zum Vorjahr und bei Kostensteigerungen auf dem Energiesektor von annähernd 100% ist diese Forderung realistisch und in keiner Weise überzogen". Die nächsten Verhandlungen finden in der letzten Februar-Woche statt, zuvor tagt am 23.2. die Tarifkommission.

Zur Unterstützung des Streiks der englischen Stahlarbeiter hat die IG-Metall Salzgitter am 19.2. vor P&S ein Flugblatt verteilt. „Stahlarbeiter kämpfen um ihre Existenzgrundlage – Seid solidarisch – keine Streikbrucharbeiten bei P&S... Seit 50 Tagen streiken die Kumpels unter hohen materiellen Verlusten... Sie brauchen dringend unsere solidarische Hilfe. Der Vorstand der IG-Metall hat schon am 3. Januar alle Arbeitnehmer der Stahlindustrie aufgefordert, praktische Solidarität zu üben... Alle Betriebsräte von P&S haben die Unternehmensleitung in einem Brief gewarnt, Streikbrucharbeiten in irgendeiner Form durchführen zu lassen, da sonst der Betriebsfrieden aufs Spiel gesetzt wird... Die Zukunftsprobleme der Stahlarbeiter können nur durch gemeinsames Handeln aller Arbeiter und Angestellten gelöst werden".

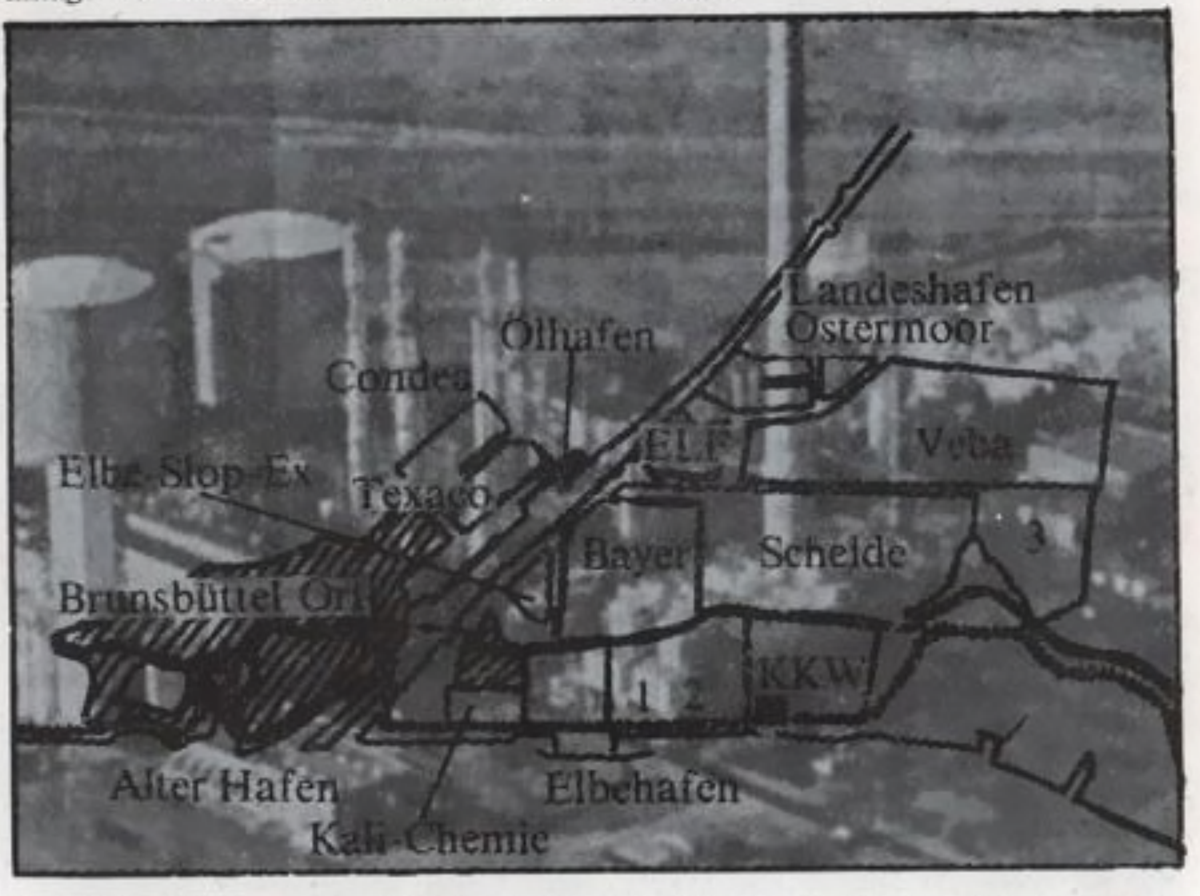
Neue Industrieprojekte in Brunsbüttel

Subventionierte Kohleveredelung für VEBA geplant

b.sal. Wirtschaftsminister Westphal hat seine „Informationen vor Ort" durch die schleswig-holsteinischen Planungsräume in Brunsbüttel begonnen (A-Schwerpunkt mit bis zu 25% staatlichen Förderungsmitteln aus dem Projekt „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"). In Gesprächen mit Kommunalpolitikern, Vertretern der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und des DGB äußerte er sich zu den Plänen des Finanzkapitals in Sachen Wirtschaftsförderung, Straßenbau / Verkehr und Energieversorgung. Auf Kernenergie kann nicht verzichtet werden, Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel seien notwendig, evtl. auch ein Kohlekraftwerk. Notwendig sei zur Sicherstellung der Energieversorgung – auf die Schrottmühle KKW Brunsbüttel ist kein Verlaß – die Kohlevergasung. Die Voraussetzungen zur Durchführung dieses Verfahrens zu schaffen, steht nun an.

„Auf dem möglichen Standort Brunsbüttel für ein solches Projekt eingehend, meinte er (Westphal), daß die Anlage einmal auf der Basis von Importkohle arbeiten müsse, zum anderen müsse sie an einem seetiefem Wasser liegen und schließlich müsse eine verfügbare Fläche vorhanden sein." (DLZ, 1.2.80 / Flächenreservierung siehe Schaubild). Gleichzeitig muß für Krisen- und Kriegszeiten jederzeit der schnelle Transport von Kohle aus dem Ruhr- und Saargebiet gewährleistet sein, um dann unabhängig von Importen zu sein. Diese Transportverbindungen würden mit dem jüngst wieder propagierten Projekt „Medemland" geschaffen – Aufspülung des Medemsandes an der nördl. Elbmündung, Schaffung von 20000 ha für Hafen- und Industrieflächen, Elbtunnel nach Cuxhaven.

„Veba Oel AG: Mammutanlage für 4 Mrd. DM. Voraussetzung für den Standort Brunsbüttel: Erhöhung des Importkohlekontingents", war am 6.2. in der DLZ zur Kohleveredelungsanlage zu lesen. Der Bundesrat hat jetzt das Importkohlekontingent auf 10 Mio. t aufgestockt (Importkohle ist etwa die Hälfte billiger als heimische) und das Bundesforschungsministerium hat Vebas Kohleveredelungsanlage für förderungswürdig erklärt. 6 Mio. t Kohle sollen in 2 Mio. Flüssigprodukte umgewandelt werden, ein Zehntel des westdeutschen Bedarfs. Die Chemiekonzerne in Brunsbüttel sind so auch in der Lage, sich vom Öl als Rohstoffträger unabhängig zu machen, um ungehindert profitträchtig produzieren zu können.



1 Kohlehalde, 2 reserviert für Kohledeponie, 3 im Raumordnungsplan als gewerblicher Bereich festgeschrieben.

Umwälzung der Umschlagsarbeit in den Seehäfen macht die Ausbildung erforderlich

b.obj. Seit 1976 wird am Fortbildungszentrum Hafen Hamburg e.V. zum Hafenfacharbeiter ausgebildet. Der Hamburger Senat, der Unternehmerverband Hafen Hamburg und die Gewerkschaft ÖTV sind die Träger der Ausbildung. Bisher haben 510 Hafenarbeiter den Facharbeiterbrief be-

Attraktivität der Hafenarbeit verbunden sein, um die „Abwanderung in andere Berufe" einzuschränken.

Im Unterricht, der etwa zweimal 3 Wochen dauert, wird großen Wert gelegt auf die Kenntnis der für den Umschlag in Frage kommenden Papiere.

aber können die Lademeister wiederum nicht die Beladung jedes Containers überwachen. Deshalb soll an jedem Platz ein ausgebildeter Hafenarbeiter stehen. Möglichst soll er neben seiner theoretisch-praktischen Ausbildung auch noch die Umschlagsgeräte bedienen können, damit ein Hafenar-

Umwälzung der Umschlagsarbeit in den Seehäfen macht die Ausbildung erforderlich

b.obj. Seit 1976 wird am Fortbildungszentrum Hafen Hamburg e.V. zum Hafenfacharbeiter ausgebildet. Der Hamburger Senat, der Unternehmerverband Hafen Hamburg und die Gewerkschaft ÖTV sind die Träger der Ausbildung. Bisher haben 510 Hafenarbeiter den Facharbeiterbrief bekommen. Ex-SPD-Senator Kern, der jetzt Vorstandsvorsitzender bei HHLA ist, hat bei der Ausgabe der Facharbeiterbriefe so getan, als wäre die Ausbildung eingerichtet worden, um den Hafenarbeitern eine bessere soziale Stellung zu verschaffen. Er, Kern, hätte selber erlebt, wie Kollegen aus dem Metallbetrieb Heideneich und Harbeck geringschätzig über die Hafenarbeiter geredet hätten, und da wäre ihm dann der Gedanke gekommen, für den Hafenarbeiter eine Facharbeiterausbildung zu ermöglichen.

In der Presseerklärung des Fortbildungszentrums Hafen Hamburg e.V. wird offen verhandelt, auf was es den Hafenkapitalisten ankommt: „Der Hafenfacharbeiter ist Garant für die Leistungsstärke des Hamburger Hafens!" Oberstes Ziel sei eine ständig verbesserte Qualität der Hafenarbeit, um so eine „bessere Ausnutzung der technischen Anlagen", eine „Sicherung der Leistungsfähigkeit des Hafens" und eine „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Hafens" zu erreichen. Damit soll auch noch die Attraktivität der Hafenarbeit verbunden sein, um die „Abwanderung in andere Berufe" einzuschränken.

Im Unterricht, der etwa zweimal 3 Wochen dauert, wird großen Wert gelegt auf die Kenntnis der für den Umschlag in Frage kommenden Papiere. Wer füllt welchen Schein aus, wer ist für die Bezahlung der Kaigebühren zuständig. Wie wird bei der Beschädigung von importierten Gütern verfahren, und was wird mit Gütern gemacht, die für den Export bereitstehen und auf dem Schuppen oder im Schiff beschädigt werden. Es werden Grundkenntnisse in der seegemäßen Verpackung vermittelt, was den Hafenfacharbeiter in die Lage versetzen soll, die Abschreibungen im Interesse seines jeweiligen Kapitalisten vorzunehmen. Etwa, wenn eine Kiste beim Stauen im Schiff beschädigt wird, dies aber auf Grundlage schlechter Verpackung passiert.

Ein weiteres Thema ist dem fachgerechten Stauen im Schiff gewidmet und wie ein Container fachgerecht gestaut wird. Bei der HHLA wurden im letzten Jahr bereits mehr als 50% der Stückgüter in Containern oder im Roll-on Roll-off-Verkehr umgeschlagen. Die Überwachung der fachmännischen Stauung kann nicht mehr durch den Schiffsvizen erfolgen. Im Kaibetrieb aber können die Lademeister wiederum nicht die Beladung jedes Containers überwachen. Deshalb soll an jedem Platz ein ausgebildeter Hafenarbeiter stehen. Möglichst soll er neben seiner theoretisch-praktischen Ausbildung auch noch die Umschlagsgeräte bedienen können, damit ein Hafenarbeiter eine doppelte Funktion ausüben kann, die Umschlagsarbeit und den ganzen Papierkram und wie bei der Lager und Speditionsgesellschaft für etwa 10 DM mehr pro Schicht. Die Kapitalisten rechnen damit, daß sich die Ausbildung der Hafenfacharbeiter für sie lohnt. Zumal ja die Kursgebühren und das Unterhaltsgeld in der Höhe von 80% des bisherigen Nettolohnes (berechnet auf 40 Stunden) vom Arbeitsamt aus den Versicherungsbeiträgen bezahlt wird.

Aber die Ausbildung in der Unfallverhütung und in dem Bereich Seetransport von Gefahrgut gibt den Hafenarbeitern Kenntnisse in die Hand, die es ihnen erleichtert, auf die eigene Sicherheit zu achten und gesundheitsschädliche und gefährliche Arbeit abzulehnen. Gerade in Hamburg, wo ein Drittel der Ladung aus Chemikalien besteht, sind die Hafenarbeiter täglich mit schweren Giften, Explosivstoffen, brennbaren Flüssigkeiten oder mit Stoffen befaßt, deren Gefährlichkeit noch nicht einmal bekannt ist.

---

einen Katalog der notwendigen Mittel zu erstellen, der in Zukunft Richtlinie für die kommunalen Schulverbände sein soll. Wie lächerlich gering der staatliche Zuschuß für Lernmittel ist und in der Tendenz ohnehin schon fallend, zeigt die untenstehende Tabelle der Lernmittelausgaben an den Schulen Möllns (in DM-Preisen von 76).

	1976	1977	1978	1979
Grundschule	2,69	2,96	2,67	2,73
Hauptschulen	4,53	4,06	4,53	3.96
Realschule	4,37	4,18	4,35	4,19
Sonderschule	4,25	4,50	4,33	3,98
Berufsschule	4,07	3.96	3,93	3,53

r.jöd. **Helga Rosenbaum, Mitglied des Ständigen Ausschuß des ZK des KBW befindet sich seit dem 14. Januar in Haft.** Sie wird in der Frauenhaftanstalt Vechta gefangengehalten. Helga Rosenbaum wurde zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt wegen Aufruf zum Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg.

b.suk. **Am 20.2. fand im AK-Heidberg ein Gespräch mit der Landesoberin Schlüter zu den Forderungen des Examenskurses statt.** (s.KVZ 07/08). Die Gesundheitsbehörde mußte dem Extrablock, dem zusätzlichen Schultag bis zum Examen und der Beschränkung der Unterrichtstage auf 6 Stunden zustimmen.

r.sbe. **Am 23./24.2. fand in Peine der zweite Niedersächsische Schülerkongreß statt.** Ca. 800 Schüler aus ganz Niedersachsen beteiligten sich an dem Kongreß, der am Samstagmittag mit dem Verlesen von Grußresolutionen, u.a. von der GEW und der DGB-Jugend Peine begann. Kultusminister Remmers war nicht erschienen, was von der Versammlung verurteilt wurde. Am Nachmittag wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen gearbeitet, deren Ergebnisse bei Redaktionsschluß noch nicht vollständig vorlagen. In der Arbeitsgruppe Berufsschulen wurde u.a. die Forderung nach 2 mal 6 Stunden Berufsschule an 2 Arbeitstagen erhoben. Die Forderung gegen Abbau der Schulpflicht, für Schaffung von Möglichkeiten für arbeitslose Jugendliche und Jungarbeiter, an der Berufsschule eine Facharbeiterausbildung zu absolvieren, war noch umstritten. In der Arbeitsgruppe Schülerzeitung wurde die Forderung nach Streichung der Zensurparagraphen für Schülerzeitungen im NSG erhoben.

Der Kampf des Volkes von Osttimor und die Lage in Südost-Asien

Veranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Osttimor mit einer Delegation und Kulturgruppe der FRETILIN

Kiel, Sonntag, den 2. März, 10.00 Uhr, Gaststätte Waidmannsruh, Eckernförderstr.

Hamburg, Sonntag, 2. März, 18.00 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1.Halbjahr 1980

Die Unterdrückertätigkeit Friedrich des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation. Feudalismus und Bourgeoisie beginnen sich zu verschwägern.

Universität Kiel, 25.2. bis 28.2., 20 Uhr, Alte Mensa

Reihe Iran

Itzehoe, 25.2. bis 28.2., 20 Uhr, Gaststätte „Zur Kajüte", Liethberg

Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens

Mölln, 25.2. bis 28.2., 20 Uhr, Gaststätte „Zur Linde", Königsberger Str. 19

Kolonisierung des amerikanischen Kontinents. Die Unterwerfung des Südens durch den Norden. Das US-Völkergefängnis.

Hamburg-Nord, 25.2. bis 29.2., Schule Fränkelstr.

Reihe Philosophie

Kant: Zum Ewigen Frieden und andere Texte von Kant, Hobbes und Locke.

Hamburg-Harburg, 25.2. bis 29.2., 20 Uhr, Gaststätte „Zur Erholung", Winsener Str. 42

Geschichte der gesellschaftlichen Formationen

Universität, 25.2. bis 1.3., 18 Uhr Universität, Phil-Turm, Raum 964

Die Epoche des Imperialismus. Ungleichmäßige Entwicklung der imperialistischen Hauptmächte. Der deutsche Imperialismus greift nach der Weltherrschaft. Unvermeidlichkeit des Krieges.

Hamburg-Altona, 25.2., 20 Uhr, Gymnasium Neu-Altona, Billrothstr. 33

Mao Zedong: „Die chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas"

HH-Mitte/West, 25.2. bis 29.2., 20 Uhr, Schule Ludwigstraße

Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"

Winsen, 25.2. bis 29.2.

Prozeß wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt bei Polizeiüberfall auf ZANU-Sammlung

Hamburg, 25.2., 13 Uhr, Amtsgericht, Sievekingplatz 3

Prozeß gegen fünf iranische Studenten wegen Nötigung und Körperverletzung eines SAVAK-Spitzels

Hamburg, 18. und 29.2., jeweils 9 Uhr, Strafjustizgebäude Sievekingsplatz 3, Saal 237

Wehrkraftzersetzungsprozeß

Flensburg, 25.2., 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben, Zimmer 58

Kaltefleiterprozeß

Kiel, 26., 27., 29.2., jeweils 9 Uhr, Amtsgericht Kiel, Hamsstr., Zimmer 112

Ausstellung: „Bauernmalerei aus Huxian"

Hambug, 13.2. bis 9.4., Di.–So. jeweils 10–17 Uhr, Mi. 10–19 Uhr, Altonaer Museum, Museumstr. 23, Veranst.: GDCF

Eine Aktionseinheit mit klaren Forderungen kann die Staatsschutzkammer in die Enge treiben

b.clm. Nicht umsonst hat die Staatsschutzkammer Flensburg im Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen C.U. Monica die gleichzeitige Anklage wegen Beleidigung der Kampfsau Oberleutnant Arthur Schmidt fallengelassen. Die Richter wollen nach Möglichkeit jeder politische Auseinandersetzung aus dem Weg gehen. Die Verbindung der Anklage wegen Wehrkraftzersetzung mit einer Beleidigungsklage bringt für sie aber das Problem mit sich, daß der Wahrheitsbeweis möglich ist. Überdies war der Oberleutnant eine schwache Stelle in der Anklage. Er war stolz darauf, Kampfsau genannt zu werden, und ließ das auch jeden wissen. Für eine schnelle Verurteilung war er nur hinderlich, deshalb wurde er aus dem Prozeß entfernt.

Wenn das Gericht sich jetzt der Hoffnung hingibt, eine elegante Lösung seiner politischen Probleme gefunden zu haben, wird es bald enttäuscht sein. Schon an den letzten beiden Verhandlungstagen wurde klar, daß die Anklage zusammengestoppelt ist, daß die Staatsanwaltschaft sich in Beweisnöten befindet.

Weit über 20000 DM kostet der Prozeß im Monat, wobei der Löwenanteil von den Gehältern der drei Berufsrichter mit Sauer an der Spitze vereinnahmt wird, die extra dafür freigestellt sind. Wer ist schon damit einverstanden, daß er ständig mehr an Steuern zahlt, damit die Staatsschutzkammer ihrer Unterdrückertätigkeit nachgehen kann?

Der Inhalt der beiden angeklagten Volksmilizen läßt sich inzwischen noch einfacher als wahr erweisen, als zum Zeitpunkt ihres Erscheinens vor zweieinhalb Jahren. Wurde dort in Artikeln an Hand von Manöveranalysen die wachsende Kriegsgefahr nachgewiesen und die eigenständigen imperialistischen Interessen der westdeutschen Bourgeoisie, so wird das jetzt nicht einmal mehr von den bürgerlichen Politikern bestritten; die Auseinandersetzung hat inzwischen die Ebene erreicht, welches die Ursachen dafür sind und welche Maßnahmen dagegen ergriffen werden müssen. Die Antwort der Kapitalistenklasse ist: den Einfluß der Sowjetunion in der 3. Welt eindämmen, im Rahmen einer „Arbeitsteilung" der westlichen Imperialisten die eigenen Einflußsphären vergrößern, Raketen- und Nachrüstungsbeschluß, Erweiterung des Fregattenbauprogramms und Lavieren mit imperialistischen Bündnissen, um beim zu erwartenden Krieg fleddern zu können.

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen dagegen debattieren die Lage ausgehend von ihren eigenen Interessen. Das Ergebnis kann nur sein: Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, Auflösung von NATO und Warschauer Pakt und Unterstützung der Kämpfe der Völker der 3. Welt. Solche Debatten werden jetzt ohnehin in den Betrieben und Gewerkschaften geführt, so daß die Möglichkeit, sich auch gegen die Wehrkraftzersetzungsprozesse zu einigen, groß ist.

Das Verlangen, Klarheit in diese Fragen zu bekommen, ist groß. Erstmalig haben verschiedene Organisationen die Absicht geäußert, eine Aktionseinheit gegen die öffentliche Vereidigung der Rekruten des Jägerbataillons in Flensburg zu schließen. Unter klaren Forderungen wird eine solche Aktion die Staatsschutzkammer weiter unter Druck setzen.

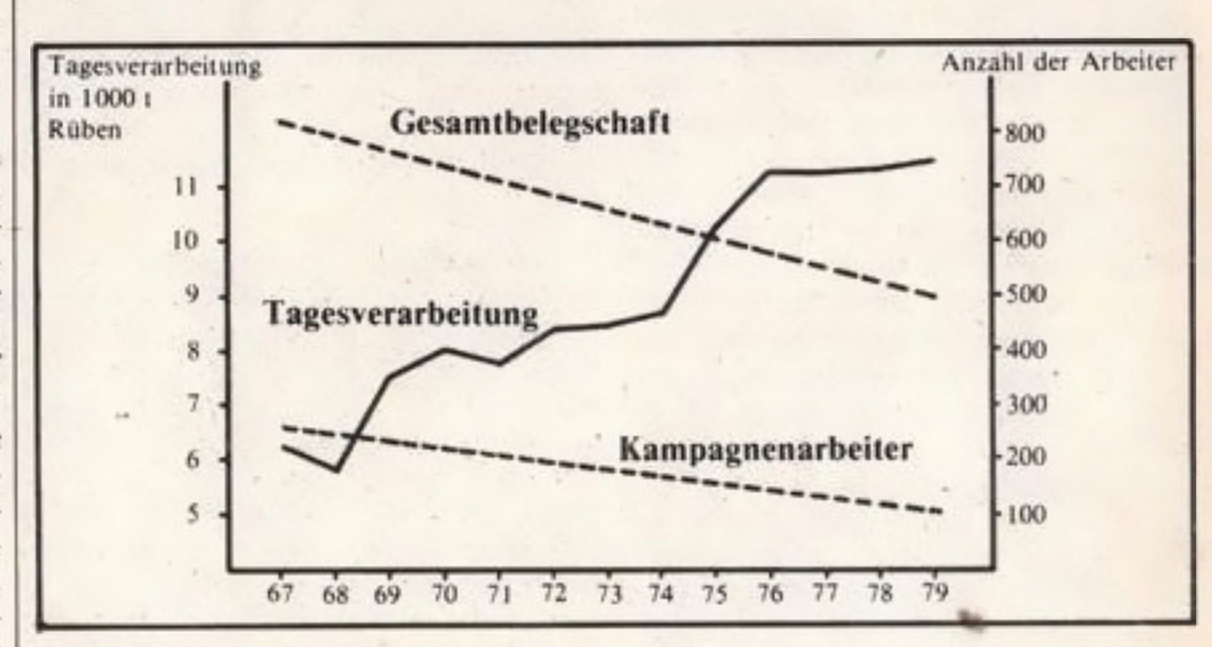
Zuckerindustrie: Volle Durchsetzung der 9,5% ist notwendig

b.msk. Ende Februar läuft für die Beschäftigten der Zuckerindustrie der Lohntarifvertrag aus. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten (NGG) hat für die Arbeiter und Angestellten die Forderung von 9,5% aufgestellt.

Die jährlichen Zuckerkampagnen, in denen die Zuckerrüben angeliefert und verarbeitet werden, dauern etwa von Mitte September bis Mitte Dezember und bedeuten für die Arbeiter Schwerstarbeit in Dreck, Hitze und Lärm, das Ganze im Dreischichtbetrieb ohne einen einzigen Tag frei. Der größte Teil der Belegschaft der Zuckerfabrik Uelzen, der größten in Norddeutschland, besteht aus Stammarbeitern. Diese sind in der Zeit nach der Kampagne damit beschäftigt, die Anlagen zu reparieren und zu erweitern, weil ihre Zahl aber für den Kampagnebetrieb nicht ausreicht, stellt die Zuckerfabrik jedes Jahr noch „Kampagnekräfte" ein, die nach dem letzten Tag der Rübenverarbeitung wieder auf die Straße gesetzt werden

Der Ecklohn, zu dem die meisten Kollegen eingestellt sind, liegt 1,20 DM über dem Ecklohn bei Metall, weswegen die Kapitalisten jedes Jahr versuchen, die Zahl der Kampagnearbeiter zu senken. Da die steigenden Kosten sich nicht im erwünschten Umfang auf die Preise abwälzen ließen, so klagen die Zuckerkapitalisten, „mußte die Progression der Löhne und Gehälter ... in erster Linie durch umfangreiche Rationalisierung aufgefangen werden" (Zuckerindustrie, Entwicklung in Einzeldarstellungen. Verein der Zuckerindustrie, Bonn 1978). Wie ihnen das gelungen ist, mögen die folgenden Zahlen verdeutlichen: Die Gesamtverarbeitung an Rüben stieg von 13,8 Mio. t (1967) auf 16,8 Mio. t (1975), während im gleichen Zeitraum die Zahl der Fabriken von 32 auf 25 sank, die noch in der Hand von 17 Gesellschaften sind. Diese hohe Konzentration an Kapital ermöglichte der Zuckerfabrik Uelzen AG, die Gesamtbelegschaft von 1966 – 1979 um 27% auf ca. 500 zu senken, wobei die Anzahl der Kampagnearbeiter um 50% zurückging. Dabei ist die Tagesverarbeitung jedoch ständig gestiegen. Waren 1950/51 im Durchschnitt der gesamten Zuckerindustrie noch 6,7 Arbeitsstunden nötig, um eine Tonne Rüben zu verarbeiten, so haben beispielsweise die Arbeiter der Zuckerfabrik Uelzen 1978/79 dafür nur noch 0,35 Stunden benötigt.

Bei den Bemühungen, die Löhne zu senken, wirkt sich für die Kapitalisten günstig aus, daß sie gegenüber den Beschäftigten einen Lohntarifvertrag durchsetzen konnten, der 12 Lohngruppen enthält und damit Möglichkeiten, eine satte Spaltung der Belegschaften zu erreichen. Die Skala reicht von 7,50 DM bis 22,65 DM, wobei der Facharbeiterecklohn bei 11,04 DM liegt. Über ein zusätzliches tarifliches Prämiensystem, bei dem Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit, Arbeitsqualität und Sorgfalt eine Rolle spielen, erhalten die Kapitalisten die Möglichkeit, diese Spaltung noch zu vertiefen. So, wie es jetzt notwendig wird, die geforderten 9,5% durchzusetzen um einer weiteren Verschlechterung der Reproduktion der Arbeitskraft entgegenzuwirken, wird es zwingend, bei Auslaufen des Manteltarifvertrages im nächsten Jahr den Lohngruppenschlüssel zu verändern. Die Streichung der unteren Lohngruppen wirkt den Spaltungsabsichten der Kapitalisten direkt entgegen und wird nur gegen harten Widerstand durchgesetzt werden können.



Heuer- und Manteltarifvertrag für Linie

Heuer- und Manteltarifvertrag für Linie Römö-Sylt abgeschlossen

b.clm. Am 21.2. ließ der Schiffahrtsreferent des schleswig-holsteinischen Landesverbandes Jan Koch durch die Presse mitteilen, „daß für die Beschäftigten auf den zwischen den Inseln Sylt und Röm verkehrenden Autofähren ‚Vikingland' und ‚Westerland' die von der Fördereederei und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft ausgehandelten Heuer- und Manteltarifverträge voll angewendet werden." Auch die ÖTV habe die Tarifverhandlungen gebilligt und der dänische Gewerkschaftsbund LO sei damit einverstanden.

Die Fördereederei ist nicht Mitglied im Verband Deutscher Reeder, so daß auf ihren Schiffen der Flensburger Förde mit der DAG ausgehandelte Haustarife gelten, die jetzt auch auf die Linie Römö-Sylt übertragen werden sollen. Ein besseres Ergebnis kann die Kampfkraft der dänischen Fährarbeiter alleine nicht durchsetzen. Die Verluste der Fördereederei durch Boykott und Blockade waren so hoch, daß sie Punkt für Punkt hat nachgeben müssen, wenn sie sich die Aussicht erhalten wollte, in der kommenden Saison mit der aufgekauften Linie Gewinne hereinfahren zu können. Schon vor geraumer Zeit hat sie zugestanden, die zypriotische Piratenflagge zu streichen und die Schiffe zum 1. März auf deutsche Flagge umzuflaggen. Das wollte die Reederei aber nach Möglichkeit damit verbinden, deutsche Arbeiter ohne kollektive Verträge auf den Linien arbeiten zu lassen. Dafür hatte sie im letzten Monat in ganz Schleswig durch Annoncen Arbeiter gesucht. Auch das hat sie jetzt fallen gelassen. Bewerbern auf die Annoncen hat sie mitgeteilt, daß sie im März niemanden neu einstellen kann, weil die alte Mannschaft übernommen werden müßte.

Die Verträge, die nun ausgehandelt worden sind, sind allerdings schlechter als die, die noch unter dänischer Flagge galten. Ein besseres Ergebnis hätte aber nur durchgesetzt werden können, wenn gleichzeitig die bestehenden Verträge auf der Flensburger Förde zur neuen Verhandlung gestellt worden wären. Das hätte aber ein entschlosseneres Vorgehen der ÖTV verlangt, die dann gleichzeitig der DAG die Monopolstellung in der Reederei zum Aushandeln der Verträge hätte streitig machen müssen.

Die Blockadewacht hat erklärt, daß die LO ihr zunächst die abgeschlossenen Verträge vorlegen müsse, daß sie aber dann den Empfehlungen der LO folgen werde und den Boykott beende.

Büsumer Fischer fordern sofortige Auszahlung der Gasölbeihilfe

b.wik. Nach Aussage der Fischereigenossenschaft Husum haben die Krabbenfischer im Husumer Einzugsgebiet im vergangenen Jahr 500000 kg Krabben mehr angelandet als 1978. Trotzdem sind die Erlöse der Fischer um 200000 DM gesunken. 3,74 DM haben die Fischer 1977 für das Kilogramm Krabben bekommen, nur noch 3 DM pro Kilo waren es im August und 2 DM im September 1979. Zeitweilig ist der Erzeugerpreis sogar auf 1 DM bis 1,50 DM gefallen. In Büsum liegt er momentan bei 1 DM.

Den gefallenen Erlösen stehen sprunghaft gestiegene Betriebskosten gegenüber, hauptsächlich verursacht durch die verdoppelten Kosten für Gasöl. Von 26 auf jetzt 53 Pfennig je Liter ist der Gasölpreis in den letzten beiden Jahren gestiegen.

Um ein weiteres Fallen der Krabbenpreise zu verhindern, haben die Fischer aus Husum, Tönning und Büsum im August letzten Jahres an der Westküste einen Fangstopp durchgeführt. Allerdings konnten sie dadurch ein weiteres Sinken der Krabbenpreise auf die Dauer nicht verhindern. Für die gestiegenen Gasölpreise haben die Fischer von der Bundesregierung finanzielle Zuschüsse verlangt. Im Herbst gab die Bundesregierung eine entsprechende Zusage für 1980 und stellte 20 Millionen DM zur Verfügung, 2,5 Millionen (8%) für die Kutterfischer. Umgerechnet etwa 5 Pfennig je Liter Gasöl. So kläglich wenig das auch ist, so sollte „diese Hilfe doch schnell und unbürokratisch gewährt werden". selbst in dieser „Hilfe" ist die Bundesregierung bisher nur wortbrüchig geblieben, von den bereitgestellten Geldern ist noch kein Pfennig an die Fischer ausbezahlt worden. Jedenfalls ist sie von sich aus nicht zur Auszahlung bereit. Zugleich wird die Auszahlung der Zuschüsse für Stillegungszeiten, die eigentlich im Januar erfolgen sollte, verzögert.

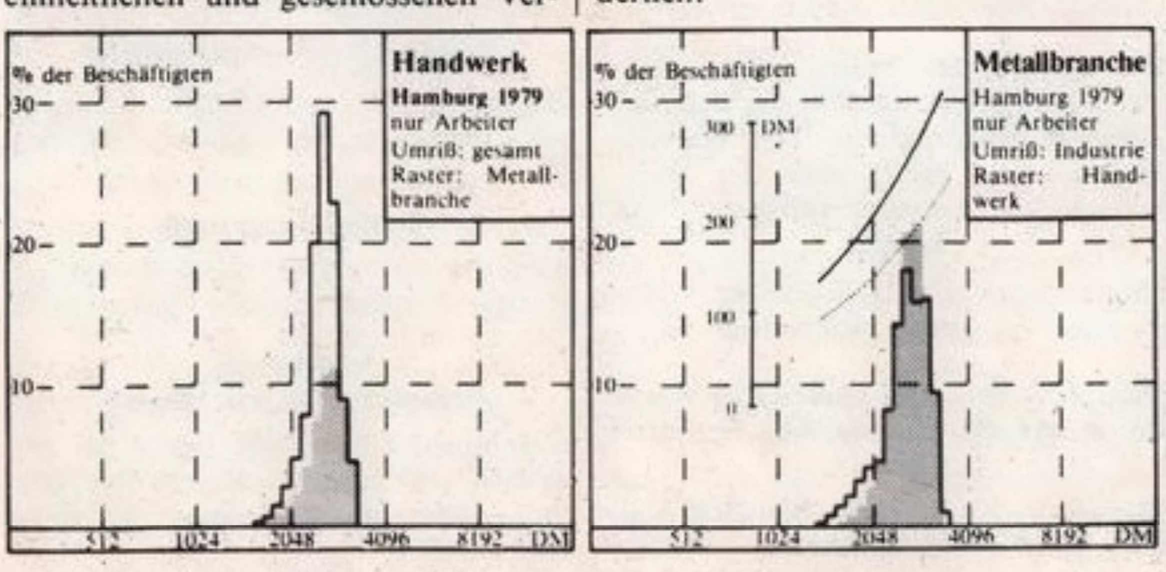
Auf ihrer Jahreshauptversammlung haben die Büsumer Fischer die sofortige Auszahlung der bewilligten Gelder verlangt. Die Bundesregierung war nicht direkt vertreten. Zugegen war das FDP Mitglied des Agrarausschusses des Bundestages, Zumpfort, um sich „über die Sorgen der Fischer zu informieren". Resultat seiner „Informationen" war der Vorschlag, daß die Fischer ein nur für sie zuständiges Ministerium bräuchten. Vielleicht mit dem Liberalen Zumpfort als Minister?

Die Wahrheit ist, daß das Ministerium um Ertl sehr gut „informiert" ist. Auf der Mitgliederversammlung des Kutterverbandes im Mai 79 hielt der Ministerialdirigent Möcklinghoff aus dem Ertl-Ministerium eigens ein grundsätzliches Referat „Zu den aktuellen Problemen und Fragen der Kutter- und Küstenfischerei". Er faßte seine Ausführungen wie folgt zusammen: „Wir sollten aber den ‚natürlichen' Schrumpfungsprozeß vorerst nicht aufhalten... Auch die Verteuerung der Treibstoffpreise kann nicht zum Anlaß für eine Heraufsetzung der Marktordnungspreise genommen werden... Die Erhaltung einer leistungsfähigen kleinen Hochsee- und Küstenfischerei ist und bleibt deshalb Ziel unserer Fischereipolitik." Nicht leistungsfähig sei der übliche Familienbetrieb mit Kutter mittlerer Größe. Besonders leistungsfähig sei dagegen der Großkutter mit 27 m und mehr. Wollen die Fischer jetzt die sofortige Auszahlung zugesagter Zuschüsse durchsetzen, müssen sie die Regierung dazu zwingen.

Lohnbewegung Handwerk: Metallbereich

b.std. Die Tarifkommission für das Heizungsbauerhandwerk in Hamburg fordert die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10%. Zusätzlich wird eine Vorweganhebung der Gehaltsgruppen K/T 2 und T 3 um 75 DM gefordert.

Im Kfz-Handwerk und Sanitärhandwerk sind von den Tarifkommissionen ebenfalls 10% aufgestellt worden. Die Effektivlohnverteilung sowohl des gesamten Handwerks wie des Metallhandwerks zeigt einen verhältnismäßig einheitlichen und geschlossenen Verlauf. Die niedrigen Lohngruppen sind weniger belegt als in der Metallindustrie, was sich aus dem hohen Anteil der Facharbeiter im Handwerk erklärt. Der Anteil der Frauenarbeit ist gering. Ein Abschluß wie in der Metallindustrie (punktierte Linie) hat im Ergebnis 100 DM für die niedrigst belegte Lohnklasse bei Übernahme auf die Effektivlohn, die Forderung von 10% (durchgezogene Linie) bedeutet hier etwa 150 DM. Dennoch wäre eine Streichung der unteren Lohngruppen erforderlich.



Einzelhandel: DAG setzt sich für Außertarifliche Angestellte ein
Die Beschäftigten fordern Absicherung der unteren Lohngruppen

b.frs. Vergangene Woche ist die DAG, die Gewerkschaft der „besseren" Angestellten, mit einem Flugblatt an die Einzelhandelsbeschäftigten herangetreten, in dem ihnen „Tatsachen, Fakten und Prognosen" nahegelegt werden. „Fakt" Nr. 3 ist eine Tabelle mit der Überschrift: „Wieviel Sie 1980 verdienen müssen, um soviel zu haben wie 1979!!!" Betrachtet werden Bruttoentgelte von 1500 bis 5500 DM: Über die Hälfte davon (ab 3500 DM) sind Gehälter außertariflicher Angestellter. Was unter 1500 DM liegt, interessiert die DAG nicht. Dabei liegt dort ein entscheidender Teil der Einzelhandelsbeschäftigten.

Die DAG errechnet in der Tabelle eine angenommene Preissteigerung von 5% auf die Nettolöhne. Dabei kommen unterschiedliche Bruttoerhöhungen heraus: Für 1500 DM 5,7%, für 5500 DM 7,2%. Als Ausgleich für den Preisanstieg muß also ein Verkäufer 85,51 DM (netto 53,10 DM) mehr Gehalt haben, sein Personalchef 398,61 (netto 146,96 DM). Was die DAG „vergißt", ist, daß die unteren Lohngruppen am Lebensnotwendigen einsparen müssen, der Verdiener von 5500 DM dagegen nicht.

Die DAG baut auf die Erfahrung, die Arbeiter bei jeder Lohnerhöhung machen. Sobald sie einmal in der Steuerprogressionsfalle gelandet sind, kassiert der bürgerliche Staat einen ständig steigenden Teil der Lohnerhöhung. Bei Steuerklasse I beginnt die Progressionszone bei ca. 1300 DM. Unverzichtbar wird für die Gewerkschaften tatsächlich, sich in der Steuerfrage einzumischen. Eine Erhöhung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohnes würde für jeden gleichviel bringen und gleichzeitig verhindern, daß bei jeder Lohnerhöhung der Staat tiefer in die Taschen der Lohnabhängigen greift. Können die Gewerkschaften dem begegnen, indem sie für die besser verdienenden Angestellten höhere Prozenterhöhungen durchsetzen? Keineswegs. Sie vergrößern damit die Spaltung im Lohngefüge und erschweren den Zusammenschluß der Beschäftigten. Insofern kann man auch „Fakt Nr. 2" der DAG anzweifeln: „Die DAG wird die Arbeitnehmer im Hamburger Einzelhandel zu Arbeitskampfmaßnahmen auffordern, wenn es nicht über den Verhandlungsweg gelingt, akzeptable Tariferhöhungen auszuhandeln." Als akzeptabel legt sie mit ihrer Tabelle einen Abschluß um 5,7% nahe, ist damit doch wenigstens das Realeinkommen für die unteren Gehaltsgruppen (soweit die DAG sie kennt) gesichert. Unter einer 5,7%-Forderung wird es aber schwer gelingen, die Kollegen zu Arbeitskampfmaßnahmen zusammenzuschließen. Soll ein Verkäufer Gehaltsgruppe 2, Anfangsstufe (1080 DM), einsehen, für 62 DM brutto zu kämpfen, damit sein Abteilungsleiter (3200 DM) 183 DM erhält?

Die Große Tarifkommission der HBV Fachgruppe Einzelhandel hat am 18.2. die Forderung für die Gehalts- und Lohnerhöhung 1980 beschlossen. Sie hat sich dabei auf die Auswertung einer Fragebogenaktion gestützt, die ergab, daß es eine große Einheit für eine Absicherung der Löhne und Gehälter nach unten und für eine Verkürzung der Berufs- und Tätigkeitsjahresstaffel gibt.

Im Zitat: „Das riecht nach Pulver"

Senat sagt: „An den Krankenhäusern ist alles in Ordnung" und schickt Soldaten

b.msk. Die Gesundheit der Arbeiterklasse wird durch die kapitalistische Produktion zunehmend verschlissen. 1967 betrug der Krankenstand der AOK-Pflichtversicherten 5,8%. 10 Jahre später liegt er bei 7,4%. Immer mehr Patienten müssen sich einer Krankenhausbehandlung unterziehen:

	Klinisches Hauspersonal	Pflegedienst u. med.tech. Funktionsdienst
1977	1125	5772
1976	1158	5723
1975	1202	5777
1973	1496	5954
1972	1482	5843

Dem steigenden Verschleiß begegnet der Hamburger Senat mit Bettenstreichungen. 1971 gibt es in den Krankenhäusern der Gesundheitsbehörde 11022 belegbare Betten. 1980 sollen es nur noch 9232 sein. Immer schneller werden die Patienten durch die Krankenhäuser gejagt. 1964 betrug die durchschnittliche Verweildauer 20,9 Tage, 1979 ganze 14,8 Tage. Die Arbeitskraft des Pflegepersonals ist der Hauptfaktor bei der Gesundheitsversorgung. Er kann nicht durch Entwicklung der Maschinerie ersetzt werden.

Reduzierung der Planstellen bedeutet Reduzierung der Pflege. Sieht der Stellenplan des Hamburger Senats die reduzierte Pflege schon vor, ist die Praxis erheblich grausamer. In der 1. Med. des UKE z.B. fehlen von 143 Planstellen z.Zt. 22%. 14 Stellen sind nicht besetzt, 17 Schwestern sind krank. Die Krankengymnastik wird hauptsächlich von Schülern durchgeführt, die nicht einmal eine umfassende Anleitung haben.

Im Krankenhaus wird die verschlissene Arbeitskraft nicht wieder hergestellt. Ein 53-jähriger Stahlkocher hat z.B. nach einer Versteifung der linken Hüfte totalen Verschleiß im rechten Hüftgelenk nach jahrelanger Akkord- und Schichtarbeit. Ihm werden 2 Hüftenprothesen eingesetzt. Nach 3 Monaten wird er mit starken Schmerzen entlassen. Eine Anschluß-Heilbehand-

Krankengymnastik wird hauptsächlich von Schülern durchgeführt, die nicht einmal eine umfassende Anleitung haben.

Im Krankenhaus wird die verschlissene Arbeitskraft nicht wieder hergestellt. Ein 53-jähriger Stahlkocher hat z.B. nach einer Versteifung der linken Hüfte totalen Verschleiß im rechten Hüftgelenk nach jahrelanger Akkord- und Schichtarbeit. Ihm werden 2 Hüftenprothesen eingesetzt. Nach 3 Monaten wird er mit starken Schmerzen entlassen. Eine Anschluß-Heilbehand-

lung gibt es für ihn nicht, weil kein Bett frei ist. „Hamburg verfügt über ein Gesundheitswesen, in Qualität und Quantität, von dem andere nur träumen können" kommentiert Gesundheitssenatorin Elstner vor der Bürgerschaft die Lage.

Daß sie 3 Tage später 63 Bundeswehrsoldaten in die Krankenhäuser abkommandieren läßt, hat einen anderen Zweck als den der Verbesserung der Patientenversorgung. „Das riecht nach Pulver" ist die Meinung einer Krankenschwester, die festgestellt hat, daß die Soldaten erst mal Mehrarbeit bedeuten, weil sie wie Schüler angelernt werden müssen. Der Bundeswehreinsatz in den Krankenhäusern ist eine Herausforderung. Auf den Kampf um Planstellen und auf den Lohnkampf soll er „wirken". Angesichts der Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie eine gefährliche Lage , wenn die Belegschaften nicht umfassende politische Forderungen erheben.

Im Lohnkampf zeichnet sich eine breite Einheit für die vom Hauptvorstand der ÖTV vorgeschlagene Forderung 180 DM/9% ab. Beschlüsse, die unter dieser Forderung liegen, sind nicht bekannt. Es gibt höhere Forderungen. In allen Beschlüssen wird deutliche, daß die 180 DM Festgeld unbedingt durchgesetzt werden müssen.

Der ÖTV-Hauptvorstand zeigt die gleiche Entschlossenheit. Auf der Mitgliederversammlung der ÖTV Kreis Neumünster / Rendsburg hob Siegfried Mertens (ÖTV Stuttgart) hervor, daß jetzt alles drauf ankommt, wie sich die Kampfkraft dem Dienstherrn darstellt. Besonders wichtig sei, daß nicht nur die traditionellen Streikbereiche (Müllabfuhr, öffentliche Verkehrsbetriebe) streikbereit seien. Nach dem Lohnabschluß IG Metall muß die ÖTV schon einiges unternehmen, um die weitere Spaltung durch das Lohngefüge aufzuhalten.

Der Hamburger Senat hat für 1980 die Stellenstreichungen hauptsächlich bei den unteren Lohngruppen angesetzt: Bei KR I bis IV 147, bei den Arbeitern 141, davon allein 86 Stellen beim Reinigungspersonal. Das sind die Arbeiter und Angestellten, deren Reproduktion stark eingeschränkt ist, die unter 2000 DM verdienen. Es sind diejenigen, die die Intensivierung der Arbeit am schroffesten spüren. Tab. II.

	Neuzugänge	KHS-Häufigkeit je 100 EW
1969	177517	14,4
1970	177819	14,8
1971	181939	15,4
1972	184008	15,7
1973	185557	15,9
1974	187217	16,1
1975	189399	16,5
1976	193606	17,4
1977	196504	17,9

Der Dienstherr will auf jeden Fall die unteren Lohngruppen weiter abspalten. Dagegen müssen die 180 DM durchgesetzt werden. Ohne daß die Belegschaften gleich am 1.Verhandlungstag zu Aktionen kommen, wird es schwer werden.

Die vom Hauptvorstand der ÖTV vorgeschlagene Forderung kann sich auf breite Zustimmung stützen. Auszüge aus der Beschlußlage:

ÖTV Hamburg: Mitgliederversammlungen Bezirksamt Hamburg-Mitte, Amt für Jugend, AK Altona, AK St. Georg, AK Eilbek, Gesundheitsbehörde, Bezirksjugendausschuß. *ÖTV Lüneburg:* Betriebsgruppe Häcklungen, Mitgliederversammlung Kreisverband Lüneburg. *ÖTV Stade:* Hauptabteilung Gesundheitswesen. *ÖTV SchleswigL.Kreisbeamtenausschuß, Mitgliederversammlung der Vertrauensleute der Kreisverwaltung (52 VL). ÖTV Kiel:* ca. 50 Betriebs- und Personalräte der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Versorgungsbetriebe erklären, daß die Betriebe streikbereit sind.
GEW Hamburg: Schulkreiskonferenz 52, Betriebsgruppen Glückstädter Weg, Gymnasium Ohlstadt, Gymnasium Alstertal, Walddörfer-Gymnasium. *GEW Lübeck:* Jahreshauptversammlung. *GEW Flensburg:* Kreisdelegiertenversammlung. *GdED Hamburg:* Bezirkskonferenz.

Elstner (volkstüml.: diebische E.), Hamburgischer Senatsvogel mit langem, keilförmigen Schwanz. Wie andere Rabenvögel neigt sie dazu, Lohngelder zu entwenden und zu verbergen (s.a.: Kostendämpfung, ehrenberg'sche) Hauptsächlicher Lebenszweck der E. ist, die Beschäftigten im Gesundheitswesen zu maßloser Mehrarbeit zu bringen. Man begegnet ihr am besten mit der Forderung nach **Einhaltung des 8-Stundentags an 5 Werktagen.**



net ihr am besten mit der Forderung nach **Einhaltung des 8-Stundentags an 5 Werktagen.**

Ratsversammlung stimmt Schließung der Klinik Ost zu – 1985 Bettenzahl 905

b.dam. Am Montag vor einer Woche hat die Ratsversammlung Flensburg wie erwartet den Verträgen mit der Diakonissenanstalt zugestimmt. Dennoch ist die Frage nicht gegessen, wie man den Leserbriefen des Flensburger Tageblattes und des Avis entnehmen kann. Warum: weil die Krankenversorgung, so wie sie ist, nicht gegessen ist.

Vom Bürgermeister Richter wurden die Zahlen genannt: der Bettenschlüssel sei von 7,2 auf 5,0 pro Tausend reduziert, der Bettenbedarf von 1973 1040 bis auf 1977 870. Die Zahl, die mit der Klinik Ost-Schließung realisiert werden soll, nämlich 905 Betten, scheint realistisch zu ein. Wo liegt der Haken? Man muß sich an die offiziell herausgegebenen Zahlen der AOK Flensburg heranwagen. Jahresbericht 1978: ein Drittel der gesamten Ausgaben der Versicherung wird für den Posten 46 = Krankenpflege ausgegeben, dabei haben sich die Kosten für die Krankenhauspflege im Verhältnis zum Jahr 1960 um 818% erhöht, während allgemein die Kosten um 624% gestiegen sind. Gestiegen sind die Kosten nicht nur durch einfache Steigerung der Personalkosten, sondern durch „Mehrinanspruchnahme" der Leistungen. Die Statistik der AOK Flensburg nennt die Steigerung der Krankenhausfälle von 3719 1977 auf 4168 1978. Die AOK Schleswig-Flensburg, die in die Schließung der Klinik Ost nicht unerheblich verwickelt ist, da in ihrem Einzugsbereich, setzt in ihrem Bericht 1977 für das Jahr 1978 eine Steigerung der Krankenhausfälle von 3% an, die in Wirklichkeit überschritten wurde. Tatsache ist: mehr Arbeiter werden in Krankenhäuser eingeliefert, die Inanspruchnahme der Krankenversorgung steigt trotz der so beschworenen Zahlen des Rückgangs der Bevölkerung. Die Durchschnittslohnsumme, die von der AOK Flensburg für das Jahr 1978 angegeben wird, ist 20016,90 DM. Tatsächlich beziffert diese Zahl nur, daß die Löhne der Arbeiter in Flensburg verhältnismäßig niedriger im Durchschnitt liegen als anderswo. Der Kreis Schleswig nennt eine Jahresdurchschnittslohnsumme von 21756,62 DM. Wenn man sich auf die Untersuchungen stützt, die eine Rechnung zwischen Leistung und Entlohnung aufmacht, ist es schon so, daß die niedrige Entlohnung auf hohe Leistung und Vernutzung der Arbeitskraft schließen läßt.

Erreicht werden kann die niedrigere Bettenzahl, die die Landesregierung durchsetzen will, also nicht einfach so, sondern nur durch Streichung direkt oder durch die Senkung der Pflegetage. Die über Landesdurchschnitt liegenden Pflegetage pro Fall in der Klinik Ost von 21,4 Tagen sollen auf jeden Fall auf die der Diako (13,6) gesenkt werden. Die Verschlechterung der Krankenversorgung trifft vor allem die Arbeiter der Industrie in den Betrieben. Bei Danfoss, wo die Krankenprozentzahl mit 14 bis 18% immer schon höher war als woanders, wird sie direkte Auswirkungen haben. Bei hohem Anteil von Schichtarbeit, von Akkord- oder Nachtarbeit, sowie Frauenarbeit, wird dies brennend werden.

Die IG Metall Flensburg hat also allen Grund, in die Auseinandersetzung einzugreifen.

Krankenpflegeschüler führen den Kampf um Einhaltung der festgelegten Stundenzahl

b.chc. In Rendsburg sind am Stadtkrankenhaus zur Zeit wieder Krankenpflegeschüler aus dem Schleswiger Krankenhaus zur Erweiterung ihrer Ausbildung auf Fachabteilungen eingesetzt. Die Rendsburger Krankenhausleitung weiß auch diese Schüler als billige Arbeitskräfte auszunutzen. Ihre Devise ist: Statt Unterricht Arbeit auf den Stationen. Von den bislang 60 vorgeschriebenen Unterrichtsstunden sind schon 14 ausgefallen. An einem Tag

nachzuholen sowie Festlegungen zu treffen, damit keine weiteren Stunden ausfallen.

Am Heidbergkrankenhaus in Hamburg haben die Schüler mit Unterstützung des Personalrates jetzt durchsetzen können, daß ein zehntägiger Extrablock bewilligt wurde, damit der Unterrichtsstoff verarbeitet werden kann. An den Universitätskliniken Kiel führen die Krankenpflegeschüler den Kampf um je einen arbeitsfreien Tag

Krankenpflegeschüler führen den Kampf um Einhaltung der festgelegten Stundenzahl

b.chc. In Rendsburg sind am Stadtkrankenhaus zur Zeit wieder Krankenpflegeschüler aus dem Schleswiger Krankenhaus zur Erweiterung ihrer Ausbildung auf Fachabteilungen eingesetzt. Die Rendsburger Krankenhausleitung weiß auch diese Schüler als billige Arbeitskräfte auszunutzen. Ihre Devise ist: Statt Unterricht Arbeit auf den Stationen. Von den bislang 60 vorgeschriebenen Unterrichtsstunden sind schon 14 ausgefallen. An einem Tag
wurde der Unterricht gleich ganz abgesetzt, nachdem es „auf einigen Stationen durch Krankheit und Überbelegung zu Engpässen in der Personalsituation gekommen war", so die Krankenhausleitung. Ein weiterer Grund für den Unterrichtsausfall ist, daß es die Krankenhausleitung nicht für nötig erachtet, vorher mit den Ärzten den Stundenplan abzusprechen, so daß es dem Arzt individuell überlassen bleibt, das Skalpell aus der Hand fallen zu lassen oder die Schülerinnen nicht zu unterrichten. Da dies keine Alternative ist, findet das Vorgehen der Schüler dagegen bei den Beschäftigten Unterstützung. Die Schüler haben in einem Brief an die Rendsburger und Schleswiger Krankenhausleitung gefordert, die ausgefallenen Unterrichtsstunden

nachzuholen sowie Festlegungen zu treffen, damit keine weiteren Stunden ausfallen.

Am Heidbergkrankenhaus in Hamburg haben die Schüler mit Unterstützung des Personalrates jetzt durchsetzen können, daß ein zehntägiger Extrablock bewilligt wurde, damit der Unterrichtsstoff verarbeitet werden kann. An den Universitätskliniken Kiel führen die Krankenpflegeschüler den Kampf um je einen arbeitsfreien Tag
pro Woche im letzten Semester vor dem Examen, damit der Lehrstoff geschafft werden kann und ausgefallene Stunden nachgeholt werden.

Insgesamt zeigen diese Aktionen, daß sich die Krankenpflegeschüler auch nach dem Scheitern des 2. Verhandlungstages des Manteltarifvertrages für Auszubildende nicht mit den Zuständen ihrer Ausbildung zufrieden geben. In den Aktionen, die jetzt geführt werden, muß die Forderung nach Nichtanrechnung der Schüler auf den Stellenplan mit aufgenommen werden, um zu vermeiden, daß die Krankenhausleitung bei jedem Engpaß ihrer Personalpolitik die Krankenpflegeschüler als Notpflaster in die unbesetzten Stellen stopft.

Breite gewerkschaftliche Front gegen Hilfsarbeiterproduktion durch das BGJ

b.sul. Der Hamburger Senat will im Einklang mit den anderen Bundesländern das Berufsgrundbildungsjahr, das als Versuch seit 1973 läuft, flächendeckend einführen. 1973 waren insgesamt 423 Schüler im BGJ, 1978 1692. Es liegt jetzt ein Stufenplan vor, nach welchem zunächst in Agrarwirtschaft, Holztechnik, Textiltechnik und Bekleidung, Chemie, Physik und Biologie, Drucktechnik und Bautechnik (Baunebenberufe) bis 1981 das BGJ durchgesetzt werden soll. Dann folgen in der 2. Stufe Elektrotechnik, Farbtechnik und Raumausgestaltung, Gesundheit, Körperpflege, Ernährung und Hauswirtschaft, sodann in der 3. Stufe Wirtschaft und Verwaltung und Metalltechnik. Es soll in den Berufsschulen als schulisches BGJ durchgeführt werden. Auf Wunsch der Kapitalisten soll es auch ein sog. kooperatives BGJ geben, wo fachpraktische Ausbildung in den Betrieben stattfindet. Statt Lehrlingslohn soll es BAFöG geben, was mind. 200 – 300 DM Fehlbetrag in den Haushaltskassen ausmacht.

In allen Gewerkschaften gibt es Widerstand gegen dieses BGJ. Der Berufsbildungspolitische Ausschuß des DGB schreibt: „. . . .Auch die nicht anrechnungsfähigen Sonderformen des BGJ und die Berufsvorbereitungsjahre sind bildungspolitische Scheinlösungen, die nur dazu dienen, die ohnehin benachteiligten Jugendlichen auf einfachste Verrichtungen vorzubereiten, ohne ihnen eine qualifizierte Berufsausbildung zu geben. . . .Bund und Länder müssen die Fortsetzung der Ausbildung in der Fachstufe gewährleisten. . . . Auch in der Fachstufe muß endlich die in den Schulgesetzen der meisten Bundesländer festgelegte Stundenzahl durch einen zweiten Berufsschultag realisiert werden . . . sind die Gewerkschaften stärker und verbindlicher als bisher zu beteiligen." Die Ortsverwaltung der IG Metall Hamburg hat im letzten Herbst die flächendeckende Einführung des BGJ abgelehnt und u.a. gefordert, daß die Inhalte beruflicher Grundbildung nicht an Unternehmerinteressen ausgerichtet werden dürfen, daß die Fortsetzung der Berufsausbildung gewährleistet sein müsse und daß das Familieneinkommen nicht reduziert werden darf.

Der Ortsverein der IG Druck hat auf seiner Hauptversammlung am 3.2.80 die für 81 geplante Einführung des BGJ abgelehnt und sich u.a. auch gegen die drohende verstärkte Auslese der Jugendlichen ausgeprochen. Auch die BSE und die GEW, wie andere Gewerkschaften sind gegen das BGJ bzw. stellen Bedingungen.

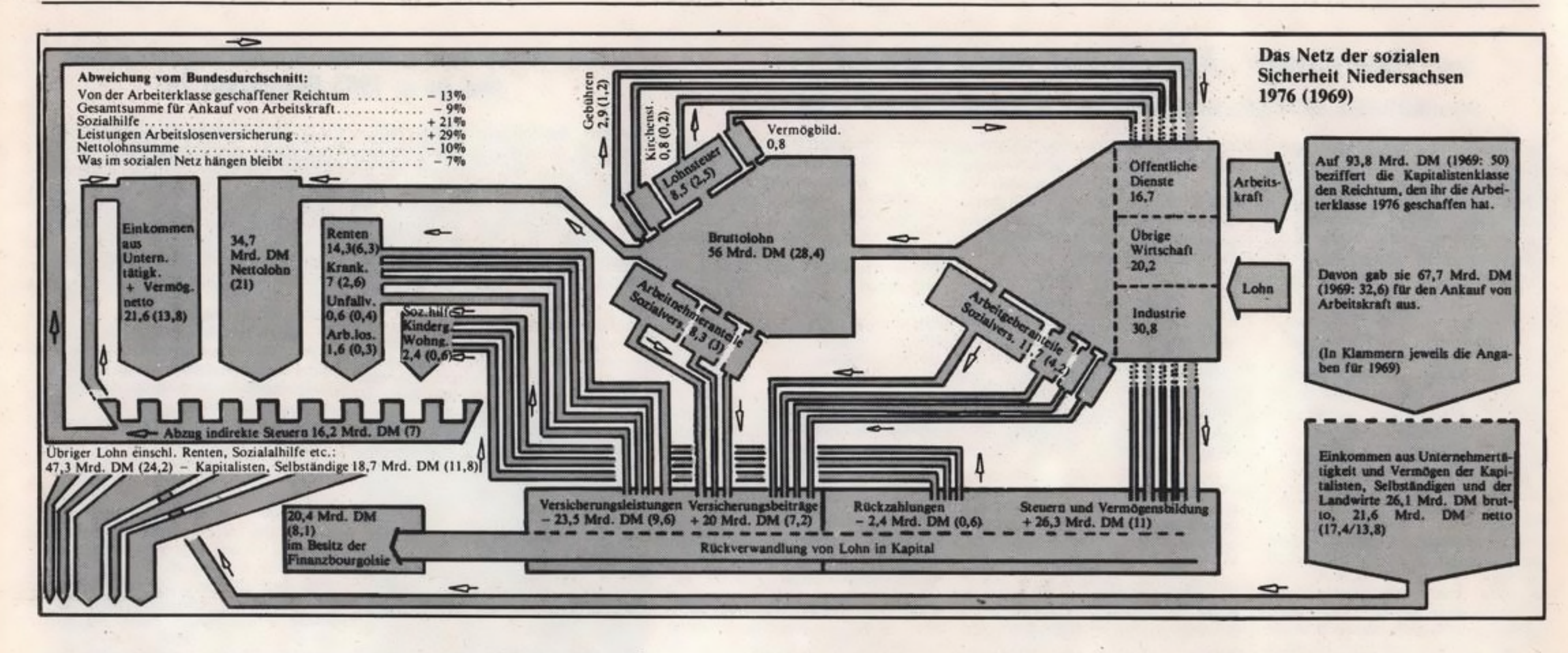
Zunächst wollten die Kapitalisten die Jugend von der Schulbank weg in die Fabrik holen. Sie hatten über 100000 Jugendliche als Arbeitslose auf den Arbeitsmarkt geworfen, um sie dort billig aufzukaufen, am besten mit Zuschuß aus der Arbeitslosenversicherung. Damit sind sie nicht durchgekommen wegen des breiten gewerkschaftlichen Widerstandes. Die Kapitalisten mußten einen Umweg einschlagen mit dem BGJ.

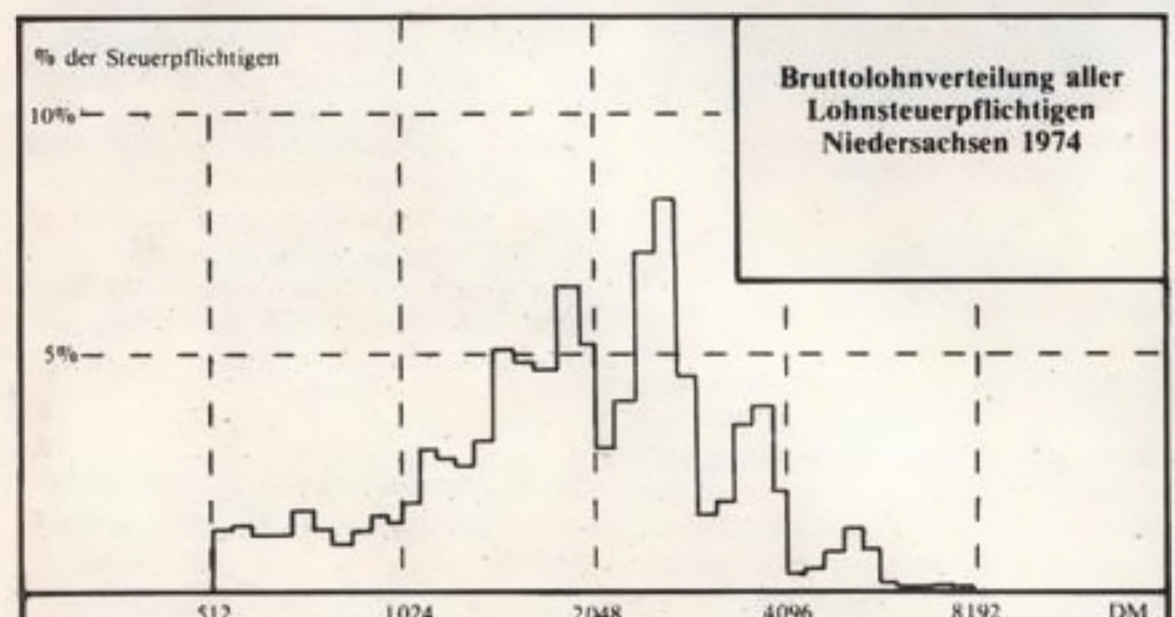
Ihre Angriffe auf die Ausbildung verfolgen sie weiter. So berichtet das Institut der deutschen Wirtschaft (Bericht zur Bildungspolitik 1979/80 S.28):„. . . .von daher ist es im Hinblick auf ein Berufsleben gerechtfertigt, die Schulzeit zugunsten der späteren, unerläßlichen Weiterbildung zu verkürzen. Die Situation der Hauptschule wird sicher nicht durch das Aufpropfen eines weiteren Jahres, sondern nur durch innere Reformen verbessert." Auf eine große Anfrage der CDU in der Hamburger Bürgerschaft, wie die Vorbereitung der Schulabsolventen auf das Berufsleben aussehe, bestätigt der Hamburger Senat: „An den Hamburger Schulen werden vielmehr große Anstrengungen unternommen, den Schülern Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, die sie im Berufsleben brauchen. Zur Vorbereitung auf das Arbeitsleben werden weit mehr als früher praxisorientierte Inhalte vermittelt, die mit der Arbeits- und Berufswelt in engem Zusammenhang stehen."

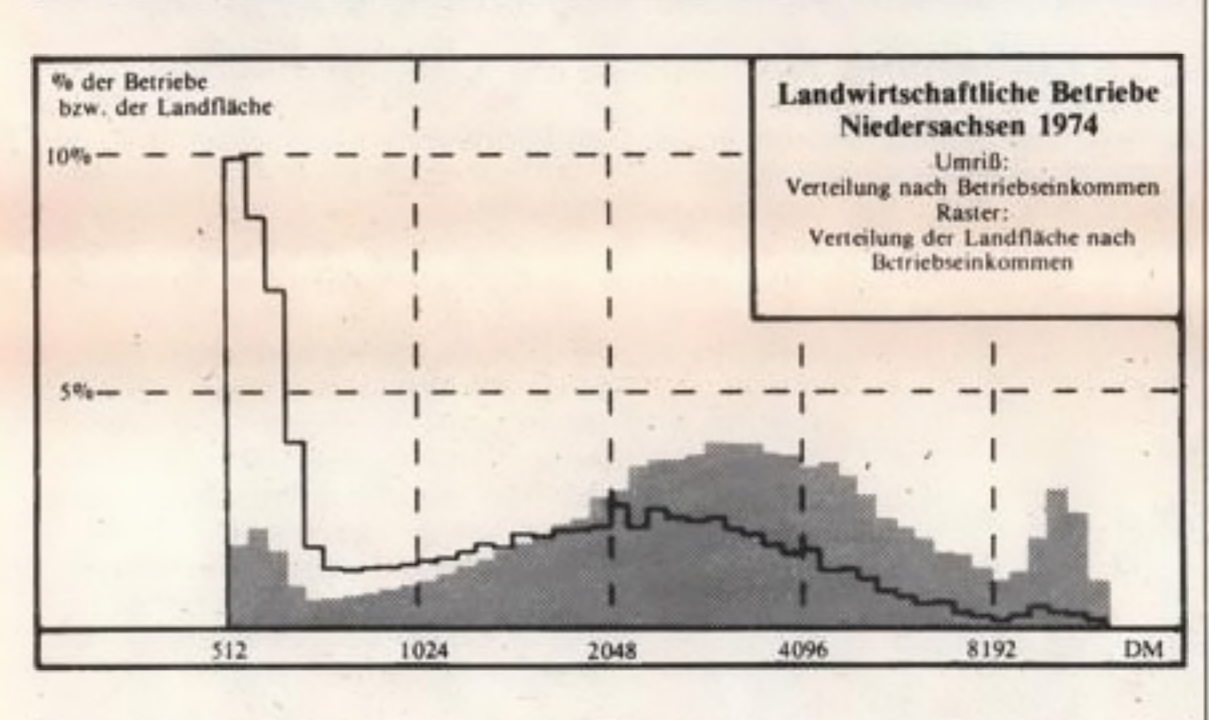
Die breite gewerkschaftliche Front gegen das BGJ stellt Forderungen bzw. Bedingungen auf, die die Angriffe der Kapitalisten abwehren. Schon versucht der Hamburger Senat aufzuweichen, indem einige Bedingungen erfüllt würden und für andere sei er nicht zuständig. Formuliert man dagegen die Ausbildungsinteressen positiv, bietet man dem Hamburger Senat gar nicht diese Angriffsmöglichkeiten. Der DGB machts: „Eine qualifizierte Ausbildung auf Berufsfeldbreite muß die allgemeinen naturwissenschaftlichen, technischen, ökonomischen, sozialen und rechtlichen Grundlagen vermitteln, die in der Produktion, Verwal-

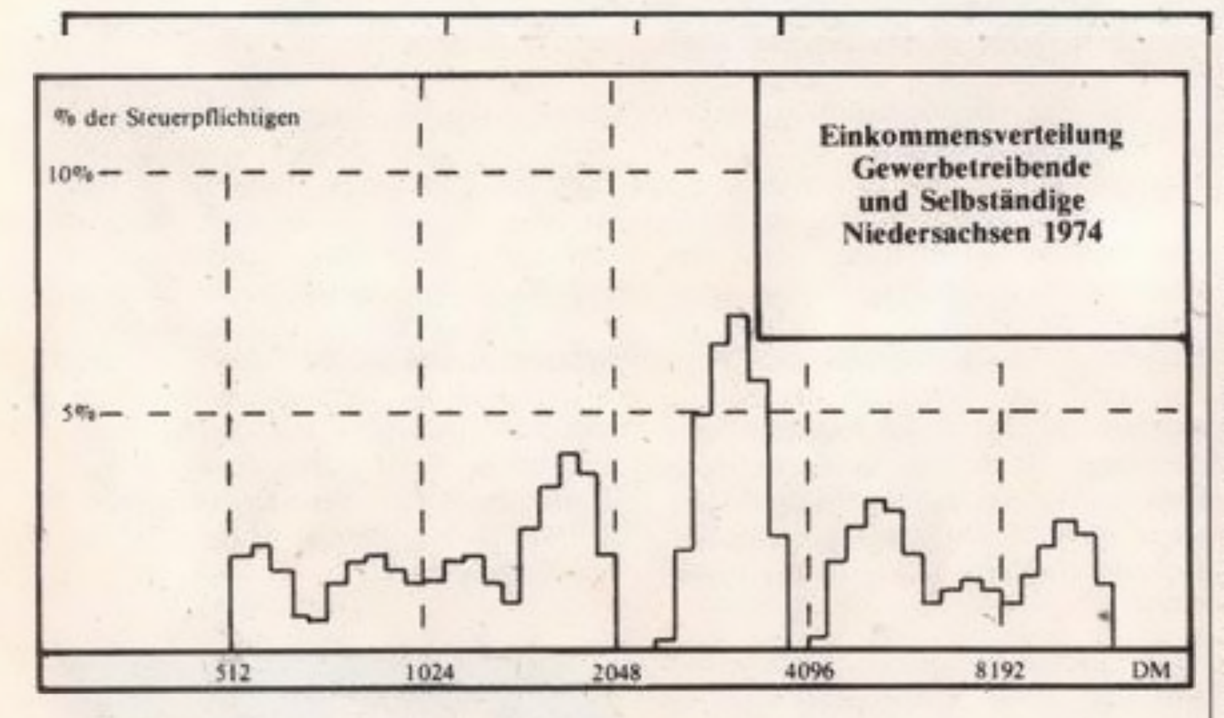


tung und Dienstleistung über die jeweiligen konkreten Ausgestaltungen des Arbeitsprozesses hinaus bestimmt sind." (Berufspolitischer Ausschuß) Von da aus ist es nicht weit zu der alten Forderung der Arbeiterbewegung: Einheitliche theoretisch und praktisch die Hauptzweige der Produktion umfassende Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr. Gerade weil aber diese Forderung noch nicht aufgestellt wird, kann Klose behaupten, mit dem BGJ dem Interesse an umfassender theoretischer und praktischer Ausbildung nachzukommen, und so den Angriff auf die Ausbildung tarnen.









„Subsidiarität" und "staatliche Hilfe" – zwei ideologische Manöver von CDU und SPD

r.jöd. 4. Juni 1978. Bei den niedersächsischen Landtagswahlen erreicht die CDU die absolute Mehrheit der Landtagssitze mit 48,7% der Stimmen. Die FDP kommt nicht wieder in den Landtag. Albrecht wird Ministerpräsident. Unsicherheit bricht bei den Sozialdemokraten aus, warum sie die Wahlen verloren haben. Bei welchen Bevölkerungsgruppen haben sie Stimmen verloren und die CDU gewonnen? Vor allem in den Städten hat die CDU an Stimmen mehr bekommen und die SPD verloren. Das war überraschend. Da die FDP erhebliche Stimmen an die Grünen verloren hat, so muß zwischen den beiden großen Parteien ein Stimmenwechsel stattgefunden haben. Wie sind die Zusammenhänge?

Niedersachsen ist ein Flächenstaat, und somit ist die Landwirtschaft kein unwesentlicher Faktor. Fast 30% der Bevölkerung sind mit der landwirtschaftlichen Produktion in verschiedener Weise direkt oder indirekt verbunden und davon abhängig. Auf der anderen Seite hat Niedersachsen keine unbedeutende Industrie. Die VW-Werke haben in Niedersachsen 93400 Beschäftigte. Elektroindustrie und Maschinenbaufirmen sind auch nicht unwesentlich. Niedersachsens neun Industriezentren sind über das ganze Land verteilt. Das heißt, es bestehen Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft und von Stadt und Land. Von 1968 bis 1975 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 215000 auf 155000 gesunken. D.h. ungefähr 100000 Arbeitskräfte müssen freigesetzt worden sein. Sie müssen in der Industrie und im Handwerk arbeiten. Daß diese Entwicklung das Lohnniveau in Niedersachsen drückt, ist eine Tatsache. Hohe Arbeitslosigkeit eine andere. Es findet also eine Einsaugung von Arbeitskräften vom Land in die Betriebe und damit teilweise auch in die Städte statt. Die Gründe sind oft die langen Fahrtwege und der höhere Lohn in den Städten. Das Geld reicht aber auch dann nicht aus, weil die Bedingungen der Reproduktion in den Städten völlig anders sind. Die Lebenshaltungskosten sind in den Wirtschaftsballungsgebieten viel höher. Die Sozialhilfe ist in diesen Gebieten deutlich höher, außer in Wolfsburg. Es tritt also Verelendung in den Industriezentren ein. Gradmesser ist die Sozialhilfe. Der nächste Schritt, der in diesen Familien erwogen wird, ist die Teilzeitbeschäftigung für die Frau.

An diesen Entwicklungen hat Albrecht mit seiner Politik angesetzt. Die Familie, die christliche Nächstenliebe, das Subsidiaritätsprinzip und die Wirtschaftsförderung für das ganze Land waren seine Wahlpositionen. Durch die Familienpropaganda wurde nichts anderes versucht, als die Widersprüche zu verdecken und die Probleme der Reproduktion in den Familien zu begraben. Bei der ländlichen Bevölkerung spielt die Familie eine ganz andere Rolle, denn teilweise ist sie noch die gemeinsame Produktionsgemeinschaft und nicht nur Reproduktionsgemeinschaft. So z.B. in der Landwirtschaft, bei Nebenerwerbsbetrieben. Teilweise muß man auch den Schrebergarten als gemeinsame Produktionsstätte sehen, denn Gartenarbeit ist zwar auch gesund, aber vor allem auch wirtschaftlich für das Familieneinkommen. Diese ideologischen Strömungen wirken natürlich auch auf die Städte, außerdem findet über den Arbeitsmarkt ein dauernder Zuzug von Landbevölkerung in die Städte statt. Die Stadtbevölkerung hat eine andere Reproduktion als die Landbevölkerung. Sie ist teuer, und damit ist die Mitarbeit der Frau notwendig. Es gibt weniger Kinder. Ein dumpfer Haß gegen diese Verhältnisse entwickelt sich. Rief die SPD nach „staatlicher Hilfe", so trat Albrecht ganz anders auf: „Dabei entspricht es christlich-demokratischen Grundsätzen, Verständnis für Sozialpolitik, nicht für alle Fährnisse, Sorgen und Nöte der Menschen Lösungen ‚von Staats wegen' zu entwickeln und bereitzustellen." Diese Positionen greifen teilweise bei den kleinen Bauern und Gewerbetreibenden. Viele dieser Einkommensgruppen liegen im Einkommen niedrig. Diese Bevölkerungsteile tauchen in Betrieben und Behörden unter, nachdem sie ruiniert sind.

Die SPD operierte 1978 mit dem Slogan: „Was sozialpolitische Maßnahmen wert sind, erfährt der einzelne konkret in seiner persönlichen Lebenssituation."

Die SPD hatte im April 1978 noch eine Möglichkeit, dem Wahlkampf eine Wende zu geben. Die VW-Arbeiter befanden sich in betrieblichen Streiks. Die Solidaritätsbewegung war groß. Die bürgerliche Presse verschwieg den Streik. Ravens schwieg auch. Ohne Probleme hätte die SPD die Landesregierung für den Streik verantwortlich machen können, weil sie so niedrige Löhne zahlt, denn immerhin war Kiep dick im Aufsichtsrat vertreten. Nichts dergleichen tat die SPD. Sicher ahnte Ravens, daß dieser Wahlschwenk Schmücker viel Geld gekostet hätte. So ging die SPD diesem Krach im Wahlkampf aus dem Weg, verlor dadurch aber erheblich an Arbeiterstimmen.

Albrecht führte aber den Wahlkampf nicht nur reaktionär, sondern setzte nach dem Wahlsieg sein Programm um: Es „wird festgehalten an dem Grundsatz, daß wichtige Industrieansiedlungsvorhaben in keinem Fall am Geld scheitern dürfen..."

Hatte Albrechts Vorgänger – Kubel (SPD) – von 1969 bis 1976 die Ausplünderung der Volksmassen betrieben und allein 1976 20,4 Milliarden im „Netz" behalten, so ist es jetzt die Aufgabe Albrechts, dieses Geld den Kapitalisten günstig auf direktem und indirektem Weg zuzuschieben. Mittels des Subsidiaritätsprinzips will Albrecht auch hier Einsparungen durchführen und die Verelendung der Arbeiterbevölkerung vorantreiben.



Hell gerastert Gebiete mit Sozialhilfe über Landesdurchschnitt, dunkel gerastert Gebiete mit Sozialhilfe *und* Bruttoinlandsprodukt über Landesdurchschnitt. Von den Industriezentren liegt nur Wolfsburg (ganz dunkel gerastert) unter dem Landesdurchschnitt für Sozialhilfe.

Statistische Angaben zum Netz der sozialen Sicherheit in Niedersachsen (1978 und 1969)

	1978	Veränd. zu 1969	Verh. zur BRD in %
Wohnbevölkerung in Tsd.	7225	1,02	11,8
Geburten je 1000 Einw.	9,5	0,59	–
Erwerbstätige in Tsd. (ohne Soldaten)	3008	1,02	11,6
Lohnabhängig Beschäftigte	2580	1,12	11,4
davon: Frauen	906	1,14	11,6
Anteil in Prozenten	35	1,03	–
Beamte (o. Soldaten) in Tsd.	247	1,26	11,0
Angestellte (o. Soldaten) in Tsd.	850	1,15	9,8
Arbeiter (o. Soldaten) in Tsd.	1357	0,99	12,7
Beschäftigte in:			
Produzierendes Gewerbe	1236	0,92	10,5
Handel und Verkehr	546	0,99	11,8
Registrierte Arbeitslose in Tsd.	131	4,19	13,2
davon erhielten:			
Arbeitslosengeld	73	4,05	14,1
Arbeitslosenhilfe	17	6,29	10,8
nichts	41	3,87	12,8
Wohnbevölkerung über 65 Jahre	1123	1,19	12,1
Sozialhilfeempfänger	270	1,51	12,5
Wohngeldempfänger	172	1,42	11,7
Kindergeldempfänger	840	20	11,7
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	4642	21,1	9,1



Die Bewohner des Soltauer Altenheims „Stiftung Haus Zuflucht" demonstrierten unter dem Motto: „Mit geradem Kreuz fordern wir unser Recht!" gegen die „6-Wochen-Regelung" des niedersächsischen Sozialministers. Der Sparerlaß bedeutet, daß Sozialhilfeempfänger in Altenheimen nach sechswöchiger Abwesenheit (z.B. bei Krankenhausaufenthalt) keinen Anspruch mehr auf ihren Heimplatz haben und obdachlos werden.

Nebenerwerbsbauern in Niedersachsen. In der Klemme zwischen Überarbeit und Ruin.

r.gör. Nebenerwerbsbauer, das bedeutet, daß der Hof nicht für den Unterhalt der Familie ausreicht, die ganze Familie durch Lohnarbeit hinzuverdienen muß. Es ist dies ein meist regelmäßiges Durchgangsstadium der meisten Bauernfamilien, deren Höfe Jahr für Jahr ruiniert werden.

Daß überhaupt zusätzliche Lohnarbeit erforderlich ist, ist fast die Regel, die Gesamtheit der Bauernfamilien betrachtet. Bei der letzten Agrarberichterstattung in Niedersachsen im Jahr 1977 erklärten 44% der Landwirte, daß sie ihr Einkommen zum *überwiegenden* Teil *nicht* aus ihrem landwirtschaftlichen Betrieb beziehen. Bei den kleineren Betrieben unter 10 Hektar sind das sogar mehr als 80%.

Einigen Aufschluß über die Lage dieser Nebenerwerbsbauern erhält man aus dem Agrarbericht 1979 der Bundesregierung, dem letzten, der länderspezifische Angaben dazu enthält (nämlich das Ergebnis einer Untersuchung von 140 Nebenerwerbsbetrieben in Niedersachsen). Danach ist die durchschnittliche Familiengröße 4,7 Personen. Die Kinderzahl (1,4) liegt bereits deutlich unter dem Durchschnitt und zeigt, wie sich die Möglichkeit der Kinderaufzucht bei den Nebenerwerbsbauern ähnlich verengt wie bei den Industriearbeitern.

Betrachten wir diese Durchschnittsfamilie näher. Von ihrem 12 ha-Hof ist ein Drittel gepachtet. Es muß Pacht gezahlt werden. Auch sonst ist der Hof verschuldet. Über 20% des Betriebseinkommens müssen für Pacht und Zinsen weggezahlt werden. (Bei 2,25 Milliarden DM liegen inzwischen die jährlichen Zinszahlungen der westdeutschen Bauern an das Finanzkapital, 12% der Nettowertschöpfung.) Der Hof muß arbeitsintensiv bewirtschaftet werden. 1792 Stunden auf dem Hof, dazu 1678 Stunden im Haushalt, durch die ganze Familie. Obwohl mit der Jahresarbeitszeit industrieller Lohnarbeit durchaus vergleichbar, liegt doch das daraus gewonnene Einkommen drastisch niedriger. Die ganze Familie zieht aus ihrer Arbeit in der Landwirtschaft ein Jahresnettoeinkommen von 6145 DM, dabei selbstverbrauchte Lebensmittel schon eingerechnet. Das ist ein Stundenlohn von 3,43 DM.

Es ist die absolute Niedrigkeit dieser Einnahmen, die zu zusätzlicher Lohnarbeit zwingt. Diese Lohnarbeit macht, für die Familie gerechnet, nochmals 1707 Stunden. Davon freilich der Mann allein 1446 Stunden. Dabei nicht eingerechnet die Zeit, die er bereits für An- und Abfahrt zum Arbeitsplatz benötigt, nämlich mehr als 200 Stunden pro Jahr. Als Bauer ist der Nebenerwerbslandwirt an seinen Betrieb gebunden, aber als Lohnarbeiter zwingt ihn das Kapital dorthin, wo er nur Arbeit finden kann.

An Einkünften aus Lohnarbeit weist die Statistik der Familie 25651 DM zu. Aber in diese Zahl hat die Bundesregierung selbst noch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einrechnen lassen. Netto verbleiben tatsächlich nur etwa monatlich 1240 DM, 8,72 DM pro Stunde. Der Nebenerwerbsbauer muß also die Arbeitskraft seiner Familie noch unter dem industriellen Durchschnitt verkaufen.

Im Ergebnis hat die Familie ein Nettoeinkommen von insgesamt etwa 1850 Mark pro Monat. 4,7 Personen müssen davon leben. Und die Nettoinvestitionen für den Hof sind auch noch daraus zu zahlen.

Bedenkt man, daß dies ein *durchschnittlicher* Nebenerwerbsbetrieb ist, dann wundert es nicht, daß jährlich 3 – 4000 Höfe dem Ruin verfallen, allein in Niedersachsen. Dabei stagniert der Anteil der Nebenerwerbsbauern an der Gesamtheit in den letzten Jahren. Für jeden ruinierten Nebenerwerbsbauern wird sogleich ein Vollerwerbsbetrieb zum Nebenerwerbsbetrieb, wird die Lohnarbeit dort zur hauptsächlichen Einkommensquelle. Dem Ruin voran geht fast immer die Ausdehnung der Arbeitszeit über jedes Maß. Sinken des Reallohns und Sinken der Erlöse aus der Landwirtschaft durch die Preisschere zwischen Materialkosten und Abgabepreisen wirken doppelt. Im Vergleich der letzten Jahre zeigt die Statistik, daß der Nebenerwerbslandwirt immer mehr Arbeit in außerbetrieblicher Lohnarbeit verausgaben muß. Die übrige Familie versucht wohl, diesen Verlust an Arbeit für den Hof auszugleichen; aber das gelingt nicht vollständig.

Diese Lage erklärt, wie existenznotwendig das Interesse an höheren Erzeugerpreisen ist. In ihrem neuesten Agrarbericht prognostiziert die Bundesregierung zynisch ein Sinken der landwirtschaftlichen Einkommen um 4%. Bei Einrechnung der Inflationsrate muß man die Zahl mindestens verdoppeln. Die Bundesregierung gründet ihre Prognose darauf, daß die Kosten für die Landwirte erheblich mehr und schneller steigen als die Erzeugerpreise. Aber diese Prognose ist in Wirklichkeit die Politik der Bundesregierung.

4000 französische Schafzüchter in Paris gegen EG-Marktordnungsplan für Schaffleisch



z.pel.Paris. Im September 1979 hatten zehntausende Bauern für ausreichende Erzeugerpreise demonstriert. Die französische Regierung ließ die Importe aus Großbritannien stoppen. Der Europäische Gerichtshof verurteilte die Regierung. Seit Januar ist das Importverbot aufgehoben. Die EG-Kommission bastelt an einer Marktordnung, die die Senkung des Erzeugerpreises von 19,35 FF pro Kilo auf ca. 14 FF vorsieht. 58% der 150000 französischen Züchter besitzen weniger als 20 Mutterschafe, ein Großteil von ihnen wird ruiniert werden. Laut Landwirtschaftsminister Mehaignerie ist dies Schuld der englischen Bauern, die bei durchschnittlichem Schafbestand von 170 Schafen für 11 FF produzieren. Jetzt distanziert er sich von der EG-Kommission. Die Versammlung des Schafzüchterverbandes pfiff ihn dennoch aus.



benerwerbsbauern ähnlich verengt wie bei den Industriearbeitern.

Betrachten wir diese Durchschnittsfamilie näher. Von ihrem 12 ha-Hof ist ein Drittel gepachtet. Es muß Pacht gezahlt werden. Auch sonst ist der Hof verschuldet. Über 20% des Betriebseinkommens müssen für Pacht und Zinsen weggezahlt werden. (Bei 2,25 Milliarden DM liegen inzwischen die jährlichen Zinszahlungen der westdeutschen Bauern an das Finanzkapital, 12% der Nettowertschöpfung.) Der Hof muß arbeitsintensiv bewirtschaftet werden. 1792 Stunden auf dem Hof, dazu 1678 Stunden im Haushalt, durch die ganze Familie. Obwohl mit der Jahresarbeitszeit industrieller Lohnarbeit durchaus vergleichbar,

Durchschnitt verkaufen.

Im Ergebnis hat die Familie ein Nettoeinkommen von insgesamt etwa 1850 Mark pro Monat. 4,7 Personen müssen davon leben. Und die Nettoinvestitionen für den Hof sind auch noch daraus zu zahlen.

Bedenkt man, daß dies ein *durchschnittlicher* Nebenerwerbsbetrieb ist, dann wundert es nicht, daß jährlich 3 – 4000 Höfe dem Ruin verfallen, allein in Niedersachsen. Dabei stagniert der Anteil der Nebenerwerbsbauern an der Gesamtheit in den letzten Jahren. Für jeden ruinierten Nebenerwerbsbauern wird sogleich ein Vollerwerbsbetrieb zum Nebenerwerbsbetrieb, wird die Lohnarbeit dort zur hauptsächlichen Einkommensquelle. Dem

z.pel.Paris. Im September 1979 hatten zehntausende Bauern für ausreichende Erzeugerpreise demonstriert. Die französische Regierung ließ die Importe aus Großbritannien stoppen. Der Europäische Gerichtshof verurteilte die Regierung. Seit Januar ist das Importverbot aufgehoben. Die EG-Kommission bastelt an einer Marktordnung, die die Senkung des Erzeugerpreises von 19,35 FF pro Kilo auf ca. 14 FF vorsieht. 58% der 150000 französischen Züchter besitzen weniger als 20 Mutterschafe, ein Großteil von ihnen wird ruiniert werden. Laut Landwirtschaftsminister Mehaignerie ist dies Schuld der englischen Bauern, die bei durchschnittlichem Schafbestand von 170 Schafen für 11 FF produzieren. Jetzt distanziert er sich von der EG-Kommission. Die Versammlung des Schafzüchterverbandes pfiff ihn dennoch aus.

Entwurf einer neuen Bundesgüteverordnung für Milch

z.kec. Senkung der Erzeugerpreise plant das Bundeslandwirtschaftsministerium mit einer neuen Güteverordnung für Milch, die 1982 in Kraft treten soll. Die Qualitätsanforderungen an Milch der Güteklasse I würden danach erheblich erhöht: Neben der bundesweiten Durchsetzung der Bezahlung nach dem Eiweißgehalt, die es bisher durchgängig nur in Bayern gibt, sieht der Entwurf die Bezahlung in Abhängigkeit von der Anzahl der enthaltenen Bakterien vor. Bisher bekommen z.B. die bayerischen Bauern für Milch der Güteklasse I, d.h. Fettgehalt 3,7%, Eiweißgehalt 3,2%, 55 bis 57 Pfennig pro Liter. Bei Milch von Güteklasse II werden von den Molkereien 2 bis 3 Pfennig pro Liter abgezogen, bei Güteklasse III 4 bis 6 Pfennig. Für ein Zehntelprozent Eiweißgehalt weniger gibt es in Bayern bereits 0,3 Pfennig Abzug. Bisher fallen rund 90% der angelieferten Milch in die Güteklasse I, nach dem Entwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums nur noch 45%. Dadurch, so der Präsident des Bauernverbandes im Bezirk Unterfranken, würden die „kleineren Betriebe unter schweren finanziellen Druck gesetzt werden, die sie praktisch zur Aufgabe der Milchkuhhaltung zwingen würde". Weiterhin soll es in Zukunft vier statt drei Güteklassen geben und die Qualitätsbestimmung von der Veterinärpolizei übernommen werden.

Kundgebung irischer Bauern gegen EG-Milchpreisabgabe

z.hef.London. Mehr als 5000 Bauern und Arbeiter versammelten sich am 18. Februar in Nenagh, Republik Irland, zu einer Protestkundgebung des irischen Bauernverbandes gegen die von den EG-Ministern beschlossene Milchabgabe. Bauern aus Nordirland und die Gewerkschaften der Lebensmittelarbeiter nahmen teil. Mit der Milchabgabe will die EG die „Überschußproduktion" bekämpfen. Deshalb müssen die Bauern weiterhin die allgemeine EG-Milchpreisabgabe von 1,5% zahlen und dürfen nicht mehr Milch als 99% der Produktion von 1979 herstellen. Für jedes Prozent darüber müssen die Molkereien 0,8% des Gesamtkaufpreises für Milch an die EG abführen. In Irland würde diese Abgabe 57 Pence für jede Gallone über den 99% ausmachen, etwa 50 Pfennig pro Liter. Insgesamt werden so die Abgaben der Milchbauern an die EG verdreifacht. Die vernichtende Wirkung auf die kleinen Bauern wird noch dadurch verstärkt, daß die Abgabe von den Molkereien gezahlt wird – und es steht in deren Ermessen, ob sie nur die Bauern mit „zu hoher" Produktion oder alle belasten. 1979 war wegen schlechten Wetters und Herdenreduzierung infolge von Maßnahmen gegen Maul- und Klauenseuche ein besonders schlechtes Produktionsjahr für Milch. Weil dieses Jahr als Ausgangsbasis genommen wird, trifft der EG-Beschluß Irlands Bauern besonders hart.

Kundgebung irischer Bauern gegen EG-Milchpreisabgabe

z.hef.London. Mehr als 5000 Bauern und Arbeiter versammelten sich am 18. Februar in Nenagh, Republik Irland, zu einer Protestkundgebung des irischen Bauernverbandes gegen die von den EG-Ministern beschlossene Milchabgabe. Bauern aus Nordirland und die Gewerkschaften der Lebensmittelarbeiter nahmen teil. Mit der Milchabgabe will die EG die „Überschußproduktion" bekämpfen. Deshalb müssen die Bauern weiterhin die allgemeine EG-Milchpreisabgabe von 1,5% zahlen und dürfen nicht mehr Milch als 99% der Produktion von 1979 herstellen. Für jedes Prozent darüber müssen die Molkereien 0,8% des Gesamtkauf-

Fischer fordern Stopp der Abfalleinbringung in die Deutsche Bucht

z.khg. Ein Seefischer aus Hamburg hat Klage erhoben gegen die Erlaubnis zur Einbringung von Abfällen aus der Titandioxyd-Produktion in die Deutsche Bucht. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat nun eingeräumt, daß sich die Belastung der Deutschen Bucht mit Abfallstoffen „einer kritischen Grenze" nähert. Neuere Untersuchungen hätten eine Zunahme von Fischerkrankungen in den Verbringungsgebieten gezeigt. Diese Zunahme sei „als Indiz für das Vorliegen eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen Abfalleinbringung und Fischerkrankungen" zu sehen. Für die Zukunft sei vor allem in Küstennähe mit schwerwiegenden Schäden zu rechnen. Deshalb sei bis 1982 eine erhebliche Verminderung und bis 1987 ein völliger Verzicht auf den Anteil von Grünsalz (Eisensulfat) in den Titandioxyd-Rückständen vorgesehen. Die Fischwirtschaft sei aber bisher nur in geringem Umfang beeinträchtigt worden, denn bei den Verbringungsgebieten handele es sich um fischarme Gewässer. Dagegen verlangen die Fischer einen sofortigen totalen Stopp der Abfalleinbringung, weil ihre früher guten Erträge besonders beim Schollenfang vollkommen unergiebig geworden sind und die betreffende Firma Kronos-Titan in Nordenham seit längerem über Patente und Verfahrenstechniken verfügt, die Schadstoffe – wenn auch mit höheren Kosten – an Land zu beseitigen.

„Land ohne Leute für Leute ohne Land"

Brasilianische Landwirtschaftspolitik: Ausrottung der Indianer und Vernichtung der kleinen Bauern

z.bew. Mit der klassischen Kolonialistenparole „Land ohne Leute für Leute ohne Land" hat der damalige brasilianische Präsident Medici am 6.6.1970 die letzte große Landnahme auf dem amerikanischen Kontinent eingeleitet. Einen Monat später begann mit dem Bau der Transamazonica die Erschließung des brasilianischen Amazonasbeckens, ein Gebiet von der Größe ganz Europas. 14000 km Autostraßen, mit dem Kernstück der Transamazonica. (4500 km), durchziehen jetzt schachbrettartig das Waldgebiet des Amazonasbeckens. Längs der Autostraßen wurde das Land gerodet und 100 km breite Sicherheitszonen angelegt.

„Leute ohne Land", das waren die Masse der Kleinbauern, vor allem aus dem Nordosten Brasiliens. 1970 war für den Nordosten das Jahr mit einer bis dahin schwersten Dürrekatastrophe. Die vielen Kleinbauern waren dadurch ihrer Existenzgrundlage beraubt. Die Forderung nach einer Landreform, die die großen Latifundien, die auf dem fruchtbarsten Boden lagen, einschränken und das Land den Bauern zuteilen sollte, wurde immer stärker und führte zu Landbesetzungen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Von 51,2% der landwirtschaftlichen Betriebe (unter 10 ha) wurde 3,1% des Landes bebaut, 9,2% der landwirtschaftlichen Güter (über 100 ha) verfügten über 76,4% des Bodens, die restlichen 20,5% des Bodens wurden von 34,5% der Betriebe zwischen 10 und 100 ha bebaut (1970). Statt einer Landreform versprach die Regierung den Bauern das neuerschlossene Land am Amazonasgebiet.

Die im Amazonasgebiet lebenden Indianerstämme wehrten sich entschlossen gegen den Straßenbau und die Siedlungspolitik, weil sie dadurch ihrer Lebensgrundlage beraubt wurden. Vertreibung der Indianer, systematische Erschießung durch bewaffnete Banden, mit Arsen und Ameisengift vergiftete Speisen und mit Krankheitskeimen infizierte Kleidungsstücke für die Indios sollten den Widerstand brechen. In erbitterten Einzelaktionen gelang es einem Teil der Indianer, sich gegen diese Ausrottungspolitik zu wehren und ihrerseits mit bewaffneten Überfällen zurückzuschlagen. Die kleinen Siedler konnten oftmals vertrieben werden. Diese Siedlungspolitik wurde als gescheitert erklärt. Damit waren aber die Pläne zur Landnahme des Amazonasgebiets nicht aufgegeben. Das eigentliche Ziel der Eroberung wurde mit umso größerer Brutalität vorangetrieben. In den 60er Jahren waren im Amazonasgebiet große Vorkommen an wichtigsten Bodenschätzen entdeckt worden. Eisen, Gold, Mangan, Bauxit, Kupfer, Öl und Uran lagern in großem Umfang im Boden Amazoniens. Das Recht auf den Abbau haben imperialistische Konzerne direkt oder in „Joint Ventures" (gemeinsame Investitionen) mit brasilianischen Firmen. US Steel, Bethlehem Steel, Nippon Steel und Alcan (Kanada) beuten an vorderster Stelle die Eisenerze im Amazonasbecken aus. Gleichzeitig werden riesige Landgebiete durch Brandrodung verödet. 30% des Waldgebietes wurde bisher zerstört. Dieses Gebiet liegt zum großen Teil brach, da bei breitflächiger landwirtschaftlicher Nutzung der Boden nur einmal zu bearbeiten und die dünne Humusschicht dann ausgelaugt ist. Durch die Rodung großer Gebiete kann der Boden nicht mehr regenerieren und bleibt zerstört. (Die Waldindianer, die seit Jahrhunderten den Boden landwirtschaftlich nutzen, haben durch eine sorgfältige Felderwechselwirtschaft immer wieder die eine zeitlang brachliegenden Böden bebauen können, da sie nur kleinere Gebiete rodeten und somit die natürliche Regeneration des Bodens erhalten blieb.) Diese Gebiete bleiben zerstört oder werden für den Aufbau kapitalistisch betriebener Viehfarmen genutzt. Um ausländischem Kapital den Zugang zu den agrarindustriellen Zentren frei zu machen, wurde 1974 durch ein Gesetz die Beschränkung von Bodenbesitz für Ausländer von 5000 auf 50000 ha erweitert, was durch Sondergenehmigungen weiter ausgedehnt werden kann, wie bei der Rinderfarm von VW do Brasil, die 150000 ha Boden umfaßt.

Der Widerstand der Indianer gegen diese Zerstörung ihres Lebensraums soll mit Brachialgewalt gebrochen werden. Armee, Polizei und bewaffnete Privatarmeen der Großgrundbesitzer versuchen, gewaltsam alle Widerstandsaktionen niederzuschlagen, die Regierung hat ein neues Indianerdekret in Vorbereitung, wonach die Indianer nicht mehr individuell „emanzipiert" werden, sondern stammesweise, wodurch der Stamm das Anrecht auf ein eigenes festumgrenztes Reservat verliert und sein bisheriges Gebiet Staatsland ist, das ihm jederzeit entrissen werden kann.

Eine große Zahl der Indianerstämme haben sich in den letzten Jahren auf nationalen Treffen zusammengeschlossen und den gemeinsamen Widerstand gegen die Ausrottungspolitik organisiert. Die kleinen Bauern und Pächter im Nordosten und im Süden, denen die Großgrundbesitzer ihr Land entreißen, wehren sich mit Landbesetzungsaktionen. Über 700000 kleine Bauern haben in den letzten Jahren mit Landbesetzungen sich gegen die Vernichtung ihrer Existenzgrundlage durch die Großgrundbesitzer gewehrt. Das Amazonasgebiet war aber alles andere als ein „Land ohne Leute". Seit Jahrhunderten leben in diesem Gebiet die große Mehrzahl der südamerikanischen Tieflandindianer. Neben den in Amazonien seit jeher beheimateten Tieflandindianern haben sich die Überlebenden der Indianerstämme des Nordostens, des Südens und der Küstengebiete in dieses Gebiet zurückgezogen. Brasilien kann wohl auf die gründlichste Ausrottungspolitik unter den Indianern zurückblicken. Von den 3 – 5 Mio. Ureinwohnern, die zur Ankunft der Portugiesen hier lebten, haben ca. 180000 den Völkermord überlebt. Davon leben heute über 60% in dem Gebiet des Amazonasbeckens. Sie leben von der Jagd, dem Fischfang und dem Ackerbau.



30% des Waldgebietes des Amazonasbeckens sind dem Raubbau bisher zum Opfer gefallen. Nach einjähriger Bearbeitung ist der Boden ausgelaugt.

Bundeskabinett verabschiedet „Steuer-Entlastung“

Matthäus-Meier: „noch alles offen“ / Matthöfer: „Einnahme-Erhöhung notwendig“

z.haj. Während die Regierung ihre Steuerpläne für 81/82 in Gesetzesform mit der Bemerkung bringt, es sei sowieso noch alles offen, wächst in den Gewerkschaften die Entschlossenheit, politische Forderungen gegen die unverschämt zunehmende Abzugslast auf den Bruttolohn zu erheben. In der Erörterung und Vorbereitung der Gewerkschaftstage ist die Möglichkeit gegeben und wird durch entsprechende Beschlußfassungen u.a. für die Bindung des Grundfreibetrages an den Durchschnittslohn auch genutzt.

In „metall“, der Zeitschrift der IG Metall, beschäftigt sich Franz aus gegebenem Anlaß in der Frühstückspause mit den Regierungsplänen zur Steuerentlastung: „Du, Karl, paß mal auf. Ein Kindergrundfreibetrag entlastet jeden Steuerpflichtigen gleich hoch, ein Kinderfreibetrag entlastet jedoch hohe Einkommensempfänger mehr als niedrige Einkommensempfänger.“

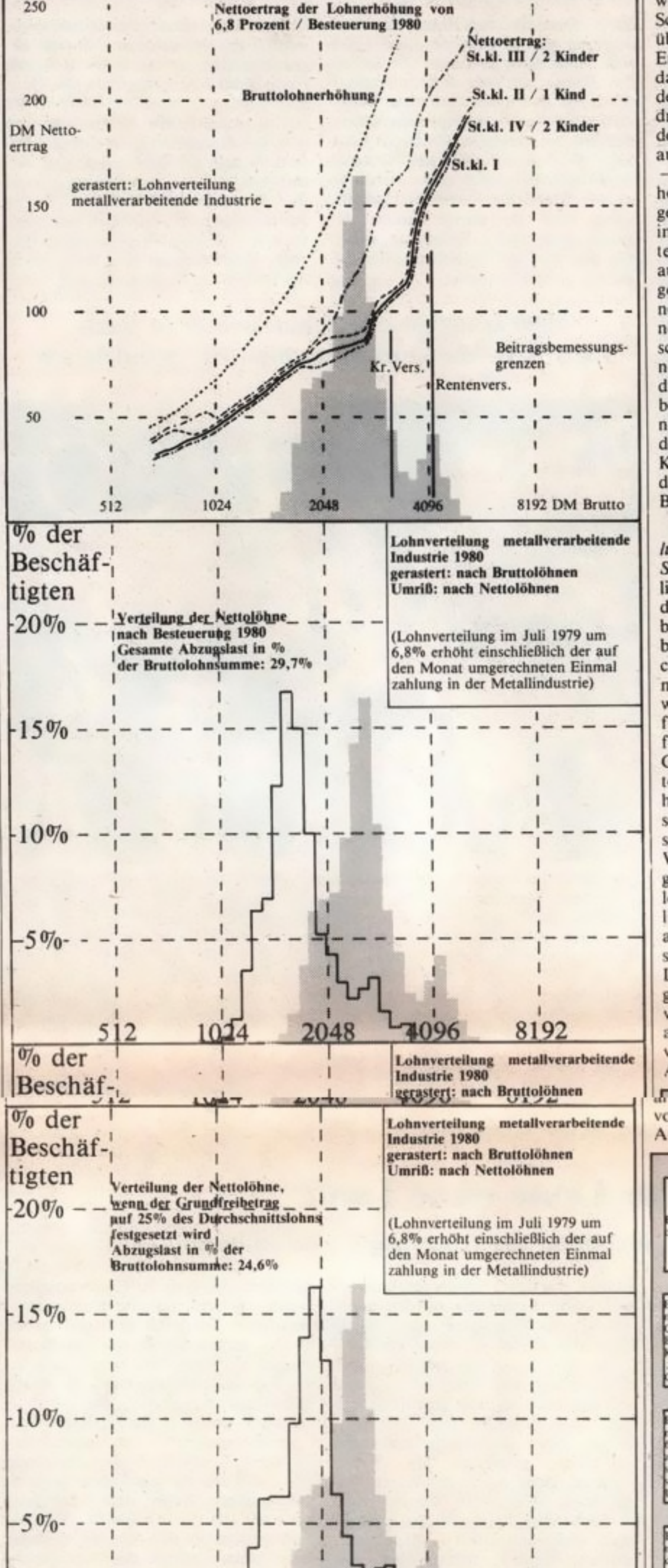
Die Redaktion läßt das „Gespräch in der Frühstückspause“ hier enden. Offenbar hat Franz nach Ansicht der Redakteure den Punkt getroffen, wo sich das Herz für die Steuerpolitik der Regierung erwärmen möchte und die Gewerkschaften gegen die Opposition zumindest eingenommen werden könnten. Es kostet aber nur geringe Mühe, dies Gespräch weiter zu denken: Franz würde schnell auf seinen Irrtum hingewiesen. Keineswegs wird „jeder Steuerpflichtige“ etwa „gleich hoch entlastet“. Wer keine Kinder hat oder wessen Kinder bereits etwas älter sind, hat davon keinen Pfennig mehr und würde sich zu Wort melden.

Andere, die vielleicht im Durchschnitt oder auch etwas besser verdienen, würden an Franz die Frage richten: Ohne Zweifel sind die 30 DM Steuerrückerstattung für jedes Kind monatlich ein Zugeständnis an die Tatsache, daß mit den Nettolöhnen ein oder gar zwei Kinder kaum über die Runden gebracht werden können. Aber was ändert das an der Progression der 'Steuerabzüge? Franz würde vielleicht darauf verweisen, daß ja im unteren Bereich die Besteuerung mit dem Satz von 22% auf Einkommen bis

vielleicht darauf verweisen, daß ja im

unteren Bereich die Besteuerung mit dem Satz von 22% auf Einkommen bis 18000 DM bei Ledigen und 36000 DM bei Verheirateten ausgedehnt werden sollte. Die Folge jedoch ist zwangsläufig: die Einkommen, die aus dieser Proportionalzone herauskommen, sind einer schärferen, zusammengeschobenen Progression ausgesetzt. Der Durchschnittslohn der Arbeiter in der metallverarbeitenden Industrie lag mit 26600 DM oder monatlich 2220 DM ja bereits über dieser Zone.

Die Zeitschrift „metall“ ist diesen Argumenten durch Abbruch der Berichterstattung über das Gespräch von Franz aus dem Weg gegangen. Es wäre für die Wärme, die die Redaktion der „metall“ für die Steuerpläne der Regierung zu wecken versucht, bestimmt nicht gut getan. Denn die politische Notwendigkeit, gegen die Steuerlast auf den Lohn Front zu machen, ist mit dem Versprechen von 30 DM *Rückzahlung* für jedes Kind auf das *nächste* Jahr nicht abgegolten.



Kampf gegen Nacht- und Schichtarbeit / Betriebsvereinbarungen metallverarbeitende Industrie

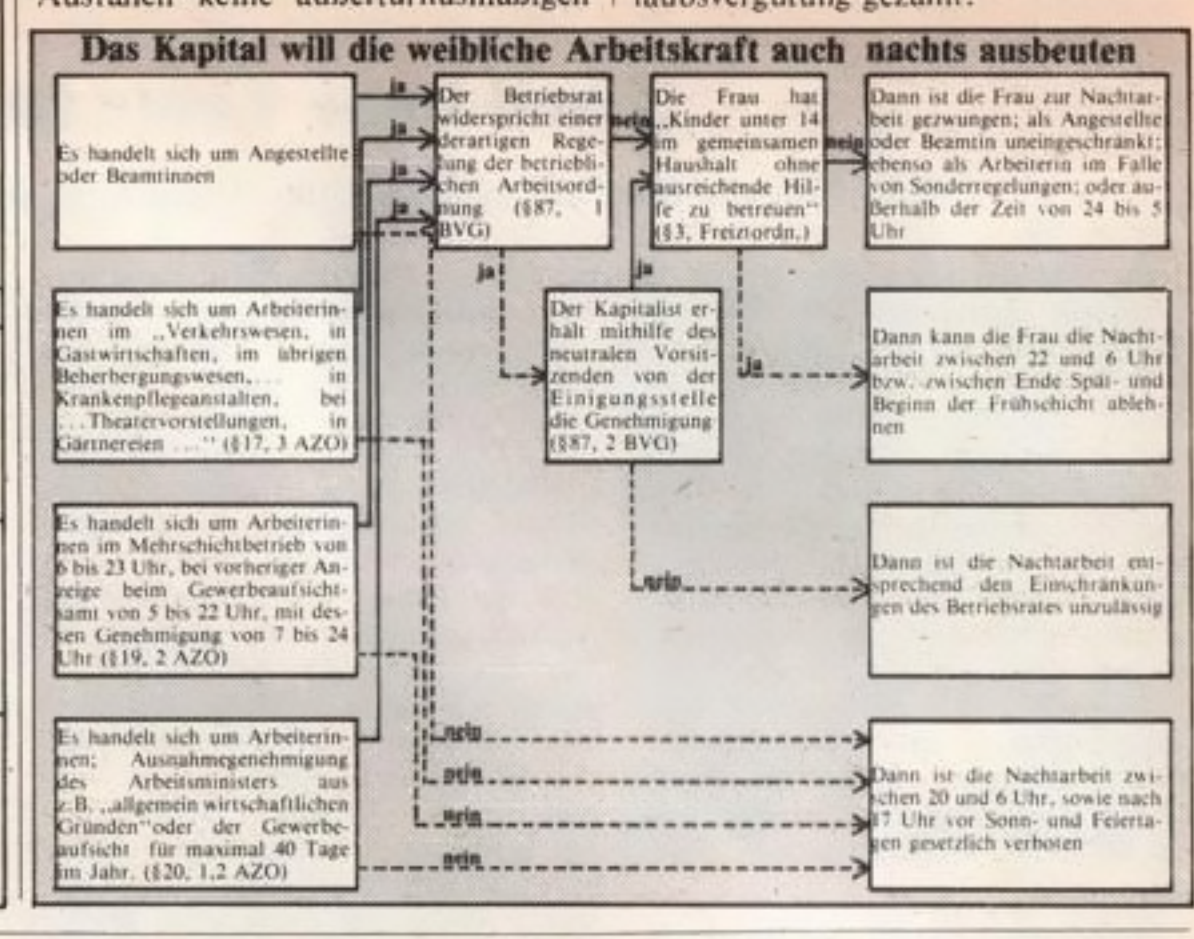
z.dis. Knapp 4 Mio. Erwerbstätige wurden in Westdeutschland 1975 in Schichtarbeit ausgebeutet, das waren über 60% mehr als 1959. Über 3 Mio. Erwerbstätige arbeiteten 1975 nachts, das waren etwa 29% mehr als 1965. An den in den Nachrichtendiensten abgedruckten Betriebsvereinbarungen aus der metallverarbeitenden Industrie – aus einigen zitieren wir im folgenden – sieht man deutlich die Entschlossenheit der Arbeiterbewegung, Schranken gegen die Vernutzung der Arbeitskraft in Schichten und bei Nacht zu errichten. Alle folgenden Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene übertreffen die gesetzlichen Regelungen und allgemeinen tarifvertraglichen Regelungen. Ohne ein generelles Verbot der Arbeit zwischen 20 Uhr und 6 Uhr und die Genehmigungspflicht aller Ausnahmen durch die Gewerkschaften können die betrieblichen Vereinbarungen jedoch nur der schrankenlosen *Ausdehnung* der Nacht- und Schichtarbeit durch die Kapitalisten entgegenwirken und sind darüberhinaus auch nur in den großen Betrieben durchsetzbar.

Siemens, München: Rahmenregelung für Beantragung/Einführung von Schichtarbeit: ... 3. Grundsatz: Sämtliche Planungen haben so zu erfolgen, daß die Folgebelastungen der Schichtarbeit so gering wie möglich ... – daß die Planung ohne Schichtarbeit erreicht werden. Nachtschichtarbeit ist zu vermeiden ... 4.2. Jugendliche und Schwerbehinderte ... sollen nicht zur Schichtarbeit herangezogen werden. § 19 AZO (Nachtarbeitsverbot für gewerbliche Mitarbeiterinnen) wird für alle Frauen, Schwerbehinderte und Gleichgestellte angewendet. Mitarbeiter, die aufgrund ihrer Tätigkeit ohnehin einer hohen Belastung ... ausgesetzt sind, werden nicht zu Nachtschichtarbeit herangezogen. 4.3. ... Werden Mitarbeiter, die unter die vorgenannten Schutzbestimmungen fallen, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu Nachtschichtarbeit herangezogen, ist ihnen in der Nachtschicht eine kürzere Arbeitszeit ohne Lohn/Gehaltsabzug als Ausgleich zu gewähren. 5. ... Bei der Aufstellung von Schichtplänen für Wechselschichtarbeit ist personelle Überbesetzung vorzusehen, so daß bei personellen Ausfällen keine außerturnusmäßigen Schichtwechsel erforderlich sind ... 7. Überstunden sind in der Kalenderwoche, in der Schichtarbeit geleistet wird, sowie in der ihr vorangehenden und nachfolgenden Kalenderwoche nicht zulässig ... Die Arztwahl ist dem Mitarbeiter freigestellt ... Bei Feststellung der Nichteignung ... wird der Mitarbeiter nicht zu Nacht- bzw. Wechselschichtarbeit herangezogen ... 17. ... Im Abstand von längstens 6 Monaten informiert die Betriebsleitung den Betriebsrat über die Situation bei der Schichtarbeit ... getroffene und geplante Maßnahmen zum Abbau von Schichtarbeit. 18. ... Für die Teilnahme an Betriebsversammlungen wird den Mitarbeitern, die Schichtarbeit leisten, die Zeit der Teilnahme an diesen Versammlungen einschließlich der zusätzlichen Wegezeiten als Arbeitszeit vergütet.

VW-Manteltarifvertrag, 1.11.1978: ... 3.1.3. In Abteilungen, in denen im Drei-Schicht-System gearbeitet wird, ist den Werksangehörigen zur Einnahme des Essens eine bezahlte Pause von 20 Minuten zu gewähren ... 4.1. Der Zuschlag beträgt ... für Nachtarbeit 30%, für Nachtschichtarbeit 35% ... 9.1. Nach Ablauf der Zeit des Anspruchs auf Entgeltfortzahlung (wird) ein Zuschuß in Höhe des Unterschiedsbeitrages zwischen der Summe aller Leistungen der in Ziffer 8.1. genannten Stellen einerseits und dem Nettoarbeitsentgelt andererseits gewährt ... Nettoarbeitsentgelt ist das um die gesetzlichen Abzüge verminderte Bruttoarbeitsentgelt ... zuzüglich der pauschalen Zuschläge für turnusmäßige Schichtarbeit, der anteiligen Vergütung für die regelmäßigen Mehrarbeitsstunden der letzten Abrechnungszeiträume vor Eintritt der Arbeitsverhinderung, der vermögenswirksamen Leistungen des Unternehmens und sonstige Zuwendungen, die jeden Monat regelmäßig gewährt werden.

Betriebsvereinbarung Daimler Benz: 1. Die im 3-Schicht-Betrieb (Wechselschicht) regelmäßig beschäftigten Mitarbeiter haben Anspruch auf einen zusätzlichen Urlaubstag je Kalenderjahr ... Für den zusätzlichen Urlaubstag wird die tarifliche zusätzliche 50ige Urlaubsvergütung gezahlt.

vorzusehen, so daß bei personellen Ausfällen keine außerturnusmäßigen
wird die tarifliche zusätzliche 50ige Urlaubsvergütung gezahlt.





z.scc. **Noch ist nicht entschieden, ob die niederländische Regierung mit ihrem Gesetz über die Verlängerung der „Lohnpause“ durchkommt.** Zum ersten Mal hatte sie am 10.1. beschlossen, jegliche Lohnerhöhung außerhalb der „automatischen Preiskompensation“, der halbjährlichen Anpassung der Löhne an die amtliche Preissteigerungsrate, gesetzlich zu verbieten, und zwar für zwei Monate. Ermutigt durch die lang zaudernde Haltung des Gewerkschaftsbundes FNV will das Kabinett nun den Lohnstopp bis zum 12.4. verlängern. Darüber hinaus die „Preiskompensation“ um die Preissteigerungen bei Energieprodukten kürzen, um sie sodann gegen eine geringfügige Lohnsteuersenkung zu verrechnen. Geplanter Effekt: Die einmalige Steuersenkung würde bei der nächsten Lohnerhöhung durch die starke Progression mehr als ausgeglichen, die „Preiskompensation“ faktisch abgeschafft. Daß man Tariferhöhungen für das ganze Jahr 1980 verbieten lassen will, daran läßt der zuständige Sozialminister keinerlei Zweifel. In der vergangenen Woche jedoch konnte der FNV nicht mehr umhin, diesen Lohnsenkungsplänen den Krieg zu erklären. Er ließ die Verhandlungen über den neuen Manteltarifvertrag ab 1.4. platzen, nachdem die Kapitalisten erklärt hatten, es ginge lediglich um die Streichung der „Preiskompensation“. In zahlreichen Betrieben Rotterdams führten Tausende von Lohnabhängigen Kurzstreiks durch (Bild). Der FNV kündigte inzwischen die Fortsetzung und Ausweitung der Streiks an, regionale Demonstrationen und Protestversammlungen sowie möglicherweise einen 24stündigen Generalstreik.

z.coi. **Der Vorstand der finnischen Metallgewerkschaft hat nach dem Scheitern der zentralen Tarifverhandlungen nun folgende Forderungen beschlossen:** Ab 1.3. 1,1 Fmk (0,53 DM) und ab 1.9. zusätzlich 0,90 Fmk sowie 1% für die unteren Lohngruppen. Weiterhin soll der tarifliche Mindestlohn um 2 Fmk auf 13,25 Fmk erhöht und die Arbeitszeit für Schichtarbeiter auf 36 Stunden wöchentlich bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden. Die Industriegewerkschaften Papier, Holz, Lebensmittel, Glas und Porzellan sowie die Bauarbeiter und der Landarbeiter-Verband haben sich den Lohnforderungen der Metallgewerkschaft angeschlossen. Die aufgeschreckte Regierung versucht, den Gewerkschaftsdachverband wieder zu zentralen Verhandlungen zu pressen. Als Hebel soll die geforderte Inflationsklausel dienen. Die dazu nötige Gesetzesänderung gäbe es nur bei einem zentralen Abschluß.

z.bag. **12 Tage lang streikten die Arbeiter mehrerer Bohrinseln im norwegischen Ekofisk-Feld um Lohnerhöhungen.** Sie forderten 20% mehr. Der Norwegische Arbeitgeberverband NAF wies die betroffenen Bohrgesellschaften und die Verantwortlichen der Phillips-Petroleum an, nicht nachzugeben, weil sonst die gesamte Lohnpolitik ins Rutschen käme. Gemeint war damit vor allem, daß die Kapitalisten Lohnkämpfe auf die zentralen Tarifverhandlungen einschränken wollen, während die Arbeiter das Recht auf jederzeitige lokale Verhandlungen fordern, um damit innerbetriebliche Zulagen durchsetzen zu können. Klar ist, daß die Ölkonzerne zahlen können. Durch den Streik, geben sie zu, gingen ihnen pro Tag mindestens 4 Mio. Kronen verloren. Nach 12 Tagen erklärten sie sich zu lokalen Verhandlungen bereit.

z.coi. Stockholm. **In Briefen an die Zeitung der schwedischen Metallarbeitergewerkschaft verurteilen die Betriebsgruppen der Volvo-Werke in Göteborg und Eskilstuna sowie des ASEA-Elektrokonzerns in Vesteras die sowjetische Invasion in Afghanistan und fordern den Abzug der Besatzungstruppen.** Die Volvo-Betriebsgruppe schreibt u.a.: „Ebenso wie Hitler während der 30er Jahre Schritt für Schritt seine Positionen vorgeschoben hat – offen und durch Stellvertreter – so schiebt nun die SU ihre Positionen vor. Die Invasion in Afghanistan ist nicht das Ende dieser Politik, es ist der Anfang eines neuen Abschnitts ... Tschechoslowakei, Kampuchea, Afghanistan, welches Land wird das nächste Land, das eine Quisling-Regierung bekommen soll, eingesetzt mit Hilfe russischer Kampfwagen und dröhnendem Stiefelschritt? Jugoslawien? Iran oder Finnland? Oder vielleicht Schweden? Wir dürfen nicht gleichgültig sein gegenüber dem, was jetzt in Afghanistan geschieht. Wir verurteilen die Invasion. Wir unterstützen jeden Widerstand gegen die russischen Okkupanten. Wir verurteilen alle diejenigen, die die Sowjetimperialisten offen verteidigen, ebenso wie diejenigen, die „Verständnis aufbringen“. Zum sowjetischen Überfall heute zu schweigen, bedeutet, Afghanistan im Stich zu lassen und das Recht aller kleinen Länder auf Unabhängigkeit und Souveränität zu verraten. Alle Unterstützung dem Widerstand des afghanischen Volkes gegen die sowjetrussischen Okkupanten! Verurteilt die sowjetrussischen Imperialisten! Verweigert den Russen, den Bau des Konsulats hier in Göteborg fortzusetzen!“

z.hef.London. **Nach acht Wochen Streik der britischen Stahlarbeiter endeten erneute Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsführungen und dem Stahlmonopol BSC am Freitag ohne Ergebnis.** Die Gewerkschaften ISTC und NUB legten erstmals genaue Forderungen vor: 15% Erhöhung des Grundlohns bei einer Laufzeit von 15

Aktion „Gläserne Schule": Lehrer demonstrieren ihre Arbeitszeit

z.güv. Als Ernst Albrecht auf der Celler Ministerpräsidentenkonferenz die Lehrer mit der Bemerkung angriff, sie sollten „doch einmal 40 Stunden wöchentlich in der Schule arbeiten, damit ihre tatsächliche Arbeitsbelastung und der daraus resultierende Lehrerbedarf deutlich" werde, hatte er nicht damit gerechnet, daß dieser Vorschlag bereits als Kampfschritt für die Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung und die Einstellung aller Lehrer in einigen Schulen ausprobiert worden war, um ihn danach in allen Bundesländern in die Tat umzusetzen.

Während der Aktion „Gläserne Schule" erledigen die Lehrer ihre gesamte Arbeit in der Schule, 8½ Std. an 5 Tagen in der Woche, Teilzeitlehrer entsprechend weniger. In dieser Zeit erledigen sie Unterrichtsvor- und -nachbereitung, Korrekturen, Gremienarbeit, Koordinationsaufgaben, Konferenzen usw. In sogenannten „Selbstbeobachtungsbögen" wird die geleistete und nichtgeleistete Arbeit notiert. Die Bögen werden am Ende der Aktion ausgewertet und die Ergebnisse veröffentlicht. Ziel der Aktion ist es, Klarheit über die tatsächlich zu leistende Mehrarbeit zu erhalten. Da der Staat die Lehrer zwingt, sich zu Hause einen Arbeitsplatz einzurichten, ist vielen Eltern, aber auch Kollegen selbst oft gar nicht bewußt, worin genau der zusätzliche Arbeitsaufwand besteht und wie hoch er ist. Genau diese Unklarheit versuchen Politiker wie Albrecht demagogisch zu nutzen, um die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung als „Faulheit der Beamten" zu diffamieren. Erst die Aktion „Gläserne Schule" hat vielen Lehrern bewußt gemacht, was sie zusätzlich zur Vor- und Nachbereitung und den Korrekturen noch „zwischendurch" alles erledigen (Besorung von Unterrichtsmaterialien, Telefonate mit Kollegen und Eltern, Elternbesuche usw.). Darüber hinaus wird deutlich, daß viele Kollegen ohne eigene Unterrichtsmaterialien wie Bücher usw. nicht ordentlich unterrichten könnten, d.h. daß der Staat die häusliche Lehrerarbeit nutzt, um in großem Umfang Unterrichtsmittel und Arbeitsplätze einzusparen.

In den bisherigen Aktionen hat die 8½stündige gemeinsame Arbeit in der Schule die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung drastisch verdeutlicht; bei vielen Eltern stoßen die Aktionen auf Zustimmung, es entwickelt sich Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften. 20000 Lehrer haben im November 2 Std. gestreikt, für Arbeitszeitverkürzung und Einstellung aller Lehrer. Weitere Warnstreiks werden am 5.3. durchgeführt. Die breit durchgeführten Aktionen „Gläserne Schule" entfalten eine mobilisierende Wirkung für weitergehende Kampfmaßnahmen wie den noch für dieses Jahr geplanten eintägigen Warnstreik für die Arbeitszeitverkürzung.

Tarifnachrichten

Metall: In Bayern haben sich am 21.2. die Metallarbeitgeber und die Verhandlungskommission der IGM auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 6,8% und eine einmalige Sonderzahlung im März von 30 bis 165 DM geeinigt. Die Tarifkommission der IGM in Hessen hat am 22.2. das Verhandlungsergebnis mit 28:26 Stimmen abgelehnt. 25.2. Neumünster: Arbeitgeberverband und DAG setzen die Gehaltstarifverhandlungen für die rd. 16000 Angestellten und Auszubildenden im Kfz-Handwerk fort. Für die Sanitär-, die Heizungstechnik-, die Zentralheizungs- und Lüftungsindustrie und für das Elektrohandwerk in NRW laufen am 29.2. die Lohn- und Gehaltstarife aus.

Druck: Am 27.2. will die Große Tarifkommission der IG Druck und Papier über die aufzustellende Lohnforderung für die 169000 Beschäftigten in der Druckindustrie beschließen.

Öffentlicher Dienst: Für die rd. 2,2 Mio. Beschäftigten in den öffentlichen Diensten laufen am 29.2. die Lohn- und Gehaltstarifverträge aus. Am gleichen Tag will die Große Tarifkommission der ÖTV über die aufzustellende Lohnforderung entscheiden. Am 27.2. will der Deutsche Beamtenbund seine Forderung zur Anpassung von Besoldung und Versorgung an die allgemeine durchschnittliche Einkommensentwicklung festlegen.

Handel: Für die rd. 28000 Beschäftigten des Großhandels in NRW beginnen am 26.2. die Tarifverhandlungen. Am gleichen Tag wird die Große Tarifkommission der HBV in Hessen über das Verhandlungsergebnis für die rd. 100000 Beschäftigten im Groß- und Außenhandel entscheiden. Dort lautet das Verhandlungsergebnis: Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 6,37 und 7,3% sowie eine Erhöhung für die Auszubildenden um 40 DM. In Baden-Württemberg fordert die HBV für die rd. 180000 Beschäftigten im Einzelhandel 10% mehr Lohn, mindestens aber 150 DM und für die Auszubildenden 75 DM mehr. Dort laufen die Tarifverträge mit dem 31. März aus.

Chemie: Für die Beschäftigten der kunststoffverarbeitenden Industrie in Westberlin hat die IG Chemie eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um insgesamt etwa 7,5% am 10.2. durchgesetzt. Gefordert waren 8,5%.

Bau: Der Beirat der IG Bau Steine Erden hat nach vorheriger Empfehlung der Großen Tarifkommission beschlossen, die Lohn- und Gehaltstarife für die rd. 1,1 Mio. Beschäftigten im Baugewerbe fristgerecht zum 30.4. zu kündigen.

Am 28. und 29. Februar laufen die Lohntarifverträge für die **Forstarbeiter**, die **Zuckerindustrie**, die **Mühlenindustrie**, die **Knopfmacher** und die **Sägeindustrie** in NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland aus.

Chicago: Banken erzwingen Sanierungsprogramm

Der Schulbehörde den Kredit gesperrt / Feuerwehrleute streiken trotz Verbot

z.hef. Im November 1979 legte die Schulbehörde von Chicago in den USA eine neue Anleihe in Höhe von 124,6 Mio. Dollar auf. Seit 1926 leiht sich die Schulbehörde Geld für ihre laufenden Ausgaben und die Rückzahlung früherer Schulden. Meistens gibt sie Schuldverschreibungen aus, sogenannte School-Bonds, deren Rückzahlung aus Steuereinnahmen der Schulbehörde garantiert wird. Aber im letzten November blieb sie auf den Bonds sitzen. Die Banken entschieden, die Behörde sei nicht mehr kreditwürdig.

Der Bankrott der Chicagoer Schulbehörde ist das neueste, hervorstechendste Beispiel einer Reihe von Finanzkrisen in Gemeinden und Städten, die das US-Finanzkapital in den letzten Jahren planmäßig herbeigeführt hat. Bekanntestes Beispiel war bislang der „Bankrott New Yorks".

Die Schulbehörde wird hauptsächlich aus einem festen Anteil der Gemeindesteuern auf Grundstücke und Häuser finanziert. Diese Steuern sind die Haupteinnahmequelle für alle Gemeinde- und Stadtverwaltungen in den USA. Einkommenssteuer, indirekte Steuern und Steuern auf Profite werden mit wenigen Ausnahmen von den Bundesstaaten bzw. der Zentralregierung eingezogen. Die Gemeinden haben keinerlei Zugriff darauf, sondern erhalten an Bedingungen gebundene Zuschüsse. Vor allem aber müssen sie sich verschulden.

Die Schulbehörde von Chicago hat ausstehende School-Bonds in Höhe von 441 Mio. Dollar an die Banken zurückzuzahlen. Selbst wenn sie keinen Cent neu aufnehmen würde, bedeutet das Zinsrückzahlungen von 450 Mio. Dollar in den nächsten 15 Jahren. Die Banken hatten die Behörde bereits vor dem Krach vollständig unter Kontrolle. Der Vizepräsident der Continental Illinois Bank war Mitglied des Direktoriums der Schulbehörde. Im letzten Jahr kassierten die Banken mehr an Zinsen und Rückzahlungen, als für Lehrmittel, Schulneubauten und -reparaturen zusammen ausgegeben wurde. Dazu kommen noch kleinere profitable Geschäfte: Die Schulbehörde besitzt Grundstücke und Häuser zum Buchwert von 250 Mio. Dollar, die sie zum großen Teil mit niedrigen Mieten langfristig an Firmen wie Inland Steel oder die Continental Illinois Bank vermietet. Die jährlichen Einnahmen aus den Grundstücken betragen nur 0,5%, verglichen mit einem Durchschnitt von 5% in Chicago. Die First Federal Savings and Loans Bank konnte in der Stadtmitte ein Haus für die Hälfte des Marktpreises von der Schulbehörde kaufen.

Die Durchsetzung von Sanierungsmaßnahmen wie diesen dient der Erzwingung einer drastischen Lohnsenkung in den öffentlichen Diensten. Allein im Erziehungwesen sind 7,2 Mio. Lohnabhängige beschäftigt, 7% aller Lohnabhängigen, in der Verwaltung sind es mehr als 5 Mio., dazu viele Millionen in den Nahverkehrs- und Versorgungsbetrieben. Wenn das Finanzkapital bei seinen Anstrengungen, den Lohnstandard der Arbeiterklasse in den USA insgesamt zu senken, langfristig Erfolg haben will, muß es die gut organisierte, relativ starke Bewegung im öffentlichen Dienst brechen.

Für die Chicagoer Schulen haben die Banken folgendes durchgesetzt: 1. Es werden weitere 875 Mio. Dollar aufgenommen, wegen des „Risikos" zu höheren Zinsen als den üblichen. 2. Damit der Zugriff auf die Steuergelder noch sicherer ist, wird ein Sperrkonto eingerichtet, auf das jährlich 50 Mio. Dollar aus den Steuereinnahmen nur für Schuldenrückzahlung eingezahlt werden müssen. Die alte, inzwischen gefeuerte Behördenleitung hatte nicht pünktlich gezahlt und vorgesehene Rückzahlungsgelder anders verwandt. 3. Es wurde ein Kontrollkomitee aus „respektablen Mitgliedern der Geschäftswelt" ernannt. Vorsitzender dieses Komitees ist ein Kapitalist namens Van Gorkom von der Trans Union Corporation. Die Banken sind direkt im Komitee vertreten. „Im Kern sagen die Banken zur Schulbehörde: Tut das, was dies Komitee euch sagt, sonst leihen wir euch kein Geld mehr", erklärte Van Gorkom in einem Zeitungsinterview.

Die Behörde will mindestens 35 der 580 Schulen schließen, was für viele der 470000 Schüler noch weitere Schulwege bedeutet. Sie will 2000 der 25000 Lehrer entlassen sowie 2000 der 23000 anderen Beschäftigten. Um sie gleich an niedrigere Löhne zu gewöhnen, zahlte sie den Lehrern für zwei Monate kein Gehalt aus. Am 28.2. streikten die Lehrer, am 4.2. traten sie erneut für zwei Wochen in den Streik, um die sofortige Gehaltsauszahlung durchzusetzen und gegen die Entlassungen zu protestieren.

Die Schwäche der Bewegung im öffentlichen Dienst ist ihre Zersplitterung in viele Gewerkschaften, die zu verschiedenen Zeitpunkten über verschiedene Tarifverträge mit dem Staatsapparat verhandeln. Im Dezember streikten die Arbeiter im Nahverkehr Chicagos, zum ersten Mal seit 1922, weil Bürgermeisterin Byrne ihre Löhne über die Kürzung des Inflationszuschlags senken wollte. Der Streik wurde per Gerichtsbeschluß verboten.

Seit dem 14. Februar streiken jetzt die 4350 Feuerwehrleute in Chicago. Es ist ihr erster Streik überhaupt. Die sich fortschrittlich nennende Byrne hatte ihnen vor ihrer Wahl zur Bürgermeisterin im letzten Jahr einen schriftlichen Tarifvertrag anstelle der bisherigen mündlichen Vereinbarungen zugesagt. Jetzt will sie nur dann einen Vertrag unterschreiben, wenn die Feuerwehrleute 6% und einer Streikverbotsklausel im Vertrag zustimmen. Die Feuerwehrgewerkschaft fordert 10% und das Streikrecht. Byrne rief ein Gericht an, das den Streik verbot und 40000 Dollar Strafe gegen Gewerkschaftsfunktionäre für jeden Tag Zuwiderhandlung festsetzte. 2500 Feuerwehrleute versammelten sich zu einer Kundgebung nach dem Urteil. Die Gewerkschaft führt den Streik weiter.





Im Dezember streikten die 11000 Busfahrer und anderen Beschäftigten im Nahverkehr Chicagos gegen die Lohnsenkung. Rechts: Streik der Lehrer für die Auszahlung von ausstehenden Gehältern und gegen ein Entlassungsprogramm.

Monaten, 5% als Abschlag auf örtlich abzuschließende Produktivitätsabkommen. Die Gewerkschaftsführer erklärten sich bereit, diesen Abschluß „soweit wie möglich selbstfinanzierend" zu machen. Bis jetzt ist nur bekannt, daß sie darunter Senkung der Fehlzeiten und örtliche Produktivitätsabkommen verstehen. Die Stahlarbeiter führten in den letzten Wochen Massenaktionen vor privaten Stahlwerken in Sheffield und Sheerness durch, in denen sich die Belegschaften trotz des ISTC-Aufrufs nicht am Sympathiestreik beteiligten. In Sheffield war die Aktion erfolgreich, in Sheerness wird weitergearbeitet. In zwei anderen privaten Stahlwerken haben die ISTC-Mitglieder ebenfalls die Beendigung des Sympathiestreiks beschlossen. Sie sind von dem jetzigen Tarifkampf nicht betroffen und erhalten wie die anderen ISTC-Mitglieder kein Streikgeld. – Die Polizei nahm allein in Sheerness 21 Demonstranten nach Knüppeleinsätzen gegen die 1300 Arbeiter fest. Thatcher sprach im Parlament von „kriminellen Handlungen". Innenminister Whitelaw ließ die Polizeichefs am Dienstag nach London kommen, um die Einsätze gegen die Streikenden zu koordinieren. – Unter den Kapitalisten führt der Streik zu krachenden Widersprüchen. Die Regierung sucht einen Nachfolger für den BSC-Vorsitzenden Villiers. Daraufhin warf Villiers der Regierung vor, er habe sie schon im September vor einem Streik gewarnt. Die Warnung sei ignoriert worden.

z.anb.Wien. **Am 15.2. hat der Lohnunterausschuß der Paritätischen Kommission die Verhandlung des Kollektivvertrags für die österreichische Druckindustrie freigegeben.** Finanzminister Androsch hat die Kapitalisten regierungsamtlich zum Lohnraub aufgefordert: die Inflationsrate (derzeit 5%) könne diesmal nicht mehr abgegolten werden. Die 28439 Beschäftigten in 1418 Betrieben werden derzeit verstärkt in Nacht- und Schichtsysteme gepreßt. Die Kapitalisten wollen den Konkurrenzrückstand bei der Einführung neuer Technik durch Überausbeutung ausgleichen. Die Gewerkschaftssozialdemokratie hat nun die Absicht, als „Ersatz" für eine Lohnforderung die Verkürzung der Arbeitszeit auf 37,5 Stunden zu verlangen.

z.anb. **Gegen die seit Jahren erhobene Forderung nach Aufhebung des Streikverbots im öffentlichen Dienst plant der Kanton Zürich dessen Verschärfung.** Mit einem Gesetzentwurf zur *Neuregelung des Personalgesetzes* will der Regierungsrat des Kantons die 24000 Beamten und Angestellten der Zentralverwaltung einem neuen Knebelgesetz unterwerfen. Ist das durchgesetzt, soll das Gesetz auch auf alle Lohnabhängigen bei den Kommunen ausgeweitet werden. Um dem Widerstand die Spitze zu brechen heißt es, das Streikverbot sei nicht mehr erwähnt – aus dem einfachen Grund, weil es sich ohnehin „direkt aus der besonderen Treue des Beamten" ergebe. Diese ist nach dem Gesetzentwurf mit jeglichem Verhalten unvereinbar, „das die Ordnung und Sicherheit sowie den ordentlichen Geschäftsgang stört". Im Falle des Verstoßes soll ein umfangreicher Disziplinarkodex in Kraft treten.

z.ans.Rom. **Für die 450000 Arbeiter und Angestellten der italienischen Nahrungsmittelindustrie haben die Gewerkschaften jetzt die Tarifforderungen aufgestellt.** Gefordert wird eine Lohnerhöhung von 30000 Lire (65 DM) für alle plus weitere, nach Lohngruppen gestaffelte, Beträge. Der jetzige, vergleichsweise hohe monatliche Durchschnittseffektivlohn in der Nahrungsmittelindustrie beträgt umgerechnet rund 1300 DM. Die Wochenarbeitszeit soll auf 38 Stunden gesenkt werden. Die Gewerkschaften fordern die Ausdehnung von Arbeiterrechten wie regelmäßige Versammlungen auch auf die Kleinbetriebe. Als erster Kampfschritt werden die Überstunden verweigert.

z.inl. **Diesen Montag soll das Ergebnis der staatlichen Zwangsschlichtung bei den spanischen Eisenbahnen bekanntgegeben werden.** Zwischen 31.1. und 8.2. hatten die Arbeiter den Schienenverkehr teilweise lahmgelegt, um ihre Forderungen nach Lohnerhöhung in Höhe der Inflation (1979: 16,7%), Kürzung der Wochenarbeitszeit und neuen Stellen durchzusetzen. Am 12.2. streikten sie erneut für 48 Stunden. Der Transportminister erließ daraufhin ein Dekret über „ausreichende Sicherstellung des Schienenverkehrs", verbot den für den 20.–22. angekündigten Streik und griff zum seit 1977 gesetzlich verankerten Mittel der Zwangsschlichtung. Die Gewerkschaften verschoben unter dem Druck den Streik auf März. Mit der Niederlage der Eisenbahner – gerechnet wird mit einem Spruch von 12,5% – will die Regierung den Kapitalisten in den jetzigen Lohnkämpfen eine Bresche schlagen. Den Beschäftigten der staatlichen Verwaltung bietet der Dienstherr ebenfalls 12,5%.

z.cht.Sydney. **Die Kohlebergleute in Neusüdwales und Queensland kämpfen für höhere Löhne und eine Woche mehr Urlaub.** Seit dem 17.2. führt die Gewerkschaft der Bergleute einen einwöchigen Streik durch für eine „Zulage für Industrieerfahrung" für Arbeiter nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit, die die Facharbeiter schon seit 1971 erhalten. Alle fünf im Kohlebergbau vertretenen Gewerkschaften beraten augenblicklich über weitere Aktionen zur Durchsetzung einer fünften Woche Urlaub, für die am 4. und 5.2. bereits 20000 Bergleute gestreikt hatten. In zahlreichen Kämpfen haben die Kohlebergleute in den letzten Jahren ihren Lohn verteidigen können, so daß er mit 273 Dollar bei 35-Stundenwoche jetzt an der Spitze der Facharbeiterlöhne liegt. Die Kohlekapitalisten haben sich in Lieferverträgen u.a. mit Japan, Großbritannien und der BRD Profite für die nächsten fünf Jahre gesichert. Die Regierung in Neusüdwales trägt ihren Teil bei, indem sie die Kohleexportsteuer um ⅔ gesenkt hat und den gesetzlich zulässigen Methangaswert in Kohlegruben verdoppeln will.

vds-MV: Können sich die selbständigen Studentenkoalitionen in einigen Punkten durchsetzen?

z.wig. Am Donnerstag hat die 5. ordentliche Mitgliederversammlung in Münster begonnen. Bisher hat der Vorstand den Rechenschaftsbericht vorgelegt und Arbeitsgruppen haben getagt. Der Vorstand vertritt die Auffassung, die vds habe sich in den letzten beiden Semestern konsolidiert, was in bezug auf die Arbeit der Fachtagungen und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sicher richtig ist.

Studentenkoalitionen haben in Vorbereitung der vds-MV erreicht, daß ca. 150 Stimmen der vertretenen ASten (insgesamt ca. 500 Stimmen) an klare Aufträge gebunden sind: Konzentration auf Kampfmaßnahmen zur gesetzlichen Garantie der Rechte der verfaßten Studentenschaft und höhere BAFöG-Zahlungen zum 1.10.1980.

Das hat dazu geführt, daß die Änderung des Arbeitsprogramms entsprechend den Anträgen der Studentenkoalitionen auf der Tagesordnung steht. In den Arbeitsgruppen haben die Studentenkoalitionen ihre Forderungen vorgebracht und gegen die Positionen der Fraktion der Revisionisten und Reformisten gestellt.

Die Anträge der einzelnen Fraktionen: Die Revisionisten wollen im nächsten Semester überhaupt nichts zur Erhöhung des BAFöG unternehmen. Sie schlagen ein Studentenfestival ,,Stoppt Strauß" vor. Selbst die Kämpfe der Studenten für ihre Vertretungsorgane wollen sie nicht ausreichend unterstützen, wie z.B. die Kämpfe für die Anerkennung der ASten in Bayern und Baden-Württemberg. Der Jusovorstand ist zwar gezwungen, die Forderung nach Erhöhung des BAFöG auf 750/1520 DM noch in diesem Jahr aufzustellen, will aber die Studenten beim Kampf um ihre Rechte auf die Mitbestimmung und die Zusammenarbeit mit der SPD festlegen. Immerhin tauchen aber einige richtige Forderungen der Studentenbewegung in seinen Anträgen auf. Als Aktion schlägt er eine Großkundgebung im Sommersemester vor und im Anschluß daran ein Studentenfestival für die Forderungen der Studenten. Die Basisgruppen haben bisher keine Änderungsanträge vorgelegt, viele von ihnen treten aber für Kampfmaßnahmen für die Rechte der Verfaßten Studentenschaft ein.

Auf Grund dessen, daß die Forderungen der Studentenkoalitionen bis jetzt auf der MV noch in der Minderheit sind, ist eine Einigung auf einige richtige Forderungen und Kampfmaßnahmen nur schwer möglich. Die Frage ist, ob es den Studentenkoalitionen gelingt, zusammen mit den festgelegten ASten, die Jusos für die wichtigsten Forderungen zu gewinnen. Chancen, wenn auch geringe, bestehen, über ein solches Minimalprogramm Einheit zu erzielen, weil insbesondere etliche Jusos-ASten auf klare Aufträge festgelegt sind und dem Jusovorschlag ohne Änderungen nicht leicht zustimmen können. In einem Punkt mußten Reformisten und Revisionisten schon nachgeben. Sie waren gezwungen, eine Resolution zu unterstützen, in der die Einstellung der Germanistenprozesse in Heidelberg verlangt wird.

Marokko: Stipendienstreichung und Gefängnis Hassans Antwort auf die Kämpfe der Studenten

z.inl.Paris. Ende Januar streikten marokkanische Studenten gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ägypten und Israel und für die Freilassung aller politischen Gefangenen und eingekerkerten Gewerkschafter in Marokko. 16 Studenten wurden verhaftet und wegen ,,Subversion" angeklagt. Zu Prozeßbeginn am 5.2. rief die Nationalunion der marokkanischen Studenten UNEM zum landesweiten Streik für deren Freilassung auf. In Casablanca, Rabat, Fez und anderen Orten beteiligten sich 85000 Studenten und Schüler. Die Prozesse wurden um zehn Tage verschoben.

Der ungerechte Krieg gegen das saharauische Volk bürdet den marokka-

verboten. Nach Jahren der Illegalität erkämpften die Studenten im August 1979 die Aufhebung des Verbots. Bezahlen sollten sie mit einem Kniefall: Die UNEM-Leitung erklärte ihre Unterstützung der Saharapolitik der Regierung. Jetzt muß sie unter dem Druck der Studenten davon abrücken und die Streikbewegung organisieren.

Hassan versucht jetzt die Methode des Aushungerns – seit 18.2. werden den Streikenden die Stipendien gestrichen. Gleichzeitig wurden mehrere Studenten zu Haft bis zu fünf Jahren verurteilt wegen Verteilung von Flugblättern, ,,die sich gegen die öffentliche Ordnung richteten", und Mitgliedschaft in der illegalen marxistisch-leni-

Einheitliche Bewegung an den Hochschulen um Vertretungsrechte. Ergebnis der Studentenparlamentswahlen

z.gug. Am 15. Februar behauptete die Frankfurter Allgemeine Zeitung unter der Überschrift ,,Die Studenten wollen ihren Job" zur Bewegung unter den Studenten: ,,Desinteresse an dem, was die Bildungsreform ihnen offeriert, ist zurückgeblieben bei den Nachfahren der lärmenden späten sechziger Jahre". Das ist gewiß nicht richtig und entspricht wohl eher den Wünschen der Bourgeoisie als den Tatsachen.

Schon in den letzten Studentenparlamentswahlen wurde deutlich, daß die Bourgeoisie mit ihren Absichten, die Vertretungsrechte der Studenten zu beseitigen, gescheitert war. Seitdem hat sich eine starke Bewegung an allen Hochschulen zur Erhaltung, zum Aufbau und zur Konsolidierung der Studentenvertretungen gefestigt. In Baden-Württemberg sind seit der Abschaffung der ASten durch die Landesregierung an zahlreichen Hochschulen von den Studenten neue ASten aufgebaut worden. In Hannover, wo jetzt das Studentenparlament nach dem neuen Hochschulgesetz gewählt werden sollte, hatten die Fachschaften zum Wahlboykott aufgerufen, und die Wahlbeteiligung zu solch einer Vertretung von Landesregierungs Gnaden betrug dann auch nur 2,04%.

Die Bourgeoisie verfolgt dies voller Unruhe und greift zu schärfster Unterdrückung. Deutlich wird dies in Heidelberg, wo das Rektorat wegen ,,Durchführung illegaler und rechtswidriger Wahlen" zu den Fachschaften Hochschulermittlungs- und Strafverfahren eingeleitet hat und die Staatsanwaltschaft in den Germanistenprozessen Strafen in Höhe von drei bis vier Jahren Gefängnis fordert, wie es das vorher nirgends gegeben hat. Gibt es einerseits diese einheitliche Bewegung an den Hochschulen, so ist sie doch zugleich in den Fragen der Ausbildungsrechte und der politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Studenten noch uneins und noch nicht entschieden. Das schwächt sie und macht sie unstabil. Seinen Niederschlag hat dies auch in den Studentenparlamentswahlen gefunden. Dort, wo im letzten Jahr Aktionseinheitslisten für politische und gewerkschaftliche Rechte aufgestellt wurden, ist es z.T. in diesem Jahr nicht gelungen wie z.B. in Kiel. Umgekehrt läßt sich der gleiche Vorgang aber auch feststellen und sind Fortschritte vorhanden, wie in Braunschweig oder in Soest (Gesamthochschule Paderborn), wo von drei Fachbereichen Kandidaten auf einem Programm aufgestellt worden sind mit Forderungen zur Begrenzung der Semesterstundenzahl, für ein Einspruchsrecht der Fachschaftsräte in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten und der Forderung nach Erhöhung des BAFöG und des Elternfreibetrages und der Anbindung an den Durchschnittslohn. Diese Liste wurde in Soest mit 24,1% bei 54,7% Wahlbeteiligung gewählt.

Das Bestreben der Studenten, in all diesen Fragen Einheit herzustellen und eine einheitliche Taktik einzuschlagen, ist groß, und das letzte Semester ist davon gekennzeichnet. Dies Bestreben der Studentenbewegung, sich im politischen und gewerkschaftlichen Kampf an den Hochschulen zusammenzuschließen, hat auch dazu geführt, daß an vielen Universitäten, an denen ein neuer AStA zunächst ohne klares Programm gewählt worden ist, er von Vollversammlungen oder Studentenparlamenten mit bindenden Beschlüssen zur Mitgliederversammlung der vds entsandt wurde.

1980 / 1979	Wahlbeteil.		Jusos		SHB		MSB		SLH		LHV		Gew. Orient.		Basisgr.		Grüne Bunte		RCDS		Akt.einh.*	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Kiel			3000	(11)	544	···	214	···	—	—	78	···	—	—	—	—	—	—	2200	···	715	···
Universität			···	···	···	···	···	···	—	—	···	···	—	—	—	—	—	—	···	···	···	···
Hamburg	6721	24,7	1935	···	1332	···	1290	···	—	—	774	···	···	···	849	···	—	—	900	···	251	···
Universität			2417	···	1772	···	1627	···	—	—	1120	···	···	···	1441	···	—	—	713	···	259	···
Bremen HS	···	41,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	288	53,7	—	—	—	—	—	—	235	43,8
Technik			248	40,2	—	—	—	—	—	—	—	—	233	37,8	—	—	—	—	—	—	129	20,5
Münster	14200	45,0	3006	21,2	1480	10,5	1247	8,6	1004	7,1	807	5,7	—	—	—	—	1336	9,4	3610	25,5	60	0,4
Universität			2952	21,4	1651	12,0	1408	10,2	1341	9,7	912	6,6	—	—	—	—	—	—	3884	28,1	126	0,9
Osnabrück	900	30,0	204	21,4	—	—	—	—	72	7,5	—	—	101	10,6	346	36,2	—	—	149	15,6	83	8,7
Universität			222	22,5	—	—	—	—	120	12,4	—	—	116	12,4	246	25,4	—	—	186	19,2	78	8,1
Göttingen	···	26,0	—	—	···	3,3	—	—	—	—	—	—	—	—	···	14,6	···	3,7	···	18,2	—	—
Universität			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	···	13,1	—	—	···	16,0	—	—
Braunschweig	···	30,0	120	(2)	—	—	—	—	—	—	—	—	340	(8)	—	—	—	—	91	···	1694	(25)
Techn. Univ.			···	···	—	—	—	—	—	—	—	—	···	···	584	···	—	—	—	—	—	—
Dortmund	···	···	157	···	—	—	230	···	—	—	—	—	287	···	358	···	—	—	—	—	21	···
PH			167	···	—	—	90	···	—	—	—	—	305	···	763	···	—	—	—	—	41	···
Essen	3295	25,8	466	15,4	580	19,1	1206	39,8	—	—	153	5,1	—	—	—	—	—	—	626	20,7	—	—
Gesamthoch.			···	···	···	···	···	···	—	—	···	···	—	—	—	—	—	—	···	···	—	—
Bochum	8446	35,2	···	8,3	···	4,2	···	7,6	···	10,4	···	4,7	—	—	···	34,9	—	—	···	24,1	—	—
Universität			—	—	···	4,7	···	7,2	···	14,5	···	6,1	—	—	···	32,1	—	—	···	29,5	—	—
Duisburg	1606	22,2	377	23,5	—	—	392	24,4	—	—	61	3,8	—	—	223	13,9	—	—	244	15,2	—	—
Gesamthoch.			···	···	216	13,5	···	···	—	—	···	···	—	—	···	···	—	—	···	···	—	—
Köln	9567	31,9	1418	(8)	633	(3)	607	(3)	736	(4)	455	(2)	—	—	3079	(17)	—	—	1143	(11)	113	81
Universität			1819	(8)	634	(2)	590	(2)	1060	(5)	509	(2)	—	—	4005	(18)	—	—	2565	(12)	···	···
Köln	2009	20,0	755	(14)	197	(4)	294	(6)	—	—	204	(3)	—	—	—	—	—	—	341	(5)	224	(4)
Fachhochsch.			···	(12)	···	(6)	···	(6)	—	—	···	(1)	—	—	—	—	—	—	···	(8)	—	—
Aachen	···	27,4	—	—	—	—	319	(2)	1273	(8)	583	(3)	—	—	1104	(6)	—	—	2108	(13)	—	—
Techn. Hoch.			—	—	934	···	281	···	2457	···	517	···	—	—	1625	···	—	—	2515	···	—	—
Freiburg	···	···	—	—	620	8,8	689	9,8	654	9,3	1206	17,6	3055	43,5	—	—	—	—	—	—	374	6,2
Universität			—	—	671	11,2	670	11,2	816	13,6	981	16,4	2004	33,4	—	—	—	—	—	—	227	3,2
München	3487	8:9	—	—	276	···	764	···	—	—	—	—	361	···	1015	···	—	—	—	—	44	···
Universität			—	—	198	···	488	···	—	—	321	···	381	···	423	···	—	—	—	—	75	···

* Aktionseinheit für politische und gewerkschaftliche Rechte / Die kursiven Zahlen in Klammern geben jeweils die Anzahl der Sitze an / — nicht kandidiert / ··· keine Angaben

Universität			2952	21,4	1651	12,0	1408	10,2	1341	9,7	912	6,6	—	—	—	—	—	—	3884	28,1	126	0,9
Osnabrück	900	30,0	204	21,4	—	—	—	—	72	7,5	—	—	101	10,6	346	36,2	—	—	149	15,6	83	8,7
Universität			222	22,5	—	—	—	—	120	12,4	—	—	116	12,4	246	25,4	—	—	186	19,2	78	8,1
Göttingen	···	26,0	—	—	···	3,3	—	—	—	—	—	—	—	—	···	14,6	···	3,7	···	18,2	—	—
Universität			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	···	13,1	—	—	···	16,0	—	—
Braunschweig	···	30,0	120	(2)	—	—	—	—	—	—	—	—	340	(8)	—	—	—	—	91	···	1694	(25)
Techn. Univ.			···	···	—	—	—	—	—	—	—	—	···	···	584	···	—	—	—	—	—	—
Dortmund	···	···	157	···	—	—	230	···	—	—	—	—	287	···	358	···	—	—	—	—	21	···
PH			167	···	—	—	90	···	—	—	—	—	305	···	763	···	—	—	—	—	41	···
Essen	3295	25,8	466	15,4	580	19,1	1206	39,8	—	—	153	5,1	—	—	—	—	—	—	626	20,7	—	—
Gesamthoch.			···	···	···	···	···	···	—	—	···	···	—	—	—	—	—	—	···	···	—	—
Bochum	8446	35,2	···	8,3	···	4,2	···	7,6	···	10,4	···	4,7	—	—	···	34,9	—	—	···	24,1	—	—
Universität			—	—	···	4,7	···	7,2	···	14,5	···	6,1	—	—	···	32,1	—	—	···	29,5	—	—
Duisburg	1606	22,2	377	23,5	—	—	392	24,4	—	—	61	3,8	—	—	223	13,9	—	—	244	15,2	—	—
Gesamthoch.			···	···	216	13,5	···	···	—	—	···	···	—	—	···	···	—	—	···	···	—	—
Köln	9567	31,9	1418	(8)	633	(3)	607	(3)	736	(4)	455	(2)	—	—	3079	(17)	—	—	1143	(11)	113	81
Universität			1819	(8)	634	(2)	590	(2)	1060	(5)	509	(2)	—	—	4005	(18)	—	—	2565	(12)	···	···
Köln	2009	20,0	755	(14)	197	(4)	294	(6)	—	—	204	(3)	—	—	—	—	—	—	341	(5)	224	(4)
Fachhochsch.			···	(12)	···	(6)	···	(6)	—	—	···	(1)	—	—	—	—	—	—	···	(8)	—	—
Aachen	···	27,4	—	—	—	—	319	(2)	1273	(8)	583	(3)	—	—	1104	(6)	—	—	2108	(13)	—	—
Techn. Hoch.			—	—	934	···	281	···	2457	···	517	···	—	—	1625	···	—	—	2515	···	—	—
Freiburg	···	···	—	—	620	8,8	689	9,8	654	9,3	1206	17,6	3055	43,5	—	—	—	—	—	—	374	6,2
Universität			—	—	671	11,2	670	11,2	816	13,6	981	16,4	2004	33,4	—	—	—	—	—	—	227	3,2
München	3487	8:9	—	—	276	···	764	···	—	—	—	—	361	···	1015	···	—	—	—	—	44	···
Universität			—	—	198	···	488	···	—	—	321	···	381	···	423	···	—	—	—	—	75	···

* Aktionseinheit für politische und gewerkschaftliche Rechte / Die kursiven Zahlen in Klammern geben jeweils die Anzahl der Sitze an / — nicht kandidiert / ··· keine Angaben

Marokko: Stipendienstreichung und Gefängnis Hassans Antwort auf die Kämpfe der Studenten

z.inl.Paris. Ende Januar streikten marokkanische Studenten gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ägypten und Israel und für die Freilassung aller politischen Gefangenen und eingekerkerten Gewerkschafter in Marokko. 16 Studenten wurden verhaftet und wegen ,,Subversion" angeklagt. Zu Prozeßbeginn am 5.2. rief die Nationalunion der marokkanischen Studenten UNEM zum landesweiten Streik für deren Freilassung auf. In Casablanca, Rabat, Fez und anderen Orten beteiligten sich 85000 Studenten und Schüler. Die Prozesse wurden um zehn Tage verschoben.

Der ungerechte Krieg gegen das saharauische Volk bürdet den marokkanischen Massen immer größere Kriegslasten auf. Die sozialen Widersprüche verschärfen sich, die Bauern kämpfen für Rückgabe ihres geraubten Landes, die Arbeiter führen große Lohnkämpfe (s. KVZ 7). Seit Beginn der Aggression ist die Armee auf 120000 verdoppelt worden, davon halten 50000 Mann Teile der Westsahara besetzt. Die Jugend entzieht sich zunehmend der Rekrutierung, die Desertionsrate steigt. Die Studenten sind Teil dieser Kämpfe und unterstützen sie.

Schon 1972 war die UNEM für das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes eingetreten. Sie wurde verboten. Nach Jahren der Illegalität erkämpften die Studenten im August 1979 die Aufhebung des Verbots. Bezahlen sollten sie mit einem Kniefall: Die UNEM-Leitung erklärte ihre Unterstützung der Saharapolitik der Regierung. Jetzt muß sie unter dem Druck der Studenten davon abrücken und die Streikbewegung organisieren.

Hassan versucht jetzt die Methode des Aushungerns – seit 18.2. werden den Streikenden die Stipendien gestrichen. Gleichzeitig wurden mehrere Studenten zu Haft bis zu fünf Jahren verurteilt wegen Verteilung von Flugblättern, ,,die sich gegen die öffentliche Ordnung richteten", und Mitgliedschaft in der illegalen marxistisch-leninistischen Vereinigung ,,Illal Amman", die das saharauische Volk bedingungslos unterstützt.

Was sind die sozialen Forderungen der Studenten? Höhere Stipendien (gegenwärtig 211 DM), Bau von Wohnheimen, Ausbau der Universitäten und mehr Lehrer, Arabisierung des Unterrichts (5/6 der Universitätsausbildung sind französisch; die Durchfallquoten bei den Prüfungen 1976 lagen bei 52%). Die Stipendienstreichung ist ein gefährliches Druckmittel: Sie betrifft 28000 von etwa 60000 Studenten (1978). Die Rechnung Hassans muß aber nicht aufgehen.

Römische Oberschüler berichten über die Lage an ihrer Schule

z.ans.Rom. Am 23.2. hat die Mehrheit der italienischen Berufs- und Oberschüler die vom Erziehungsminister angesetzten Wahlen zu den Mitbestimmungsorganen boykottiert und stattdessen eigene selbständige Schülerräte gewählt. Schüler einer römischen Oberschule berichteten uns über die Lage an ihrer Schule und damit zugleich über die Triebkräfte für die gegenwärtige Schülerbewegung.

Der Zuchthausordnung, die in der Schule herrschen soll, entspricht ihr Äußeres: alles ist eng, dunkel, muffig. Zwei Etagen liegen unter der Erde. Durchschnittlich 28 Schüler sind in einer Klasse zusammengepfercht. Der Staat läßt die Schule verrotten, gleichzeitig müssen die Eltern immer mehr für Bücher und Unterrichtsmaterial auf den Tisch legen: umgerechnet rund 200 DM im Jahr.

Die Auslese hat sich in den letzten Jahren enorm verschärft. In den 1. und 2. Klassen der Oberschule, die in Italien nach einer für alle obligatorischen Mittelschule mit der 9. Klasse beginnt, bleiben rund 30% sitzen. Später dann, nachdem bereits vorher mächtig gesiebt wurde, sind es rund 4 – 5 Schüler pro Klasse. Ein Mittel, die Auslese durchzusetzen, ist die gestiegene Stofffülle: 4 – 6 Stunden Hausaufgaben pro Tag sind keine Seltenheit. Die Angst vor schlechten Noten, vorm Sitzenbleiben soll die Schüler zwingen, alles völlig kritiklos in sich hineinzustopfen, bürgerliche Weisheiten, die nichts mit dem eigenen Leben und der Praxis zu tun haben.

Der Widerwille der Schüler gegen die Schule, die ihre Fähigkeiten unterdrückt, ist groß. Erziehungsminister Valetutti spuckt daher ständig neue schikanöse Runderlasse und ,,dringende" Verordnungen aus: Jede Regung der Schüler soll kontrolliert, registriert, notfalls mit Verweis oder Suspendierung bestraft werden. Kommt ein Schüler z.B. zu spät, muß der Lehrer ihn für den ganzen Tag vom Unterricht ausschließen und eine schlechte Betragensnote geben. Das kann dazu führen, daß er am Ende des Schuljahres die Prüfungen in allen Fächern wiederholen muß.

Bei Schülerversammlungen ist normalerweise Polizei anwesend, teilweise mit schußbereitem Gewehr. Manchmal kommt es zu Leibesvisitationen. An einigen römischen Schulen zieht regelmäßig zu Schulschluß Polizei vor der Schule auf: es gelte, ,,aufrührerische Aufläufe" zu verhindern.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

für die Studenten der Universität Heidelberg

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Mannheim, J7, 14, Tel. 16 279
Kommunistische Hochschulgruppe

Universität Heidelberg
25.2.1980
09623000p

Der Strafantrag des Staatsanwalts wird von Studenten und Lohnabhängigen bekämpft

Eine Woche nach Verkündung des Strafantrags durch Staatsanwalt Olbricht häufen sich die Erklärungen gegen diesen Prozeß an Staatsanwaltschaft, Gericht und Rektorat. Gefordert wird durchgehend Einstellung und Anerkennung der Rechte Koalition und Streik, wegen deren Verweigerung in den Hochschulgesetzen gewählte Vertreter überhaupt vor Gericht stehen. Die Breite, in der dieser Prozeß auch über die Universität hinaus verfolgt und bekämpft wird, zeigt, daß eine Zentralisierung der Bewegung durch weitere Aktionen möglich und nötig ist, um den nötigen Druck auf Gericht und Rektorat zu entfalten. Die Versammlung der Aktionseinheit am Donnerstag hat deshalb ohne Gegenstimme den Vorschlag der Vertreter des Jugendzentrums Neckargemünd unterstützt, eine Demonstration vorzubereiten und durchzuführen.

Dokumentation bisheriger Erklärungen:

,,Die Veranstaltung unterstützt die Durchführung einer Demonstration und beauftragt die Aktionseinheit mit ihrer Vorbereitung. Sie soll an die vds herantreten und sie auffordern, als Veranstalter der Demonstration aufzutreten. Sie soll sich an die GEW und die Organisationen der Arbeiterklasse und Studenten mit diesem Vorschlag und der Aufforderung, ihn zu unterstützen, wenden." (ca. 200 Teilnehmer der Veranstaltung der Aktionseinheit gegen den Germanistenprozeß am Donnerstag)

,,... Der Strafantrag richtet sich gegen die Rechte der Studenten und die Interessen ihrer großen Mehrheit. Innerhalb der Welle der 100 Studentenprozesse will die Staatsanwaltschaft mit ihrem Antrag, der die höchsten bisherigen Urteile um das 3fache übersteigt, völlig neue Maßstäbe im Vorgehen gegen die Studentenbewegung setzen ... Wir, die Aktionseinheit gegen den Großen Strafkammerprozeß und die Teilnehmer (der Veranstaltung) rufen dazu auf, alles zu unternehmen, um ein Durchkommen dieses Antrags zu verhindern ..." (aus einem Brief an Zusammenschlüsse und Personen, verabschiedet auf der Veranstaltung)

,,Die Studienbedingungen am Germanistischen Institut sind von der Landesregierung planmäßig verschlechtert worden. Der Streik der Studenten dagegen war berechtigt, da anders nicht Abhilfe erfolgen konnte. Es ist ähnlich wie bei uns im Betrieb: Wenn die Unternehmer auf unsere Lohnforderungen nicht eingehen, müssen Kampfmittel eingesetzt werden. Das haben die Warnstreiks der letzten Wochen erneut belegt ... Zwar ist die Universität kein Industriebetrieb, doch gleicht die Ausbildung an den Universitäten immer mehr fabrikmäßiger Ausbildung, was die Bedingungen angeht. Zweitens sind die meisten Studenten ohne größeren Gelder von ,zu Haus' ausgestattet, müssen in den Fabriken ,nebenbei' oder im Semester arbeiten, da das BAFÖG nicht reicht. Also zwingt die Praxis der Regierung ... diese zum Kampf



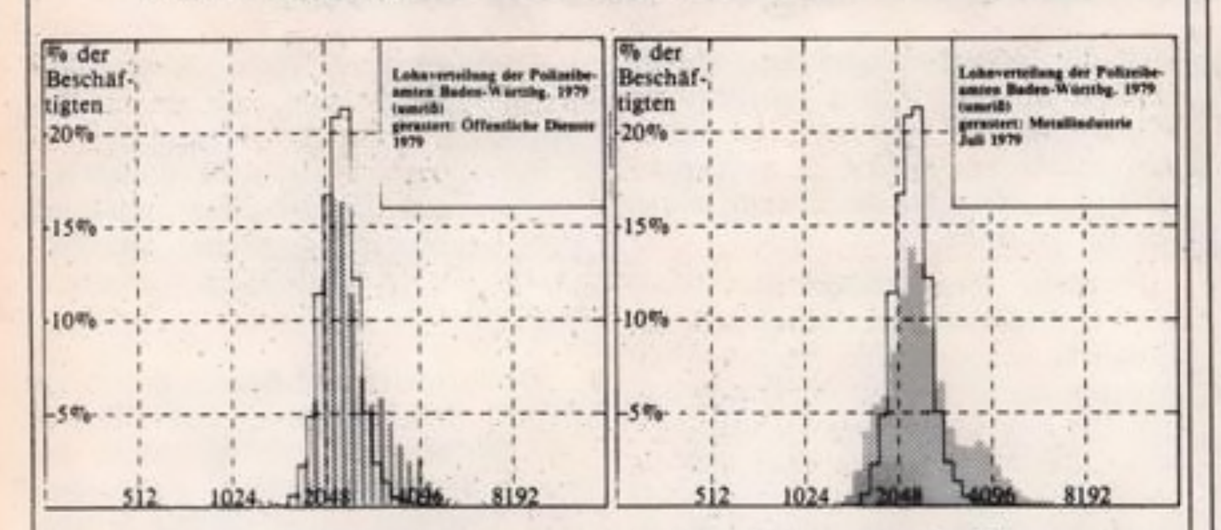
... Wir fordern die Rückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft, Einstellung des Verfahrens und Anerkennung der notwendigen Rechte der Studenten nach Koalitions- und Streikfreiheit und Anerkennung ihrer gewählten Körperschaften." (Erklärung von 9 Metallarbeitern aus Heidelberger Metallbetrieben und ein Betriebsrat von BBC)

Weitere Erklärungen:

Aus München: Erklärung von 39 Studenten an der LMU-Mensa, TU-Mensa, Studentenwohnheim in Freimann und Lehrveranstaltung Jura an Richter Brunn

Aus Karlsruhe: Fachschaft Informatik, wird weiter unterstützt von FS-Leiter Maschinenbau, Chemie, Chemie-Ingenieurwesen, Physik und 30 weiteren Studenten, darunter 3 Fachschaftsvertretern; Erklärung der Aktionseinheit gegen die Prozeßwelle der Karlsruher Justiz gegen Schüler, Lehrlinge und Studenten; Jugendzentrum Neckargemünd; folgende Fachschaften der Universität Heidelberg: Jura, Anglistik, Math./Phys., Germanistik und Theologenplenum, 15 Studenten an der Mensa Universität Mannheim, ÖTV Rechtsreferendare; weiterhin gibt es einen Initiativantrag der Fachschaft Germanistik an der Universität Heidelberg an die 5. ordentliche Mitgliederversammlung des vds.

4. März: Polizeigewerkschaft ruft zur Aktion gegen die Ausdehnung der Schichtdienste



z.haj. Rund 175000 Lohnabhängige hält sich die herrschende Klasse gegenwärtig im Polizeivollzugsdienst, Bundesgrenzschutz eingeschlossen, um ihr Dasein als ausbeutende Klasse und ihren Reichtum zu sichern und die arbeitenden Klassen zur Anerkennung ihrer Herrschaft durch „unmittelbaren Zwang“ anzuhalten. Durch ihre Gewerkschaft, die inzwischen dem DGB angeschlossene Gewerkschaft der Polizei (GdP), sind diese dem Beamtenrecht vollständig unterworfenen Lohnabhängigen zu Kampfmaßnahmen gegen Dienst- und Arbeitsbestimmungen und -bedingungen aufgerufen, die die Gewerkschaft der Polizei bereits 1976 – ohne Ergebnisse – in einer Studie angegriffen hat:

„Insgesamt fällt bei Betrachtung der polizeilichen Krankenstatistik und der Zahlen der vorläufig aus gesundheitlichen Gründen Ausgeschiedenen auf, daß rund ein Drittel der Polizeibediensteten die – schon vorgezogene – Altersgrenze nicht erreicht und davon wiederum ein Drittel durch Tod aus dem Dienst gerissen wird. Die hauptsächlichen Forderungen, mit denen sich vor allen Dingen die jüngeren Polizeibeamten im Rahmen der von der Gewerkschaft beschlossenen Aktionen seit Ende letzten Jahres gegen die Dienstherren und an die Öffentlichkeit wenden, sind: Nicht mehr als 20 Jahre Wechselschicht; Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung des Urlaubs; Zusatzurlaub und Erhöhung der Zulagen für Dienst in Wechselschicht. Für den 4. März ruft die Polizeigewerkschaft zu einer Sternfahrt nach Bonn auf, in den Bundesländern sind weitere Aktionen geplant, z.B. in Nordrhein-Westfalen die „Aktion Denkpause“, für die die Polizeibeamten etwa eine Stunde in ihrem Dienst benutzen wollen.

Den Kernpunkt der Auseinandersetzung bildet die Arbeitszeitregelung für die Beamten im öffentlichen Dienst:

Beamtenrechtsrahmengesetz: „Der Beamte ist verpflichtet, ohne Vergütung über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse es erfordern ... In einer durch andere Maßnahmen nicht zu beseitigenden Ausnahmesituation kann in den Bereichen der Inneren Sicherheit und im ärztlichen Dienst ... darüberhinaus Mehrarbeitsvergütung wie folgt gezahlt werden: ... vom 1. Januar 1980 bis 31. Dezember 1980 bis höchstens 70 Stunden im Monat ...“ (§44)

Arbeitszeit-Erlaß der hessischen Vollzugspolizei: „Besteht der Dienst ganz oder teilweise in Bereitschaft, so kann die wöchentliche Arbeitszeit bis auf 54 Stunden verlängert werden ... Während des Bereitschaftsdienstes oder der Rufbereitschaft anfallender Volldienst, der über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgeht, wird durch Freizeit im Verhältnis 1:1 abgegolten. Im übrigen erfolgt Freizeitentschädigung für geleistete Mehrarbeit in Form von Bereitschaftsdienst im Verhältnis 3:1 und in Form von Rufbereitschaft im Verhältnis 8:1.“ (Erlaß des Innenministers vom 25.9.1974)

Sondereinsätze: „... kommen für den Polizeibediensteten Sondereinsätze und Sondertermine, wie z.B. Demonstrationen, Sportveranstaltungen, Schutz politischer Persönlichkeiten, Gerichtstermine, Messen, Ausstellungen, Razzien usw. hinzu. Diese Tätigkeiten müssen oft zusätzlich zu den normalen Dienstschichten verrichtet werden.“ (Studie der Polizei-Gewerkschaft)

Dabei stehen sie sich trotz 120 DM Polizeizulage und Erschwerniszulage (werktags nach 18.00 Uhr 0,75 DM/Stunde, feiertags 1,20 DM) keinen Pfennig besser als der Durchschnitt der Lohnabhängigen. Schutz vor den Wechseln des Arbeitsmarktes versprechen die Dienstherren, aber die rasche Ruinierung der Arbeitskraft macht diesen „Vorteil“ zur Farce. – Hirsch, Innenminister in Nordrhein-Westfalen, hat ein Angebot gemacht: 1,5 Mio. DM Unterstützung für die Polizeibeamten für „schallisolierte Schichtdienst-Wohnungen“.

Haushalt Niedersachsen 1980: Innenminister forciert Einsatzbereitschaft

r.hob. Die „steigende Tendenz“ in der „Kriminalitätsentwicklung“ und den Anstieg der Verkehrsunfallzahlen führte Möcklinghoff, niedersächsischer Innenminister, in seiner Rede vor dem Landtag zur 2. Lesung des Entwurfs des Haushaltsplans 1980 am 13.2.80 für eine „weitere überproportionale“ Steigerung des Polizeihaltes an. Möcklinghoff selbst schränkte in dieser Rede ein, daß in der Kriminalitätsentwicklung eine Abnahme gegenüber 1978 um 0,87% eingetreten sei. Die Gesamtzahl der niedersächsischen Landespolizei (Haushaltskapitel 0320 des Einzelplans 03 – Ministerium des Innern) beträgt 20900, das sind 2900 mehr als 1976. Die Investitionen, d.h. die Ausgaben für Fahrzeuge, Geräte und Waffen sind von 1976 19,7 Mio. DM auf 1980 44,3 Mio. DM gestiegen. Der Polizeihaushalt insgesamt steigt gegenüber 1979 um 9,25%.

Möcklinghoff zum Schichtdienst der Polizei: „... Polizeidienst ohne Schichtdienst ist nicht denkbar ... wie können wir hier Erleichterung schaffen? ... Die Möglichkeiten des Landes sind begrenzt ... im übrigen wirkt sich natürlich jede Verstärkung des Einzeldienstes erleichternd auf den Wechselschichtdienst aus ...“

Eine genauere Analyse der Ausdehnung der einzelnen Funktionen des Polizeiapparates von 1976 bis 1980 anhand der Stellenpläne ergibt folgendes Bild:

Stellenplan 0320 Landespolizei – nur Beamte (Auszüge)

BesGrp.	Db.	1976	1978	1979	1980
a) Polizei-Verwaltungsbeamte					
A 13	StR	7	6	7	11
gesamt:		269	264	296	327
b) Schutzpolizei (uniformiert)					
A 16	Ltd.PD	11	12	13	16
A 15	PD	25	31	44	50
A 13	1. PHK	54	81	99	107
A 12	PHK	119	244	294	331
A 9	PHM	2571	2526	2798	3105
gesamt:		12687	13211	14150	14325
c) Kriminalpolizei					
A 15	KD	15	17	23	29
A 13	1.KHK	35	45	56	64
A 12	KHK	52	142	173	202
A 9	KHM	541	648	718	819
gesamt:		2514	2814	2993	3093
Insgesamt (a – c)		15470	16289	17439	17745

Abkürzungen: Db. = Dienstbezeichnung, StR = Studienrat, Ltd.PD = Leitender Polizeidirektor, PD = Polizeidirektor, 1. PHK = 1. Polizeihauptkommissar, PHK = Polizeihauptkommissar, PHM = Polizeihauptmeister, KD = Kriminaldirektor, 1. KHK = 1. Kriminalhauptkommissar, KHK = Kriminalhauptkommissar, KHM = Kriminalhauptmeister.

100%ige Steigerungsraten und mehr bei den höheren Polizeioffizieren sowie den Endgrundgehältern des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes (Besoldungsgruppen A 9 bzw. A 13). Diese Ausdehnung ist beachtlich und bedeutet, daß die Funktionen der Dienstaufsicht, sowohl der Unterführer als auch der Polizeioffiziere in verhältnismäßig stärkerem Umfange ausgeweitet worden sind, als die einfachen Dienstränge. Dies ist in den letzten Jahren noch mehr forciert worden.

Immerhin will die Landesregierung erhebliche Projekte (Kernkraftwerke, End- oder Zwischenlager Gorleben) in den nächsten Jahren gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen durchziehen. Dazu ist ein funktionierender Polizeikörper notwendig. Das ist das eine. Das andere: der Kampf der Polizisten um gewerkschaftliche Rechte, gegen den Schichtdienst hat sich verstärkt. Vielleicht verspricht sich Möcklinghoff mit der Verlockung schneller Beförderungen, daß sich diese Kämpfe totlaufen. Die letzten Aktionen der Polizisten der Gewerkschaft der Polizei zeigen das Gegenteil. Stärkung der Antreiber im Offiziers- und Feldwebelrang sind nach dem Stellenplan gegenwärtig Haupthebel, um den Polizeiapparat Niedersachsen einsatzfähiger zu machen. Offenbar geht es hier auch rascher als in der Armee, jedenfalls hört man von keinem größeren „Beförderungsstau“ bei der Polizei. Vor einigen Jahren noch mußte ein Polizeihauptwachtmeister 12 Jahre warten, um Polizeimeister zu werden, jetzt 5 – in den höheren Diensträngen geht da manches noch rascher.

Olympia-Teilnehmer der Bundeswehr: „Transferwirkung auf die Kampffähigkeit der Soldaten“

z.mav. Das Abschneiden der westdeutschen Sportler bei den Olympischen Spielen in Lake Placid ist bisher nicht allzu ruhmvoll. Bundesinnenminister Baum hat deswegen schon bekannt gemacht, daß bei der Sportförderung einiges geändert werden müsse. Jetzt hat die BRD nach 18 von 38 Entscheidungen am vergangenen Freitag, 22.2., gerade ihre zweite Bronzemedaille gewonnen, und zwar im Biathlon-Staffellauf durch den Hauptfeldwebel Gerd Winkler und drei Unteroffiziere der Bundeswehr. Zusammen sind ca. 23 Soldaten der Bundeswehr an den Olympischen Winterspielen beteiligt. Spitzensportler zu schmieden sei allerdings nicht das Ziel des Sports bei der Bundeswehr, sagt der Verteidigungsminister; und genauso wird zurückgewiesen, daß es beim Sport in der Bundeswehr um die „Erhöhung der Kampffähigkeit der Soldaten für den Krieg“ gehe. Wegen der verbreiteten Ablehnung der imperialistischen Zielsetzungen der Bundeswehr im Volk hat sich Kriegsminister Leber 1974 besonders bemüht, die friedfertige Absicht des Sports bei der Bundeswehr zu betonen: „Die Sportausbildung ist in erster Linie Breitensport! Sie ist in ihrer pädagogischen Gesamtwirkung zu sehen, da sie den ganzen Menschen zum Ziel hat und nicht einige ausgewählte und besonders gut trainierte Fähigkeiten, die es zu entwickeln gälte.“ (Zentrale Dienstverordnung 3/10) So, wie es Heeressportlehrer Max Leusch noch 1966 forderte – „hart zu machen, ist das Ziel ... mutig und mit der Aussicht zu überleben, soll der Soldat jeder Situation entgegentreten“ – ging es nicht mehr. Bis zu 50% des Sportunterrichts fielen aus (befohlen sind 60 Std. in der Grundausbildung, mindestens 2 x 90 Min. die Woche). Dazu kam, daß die beschleunigte Ruinierung der Volksgesundheit durch die kapitalistische Produktion eine Veränderung der Sportausbildung der Wehrpflichtigen erforderlich machte. Deshalb heißt es: „Die Art des Unterrichts soll bei den Soldaten die innere Zuwendung zum Sport und die Bereitschaft zu regelmäßiger sportlicher Betätigung auch außerhalb des Dienstes bzw. über die Dienstzeit hinaus bewirken.“ Mit dieser Konzeption, nach der jetzt auch Sportunterricht in „Neigungsgruppen“ stattfindet, will das Verteidigungsministerium bauen auf die Beliebtheit des Sports im Volk. So betreiben über 50% der Männer, die zur Bundeswehr kommen, aktiv Sport. Am liebsten Mannschaftsspiele: Fußball, Tischtennis, Volleyball. Da es den Arbeitern aber an Zeit und Kraft mangelt nach der Arbeit, ist der Soldatensportwettkampf der auf breitester Basis durchgeführte Sportwettkampf für männliche Erwachsene in der BRD. Beim Sportabzeichen sind rund 50% der Sportler Soldaten der Bundeswehr. Immerhin hat die veränderte Konzeption des Sports auch bewirkt, daß bei den Wettkämpfen des Internationalen Militärsportverbandes (CISM, Conseil International du Sport Militaire) die Bundeswehr ihre Teilnehmerzahlen, insbesondere aber ihre Medaillengewinne bedeutend heben konnte – von 15 Medaillen 1970 auf 53 im Jahre 1978.



Bundeswehrsport: kriegstüchtig bleiben – „Lifetimesport“ treiben

Die Militärhilfen Chinas an die Länder der Dritten Welt

Grundsätzlicher Unterschied zu den Imperialisten / Einheit statt Spaltung

z.hev. Wenn bei Völkern, die um ihre nationale Befreiung kämpfen, Waffen chinesischer Herkunft gesehen werden, geht ein bösartiges Raunen durch die imperialistischen Medien, und die Sowjetunion erkennt darin schlagende Beweise für einen „chinesischen Großmachtchauvinismus“. Nun kann man Waffen aber mit Sicherheit nicht ansehen, an welche politischen Bedingungen ihr Einsatz geknüpft ist und welchen Interessen sie dienen. Mit einem Gewehr läßt sich sowohl Revolution als auch Konterrevolution machen, auch mit einem chinesischen Gewehr läßt sich nicht nur Revolution, sondern auch Konterrevolution machen. Welche Macht aus den Gewehren gleich welcher Herkunft kommt, darüber entscheiden die politischen Ziele der Völker und Staaten, die sie anwenden. Auch derjenige, der die Waffen liefert, ist an den politischen Zielen zu messen, die er verfolgt.

China verfolgt die strategischen Interessen der Weltrevolution, das läßt sich unschwer an seiner Politik erkennen. Es verkauft nicht seine Seele zugunsten kurzfristiger „Erfolge“, die tatsächlich nichts anderes wären als Großmachtpolitik. Deng Xiaoping, der stellvertretende Ministerpräsident der Volksrepublik China, hat den Unterschied im November 1978 einem thailändischen Journalisten erklärt, der von ihm wissen wollte, ob auch China, wie der vietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong, die thailändischen Kommunisten künftig nicht mehr unterstützen wollte. Der Journalist meinte wohl, es sei dann für China leichter, mit der thailändischen Regierung ins Geschäft zu kommen. Deng dagegen: „China hält mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg. Wir denken, wenn Länder und Völker Freundschaft miteinander schließen, sollten sie ihre wahre Meinung nicht verheimlichen; sie sollten vielmehr versuchen, sich gegenseitig zu verstehen. Nur so kann sich ihre Zusammenarbeit entwickeln. Durch Lügen, Heuchelei oder gar durch den Verkauf seiner Seele kann man keine Freunde gewinnen. Deshalb werde ich nicht von Pham Van Dong lernen.“

Welchen grundsätzlichen Kurs die VR China in der Militärpolitik verfolgt, läßt sich gut am Punkt zwei des 8-Punkte-Vorschlags bei den chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen im April 1979 erkennen: „... Keine von ihnen soll Streitkräfte in anderen Ländern stationieren, und diejenigen, die im Ausland stationiert sind, müssen auf das eigene Territorium zurückgezogen werden. Keine Seite wird einem Militärblock beitreten, der gegen die andere gerichtet ist, Militärbasen an andere Länder vergeben oder das Territorium oder Basen anderer Länder benutzen, um die andere Seite oder andere Länder zu bedrohen, Subversion gegen sie zu treiben oder sie militärisch anzugreifen.“

China unterhält keine Militärbasen im Ausland, weil es nicht nach Hegemonie strebt. Seine Hilfe an die Länder der Dritten Welt ist immer Hilfe zur Selbsthilfe. Im bisher einzigen Fall, wo chinesische Soldaten ein vom Imperialismus angegriffenes Land direkt unterstützten, im Koreakrieg, zogen sie wieder ab; die US-Imperialisten sind noch heute Besatzer in Südkorea, Nordkorea ist national unabhängig; der Versuch der US-Imperialisten, die koreanische und die chinesische Revolution zu zerschlagen, war vereitelt.

Die Hilfe, die China dem Demokratischen Kampuchea gewährt, ist bedingungslos. „Wir haben Kampuchea alle Arten materieller Hilfe zukommen lassen. Kampuchea braucht keine Berater von uns, es hat seine eigenen, reichen Erfahrungen.“ (Deng Xiaoping am 5.1.79)

Die von den Imperialisten eingesetzten Militärberater haben gerade die Aufgabe, diese eigenen Erfahrungen der Länder der Dritten Welt, die sie im Kampf für ihre Befreiung gewonnen haben, vollkommen auszumerzen und eine Lage zu schaffen, in der ohne direktes Kommando dieser „Berater“ der Einsatz der eigenen Militärkräfte gänzlich unmöglich wird. Sie sind ja auch so zahlreich wie ein ganzes Offizierskorps. Niemals rüstet die VR China ein Land der Dritten Welt gegen ein anderes auf, um sich nach Art einer Supermacht in einer Region festzubießen. Im Grenzkonflikt zwischen Nord- und Südjemen im Februar 1979 – die SU hatte Südjemen offen unterstützt – wurde die Feuereinstellung freudig begrüßt: „Die Differenzen zwischen den arabischen Ländern, einschließlich der von der Geschichte hinterlassenen Differenzen, können auf dem Weg freundschaftlicher Konsultationen beigelegt werden.“ (Beijing Rundschau 10/79) Mit Waffen unterstützt die VR China dagegen die gegen die kolonialen Besatzerregime Israels, Rhodesiens und Südafrikas kämpfenden Völker und leistet so einen großen Beitrag für die Befreiung der Völker in der Welt.



Mao Zedong nach dem Sieg im Koreakrieg am 12.9.1953: „Wenn von ‚humaner Politik‘ die Rede ist, so wird sie selbstverständlich dafür. Aber was war die humanste Politik? Der US-Aggression Widerstand und Korea Hilfe zu leisten ... Es gibt zwei Arten humaner Politik. Die eine ist im Hinblick auf die kurzfristigen Interessen des Volkes; die andere ist im Hinblick auf seine langfristigen Interessen, wie beispielsweise der Widerstand gegen die US-Aggression und die Hilfe für Korea und der Aufbau der Schwerindustrie. Die erste Politik ist human im Kleinen und die zweite im Großen.“

CSSR: Raubbau an Material und Arbeitskraft – die Bilanz der Besatzung

z.anb. Kaum von einem offiziellen Besuch in Hanoi zurück, den dort im Auftrag der Sowjetunion abgeschlossenen „Freundschaftsvertrag" samt Lieferverpflichtung für die vietnamesische Kriegswirtschaft in der Tasche, erklärte Parteichef Husak Ende letzter Woche, man werde nun „hart gegen die Schlamperei und Disziplinlosigkeit" in den Betrieben vorgehen.

Der Jahresabschluß 1979 hat den Kern der Misere zutage gefördert: einzig der Maschinenbau kam mit 6,6% Steigerung an die Planvorgaben heran, gleichzeitig ist die landwirtschaftliche Produktion mit 3,9% Rückgang (geplant: 3,8% Steigerung) drastisch eingebrochen. Dort fehlen die Maschinen, die die hoch kapitalisierte Agrarproduktion modernisieren sollten. Sie finden sich wieder in der 15%igen Steigerung des Exports von Produktionsmitteln in die Länder der Dritten Welt, die die sowjetischen Oberherren ihrem Regime unterworfen haben. Der Export von Konsumgütern (Schuhe, Lederkleidung, Glaswaren, Töpferei) kann die jetzt fällig werdenden Importe an Getreide, vor allem die um 23% (9,2 Mio. t) unter dem Plansoll verbliebene Produktion von Futtermitteln nicht abdecken.

Die schon vor dem Zweiten Weltkrieg hochentwickelte Industrie der CSSR, die qualifizierte Arbeitskraft ist seit 1968 von den sowjetischen Imperialisten rücksichtslos vereinnahmt worden. Der Inhalt der gegenwärtigen Kampagne zur Effektivitätssteigerung ist in erster Linie Raubbau an der Arbeitskraft: ein Drittel des Anlagekapitals in der Industrie stammt aus der Zeit vor 1948, ein Fünftel hat ein Alter von über 50 Jahren. In der Stahlindustrie sind über die Hälfte der Walzstraßen älter als 45 Jahre. Nachtarbeit und Dreischichtsystem – an schrottreifen Maschinen wird für die Aufholbewegung bei modernisiertem Produktionsapparat exerziert.



Lohnstopp für die Masse der Arbeiter, Ehrung bestbezahlter „Arbeitshelden"

Der Kongreß der Polnischen Arbeiterpartei mußte wesentliche Fragen offen lassen

z.hku. In der Schlußansprache auf dem VIII. Kongreß der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PVAP) beschwor Edward Gierek die Einheit der Partei: sie sei „ihr höchstes Gut, die Quelle ihrer Kraft". Zuvor hatte er mitteilen müssen, daß der bisherige Ministerpräsident Jaroszewicz um Entlassung gebeten habe. An der Tätigkeit der polnischen Regierung hatten Parteitagsdelegierte heftige Kritik geübt und das polnische Fernsehen hatte ihre Redebeiträge viereinhalb Stunden lang übertragen. Drei Tage später hat Gierek den neuen Ministerpräsidenten Babiuch als „glühenden Patrioten" vorgestellt, als „aufrechten, bescheidenen und ungewöhnlich arbeitsamen Mann"; man kann daraus Schlüsse ziehen auf die Kritik, die an der polnischen Regierung und Wirtschaftsverwaltung geführt worden ist. Nicht wiedergewählt wurde auch der frühere Außenminister Olszowski, der im Westen als „Liberaler" bezeichnet wird.

Es gibt in der PVAP heftige Widersprüche und man kann darüber spekulieren, ob Gierek den Hinauswurf Jaroszewicz' gewollt hat oder nicht. In jedem Fall drückt der Verlauf des Parteitages die Richtung und Wucht der gegenwärtigen politischen Bewegungen in Polen aus. Im vergangenen Jahr ist das Nationaleinkommen direkt zurückgegangen, die mangelhafte Versorgung mit Nahrungsmitteln, vor allem Fleisch, Energie, Wohnungen usw. erschwert das Leben der Volksmassen äußerst. Die offene Kritik an der gegenwärtigen Lage hat eine solche Breite gewonnen, daß die PVAP versuchen muß, sie durch ungewöhnliche Maßnahmen unter ihre Kontrolle zu bekommen, wie Telefon-Befragungen von Ministern, vom Fernsehen übertragen.

Ihre Linie für die kommenden Jahre hat die PVAP in der Denkschrift „Für die Weiterentwicklung des sozialistischen Polen, für das Wohlergehen des polnischen Volkes" zusammengefaßt. 1970/71 hatte die polnische Arbeiterklasse mit erfolgreichen Kämpfen den Anstoß gegeben für eine Phase der raschen Entwicklung der Produktivkräfte. In den letzten zehn Jahren hat sie sich Lohnerhöhungen von real 50% erkämpft. Das Produktivvermögen der Gesellschaft wuchs um 75%, die Industrieproduktion um 130%. Neben den traditionellen Industrien wie Schiffbau, Bergbau wurde mit 450 Großfabriken eine vielfältige Industrie geschaffen – die weit über das hinausgeht, was die Sozialimperialisten für Polen wollten. Die gleichzeitige rasche Ausdehnung von Akkumulation und Konsumtion wurde mit Krediten aus den imperialistischen Ländern finanziert. In den letzten Jahren ist diese Strategie an ihre Schranken gestoßen: die Vernachlässigung der Landwirtschaft, mit der die PVAP den Großteil der Bauern von ihrem Land treiben will; zwar wurde die Fleischproduktion forciert, sie kann aber wegen der mangelnden Futtermittelbasis trotz großer Importe den Bedarf nicht decken und ist äußerst anfällig gegen äußere Störungen. Energie, Transportwesen wurden vernachlässigt, weil sie zu lange große Kapitalien binden, das hemmt jetzt die Industrieproduktion; die Intensivierung der Arbeit scheitert am Widerstand der Arbeiter. Die Schulden, inzwischen 18 Mrd. $, werden gerade jetzt fällig, wo der Export immer schwieriger wird.

Welchen Weg schlägt die PVAP vor? Grundlegend sei Autarkie in der Ernährung, sodaß sich Nahrungsmittelimporte und -exporte die Waage halten. Die Futtermittelimporte sollen gesenkt, das Futtermittelaufkommen im Land erhöht werden mit Prämien wie durch das Verbot, Vieh allein mit angekauften Futtermitteln aufzuziehen. Die Investitionen werden um ein Drittel gedrosselt und auf die Energieerzeugung, das Transportwesen und die Landwirtschaft konzentriert; das große Projekt der Weichsel-Regulierung umfaßt alle diese Seiten. Absoluten Vorrang hat jedoch die *Exportproduktion* für die Rückzahlung der Schulden.

Die Produktionssteigerung soll in erster Linie sich ergeben aus der besseren Nutzung der vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen. Mit welchen „ökonomischen Hebeln" sie das erreichen will, darüber macht die PVAP nur vorsichtige Andeutungen: „Die Politik der Löhne und Einkommen der Bevölkerung sollte den Anstieg der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität effektiv fördern. Dies erfordert, Voraussetzungen für eine enge Korrelation zwischen der Entlohnung und der Menge und der Qualität der Arbeit einzelner und der Kollektive zu schaffen. Unerläßlich ist eine stufenweise Aktualisierung der Arbeitsnormen und Planstellennormative." Das Problem ist: „Es gilt, mit dem Lohnfonds in verstärkter Disziplin zu wirtschaften. In allen Betrieben sollte die Ausnutzung der Arbeitszeit verbessert, sowie die unbegründete Abwesenheit und der allzugroße Wechsel der Arbeitskraft beschränkt werden. Der gegenwärtige Sachverhalt ist beunruhigend." (Jaroszewicz vor dem Sejm, dem polnischen Parlament am 21.12.79) Inwieweit können Akkord- und Prämiensysteme durchgesetzt werden? Muß nicht das Preissystem „geordnet", d.h. die Nahrungsmittelsubventionen abgeschafft werden? Wäre nicht eine gewisse Arbeitslosigkeit für die Hebung der Arbeitsmoral günstig? Solche Vorschläge werden von Betriebsdirektoren und Professoren offen verbreitet. Das Programm der PVAP hält sich jedoch sehr zurück.

Die Arbeiter und Bauern haben auf den Versammlungen mit Funktionären wie Gierek ihren Zorn geäußert, daß sie durch Mißwirtschaft, Korruption und Schmarotzertum um die Früchte ihrer harten Arbeit betrogen werden. Gierek hat geantwortet mit dem Hinweis auf die schwierigeren äußeren Bedingungen. Vetternwirtschaft und Willkür hat er beredt angeklagt, um dann regelmäßig bei den Arbeitern und Bauern zu enden, die „auf Kosten der Mehrheit bummeln". Fleißige Arbeit auch in den kommenden schweren Jahren sei eine „patriotische Tat".

Die Herausbildung von Parteien neben der PVAP hat Konturen gewonnen. Unter der Fahne von „Demokratie und nationaler Freiheit" sammelt sich die bürgerliche Opposition, die dem westlichen Imperialismus zuarbeitet und im Apparat der katholischen Kirche ihre Stütze hat. Auf der anderen Seite festigt die demokratische Bewegung die Verbindung mit der spontanen Arbeiterbewegung, die im Kampf um ihre Rechte steht (s. KVZ 7/80). Die Aufgaben dieser Bewegung haben die Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR) in wesentlichen Punkten programmatisch fixiert: Streikrecht, 40-Stunden-Woche, Verbot der Zwangsüberstunden.

Der Sejm, der Babiuch zum neuen Regierungschef gewählt hat, war eigentlich schon aufgelöst. Aber wegen der Wahl zum Sejm am 23. März mußte schnell ein neuer Mann für einen „neuen Anfang" her. Verschiedene Gruppen der demokratischen Bewegung, KOR, „Freie Gewerkschaften", Bauernkomitees und Studentenzirkel haben zum Boykott der Wahlen aufgerufen, weil ihnen die Aufstellung eigener Kandidaten nicht gestattet wurde.

Preissystem „geordnet", d.h. die Nah- ner Kandidaten nicht gestattet wurde.



Gierek vor Bergarbeitern in Sosnowiec. Nach einer Serie von Grubenunglücken kritisierten Arbeiter die schwere Arbeit, von deren Ergebnissen sie nichts sehen

DDR: Gewerkschaftswahlen beendet Funktionäre sollen Regierungslinie durchsetzen

z.ror. Am 17.2. wurden die Gewerkschaftwahlen in der DDR beendet. Der Vorstand des FDGB hatte die zentrale Losung ausgegeben: „Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit und jedem Gramm Material – einen größeren Nutzeffekt". Die Wahlen hatten im Oktober 79 begonnen. Vor allem nach der 11. Tagung des ZK der SED trat die Forderung nach einem steilen Anstieg der Arbeitsproduktivität in den Vordergrund. Durch einen Rationalisierungsschub soll diese Steigerung erreicht werden, „als Voraussetzung für jeden sozialpolitischen Fortschritt" (Neues Deutschland). Alle Bezirkskonferenzen haben beteuert, den Plan um einen bzw. anderthalb Tage überzuerfüllen, ohne ein Gramm Material mehr zu verbrauchen. 400000 Initiativen soll es zur Planerfüllung gegeben haben. Es scheint der neuen Bourgeoisie erneut gelungen zu sein, die Gewerkschaften auf Regierungslinie zu bringen. „Unser wirtschaftliches Konzept ist auf einen gezielten Einsatz von Investitionen zugunsten der Rationalisierung ausgerichtet", erklärte Harry Tisch, Vorsitzender des FDGB.

Über die Ausrichtung der Gewerkschaftskader soll der relativen Stärke der Arbeiterklasse zu Leibe gerückt werden. Den Belegschaften gelingt es unter den Bedingungen des leergefegten Arbeitsmarktes, die Bourgeoisie von einem frontalen Angriff abzuhalten. Die FDGB-Funktionäre sollen jetzt durch Darlegung der politischen und ökonomischen Notwendigkeiten erreichen, wozu es der neuen Bourgeoisie an materiellen Druckmöglichkeiten fehlt. Die Gewerkschaften wiederum rechnen wohl damit, daß ihre Unterstützung des Regierungsprogramms sich in einer Erhöhung des Lebensstandards auszahlt.

Harry Tisch, auch Mitglied des Politbüros der SED, kritisierte zum Abschluß der Wahlen, daß die Funktionäre des FDGB nicht mit dem notwendigen Tempo an die Verwirklichung des Regierungsprogramms gingen. Er verlangte eine größere Unterstützung für die Regierungslinie. In Rostock kritisierte er den Plan der örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre, 1200 Arbeitsplätze wegzurationalisieren, als unzureichend. Zur Steigerung der Arbeitsproduktivität sollte verstärkt das Mittel der Schichtarbeit als einer weiteren Reserve ergriffen werden. Und was Ordnung und Disziplin anbelangt, seien selbstkritische Überlegungen der staatlichen Leiter und Gewerkschaftsleitungen wohl am Platze.

Den Sozialimperialisten sind die eigenen Ölquellen bald zu teuer

z.gek. Alexander Krylow, Spezialist für Energiefragen in der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, hat im Januar in der sibirischen Zeitschrift „Eko" „schwere Fehler" in der Ölpolitik der SU kritisiert. Krylow bezieht dies in erster Linie auf die Art und Weise, wie die enorme Steigerung der Ölproduktion (allein von 1975 – 79 um 23%) zustandegekommen ist, nämlich durch das bloße vermehrte Anbohren der bereits in Ausbeutung befindlichen Felder, unter Einpumpen von Wasser, um den Druck zu erhöhen. Tatsächlich sinkt durch diese rohe Weise der Ausbeutung die Ergiebigkeit der einzelnen Felder. Insgesamt befindet sich das hohe Produktionsniveau nicht mehr in Übereinstimmung mit der Erschließung wirklich neuer Reserven. So liegt auch die korrigierte Produktionsziffer für 1980 von 606 Mio. t erheblich unter den im Fünfjahrplan vorgesehenen 620 – 640 Mio. t.

E. Wertel, zuständiger Abteilungsleiter im Plankomitee der UdSSR, hat in der „Sozialistitschskaja Industrija" vom August 1979 einige weitere Tatsachen genannt: von 1975 – 80 seien die Kosten pro Bohrstelle um 30% gestiegen; ganz andere Steigerungen seien noch zu erwarten. Um vor allem die absehbare Erschöpfung des Feldes von Samotlor in West-Sibirien, aus dem ein Viertel der gesamten Öl- und Gasproduktion kommt, zu kompensieren, müssen Dutzende neuer Lagerstätten über das ganze riesige Territorium des Landes verteilt erschlossen werden, mit sprunghaft steigenden Förder- wie vor allem Transportkosten. Noch mehr gilt das für die Produktion von Erdgas sowie den Kohlebergbau in immer größeren Tiefen. – Schranken setzt andererseits die Eisen- und Stahlproduktion, von der jetzt schon der Energiesektor volle 20% verschlingt. Und mehrere hunderttausend Arbeiter müssen für die Ausdehnung der zu 90% jenseits des Ural liegenden Öl-, Gas- und Kohleprojekte in Marsch gesetzt werden, weit über Durchschnittslohn bezahlt – Arbeiter, die womöglich gar nicht aufzutreiben sind, wie V.I. Dolgich, ZK-Sekretär für Schwerindustrie, kürzlich schrieb. Man begreift, warum die UdSSR, als zweite große Ölmonopol-Macht neben den USA, den Arabischen Golf ebenfalls zu ihrem „lebenswichtigen Interessensgebiet" erklärt hat.



Bau des neuen Riesen-Wasserkraftwerks Schuschenskoje am Jenissej

OPEC-Maßnahmen gegen Weltmarktspekulation

z.anb. Die Strategie-Kommission der OPEC hat Ende letzter Woche in London beschlossen, ihre Preispolitik im Juni erneut zu vereinheitlichen. Bereits jetzt werden im Handel mit Ländern der Dritten Welt, vor allem den finanziell schwächeren, die dortige Inflationsrate und die Lage der Staatsfinanzen bei der Preisfestsetzung für Öllieferungen berücksichtigt. Kurz vor der Tagung in London haben Kuwait, Iran und Venezuela die Drosselung ihrer Ölproduktion bekanntgegeben. Der nationale Reichtum müsse auch künftigen Generationen zur Entwicklung der Volkswirtschaft noch zur Verfügung stehen. – Die kürzlich veröffentlichte Energiebilanz der Europäischen Gemeinschaft für 1979 weist aus, daß die Ölimporte der Mitgliedsstaaten weiter gestiegen sind, im Schnitt um 2,3 %, für die BRD gar um 7,4%. Die strategische Ölreserve der BRD ist von 114 auf 120 Tage aufgestockt worden (36,7 Mio. t). Dies hauptsächlich über Käufe auf den Spot-Märkten, mit denen die Imperialisten die OPEC-Politik fester Lieferabkommen auf Regierungsebene zu durchkreuzen versuchen. Genau auf diesen nicht termingebundenen „freien" Märkten realisieren die Ölmonopole ihre Extraprofite, die sie der Arbeiterbevölkerung über die Preise vom Lohn abziehen. Weitere Verschärfung dieser Strategie schlug am 13.2. der EG-Kommissar Brunner dem EG-Parlament vor: Einführung einer Sondersteuer von umgerechnet 3 Pfg. pro Liter Öl, wegen immer noch mangelnder „Sparmentalität".

„Steuerquittung" zur Eintreibung der Mehrwertsteuer

z.ans.Rom. Am 1. März tritt in Italien ein von Finanzminister Reviglio gegen die Mehrwertsteuerhinterziehung erlassenes Dekret in Kraft, nach dem die Hotel- und Gaststättenbesitzer die Rechnungen auf durchnumerierten und amtlich registrierten Steuerquittungen ausstellen müssen. Im Hotel- und Gaststättengewerbe stehen 274700 Lohnabhängige 298000 Selbständigen gegenüber; es ist also kaum dem Kapital unterworfen. Für die Hotel- und Gaststättenbesitzer ist die faktische Nichterhebung der Mehrwertsteuer von den Kunden ein Mittel im Konkurrenzkampf. Eine 4 – 5köpfige Familie gibt in Italien monatlich umgerechnet rund 70 DM für Mahlzeiten in Gaststätten aus. Reviglios Maßnahme zielt darauf, auch für diesen Teil des Konsums der Volksmassen die 14prozentige Steuer einzutreiben.

England: Demonstrationen gegen Thatcher-Programm

z.hef.London. In vielen britischen Städten organisierten die TUC-Gewerkschaften Demonstrationen gegen die Kürzungsprogramme der Regierung Thatcher. 4000 demonstrierten am letzten Montag in Manchester, 1000 in Liverpool. Unser Bild zeigt die Demonstration am 14.2. in Northampton, eine der größten, die dort je stattgefunden hat. Sie richtete sich vor allem gegen die geplanten Schulschließungen und die Nichtbesetzung von Lehrerstellen. Der Bezirkstag tagte zur gleichen Zeit. Die Lehrergewerkschaft NUT hatte ihre Mitglieder zum Streik und zur Beteiligung an der Kundgebung aufgerufen. Die anderen Gewerkschaften, vor allem die streiken-

„Bis 1990 150 Mrd. Dollar für die Ölförderung"

Energieprogramm des kanadischen Finanzkapitals: vor allem gegen die Volksmassen

z.rül. „Der Begriff der ‚18%-Wahl' hat die Bühne der kanadischen Geschichte betreten", kommentierte die New York Times letzte Woche mit verhaltenem Ingrimm das Ergebnis der kanadischen Parlamentswahlen. Die erst im Mai letzten Jahres an die Regierung gekommene Konservative Partei unter Clark verlor beträchtlich an Stimmen, die Liberale Partei unter Trudeau gewann die Mehrheit im Parlament. Mit der „18%-Wahl" ist das Energieprogramm gemeint, das die Regierung Clark im Dezember vorgelegt hatte. Danach sollten u.a. die Benzinsteuern sofort um 18% erhöht werden. Das Programm sollte die beschleunigte Ausplünderung der kanadischen Öl- und Gasvorräte mit wachsender Steuerausplünderung der Volksmassen verbinden. Der neue Premier Trudeau ist unter den Volksmassen vor allem wegen seiner drastischen Lohnleitlinien der Jahre 1975 bis 1977 verhaßt. Aber er hatte sich ablehnend zu dem Energieprogramm Clarks geäußert, und das sicherte ihm den Wahlsieg.

Spätestens seit dem 1. Weltkrieg ist Kanada Bestandteil der strategischen Basis der US-Imperialisten. Das Land verfügt über gewaltige Rohstoffvorräte. Fast die Hälfte seiner Exporte bestehen aus Erzen, anderen mineralischen Rohstoffen, aus Brennstoffen, land- und forstwirtschaftlichen Produkten. 80% seiner Exporte gehen in die USA. 1977 hatten die US-Imperialisten 35,4 Mrd. Dollar Direktinvestitionen in Kanada angelegt, das sind ein Viertel ihrer gesamten Auslandsinvestitionen; 3,2 Mrd. Dollar davon im Bergbau und 7,7 Mrd. Dollar in der Erdölwirtschaft.

40% aller industriellen Anlagen in Kanada sind in Händen von US-Monopolen, während die britischen Imperialisten als ehemalige Kolonialherren 6,7% kontrollieren.

1978 förderten die Ölmonopole in Kanada insgesamt 73 Mrd. Kubikmeter Erdgas. Damit lag Kanada an vierter Stelle in der Weltförderliste. Die Ölförderung betrug 69 Mio. Tonnen,

ter Stelle in der Weltförderliste. Die Ölförderung betrug 69 Mio. Tonnen,

das sind mehr als z.B. die Förderung Mexikos oder Algeriens.

Vor allem aber reizen die Imperialisten die riesigen Vorräte an Erdöl und Erdgas. Allein die Ölsandvorräte im Gebiet der Athabasca-Indianer im Norden Albertas werden auf 200 bis 300 Mrd. Barrel geschätzt (1 Barrel = ca. 70 Liter). Zusammen mit weiteren Funden in den letzten Jahren an der Südostküste und in der Beaufort-See im Nordwesten sollen die kanadischen Vorräte alle gegenwärtig bekannten Reserven im Nahen Osten übertreffen.

Aber die Förderung ist teuer. In den Polargebieten kann bisher nur an etwa 110 Tagen im Jahr gefördert werden, und die technischen Verfahren für die Gewinnung von Öl aus Ölsand sind sehr aufwendig. Die US-Monopole geben an, daß die Förderungskosten in Kanada etwa dreimal so hoch wie in der Nordsee sind und hundertmal so hoch wie im Nahen Osten. Trotzdem planen sie in den nächsten zehn Jahren Investitionen von etwa 150 Mrd. Dollar. Sie wollen sich in den Besitz der Ölquellen setzen, um dann deren Kontrolle und Ausbeutung als Waffe gegen die OPEC-Länder einzusetzen. Raub des Indianer- und Inuit-Landes, auf dem die Öl- und Gasvorräte zum größten Teil liegen, und gnadenlose Ausbeutung der in der Ölförderung beschäftigten Arbeiter sind dafür elementare Bedingungen.

Zur Förderung dieses Programms hatte die Regierung Clark im Dezember ein „Energieprogramm" vorgelegt. Danach sollte der staatlich kontrollierte Rohölpreis von gegenwärtig 14,75 Dollar je Barrel – das sind weniger als der halbe Weltmarktpreis – bis 1985 jährlich um 4 bis 4,50 Dollar angehoben werden. Das würde den Ölmonopolen die Ausweitung der Förderung und die „Beseitigung der Einfuhrabhängigkeit Kanadas" ermöglichen, erklärte Clark. Die kanadische Bourgeoisie, die über den Konzern Petrocan zu einem Viertel an der Förderung beteiligt ist – den Rest teilen sich vor allem US-Monopole sowie BP und Shell – sollte durch eine neue Steuer an den Gewinnen der Ölmonopole be-

an den Gewinnen der Ölmonopole be-

teiligt werden. Vor allem aber plante die Regierung eine drastische Steigerung der Ausplünderung der Volksmassen. So sollte der Benzinpreis sofort durch eine Erhöhung der Benzinsteuer um 18% gesteigert werden. Gegenwärtig liegt er bei etwa 35 Pfennig je Liter. Bis 1984 wäre er durch die Steuererhöhungen auf 63 Pfennig steigen. Die gesamten Einnahmen aus Öl und Ölprodukten, so Clark vor dem Parlament, stiegen dadurch bis 1985 um 90 Mrd. Dollar. Davon würden „nur" 33 Mrd. Dollar in den Händen der Ölmonopole verbleiben, also vor allem der US-Imperialisten, 57 Mrd. Dollar aber als höhere Steuereinnahmen in den Händen der Regierung, die vor allem für die Energiegewinnung und Energieverbilligung verwandt werden sollten. Tatsächlich handelte es sich also vor allem um ein Programm, das den US-Monopolen die Steigerung der Ölproduktion und ihrer Profite darauf einräumt, vor allem aber eine drastische Steigerung der Steuerausplünderung der kanadischen Volksmassen durch die kanadische Bourgeoisie einleitet, wodurch die kanadische Finanzbourgeoisie ihre Stellung gegenüber dem US-Kapital stärken will. Wenige Wochen vorher hatte die Regierung einer erneuten Steigerung der Gasexporte in die USA zugestimmt. Nach dem neuen Vertrag sollen die Exporte bis 1987 auf jährlich 37 Mrd. Kubikmeter steigen, das sind 50% der gegenwärtigen kanadischen Förderung.

Seit die Ölmonopole Ende der 60er Jahre die Plünderung der Öl- und Gaslager begannen, drängen sie auf die Vertreibung der Indianer und Inuit (Eskimos) von den letzten ihnen noch verbliebenen Landgebieten. Vier Wochen vor Verkündung des neuen Energieprogramms hatte der „Minister für die Entwicklung des Nordens", wie die kanadischen Imperialisten das mit der Vertreibung und Vernichtung der indianischen und Inuit-Nationen beauftragte Ministerium nennen, eine Beschleunigung dieser Vertreibung angedroht. „Die Blockade der letzten Jahre" durch die Landforderungen der indianischen und Inuit-Nationen müsse

dianischen und Inuit-Nationen müsse

beseitigt werden, erklärte er. „Wie wir wissen, betrachten die eingeborenen Völker ihre Landforderungen als ein Mittel, ihre Zukunft zu sichern. Aber die Beilegung der Forderungen erfordert hunderte von Millionen Dollars öffentlicher Gelder und befördert die unwiderrufliche Verklammerung der Zukunft nicht nur der eingeborenen Völker, sondern aller Kanadier. Meine Pflicht ist klar." Damit ist die Vernichtung von Indianern und Inuit als Nationen gemeint und die Beseitigung allen Landbesitzes, den diese sich noch erhalten konnten.

Mit der Ablehnung des Energieprogramms der Regierung Clark und ihrer Wahlniederlage sind die Pläne der US-Ölmonopole wie der kanadischen Bourgeoisie keineswegs auf Eis gelegt. Die britische „Financial Times" stellte gleich am Tag nach der Wahl fest, Trudeau habe zwar die „Kontrolle über ein geteiltes Land" gewonnen, aber dafür nun die absolute Mehrheit im Parlament. Dies gäbe ihm „die Freiheit zu allen unpopulären Maßnahmen, die er für nötig hält." Sowieso haben die Ölmonopole ihren Feldzug unter der früheren Regierungszeit Trudeaus eingeleitet.

Die kanadische Arbeiterklasse, die Bauern und die unterdrückten Nationen der Indianer und Inuit haben dieses Programm von Anfang an bekämpft. Die Alaska-Pipeline, die zum größten Teil durch Indianerland führt, ist wegen der heftigen Kämpfe der Indianer bis heute nicht fertig. 1977 brachten die Dene-Indianer im Mackenzie Distrikt im Nordwesten ein riesiges Gaspipelineprojekt zu Fall. Für 8 Mrd. Dollar wollten die US-Monopole eine Pipeline von der Beaufort-See bis in die USA errichten lassen, durch die die Gasförderungen der Beaufort-See direkt in die USA geschafft werden sollten. Die kanadische Arbeiterklasse unterstützt diese Kämpfe. Die Gewerkschaften der Öl-, Chemie- und Atomarbeiter und der Kanadische Gewerkschaftsbund beschlossen z.B., daß solche Projekte nur bei Zustimmung der Indianer und Inuit durchgeführt werden dürften. Genauso die „Vereinigte Stahlarbeitergewerkschaft Amerikas (UAW)" im Distrikt 6 im kanadischen Westen. Sie erklärte: „Ob eine Pipeline mit der auf dem Landbesitz beruhenden Wirtschaft der Bewohner des Mackenzietals vereinbar ist oder nicht, kann nur von den Eingeborenen selbst entschieden werden, nachdem ihre Rechte auf ihr Land gesichert sind. Jede Entscheidung über die Pipeline, während über diese Landforderungen noch verhandelt wird, wäre höchst ungerecht."



159000 Lohnabhängige wurden 1978 im kanadischen Bergbau ausgebeutet, vor allem von US-Monopolen, die die Hälfte der Produktion kontrollieren. Rechts: Abbau von Pottasche. Links: Streik der INCO-Kupferarbeiter 1979

Carter schickt Truppen zur Niederwerfung des Volksaufstandes in El Salvador

z.rua. Seit Sommer 1979 nimmt der Kampf der Volksmassen El Salvadors für die nationaldemokratische Revolution an Stärke zu. Im November setzten die US-Imperialisten an die Stelle des tief verhaßten Romero-Regimes eine Militärjunta, die „soziale Reformen" versprach und den Aufstand des Volkes ersticken sollte. Das Volk El Salvadors hat sich nicht in die Irre führen lassen. Mit Streiks, Besetzungen von Fabrik- und Regierungsgebäuden und Botschaften kämpft es für Lohnerhöhungen, die Enteignung von Großgrundbesitz und ausländischem Kapital und eine Agrarreform.

Mehr als 50% der 5-Mio.-Bevölkerung El Salvadors sind als landlose Arbeiter auf den Kaffee-, Baumwoll- und Zuckerplantagen der 1500 Großgrundbesitzer beschäftigt. Die Industrie ist noch wenig entwickelt, auf die Verarbeitung von Nahrungsmitteln und Tei-

noch wenig entwickelt, auf die Verar-

beitung von Nahrungsmitteln und Teilefertigung beschränkt und vor allem im Besitz von US-Monopolen. Der extrem niedrige Lohnstandard wird durch die ständige Massenarbeitslosigkeit weiter gesenkt. Die Großgrundbesitzer heuern die landlosen Arbeiter nur für die Dauer der Erntesaison an, in der restlichen Zeit erhalten sie keinen Lohn.

Die Landarbeiter sind die führende Kraft des Kampfes. Unter Führung ihrer Gewerkschaft Federación de Trabajadores del Campo (FCT) halten sie seit Januar 24 Plantagen im Norden des Landes besetzt. Am 22.1. beteiligten sich 150000 Landarbeiter und städtische Arbeiter aus allen Teilen des Landes an einer Demonstration in San Salvador. Garden der Großgrundbesitzer und Regierungstruppen eröffneten gegen sie das Feuer und töteten mehr als 40 Personen. Seither führt das Volk El Salvadors um so entschlossener den Kampf. Die drei größten revolutionären Organisationen schlossen sich zu einer einheitlichen Kraft zusammen

(Bild). Anfang Februar wurde das Außenhandelsinstitut besetzt; aus einem Demonstrationszug am 14.2. heraus besetzten Landarbeiter zwei Landwirtschaftsbanken im Zentrum San Salvadors. 20000 Lehrer stehen im Streik, ebenso die Beschäftigten der Banken, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Auf Druck der Volksmassen mußte die Junta Mitte Februar die Verstaatlichung aller Banken sowie die Anhebung der Mindestlöhne, Einfrierung der Preise und eine „baldige" Agrarreform verkünden.

Die US-Imperialisten fürchten um ihre schwindende Herrschaft über Mittelamerika. Die Carter-Regierung beschloß Mitte Februar, die 1977 eingefrorene Militärhilfe wiederaufzunehmen. Zur Niederwerfung des Aufstandes werden mobile Trainingsteams der US-Armee zur Truppenausbildung

werden mobile Trainingsteams der US-Armee zur Truppenausbildung

nach El Salvador entsandt. Die ersten Einheiten sind bereits im Pazifikhafen Ajutla gelandet, ausgerüstet mit schweren Waffen, Tränengas, Gasmasken und kugelsicheren Westen. Gegen die US-Intervention stellten die Elektrizitätsarbeiter am 20.2. im ganzen Land den Strom ab; die Gewerkschaftsverbände riefen zu einem Generalstreik auf.



den Stahlarbeiter, beteiligten sich mit starken Kontingenten.



Sá Carneiro im Angriff auf den Lohn und die Bauernkooperativen

z.elb. Auf Aufruf der Gewerkschaft Intersindical demonstrierten am 14.2. zehntausende Arbeiter und Bauern in Lissabon und vier weiteren Städten der Provinz Alentejo im Süden Portugals gegen die Weigerung der Regierung Sá Carneiro, bereits im Dezember ausgehandelte Tarifverträge für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst zu unterzeichnen, gegen die Pläne der Regierung, das Land der Kooperativen den Großgrundbesitzern zurückzugeben und gegen die stark gestiegenen Lebensmittelpreise. Die Lohnabhängigen von mehr als 40 Betrieben in der gleichen Provinz streikten, so in Wasserkraftwerken und bei der staatlichen Fluggesellschaft PAP. – Der portugiesische Staat war 1978 mit 35% des Bruttosozialprodukts bei den Imperialisten verschuldet. Vor knapp zwei Monaten ist die Regierung Sá Carneiro angetreten, die vom IWF gestellten Bedingungen nach Lohnsenkung, Rückgabe des Landes der Kooperativen gänzlich zu erfüllen. Die ebenfalls vom IWF geforderte und früher bereits durchgesetzte Streichung der staatlichen Lebensmittelsubventionen verteuerte die Grundnahrungsmittel um 20–30%. Die Zerschlagung der Bauernkooperativen versuchten die früheren Regierungen seit Ende 1978 erfolglos. Den Lohn aber haben sie so weit senken können, daß er 1978 unter dem von 1974 lag. – Eine Bedingung der EG zum Beitritt Portugals ist, die Verstaatlichung der Banken, Versicherungen und Basisindustrien rückgängig zu machen. Als ersten Schritt dahin brachte Sá Carneiro letzte Woche im Parlament einen Antrag ein, der die Gründung von Privatbanken wieder erlauben soll.

Widerstand in der DDR gegen die Invasion Afghanistans

z.gek. Nach Berichten aus Rostock standen in der Nacht vom 19. auf den 20. Januar an zahlreichen Hauswänden die Parolen „Russen raus aus Afghanistan!" Zwei Studenten der Wilhelm-Pieck-Universität seien nach Hausdurchsuchungen durch die Vopo verhaftet worden. In Leipzig sind nach Mitteilungen einer „Arbeitsgruppe für Menschenrechte" in Westberlin in der Hauptverkehrszeit vor dem Bahnhof Flugblätter gegen die sowjetische Kriegspolitik aus dem fahrenden Auto geworfen worden. Vier Studenten der TU wurden verhaftet. Parolen gegen die Afghanistan-Invasion standen auch im Büromaschinenwerk Sömmerda und in der Karl-Marx-Hütte Unterwellenborn an den Wänden. In Erfurt lagen Flugblätter in Telefonzellen: „Keine Olympiade in Moskau – statt Kanonen Kohlen!" – Daß sich in der DDR Widerstand gegen die sozialimperialistische Expansionspolitik regt, zeigt auch die Unterzeichnung eines Dokuments des Exekutivkomitees des Weltkirchenrates vom 18. Februar durch die sonst eher feigen Vertreter der Evangelisch-Lutherischen Kirche der DDR. In dem Dokument wird die sowjetische Invasion Afghanistans verurteilt, ebenso wie der Beschluß der NATO zur „Nachrüstung" mit atomaren Mittelstreckenraketen. Es wird eine „offene Sprache gegenüber den Supermächten" gefordert.

Malaysias Truppen auf nationale Verteidigung ausgerichtet

z.mat.Sydney. Nach mehrjähriger Zusammenarbeit mit thailändischen Truppen gegen Kampfverbände der Kommunistischen Parteien beider Länder hat Malaysia seine Truppen aus den gemeinsamen Operationen ausgegliedert und mit Manövern an der Ostküste begonnen. 20000 Soldaten und Reservisten sollen dort die Abwehr eines Aggressors üben und Erfahrung in konventioneller Kriegsführung sammeln. Bisher, so das Oberkommando, beschränkte sich die Erfahrung auf Anti-Guerilla-Einsätze. Ermutigend war diese Erfahrung nicht. 20 getötete und 29 gefangene Soldaten der KP weist das Kommuniqué für 1979 aus. Die nationale Befreiungsarmee tötete bereits 1978 über 240 Soldaten im selben Kampfgebiet, und Malaysias oberster Polizeichef hat Anfang Januar mitteilen müssen, daß die KP Malayas 1979 weitere Erfolge im Grenzgebiet erringen konnte, nicht zuletzt bei der Zusammenarbeit mit den Bauern und den Arbeitern der entlegenen Bergwerke. Im Juni führte die Regierung die Verpflegung der Bergleute mit abgezählten Rationen aus Zentralküchen ein, „um den Kommunisten das Essen abzuschneiden." Der Beschluß, die Truppe auf die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit zu orientieren, ist ein Schritt gegen die Expansionsbestrebungen der Sowjetunion in der Region. Die KP Thailands hat zur Bildung einer breiten Front der Arbeiter, Bauern und nationalen Bourgeoisie aufgerufen. Malaysias Regierung versucht stattdessen, die Militäraktionen gegen die Kommunisten durch Verstärkung der Polizei fortzusetzen.

Afghanistan, Beluchistan, Indischer Ozean?

z.jük. Die sowjetischen Invasionstruppen in Afghanistan kommen erheblich unter Druck. Nach einem Generalstreik der Basarhändler in Kabul mußten die Sozialimperialisten über die ganze Stadt das Kriegsrecht verhängen. An drei Punkten der Stadt ist es zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Besatzer gekommen. Die Befreiungsorganisationen berichten von weiteren militärischen Erfolgen gegen die Aggressionsarmee. Die von den Sozialimperialisten selber unterdrückte afghanische Armee ist praktisch in Auflösung und nicht wirksam einsetzbar. Auf dem Luftwaffenstützpunkt Faizabad im Nordosten des Landes haben die dort stationierten 400 afghanischen Soldaten ihre 85 sowjetischen Offiziere und Bewacher getötet und sind mit Material und Munition zu den Befreiungskämpfern übergelaufen. Afghanische Einheiten, die die Stadt Ali Shang in der Provinz Laghman bewachen sollten, töteten ihre sowjetischen Offiziere, die Stadt wurde zeitweise von den Rebellen besetzt. Insgesamt haben die Sozialimperialisten nur die Städte wirklich unter Kontrolle, und auch hier gibt es Gegenschläge der Volksmassen. Für die Zeit nach Winterende sind von den Befreiungsorganisationen stärkere Kampfaktionen angekündigt. Demnach soll zum Zeitpunkt des 10. und 21. März, dem afghanischen Neujahrsfest, der Kampf intensiviert werden. Die Volksmassen sind von den Befreiungsorganisationen aufgefordert worden, Lebensmittelvorräte anzulegen. Die Sozialimperialisten setzen derweil ihre Drohungen gegen die Nachbarstaaten Afghanistans fort. Der sowjetische Außenminister Gromyko nutzte seinen Besuch in Indien, um Pakistan zu drohen. Das Land gefährde seine Position als unabhängiger Staat, sagte er, „wenn es sich weiter als Sprungbrett für die gegen Afghanistan gerichtete Eskalation zur Verfügung stelle".

Gleichzeitig verstärken die US-Imperialisten ihre Interventionsstreitkräfte im Indischen Ozean durch die Aufstockung der Flottenverbände. Die französischen Imperialisten haben einen neuen Oberbefehlshaber ihrer Marineverbände im Indischen Ozean ernannt, der u.a. das Flaggschiff La Charente, vier Schlachtschiffe sowie zehn Fregatten, Zerstörer und Versorgungsschiffe befehligt. Im Zuge der Vorbereitung der EG-Außenministerkonferenz versuchen die britischen Imperialisten einen neuen Einmischungsvorschlag der EG-Staaten zu lancieren: Rückzug der sowjetischen Invasionstruppen bei Neutralisierung Afghanistans. Aus Anlaß von Natomanövern in Nordnorwegen haben die Sozialimperialisten unverhohlen Norwegen und Dänemark bedroht, gleichzeitig „Zweifel an der Neutralität Schwedens und der Schweiz geäußert".

Demgegenüber wird weiterhin weltweit die sozialimperialistische Aggression in Afghanistan verurteilt. Der iranische Revolutionsführer Khomeiny hat der SU auf ein Glückwunschtelegramm zum 1. Jahrestag der iranischen Revolution geschrieben: „Wir danken Eurer Exzellenz für die Botschaft zum ersten Jahrestag der islamischen Revolution der edlen iranischen Nation, und während wir der befreundeten Nation der Sowjetunion unsere Aufmerksamkeit und unser Interesse widmen, hoffen wir, daß der Weltfrieden auf der Basis der Unabhängigkeit der Nationen, der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer und der Achtung des Prinzips der Wahrung der territorialen Integrität regionaler Länder begründet wird. Jede Aggression gegen Länder der Dritten Welt und islamische Länder, besonders in dieser Region, steht im Widerspruch zu den Prinzipien, die für die Nationen die richtige Grundlage und das rechte Fundament darstellen sollten." Tatsächlich würde erst ein Druchbruch der Sozialimperialisten zum Indischen Ozean wirklich günstige Bedingungen schaffen, in der Beherrschung der Flanken um Europa ein Stück voranzukommen und gleichzeitig näher an den strategischen Rohstoffquellen der Imperialisten der USA und Westeuropas zu sein. Dazu wäre eine Infiltration Pakistans erforderlich, insbesondere in der 326000 km² großen Provinz Beluchistan, die fast 40% des Territoriums Pakistans umfaßt. Diese direkt an Afghanistan grenzende Provinz ist durch große Wüstenflächen und Gebirgskämme zerschnitten und weitgehend ohne Verkehrs-
Wüstenflächen und Gebirgskämme zerschnitten und weitgehend ohne Verkehrs-
verbindungen. An Bodenschätzen sind insbesondere Erdöl, Erdgas und Kohle vorhanden, Chromlager sind festgestellt worden. Größte Stadt ist Quetta, ein kleinerer Hafen liegt am Indischen Ozean. Die Bevölkerung umfaßt überwiegend Beluchen, die vielfach noch in Stammesstrukturen auf feudaler oder vorfeudaler Grundlage zusammenleben. Die britischen Kolonialherren, die die Kolonialgrenzen zu Afghanistan und Iran gezogen haben, schneiden die Stämme der Beluchen teilweise mittendurch. Die politische Unterdrückung durch die jeweiligen, vom Imperialismus abhängigen Zentralregierungen Pakistans hat zu blutigen Kämpfen mit der Zentralgewalt geführt, die erst in den letzten Jahren durch verschiedene Gesetzesmaßnahmen, die den Stämmen Autonomierechte gewähren, vorübergehend beendet worden sind.

Bestrebungen der Stämme in Beluchistan, eine staatliche Eigenständigkeit zu erlangen, hat es schon gegenüber der britischen Kolonialherrschaft gegeben und gibt es auch heute. Schon im Zuge der Eroberungspläne des deutschen Imperialismus Richtung Indien, zwecks Eroberung des britischen Imperiums während des Zweiten Weltkriegs, ist mit der Unterstützung nationaler Unabhängigkeitsbewegungen in Beluchistan spekuliert worden. Angesichts der scharfen Widersprüche der Stämme zur pakistanischen Zentralregierung ist die Möglichkeit zur Infiltration durch die Sozialimperialisten heute wesentlich verbessert. Die Berichte in der bürgerlichen Presse über die Gründung eines „Sozialistischen Beluchistan unter sowjetischer Führung" mögen gegenwärtig übertrieben sein. Tatsache ist aber, daß, von den strategischen Zielen des Sozialimperialismus absehbar, ein Durchbruch zum Indischen Ozean erreicht werden müßte. Einige Hilferufe lassen sich da durchaus finden und die Drohungen der Sozialimperialisten gegen Pakistan sind deutlich. Mit jedem Fortschritt im bewaffneten Befreiungskampf der afghanischen Völker allerdings wird diese Möglichkeit erheblich verringert.

Pakistan im Kampf um seine Existenz

z.ges. Wie viele Länder der Dritten Welt hat Pakistan zwar seine politische Unabhängigkeit errungen, aber der Kampf für die Selbständigkeit des Landes ist noch lange nicht beendet. Nach der von Indien mit Unterstützung der Sowjetunion betriebenen Sezession Ostpakistans, des heutigen Bangla Desh, ist Pakistan von weiterer Zerstückelung bedroht. Im Norden und im Westen sind seine Grenzen durch das Vordringen des britischen Imperialismus gegenüber Afghanistan und dem Iran bestimmt, worauf sich afghanische Gebietsansprüche stützen und woraus sezessionistische Tendenzen hervorgehen. Indien hat sich nie mit der staatlichen Existenz Pakistans abgefunden. Seit die Sowjetunion in der Tradition der Zaren immer entschlossener zum indischen Oezan zu expandieren versucht und sich in die vorhandenen Widersprüche einschaltet, ist Pakistan lebensgefährlich bedroht. Im Gegenzug versuchen die USA die Lage zu nutzen, um ihre Vorherrschaft über Pakistan wieder herzustellen, die seit Pakistans Austritt aus dem SEATO- und dem CENTO-Pakt empfindlich angeschlagen ist. Vereint wird von den westlichen Imperialisten, ähnlich wie gegenüber der Türkei, über eine gemeinsame Initiative verhandelt, um Pakistan der Kontrolle zu unterwerfen.

Pakistan ist mit rund 76 Millionen Einwohnern neben Indonesien das bevölkerungsreichste islamische Land. Ohne Kaschmir, das teilweise unter pakistanischer, teilweise unter indischer Verwaltung steht, umfaßt Pakistan ein Gebiet von etwas über 800000 Quadratkilometer und ist mehr als dreimal so groß wie die Bundesrepublik. Historisch war dies Gebiet immer der Schlüssel für die Eroberung des indischen Subkontinents aus dem Norden. Die Unterwerfung Afghanistans durch die Sowjetunion bliebe eine halbe Sache, solange nicht auch Pakistan dem sowjetischen Einflußbereich eingegliedert würde. Das weiß natürlich auch die indische Regierung. Obwohl die herrschenden Klassen Indiens nach wie vor auf eine Einverleibung Pakistans spekulieren und dabei das Bündnis mit der Sowjetunion gesucht haben, scheint Indira Ghandi jetzt zu dämmern, daß der Bündnispartner vielleicht Indien selber im Auge haben könnte. Die sowjetische Expansion nach Afghanistan könnte eine Verständigung zwischen Pakistan und Indien erleichtern. Ein Versuch Indiens, Pakistan gemeinsam mit der SU zu zerstückeln, wäre jedenfalls nur ein Schritt zur direkten Unterwerfung Indiens unter die Sowjetunion.

Die USA haben seit der Gründung Pakistans viele Millionen Dollar in die Unterwerfung und Ausbeutung Pakistans investiert. Den Höhepunkt hatte die staatliche Wirtschaftshilfe der USA für Pakistan in den Jahren 1956–1965, in der Zeit, in der Pakistan Mitglied des SEATO- und des CENTO-Pakts gewesen ist. 1945–1955 hatten die staatliche Wirtschaftshilfe und die staatlichen Wirtschaftskredite der USA nach Pakistan insgesamt nur 178 Mill. Dollar betragen. Die britischen Konkurrenten in Pakistan waren noch nicht ausgebootet und von der Sowjetunion ging in diesem Zeitraum keine Konkurrenz um die Vorherrschaft aus. 1956–1965 haben die USA dann mit 2416 Mio. Dollar eingegriffen und 1966–1972 noch einmal mit 1654 Mio. Dollar. Dazu kamen die Waffenlieferungen und Kredite für Waffenlieferungen, bis diese 1967 offiziell eingestellt wurden. Danach haben die USA ihre staatlichen Kapitaleinsätze reduziert. Bis 1977 umfaßten sie noch einmal 727 Millionen Dollar, gingen aber im großen und ganzen zurück. Pakistan hatte eine Politik der Blockfreiheit eingeschlagen. Kapitaleinsatz sicherte nicht mehr automatisch politische Einflußnahme.

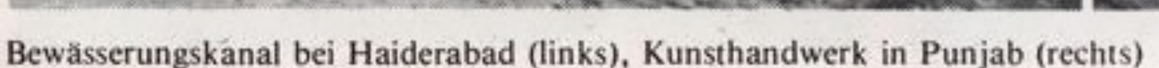
An der Schuldenleine haben die USA, und in ihrem Gefolge die übrigen westlichen Imperialisten, Pakistan aber allemal. 1971 hatte Pakistan insgesamt 3353 Millionen Dollar Auslandsschulden. Davon hielt ein Konsortium westlicher Imperialisten unter Beteiligung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds 2958 Mill. Dollar und über Projekthilfen nochmal 219 Millionen. Die USA hielten völlig unangefochten die Spitze mit über 1,4 Milliarden Dollar. Bis 1978 war Pakistan schon mit mehr als 9,8 Milliarden Dollar verschuldet, von denen 7,5 Milliarden bereits ausgezahlt waren. Den Löwenanteil an diesen Schulden halten immer noch bei weitem die USA. Pakistan aber mußte 1978 über 383 Mill. US-Dollar allein für den Schuldendienst wegzahlen. Obwohl also die staatlichen Kapitaleinsätze der USA zurückgegangen sind, ist Pakistan immer tiefer ins Schuldennetz der Imperialisten geraten. Heute ist es von den Imperialisten, allen voran die USA, umstrickt, während die Sowjetunion schon in Afghanistan sitzt und täglich Drohungen gegen die Unabhängigkeit des Landes ausstößt.

Pakistan ist eines der ärmsten Länder der Welt. Mit einem Bruttosozialprodukt von weniger als 200 Dollar pro Kopf reiht es die Weltbank an der vierundzwanzigsten Stelle ihrer Rangliste ein, die mit den ärmsten Ländern beginnt. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum beträgt weniger als das Bevölkerungswachstum. Sowieso wird es nicht gleichmäßig verteilt. Pakistan ist ein Agrarland, den entscheidenden Teil der herrschenden Klasse bilden die Großgrundbesitzer.

Die erwerbstätige Bevölkerung Pakistans umfaßte 1977 21,6 Millionen. Davon waren über die Hälfte, nämlich 11,7 Mill., in der Landwirtschaft tätig. Von diesen waren knapp 6 Millionen als Selbständige, d.h. als Bauern, Pächter, aber auch Großgrundbesitzer ausgewiesen, beinahe 5 Millionen als mithelfende Familienangehörige und 931000 als Lohnabhängige. Die Landwirtschaft hat einen bäuerlichen Charakter und die Großgrundbesitzer bewirtschaften ihren Boden selten als kapitalistische Großgrundbesitzer, sondern haben ihn an bäuerliche Pächter verpachtet. Größtenteils hat der Grundbesitz feudalen Charakter, teilweise befindet er sich aber auch noch







Bewässerungskanal bei Haiderabad (links), Kunsthandwerk in Punjab (rechts)

„Pakistan verpflichtet sich den Prinzipien der Blockfreiheit"

Leitarktikel der pakistanischen Zeitung „Dawn" zum Beitritt Pakistans in die Blockfreienbewegung, Karachi, 8. September 1979

„Pakistan verpflichtete sich uneingeschränkt den allgemeingültigen Prinzipien der Blockfreiheit und der loyalen Zusammenarbeit mit den übrigen Staaten der Gemeinschaft der Blockfreien bei der Stärkung der Einheit im Kampf für Frieden, Befreiung, allgemeiner und nuklearer Abrüstung und für Gleichberechtigung in den wirtschaftlichen Beziehungen, als die Ministerkonferenz während ihrer ersten Sitzung am 31. August förmlich den Antrag Pakistans auf Vollmitgliedschaft in der Blockfreienbewegung billigte.

Später nahm die Delegation den Sitz ein, der für Pakistan als Vollmitglied der Bewegung der Blockfreien reserviert worden war. Gleichzeitig wurde vor dem spektakulären, mehrere Millionen Dollar teuren Konferenzzentrum der grüne Halbmond und Stern zusammen mit den Flaggen der anderen Teilnehmerländer aufgezogen.

Daraufhin ergriff der Berater des Präsidenten für auswärtige Angelegenheiten, Agha Shahi, das Wort und erklärte, daß sein Land sich ohne Abstriche für die Förderung der Einheit der Blockfreienbewegung in ihrem Kampf gegen alle Formen kolonialer und rassistischer Vorherrschaft, gegen die Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, für Frieden, Sicherheit und Abrüstung und für eine auf Gleichberechtigung beruhende Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einsetzen werde.

Shahi bekräftigte, daß Pakistan unbedingt an den allgemeingültigen Prinzipien der Blockfreiheit und an der Politik der Unabhängigkeit von den Machtblöcken festhalten werde. Er bekräftigte die Unterstützung der Freiheit von Namibia, Zimbabwe und Südafrika, der Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes und der Befreiung aller besetzten arabischen Gebiete, der Abrüstung, und als ersten Schritt des Verbots aller Kernwaffen und der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Pakistan, das von Fidel Castro als Beobachter eingeladen worden war, nahm daraufhin als Vollmitglied an den Beratungen teil.

Pakistan schließt sich den Blockfreien 18 Jahre nach ihrer Gründung als einer neuen Kraft in der von 2 Blöcken bestimmten Welt der 60er Jahre an. In der dazwischenliegenden Periode hat die Blockfreienbewegung an Größe und Einfluß gewonnen, und sie ist auf Grund des Fortschritts der Dekolonialisierung und des Zurückdrängens des klassischen Imperialismus und Kolonialismus stärker geworden. Ihre Bedeutung hat entsprechend der Notwendigkeit, den Hegemonismus, den Druck der Großmächte und die subtileren Formen des Neokolonialismus zu bekämpfen, in jeder Hinsicht zugenommen. Die Blockfreienbewegung ist zu einer gewaltigen Kraft geworden, die sich gegen den Interventionismus, das Vorherrschaftsstreben der Großmächte und die wirtschaftliche Ausbeutung der 3. Welt richtet und für eine gerechtere internationale politische und ökonomische Ordnung eintritt. Trotzdem bleibt die Drohung des Krieges bestehen, die Spannungen zwischen den Blöcken halten an. Der Druck der Großmächte auf kleinere Länder bedroht weiterhin die nationale Souveränität unserer Länder. Der Interventionismus ist nicht tot. Der große Teil der Welt wird daran gehindert, einen befriedigenden Anteil am wirtschaftlichen Wachstum zu erzielen.

Die Delegationen der verschiedenen Nationen in Havanna haben deutlich gemacht, daß sie sich dieser Herausforderungen vollauf bewußt sind.

Pakistans Bedürfnis nach Sicherheit und militärischer Lebensfähigkeit in einer unfreundlichen regionalen Umgebung führte das Land in den frühen 50er Jahren dazu, sich wirtschaftlich, politisch und militärisch in ausschließliche Abhängigkeit von dem westlichen Block zu begeben. Diese Abweichung, die die Position des Landes als wirklichem Befürworter der Sache der nationalen Befreiung und des internationalen Friedens, der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aufs Spiel setzte, wurde in den frühen 60er Jahren korrigiert. Durch die Entwicklung der Freundschaft mit China und die Politik der Diversifikation der auswärtigen Beziehungen, die die Normalisierung der Beziehungen mit Moskau einschloß, konnte sich Pakistan aus dem Morast der vollständigen Identifikation mit dem westlichen Block herausziehen.

Seitdem hat Pakistan eine unabhängige Außenpolitik verfolgt, die durch Übereinstimmung mit den grundlegenden Zielen der Hauptströmung der Blockfreien gekennzeichnet ist. Trotzdem, ungeachtet der kurzzeitigen Abweichung, kann Pakistans Hingabe an die Sache des Friedens, der Abrüstung und der Befreiung der Menschen und der unterdrückten Völker, der Entwicklung von gleichberechtigten Beziehungen zwischen den Nationen nicht einmal von denen in Frage gestellt werden, die diese Prinzipien verleumden.

Seit der 5. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Colombo hat Pakistan aktiv sein Interesse bekundet, sich den Blockfreien anzuschließen. Aber es bedurfte erst der abschließenden Entscheidung des Rücktritts aus dem CENTO-Pakt, um die Berechtigung für die volle Mitgliedschaft zu erwerben. Pakistan schließt sich der Gemeinschaft der Blockfreien zusammen mit solchen neuen Mitgliedern an wie den revolutionären Staaten des Iran und Nicaraguas, die erst kürzlich den Despotismus im Inneren und fremde Kontrolle abgeschüttelt haben. Die Kubaner haben die Ankunft der Delegation der Sandinisten begeistert begrüßt und sie als einen großen Schritt vorwärts in der revolutionären Sache der Völker Lateinamerikas und der Karibik empfangen.

wie in Afghanistan in der Hand der Stämme und Gentilorganisationen. Über die Landverteilung gibt es von früheren Jahren Aufstellungen. Eine Aufstellung von 1958 macht folgende Angaben:

Besitzgrößenklassen in Westpakistan in ha im Jahre 1958

Größen-klasse(ha)	Zahl der Eigentümer 1000	%	Fläche des Eigentums 1000	%	Durchschn. Fläche je Eigentümer
Unter 2	3266	64,0	3005	15	0,9
2 – 10	1452	29,0	6248	32	4,3
10 – 50	286	6,0	4296	22	15,0
50 – 200	57	1,0	3105	16	54,5
über 200	6	0,1	3031	15	505,2
insgesamt	5086	100,0	19685	100	3,9

Quelle: Malik, Khuda, Baksh: „Land Reforms in West Pakistan", Vol. I, Lahore 1960

Tatsächlich sind die Verhältnisse in den verschiedenen Gebieten aber überhaupt nicht einheitlich. Der Großgrundbesitz konzentriert sich im Punjab und in Sind, d.h. im Industal. Im Punjab, im Norden des Industals, konzentriert sich auch die Masse der kleinen Bauern.

Seit 1960 haben zwei Landreformen stattgefunden, bei der ersten wurde der Grundbesitz auf 200 ha bewässertes Land oder auf 400 ha unbewässertes Land eingeschränkt, bei der zweiten auf 100 ha bewässertes oder 200 ha unbewässertes Land. In Wirklichkeit haben aber diese Landreformen nach übereinstimmenden Angaben unterschiedlicher Quellen an den Besitzverhältnissen nicht viel verändert, weil die Großgrundbesitzer vor der Reform das Land unter Familienangehörige aufteilen konnten, wodurch die Großgrundbesitzer noch überall Landreformen von oben unterlaufen konnten. Insofern dürfte sich in den Jahren seit 1960 nicht allzuviel geändert haben, wohl aber für die kleinen Bauern und kleinen Pächter. Ihre Zahl ist seither beträchtlich gestiegen. Sie mußten ihre Landfetzen noch weiter aufteilen.

Hauptprodukte der pakistanischen Landwirtschaft sind Reis, Weizen, Zuckerrohr und Baumwolle, aber auch Leder und Wolle. Reis wird ausgeführt, während Weizen eingeführt werden muß. Die Baumwolle und das Zuckerrohr werden großenteils im Land selber verarbeitet. Die Industrieproduktion beruht hauptsächlich auf Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, der wichtigste Industriezweig ist die Textilindustrie. Aber das verarbeitende Gewerbe ist seiner breiten Basis nach noch handwerklich und kleinbürgerlich. Rund 2,9 Mio. Erwerbstätige waren 1977 im verarbeitenden Gewerbe tätig, davon 1,3 Mio. Selbständige, 510000 mithelfende Familienangehörige und nur 1,[illegible] Mio. Lohnabhängige. Die Hauptmasse der Lohnabhängigen ist nicht im verarbeitenden Gewerbe oder im Baugewerbe zu finden, sondern im Verkehrswesen und in der öffentlichen Verwaltung, in der 1,3 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger angestellt sind. Auch der Handel ist weitgehend noch kleinbürgerlich. Rund 2,4 Millionen sind im Handel und Gaststättengewerbe tätig, davon über 1,7 Millionen Selbständige, 365000 mithelfende Familienangehörige und nur 282000 Lohnabhängige.

Ein beträchtlicher Teil des pakistanischen Proletariats muß seine Arbeitskraft im Ausland verkaufen, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, in wachsendem Umfang aber auch in Europa.

Obwohl die Arbeiterklasse und insbesondere die Industriearbeiter erst einen geringen Teil der arbeitenden Bevölkerung bilden und die Struktur des Landes vor allem bäuerlich und kleinbürgerlich ist, hat die Arbeiterklasse in den politischen Massenbewegungen Pakistans immer einen aktiven Anteil genommen und auch in vielen Streiks ihre beginnende Selbständigkeit bewiesen.

Hauptproblem des Landes bleibt die Beseitigung der Vorherrschaft der US-Imperialisten und die Abwehr der Bedrohung durch die Sozialimperialisten. Dabei handelt es sich nur um zwei Seiten einer Medaille. Solange das Land immer tiefer in die Schuldverhältnisse der Imperialisten gerät, kann es auch keine ausreichende Abwehrkraft gegen die akute militärische Bedrohung der Sowjetunion entwickeln. An eine Beseitigung dieser Abhängigkeit ist aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen schlecht zu denken, weil allein schon das jährlich wachsende Außenhandelsdefizit bei Importen von rd. 5,7 Milliarden und rd. 2,7 Milliarden Exporten (1977) die Abhängigkeit laufend vergrößert. Die Bundesrepublik hielt 1977 einen Anteil von 7,7% an der Ausfuhr Pakistans und einen Anteil von 8,9% an der Einfuhr. Das Handelsdefizit Pakistans betrug dabei rund 300 Millionen. Investiert hat die BRD in Pakistan bisher 59,3 Millionen DM. Der Bestand stagniert in den letzten Jahren. Hauptlieferland Pakistans bleiben die USA vor Japan.

Die Grundlage für die Abhängigkeit Pakistans liegt sicherlich in den Agrarverhältnissen mit der Herrschaft der Großgrundbesitzer als Kern. Die Herrschaft der Großgrundeigentümer hemmt auch die industrielle Entwicklung und liefert das Land den Imperialisten aus. Obwohl den Bauern und Pächtern ein beträchtliches Mehrprodukt abgepreßt wird, bleibt es in den Händen der Großgrundbesitzer hängen, wird von ihnen selbst, ihren Hinterleuten und durch den halbfeudalen Staatsapparat verzehrt, in dessen Hand sich auch der größte Teil der industriellen Produktion befindet. Unter der Herrschaft der Großgrundbesitzer verewigt sich auch naturnotwendig der Partikularismus und Sezessionismus, auf dem die Haupthoffnung Indiens wie vor allem der Sowjetunion beruht, den pakistanischen Staat schließlich vollends zerstückeln zu können. Das Land bleibt in Stammesgebiete zersplittert und was schlimmer ist, in Machtbereiche der Großgrundbesitzer und Bürokraten.

Diese Verhältnisse erschweren wiederum die demokratische Revolution, erschweren die Herausbildung der Nation. Es kann aber leicht sein, daß die sozialimperialistische Bedrohung und die Abwehr dieser Gefahr wie in Afghanistan auch in Pakistan die Herausbildung des einheitlichen Willens der Volksmassen anstoßen wird. Vorläufig sieht Pakistan immer noch wie ein Beutestück aus, um das sich die Imperialisten streiten können. Aber das kann sich als völlige Fehlrechnung herausstellen, denn der Haß gegen Fremdherrschaft ist schon jetzt ein einigendes Band.

1955/56: Pakistan wird Mitglied des SEATO- und des CENTO-Paktes

z.lup. Im vergangenen Jahr hat sich Pakistan erfolgreich um Aufnahme in die Bewegung der Blockfreien beworben, nachdem es zuvor die Vorbedingung – Nichtteilnahme an militärischen Bündnissen – erfüllt und die Mitgliedschaft im CENTO-Pakt aufgekündigt hatte. Aus dem SEATO-Pakt war Pakistan bereits 1972 ausgetreten. Die Kündigung dieser Militärbündnisse und der Beitritt zur Blockfreienbewegung hat den Kampf der Blockfreienbewegung ebenso gestärkt wie Pakistans eigenen Kampf für seine nationale Unabhängigkeit.

Der amerikanische Imperialismus hatte nach dem 2. Weltkrieg systematisch die Eingliederung Pakistans in das von ihm aufgebaute Allianzsystem betrieben. Er konnte sich dabei auf die Widersprüche stützen, die der britische Imperialismus ungerührt hatte, bevor er zur Aufgabe seiner Kolonialherrschaft über den indischen Subkontinent gezwungen wurde. Auf der einen Seite war Pakistan stets durch den Expansionismus Indiens bedroht. Auf der anderen Seite hatte es stets Schwierigkeiten mit seinem westlichen Nachbarn Afghanistan, welches die gemeinsame Grenze zwischen beiden Ländern – die Ergebnis britischer Kolonialeroberungen ist – niemals wirklich als unverletzlich anerkennen wollte. Unter diesen Umständen konnte der amerikanische Imperialismus als Vermittler zwischen Indien und Pakistan auftreten, während er in Wirklichkeit die Widersprüche zwischen beiden Ländern unentwegt schürte; und er konnte Pakistan die Gründung des SEATO- und CENTO-Paktes als Hilfe im Kampf für seine Souveränität verkaufen, während beide Pakte in Wirklichkeit bloß der Spaltung der 3. Welt und der Verfolgung der US-imperialistischen Weltherrschaftspläne dienten.

Der SEATO-Pakt wurde im September 1954 in Manila geschlossen und umfaßte die Länder Pakistan, Thailand, die Philippinen, USA, Großbritannien, Frankreich, Australien und Neuseeland. Er diente ausdrücklich der Absicherung der US-Aggression in Südostasien. Der CENTO-Pakt (Bagdad-Pakt) wurde von der Türkei und dem Irak im Februar 1955 geschlossen, ihm schlossen sich im Laufe des Jahres Großbritannien, Pakistan und der Iran an, die USA beteiligten sich an den Einrichtungen dieses Paktes, ohne offiziell Mitglied zu sein. Der CENTO-Pakt richtet sich ausdrücklich gegen „kommunistische Bedrohung" und diente der Einkreisung der Sowjetunion und der VR China. Diese beiden Verträge wurden ergänzt durch zweiseitige „Verteidigungsabkommen", die die US-Imperialisten am 5. März 1959 mit Pakistan ebenso wie mit der Türkei und dem Iran abschlossen und die eine militärische Beistandsklausel für den Fall einer Aggression gegen Pakistan enthielten. Im Rahmen dieser Militärallianzen konnten die US-Imperialisten Pakistan mehrmals dazu veranlassen, Interventionen im Nahen und Mittleren Osten zu unterstützen, wie zum Beispiel die Intervention amerikanischer Marinetruppen im Libanon am 15. Juli und den Einsatz englischer Fallschirmjäger in Jordanien am 16. Juli 1958.



US-Flottenstützpunkt im Rahmen des SEATO-Paktes (Philippinen)

Pakistan nimmt an der Bandung-Konferenz teil

z.lup. Trotz der Abhängigkeit vom US-Imperialismus und der Mitgliedschaft in imperialistisch beherrschten Militärbündnissen hat Pakistan immer wieder den Zusammenschluß mit den anderen Ländern der 3. Welt gesucht und sich an ihrem gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus beteiligt. Schon 1948 hatte Pakistan den Kampf Indonesiens gegen die holländische Kolonialmacht unterstützt und der niederländischen Luftlinie KLM die Landeerlaubnis entzogen, die für den Nachschub der holländischen Kolonialtruppen eingesetzt wurde. Als die US-Imperialisten 1947 durch den UNO-Beschluß über die Teilung Palästinas die Gründung des zionistischen Kolonialstaates sanktionieren wollten, gehörte Pakistan zu den Ländern, die diesen Antrag bekämpften und die Rechte des palästinensischen Volkes unterstützten. Der pakistanische Delegierte erklärte, dieser Beschluß sei ein Versuch des Westens, einen Keil in das Herz des Mittleren Ostens zu treiben.

In gleicher Weise bekämpfte Pakistan die von den US-Imperialisten betriebene Eingliederung Eritreas in eine Föderation mit Äthiopien, und es unterstützte insbesondere den Kampf der Völker Libyens, Somalias, Tunesiens, Marokkos und Algeriens gegen den Kolonialismus und für nationale Unabhängigkeit. Als 1955 in Bandung die erste Konferenz unabhängiger Staaten Asiens und Afrikas durchgeführt wurde, gehörte Pakistan zu den Ländern, die diese Konferenz vorbereitet und zu ihr eingeladen hatten. In der Vorbereitung dieser Konferenz hatte sich Pakistan erfolgreich allen Versuchen widersetzt, Israel in den Kreis der Länder einzubeziehen, die zu der Teilnahme an der Konferenz eingeladen werden sollten, die vor allem von Indien und Burma ausgegangen waren. Die US-Imperialisten hatten Pakistan eine wichtige Rolle zugedacht in den Manövern, die auf ein Scheitern der Konferenz und insbesondere die Isolierung der VR China abzielten. So hatte sich Pakistan zunächst der Einladung der VR China widersetzt, wurde darin aber überstimmt. Während der Konferenz wandte sich Pakistan gegen die von China, Indien und Burma vorgeschlagenen 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz und stellte ihnen „7 Säulen des Friedens" entgegen, ließ sich aber von Zhou Enlai davon überzeugen, daß es auf dieser Konferenz darauf ankäme, Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen und Zusammenarbeit auf Grundlage der gemeinsamen Interessen zu suchen, und unterstützte die in Bandung angenommenen 10 Prinzipien, in denen die 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz praktisch enthalten waren. Später erklärte der pakistanische Ministerpräsident in einem Gespräch mit Zhou Enlai: „Obwohl Pakistan Teil eines Militärvertrages ist, ist es nicht gegen China. Pakistan hat keine Furcht, daß China einen Angriff gegen Pakistan führen werde. Wenn die Vereinigten Staaten im Rahmen der Militärverträge Aggressionen durchführen sollten, würde sich Pakistan nicht daran beteiligen".



Bandung-Konferenz 1955

Erfolglose Intrigen der USA gegen die Freundschaft Pakistans mit der VR China

z.lup. Im Oktober 1956 führte der pakistanische Premierminister Suhrawardy einen 12-tägigen Staatsbesuch in der VR China durch, der 2 Monate später durch einen Staatsbesuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai in Pakistan beantwortet wurde. Während dieses Besuchs wurde Zhou Enlai in Dakka von einer 100000 Mann zählenden Menschenmenge enthusiastisch begrüßt. In einem gemeinsamen Kommuniqué im Anschluß an diesen Besuch hieß es: „Die beiden Ministerpräsidenten sind der Auffassung, daß der Unterschied in den politischen Systemen von Pakistan und China und unterschiedliche Meinungen über eine Reihe von Problemen nicht davon abhalten sollten, die Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu stärken ... Mit Freude stellen wir fest, daß es keinen wirklichen Interessenkonflikt zwischen beiden Ländern gibt." 1958 vereinbarten China und Pakistan zum ersten Mal ein Handelsabkommen, und 1962/63 führten beide Länder Verhandlungen durch, die zur einvernehmlichen Lösung offener Grenzfragen zwischen beiden Ländern führten.

Gegenüber den indischen Aggressionskriegen hat die VR China stets Pakistan unterstützt. Pakistan hat, obwohl unter starkem Druck des US-Imperialismus, und obwohl es sich vorübergehend das Manöver des US-Imperialismus von der angeblichen Existenz „zweier China" zu eigen gemacht hatte, immer wieder die Aufnahme der VR China in die UNO gefordert und entsprechende Anträge in der UNO unterstützt. Die US-Imperialisten haben mit allen Mitteln versucht, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Pakistan und der VR China zu torpedieren. Als Pakistan mit der VR China ein Luftfahrtabkommen abschloß, erklärte das Außenministerium der USA, dies sei eine „bedauerliche Verletzung der Solidarität der freien Welt". Im Anschluß an die Unterzeichnung dieses Abkommens suspendierten die US-Imperialisten einen Kredit von 4,3 Mio. US-Dollar, den sie Pakistan für den Bau eines neuen Flughafens in Dakka zugesagt hatten. Zu den verschiedenen Handels-, Luftfahrt- und Grenzabkommen mit der VR China erklärte später ein Sprecher des US-Außenministeriums: selbst wenn die Vereinbarungen marginale Vorteile für Pakistan brächten, so bestünde der politische Effekt dennoch darin, einem Feind Vorteile zu bringen, gegen den die USA und Pakistan formell verbündet seien.

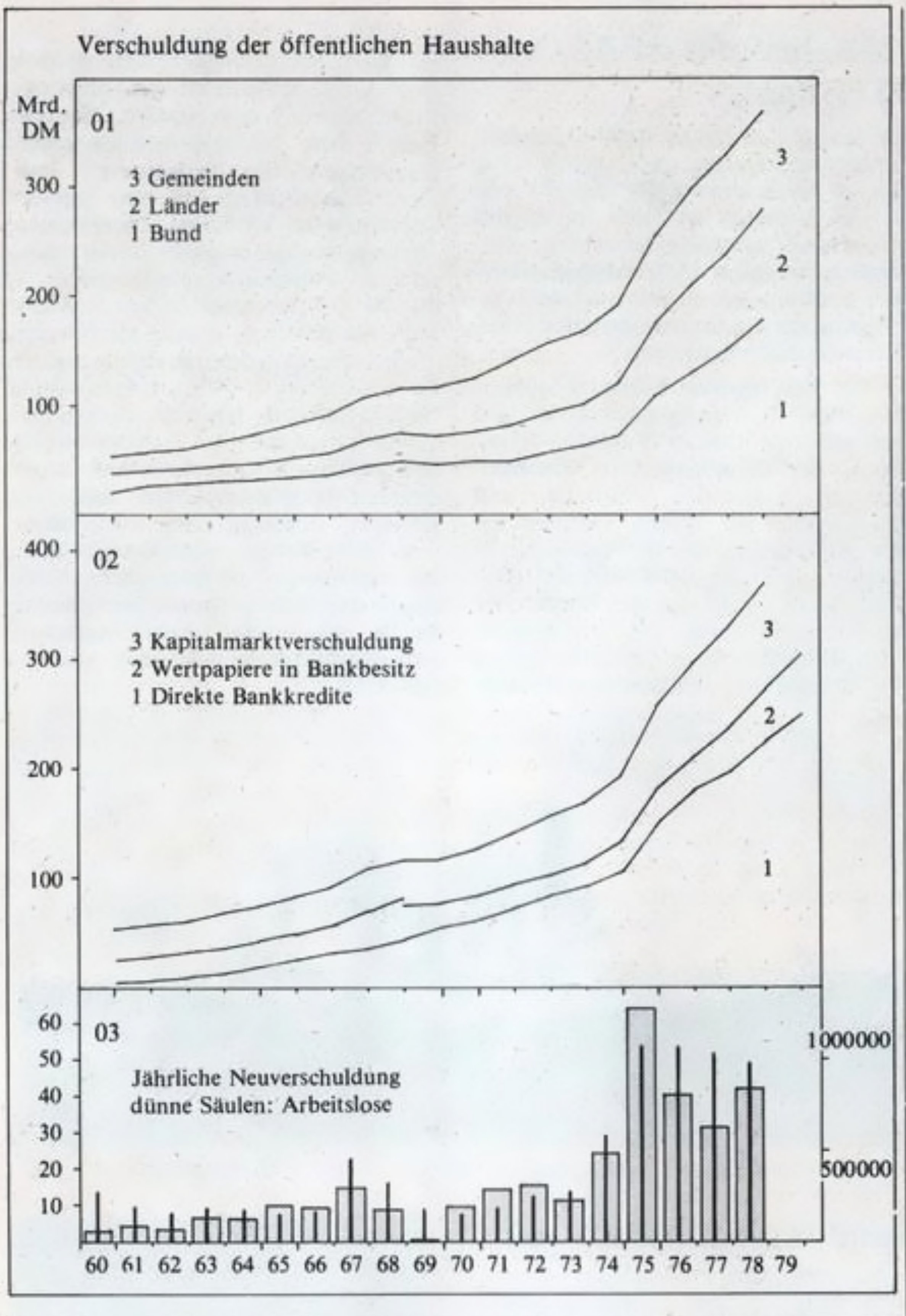


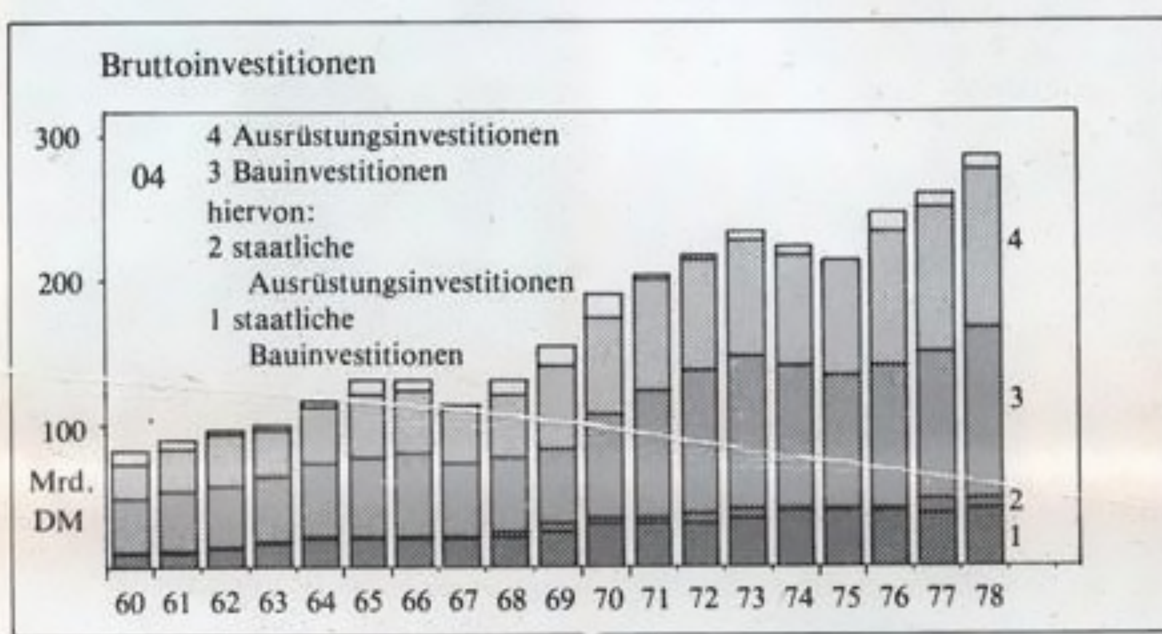
Besuch Yahya Khans in der VR China 1970

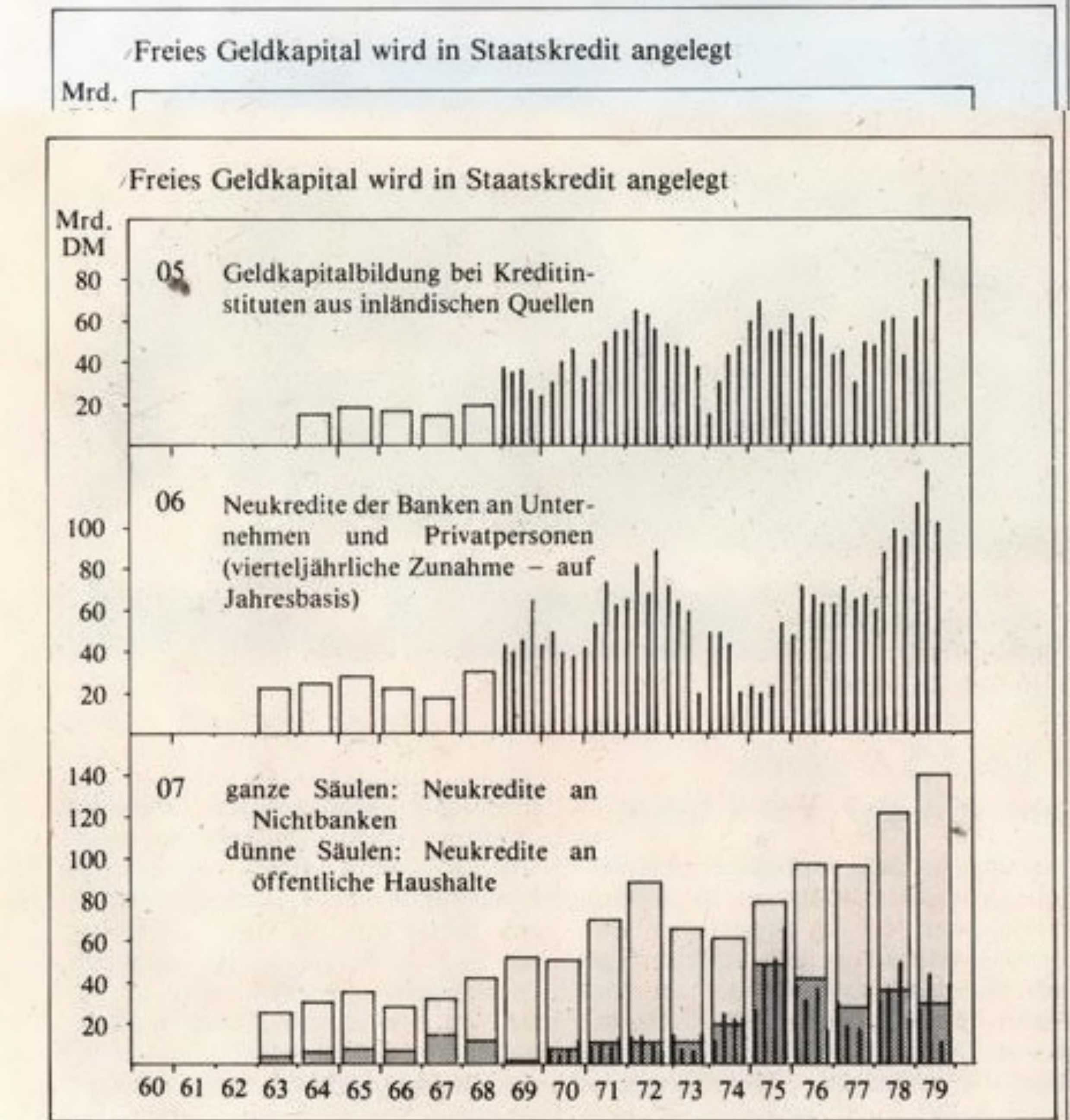
Es soll auch darauf hingewiesen werden, daß Pakistan die Bühne der Blockfreienbewegung zu einem Zeitpunkt betritt, wo sich diese Bewegung an der Schwelle zu einer Radikalisierung befindet. Es besteht kein Zweifel, daß die Gipfelkonferenz, die in der idyllischen, bewaldeten Pracht der kubanischen Hauptstadt durchgeführt wird, der Blockfreienbewegung einen noch kämpferischeren Anstoß geben wird, und daß sie einen Wendepunkt in unserer Geschichte darstellen wird."

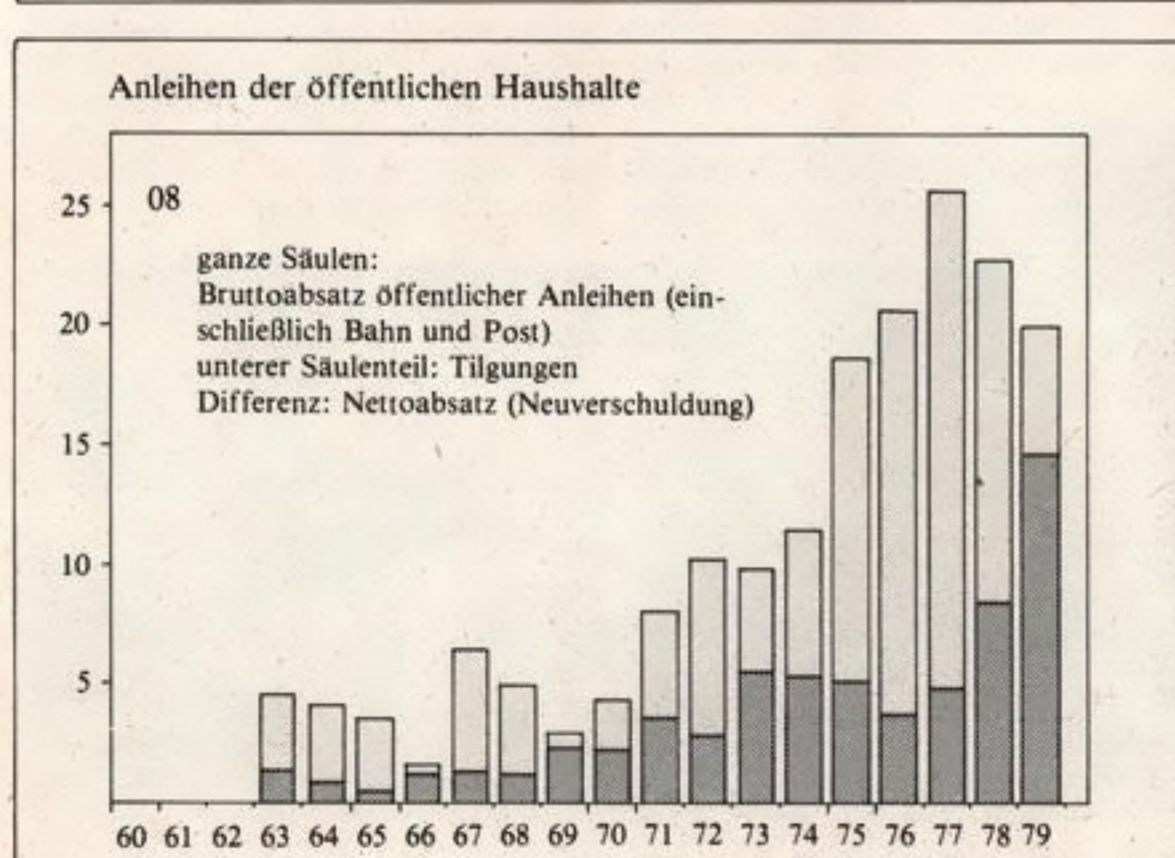
Auf der Konferenz hat sich die Delegation Pakistans für die Wahrung der Prinzipien der Blockfreiheit eingesetzt und die Versuche bekämpft, dem Demokratischen Kampuchea seinen rechtmäßigen Sitz vorzuenthalten. Der Delegierte Pakistans hat in der damit befaßten Kommission den Vorschlag Kubas zurückgewiesen, den Sitz des Demokratischen Kampuchea unbesetzt zu lassen, und der pakistanische Delegierte gehörte zu den 20 Unterzeichnern eines Briefes, der gegen die einseitige Entscheidung des kubanischen Vorsitzenden der Außenministerkonferenz protestierte. In der UNO hat Pakistan die Resolution über die Aufrechterhaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea ebenso unterstützt wie die Resolution zum Abzug fremder Truppen aus Kampuchea. In der Debatte über die Aufrechterhaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea erklärte der pakistanische Delegierte:

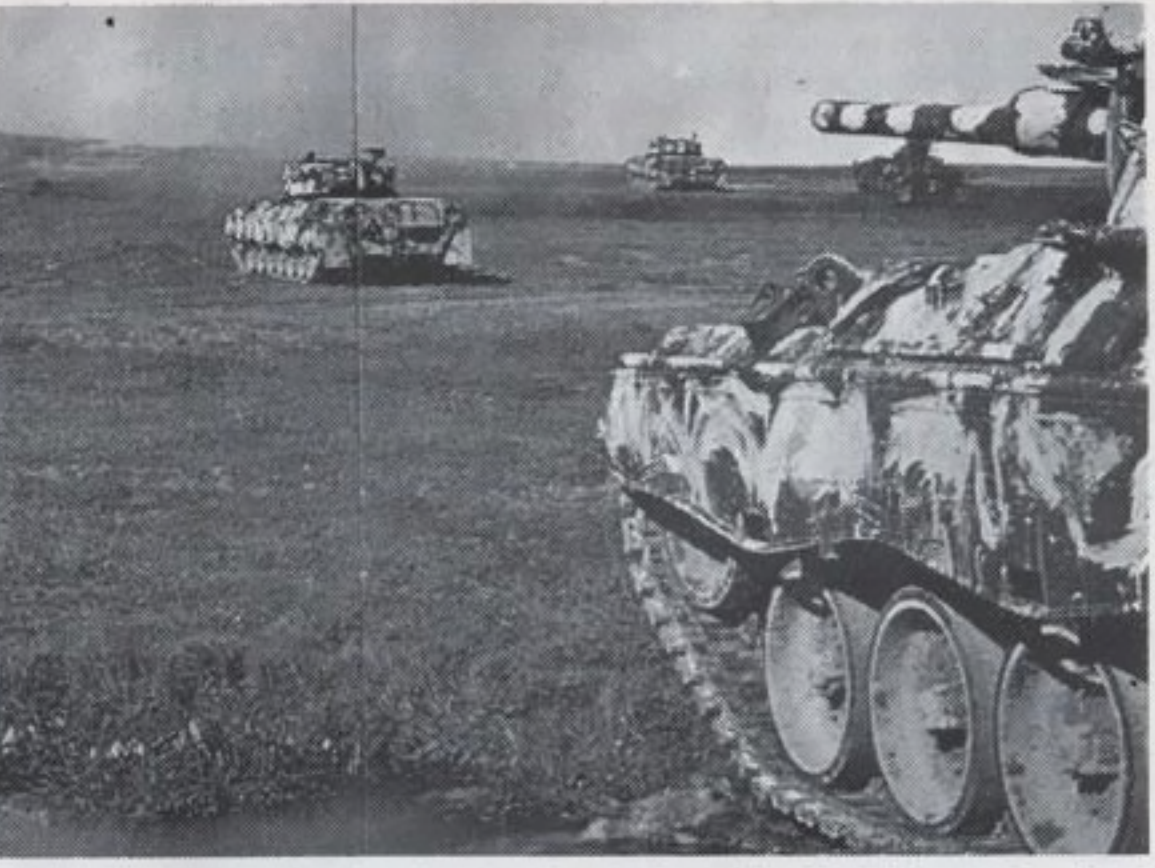
„Die jüngsten Entwicklungen in Südostasien bedeuten eine Gefahr nicht nur für die Sicherheit dieser Region, sondern auch für den internationalen Frieden. Es ist unsere feste Überzeugung, daß Friede und Stabilität nur wiederhergestellt werden können, wenn alle Staaten sich in ihren Beziehungen strikt an die grundlegenden Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen halten, vor allem der Respektierung der politischen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten und friedliche Regelung von Streitigkeiten ... Offensichtlich können die Vereinten Nationen nicht die Ergebnisse einer Intervention anerkennen, die eine klare Verletzung der Charta der Vereinten Nationen darstellt. Die Delegation des Demokratischen Kampuchea sollte deshalb weiterhin ihren Sitz bei den Vereinten Nationen einnehmen."













So wie die Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten kein friedliches Nebeneinander duldet, sondern das große Kapital das kleine totschlägt, das rascher erstarkte das zurückgebliebene verschluckt, so führt die Konkurrenz der Hauptfirmen der imperialistischen Konkurrenz unvermeidlich zum Krieg zwischen den einzelnen Staaten. Daher will Apel für 50 Mrd. DM aufrüsten. – Der staatlich geförderte Airbus wie Verkehrsinvestitionen nutzen den Kapitalisten doppelt: MBB oder der Bau-

Keine Neuverschuldung! Die Kapitalisten sollen die Schulden des Staates abzahlen!

z.frb. Biedenkopf von der CDU hat kürzlich ein ,,Gutachten" seines ,,Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik" vorgelegt, in dem er von einem drohenden Staatsbankrott spricht und eine Verminderung der Neuverschuldung verlangt. Nicht etwa eine Abzahlung und Verminderung des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte, sondern bloß ein weniger rasantes Wachstum des Schuldenberges. Strauß redet von Staatsbankrott eigentlich schon, seit er nicht mehr Finanzminister ist. Inzwischen ist die Verschuldung, die er selbst für damalige Verhältnisse kräftig nach oben getrieben hatte und die im unter seiner Mitwirkung verabschiedeten Stabilitätsgesetz als Mittel der Krisenbekämpfung ausdrücklich verlangt ist, auf über 400 Mrd. DM gestiegen, nahezu 7000 DM pro Kopf der gesamten Bevölkerung. Seit 1973 hat sich die Staatsschuld mehr als verdoppelt. Dies verleihe seinen Argumenten mehr Gewicht, hofft er wohl.

Auch die Bundesregierung hat eine geringere Neuverschuldung angekündigt und eingeplant, bloß daß sie eben als Begründung nicht einen drohenden Staatsbankrott anführt, sondern Entlastung der Kreditmärkte und Reservebildung für noch schlechtere Zeiten.

In der Praxis sind die Differenzen
lastung der Kreditmärkte und Reservebildung für noch schlechtere Zeiten.

In der Praxis sind die Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien gering. (So hängt die Höhe der Verschuldung der einzelnen Bundesländer herzlich wenig davon ab, welche von ihnen gerade die Ministersessel besetzt.) Vielmehr geht es ihnen darum, die Wehklagen über den Schuldenberg, den sie aufgetürmt haben, zu solchem Lärm zu steigern, daß eine höhere Besteuerung zur Tilgung der Schulden und Zahlung der Zinsen geradezu als Linderung erscheinen mag. Steuererhöhung ist die unausbleibliche Folge der Staatsverschuldung. Wer aber die Steuer zahlt, ist damit noch lange nicht entschieden.

Mit der Verdoppelung der Staatsschuld in den letzten fünf Jahren ist nicht bloß die Gesamtsumme der Schulden, die später wieder getilgt werden müssen, gestiegen, sondern es haben sich auch die Fristen verkürzt, in denen diese Rückzahlungen anstehen. 1975, als mit einer Neuverschuldung von über 60 Mrd. DM (siehe Schaubild 03 und 07) der Hauptschlag getätigt wurde, waren die im Geld schwimmenden Banken und Industriemonopole zwar froh, daß sie verzinsliche Anlage fanden, wollten ihr flüssiges Geldkapital aber nur kurz- oder mittelfristig verleihen. So müssen heute sowohl jene Kredite zurückgezahlt werden, die Anfang der siebziger Jahre langfristig aufgenommen worden waren, als auch jene, die 1975 und danach mittelfristig aufgenommen wurden. Die durchschnittliche Restlaufzeit für die Schulden des Bundes, die vor zehn Jahren noch etwa 7 Jahre betragen hatte, sank Ende 1975 auf nur noch rund 4 Jahre und hat sich seitdem eher noch weiter verkürzt. Die am 30. Juni 1979 aufgenommenen Kredite waren wie folgt zur Rückzahlung fällig (in Mrd. DM):

1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
14,2	23,7	29,7	28,0	19,3	17,3	9,9

1986	1987	1988	1989	1990	ab '91
10,9	9,2	8,8	7,2	1,8	6,9

Die Zinsverpflichtungen des Bundes betrugen nach dem Schuldenstand von Juni 1979 – also unter der Voraussetzung, daß alle Kredite bei Fälligkeit zurückgezahlt und keine neuen aufgenommen werden (in Mrd. DM):

1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
5,1	11,1	10,8	9,1	7,2	6,5	4,3

1986	1987	1988	1989	1990	ab '91
4,0	2,4	1,8	1,3	0,8	1,7

5,1 11,1 10,8 9,1 7,2 6,5 4,3
1986 1987 1988 1989 1990 ab '91
4,0 2,4 1,8 1,3 0,8 1,7

Die durchschnittliche Restlaufzeit aller öffentlichen Anleihen, also die Zeitdauer von heute bis zum Zeitpunkt, an dem die Kredite zur Rückzahlung fällig sind, gleichgültig wann sie jeweils aufgenommen wurden, betrug Juni 1975 5,36 Jahre, im Dezember 1979 4,06 Jahre. Die Laufzeit gemäß den Emissionsbedingungen, also die Laufzeit der neu begebenen Anleihen, sank im selben Zeitraum von 10,5 auf 8,6 Jahre, so daß sich auch die durchschnittliche Restlaufzeit weiter verkürzen wird und mithin die Zahlungsverpflichtungen sich in den nächsten paar Jahren kräftig zusammenballen werden. Das Schaubild 08 gibt einen Eindruck, wieviel schneller noch als die Gesamtverschuldung die fälligen Tilgungen bereits jetzt gestiegen sind. Die Anleihen sind nur ein Teil der Schulden – der andere Teil sind Direktkredite der Banken – die Laufzeiten der Bankkredite machen das Bild eher noch bedrohlicher.

Mithin, das Problem der Zahlung der Staatsschuld stellt sich und die als Funktionär tätigen Arbeiter müssen sich diesem Problem ebenfalls stellen, wenn der bürgerlichen Propaganda nicht freie Wirkung gelassen werden soll, bis eine weitere Erhöhung der Lohnsteuer nicht mehr aufzuhalten ist. Und daß sie schon Wirkung zeigt, erweist sich an Stellungnahmen, die die Gewerkschaftspresse verbreitet.

In der Februar-Nummer der ,,Quelle", der Funktionärszeitschrift des DGB, liest man etwa folgende tiefgehende Begründung für die wachsende Staatsschuld:

,,Wieso ist das Ansteigen der Staatsschulden an sich ein normaler Vorgang? Die Antwort ist einfach: Jedes westliche Industrieland finanziert immer einen Teil seiner wachsenden Staatsausgaben durch Kredite, die höher sind als die jeweiligen Tilgungen."

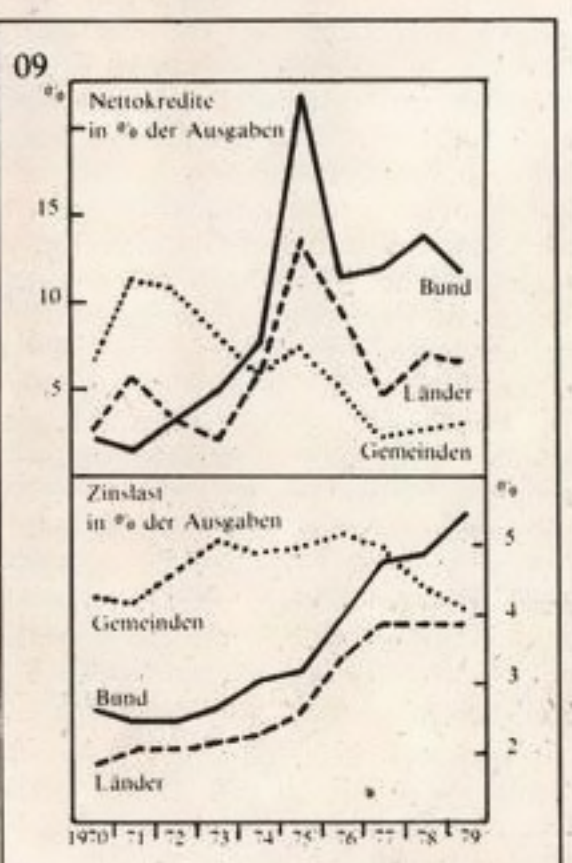
So einfach also ist dies, die Schulden steigen, weil sie gemacht werden. Etwas mehr Mühe, wenn auch auf derselben Wellenlänge, macht sich der ,,Gewerkschafter" der IG Metall in Nr. 2/1980 und läßt einen Professor Schui zu Worte kommen. Er behauptet im wesentlichen, die Staatsschuld sei notwendig, um fehlende Nachfrage nach Industrieprodukten zu ersetzen, dadurch wieder die Produktion in Gang

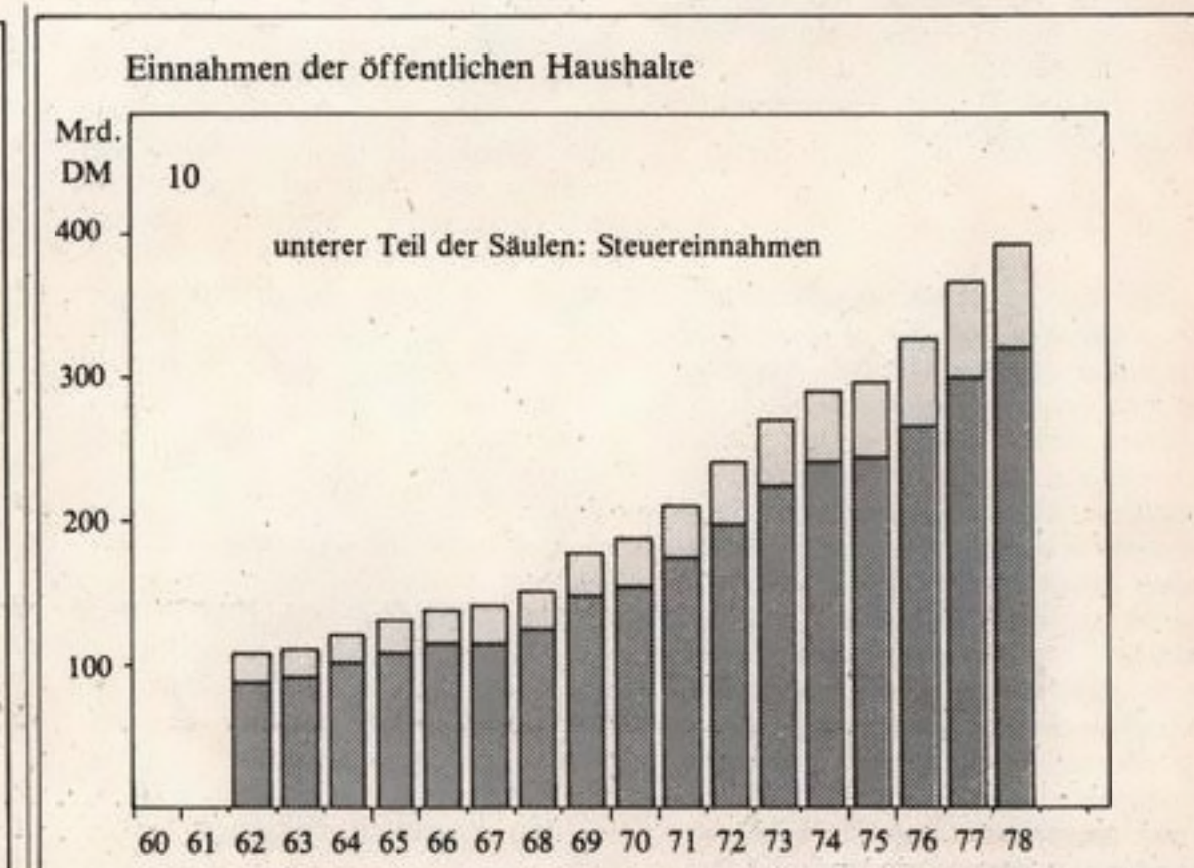
wesentlichen, die Staatsschuld sei notwendig, um fehlende Nachfrage nach Industrieprodukten zu ersetzen, dadurch wieder die Produktion in Gang

zu bringen, oder wie jetzt in Gang zu halten. Sein Ausgangspunkt ist schlicht:

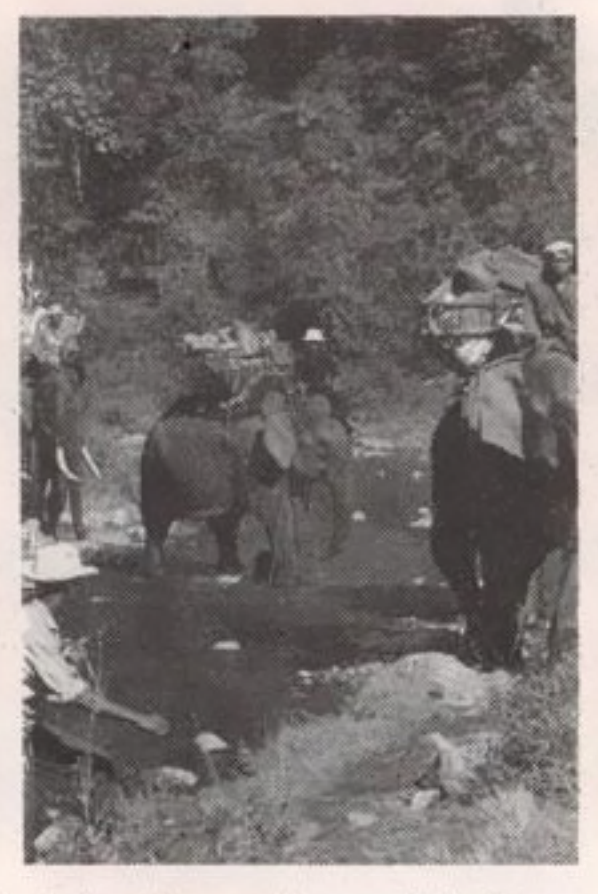
,,Unmittelbar einleuchtend ist auch folgender Sachverhalt: Wenn alles, was produziert wurde, gekauft werden soll, dann müssen alle Einkommen, die bei der Produktion erzielt werden und die der Höhe nach ja gerade soviel ausmachen wie der Marktwert der Produktion, zur Nachfrage nach den hergestellten Produkten ohne große zeitliche Verzögerung verwendet werden."

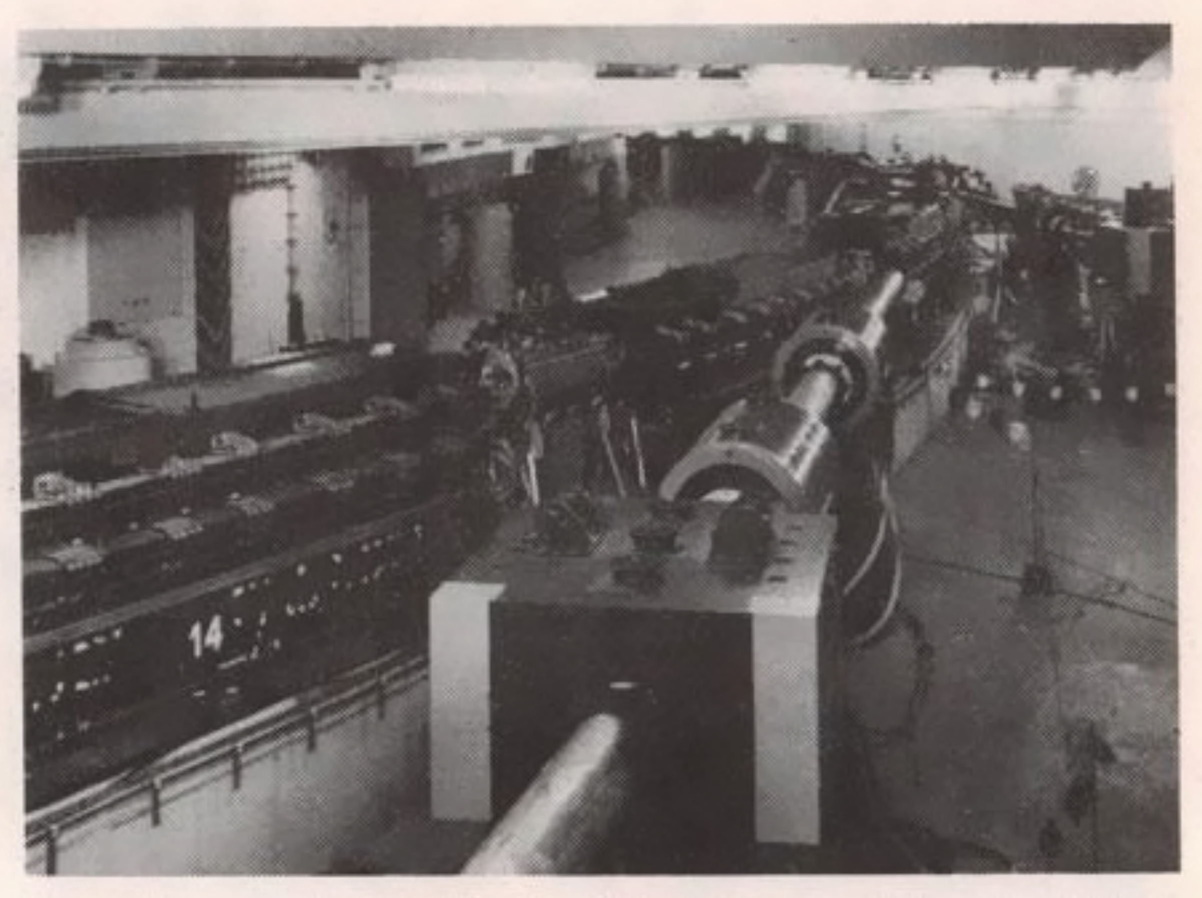
Wenn dem so wäre! Der gute Mann begibt sich auf die Stufe der einfachen Warenproduktion und denkt, er könne so zum Ziel kommen. Wahr ist, kauft A für 10 Mark Tonerde von B, und gibt dann B sein ganzes Einkommen für den Ankauf von Wein bei C aus, gibt dann C sein Einkommen aus, um von A Tonkrüge zu kaufen, so entspricht freilich die Summe der erzielten Einkommen der Summe der Marktpreise der produzierten Waren. Woher aber die Störung im Austausch?











kapitalist hat einen fetten Auftrag weg, und alle Kapitalisten können ihr Warenkapital rascher versilbern und die Transportkosten senken. – Rohstoffsuche: Die Größe der Aufgabe erfordert staatliche Finanzierung. – Forschungen, die ein Kapitalist allein nicht zahlen kann oder die ihm zu teuer sind. Die Staatskasse schießt zu. – Reicht die gegenwärtige Steuererziehung nicht aus, den Kapitalisten Gelder zukommen zu lassen, so verschuldet sich der Staat im Vorgriff auf zukünftige Steuererhöhungen. Der KBW fordert: Keinerlei Neuverschuldung der öffentlichen Hände. Tilgung der Staatsschulden durch Erhöhung der Vermögenssteuer. Statt mit Steuern den Kapitalisten die Zinsen der Staatsschuld zu zahlen, sollen die Kapitalisten mit Steuern die Schulden des Staates abzahlen.

Daß der Austausch in der kapitalistischen Wirtschaft nicht läuft, wie er träumt, weiß der Professor Schui auch. So kommt er nun zu dem weisen Schluß, wenn weniger ausgegeben würde, als eingenommen wird, käme die Produktion ins Stocken. Also sinngemäß. A trotzt und kauft, weshalb auch immer, nicht mehr bei B, sondern spart seine 10 Mark, weshalb B auf seiner Tonerde sitzen bleibt. Nun solle, so jene naiven Theoretiker des Staatskredits, der Staat dem A seine 10 Mark entleihen und damit dem B seinen Ton abkaufen. Womit der B auch wieder Einkommen hat, seinen Wein bei C kaufen kann, jener seine Krüge bei A, dem, nehmen wir es an, die Tonerde im Rahmen eines staatlichen Existenzgründungsprogramms geschenkt wurde.

Jene Theoretiker verleugnen mit großer Begeisterung die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, indem sie die Beziehungen seiner Produktionsagenten in Beziehungen der einfachen Warenzirkulation darzustellen suchen, die einer ganz anderen Epoche angehört. Sie „übersehen", wie das Kapital zwischen den Austausch tritt, wie der Mehrarbeit aneignende Kapitalist maßlos akkumuliert, bis die Verwertung seines Kapitals ins Stocken kommt, wie insbesondere für einen Teil seines Kapitals, den fixen Teil, Realisation und Ersatz – in Schuis Worten: Einkommen und Ausgabe – auseinanderfallen muß, und schließlich abstrahieren jene Theoretiker des Staatskredits auch von den Wirkungen des Kredits, der wohl Nachfrage erzeugen kann, wo nichts bares ist, wenn bloß Rückzahlung garantiert ist, der aber auch auf Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise Warenzirkulation vermitteln kann, ohne daß die Realisation des Werts der auf Pump gekauften Ware letztlich gelingt. So kann der Staatskredit allenfalls vorübergehend eine Produktion anregen, um gleichzeitig die nächste Krise auf höherem Niveau vorzubereiten.

Es war nämliche Ökonomendummheit, die die Sozialdemokratie bereits 1974/75 hervorposaunt hat, und die ihren die Verschuldung flankierenden Krisenprogrammen die nötige Weihe verleihen sollte. Die Akkumulation des Kapitals hatte jene Grenze überschritten, über der die weitere Akkumulation ins Stocken geriet. Die Investitionen sanken. Gleichwohl hatten die Monopole noch kräftig abkassiert und waren also ausgesprochen flüssig. Das Geldkapital suchte nach Anlage, die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten stieg noch an, obwohl die Produktion bereits im Stocken war (Schaubild 05). Kredite brauchten die Kapitalisten nicht, denn sie wollten nicht weiter investieren, und wo doch, so waren sie auf Kredit kaum angewiesen (Schaubild 06). Dieses brachliegende Geldkapital lieh der Staat, garantierte Rückzahlung und Zins, stieß es den Kapitalisten als „laufenden Zuschuß" in den Rachen oder tätigte Investitionen, die die Profite der Kapitalisten wieder besser fließen ließen: Verkehrsinvestitionen, Forschungsförderung, Innovationsförderung, Exportkredite, Wasserversorgung, usw. Ginge es bloß um „Steigerung der Nachfrage", so könnten die bürgerlichen Politiker ja auch die Steuer senken. Aber darum geht es nicht, es geht um Raub an Lohngeldern zugunsten des darbenden Profits, durch die Zwischenfinanzierung per Kredit nur etwas verdeckt. Ein rundes Dutzend Sonderprogramme wurde dazu beschlossen, und die Steuer für die Kapitalisten zu senken hat es dazu noch gereicht.

Die Staatsverschuldung von 1975 hat die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, sondern sie auf ein neues Niveau geführt, wie auch die Neuverschuldung seither sich auf neuem Niveau fortbewegt. Daher auch die Besteuerung, aus der allein die Rückzahlungen gemacht werden können, ein neues Niveau anstrebt. So hat die Staatsverschuldung ausschließlich den Kapitalisten genutzt, und denen auch nur kurz, weshalb sie jetzt schon den nächsten Coup dieser Art im Kopf haben. Insofern, aber auch bloß insofern, sind sie ob den hohen Tilgungsraten nervös. Denn es ist keineswegs gesichert, daß genügend überschüssige Gelder für Verlängerung der Altschulden wie Finanzierung eines neuerlichen Schuldencoups da sind. Der Traum vom Aufschwung, den die Kapitalisten gehabt haben mögen, ist dahin, und damit die Möglichkeit, den Schuldenberg abzutragen; und da klopft die nächste Krise schon ans Fenster. Denn sogar durch den amtlichen Optimismus von Wirtschaftsministerium und Bundesbank klingt nun, daß nur noch die Nachfrage nach Investitionsgütern den Schein der Konjunktur erhält; jene sind auf Kredit gekauft, und ob sie sich dem einzelnen Kapitalisten je auszahlen, weiß keiner von ihnen. Der Ausweg, den die Kapitalisten versuchen werden: die Volksmassen zahlen lassen.

Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Mrd. DM
400
300
200
100
11 hiervon:
4 Personalausgaben
3 lfd. Zuschüsse
2 Sachinvestitionen
1 Zinsausgaben
4
3
2
1
60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78

Staatsausgaben, die bei der Kapitalistenklasse zu Buche schlagen

z.mif. **Matthöfer und Apel sind damit befaßt, einen Nachtragshaushalt für das Jahr 1980 zusammenzustellen,** diesmal nicht zur Verwendung der erhöhten Steuereintreibung wie sonst, sondern zur Nutzung der Zuspitzung der Widersprüche zwischen den Supermächten und zwischen Imperialismus und Dritter Welt. Allein 800 bis 900 Mio. DM werden nach Presseberichten für zusätzliche militärische Beschaffung veranschlagt. Apel hat in der Zeitschrift „Quick" eine „Runderneuerung von Waffen und Gerät" angekündigt, die ein Volumen von „bald 50 Milliarden Mark" haben soll. Der Haushalt 1980 hat im Sektor Verteidigung einen Umfang von 38 Milliarden, davon sind für militärische Beschaffungen und Anlagen 15 Milliarden veranschlagt. Vance soll sich vom Rüstungseifer beeindruckt gezeigt haben. Apel: „Es ist natürlich nicht zu verantworten, den Zukauf der Waffen und des Gerätes wegen Preissteigerungen hinauszuzögern. Die Weltsituation läßt das nicht zu." Die Bundesregierung hält es für ihre Pflicht, den sogenannten Mittleren Osten in engere Abhängigkeit vom Imperialismus zu bringen. Apel: „Daß wir mit hohen Milliarden-Beträgen antreten müssen in der Türkei, in Pakistan, in Indien im Bereich der Entwicklungshilfe, aber auch bei der militärischen Hilfe für die Türkei, das liegt für mich auf der Hand."

Der Haushalt 1980 (in 1000 DM)

Ministerium	Personal-ausgaben	Investi-tionen	Gesamt-ausgaben
Auswärt.	506 708	14 094	397 822
Innen	1 244 180	782 077	3 649 632
Justiz	233 005	6 380	331 888
Finanzen	1 524 957	477 160	3 005 835
Wirtschaft	270 951	2 240 502	5 678 499
Landwirt.	224 757	1 719 780	6 594 978
Arb./Soz.	388 615	1 388 600	48 242 263
Verkehr	978 147	13 125 522	25 894 172
Post, Fern.	168	16 300	16 468
Verteidig.	17 025 422	377 754*	38 461 588
Jug./Fam.	103 113	89 340	18 931 945
Wirt.Zus.	28 950	4 382 759	5 231 672
Städtebau	58 588	2 501 155	4 382 440
Inn.dt.Bez.	28 286	13 003	481 044
Forschung	47 278	2 074 604	6 001 018
Bild./Wiss.	20 551	1 659 272	4 124 250
Summe Haush. '80	31 734 738	33 160 133	214 480 000

* Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.: 15 324 904 DM

„Der Beschluß, die Entwicklungshilfe kräftig zu erhöhen, dürfte leichter gefaßt werden, wenn man die positiven Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft kennt", so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, 20/79). Das Institut stellt fest, daß von der westdeutschen Kapitalhilfe fast zwei Drittel für Lieferungen westdeutscher Kapitalisten ausgezahlt werden, das entsprach 1977 einem Betrag von 1 Mrd. DM. Die Sachmittellieferungen im Rahmen der Technischen Hilfe hätten sich 1976 auf gut 160 Mio. DM belaufen. Aus multilateralen Entwicklungshilfeleistungen wie der Weltbankgruppe seien für 1976 weitere „Rückflüsse" von etwa 1 Mrd. DM nachweisbar. Aus nichtliefergebundener bilateraler Entwicklungshilfe seitens anderer kapitalistischer Staaten wird ein westdeutscher Export von 450 Mio. DM geschätzt; für den „privaten deutschen Kapitaltransfer in die Entwicklungsländer" werden die daraus resultierenden BRD-Exporte für 1977 auf rund 2 Mrd. DM geschätzt. „Insgesamt können für 1977 die aus Kapitaltransfers finanzierten deutschen Exporte in die Entwicklungsländer auf mindestens 4,5 Mrd. DM veranschlagt werden (gut 20% der gesamten Exporte der Bundesrepublik in diese Ländergruppe). Darüberhinaus schätzt das Institut die Exportaufträge an westdeutsche Kapitalisten aus den „Wachstumsimpulsen, die in den anderen DAC-Ländern durch Rückflüsse aus dem Kapitaltransfer in die Entwicklungsländer ausgelöst werden", auf 3 Mrd. DM.

Kapitalerträge (Zinsen, Gewinne, Dividenden) aus dem Ausland (Mio. DM)

	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Industrieländer	5917	6998	6747	7480	7818	9121
Entwicklungsländer*	1017	1162	1265	1536	1738	2013
Staatshandelsländer	88	131	275	435	553	798
Gesamt	10679	12852	12416	14124	15019	17254

* ohne OPEC Beilage zu „Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank" Die Zahlungsbilanz der BRD nach Regionen

Mit der Finanzierung und Organisierung von Wissenschaft und Forschung erspart der bürgerliche Staat der Kapitalistenklasse gewaltige Summen von Kapital und erhöht damit die Profitrate. In den Worten von Forschungsminister Hauff: „Technischer Fortschritt ist Voraussetzung für die Anpassungsfähigkeit einer Volkswirtschaft an Veränderungen der internationalen Wettbewerbssituation, die Deckung wichtiger, bisher zu kurz gekommener Bedürfnisse sowie für die Überwindung von Engpässen und Verknappungstendenzen z.B. bei Rohstoffen und Energie." Aus öffentlichen Haushalten wurden 1969–78 100 Mrd. DM gezahlt.

Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in der BRD (Mio. DM)

Jahr	Gesamt-ausgaben	finanziert durch öff. Haush.	finanziert durch Wirtschaft
1969	12250	5674	6399
1970	14800	6900	7610
1971	18000	8700	8735
1972	19250	9600	9180
1973	20460	10350	9624
1974	22290	11350	10340
1975	24645	12035	11792
1976	25740	12300	12600
1977	27889	12700	14329
1978	30116	13900	15336

Bundesbericht Forschung 1979

Staatlich finanzierte Forschungs- und Entwicklungsausgaben (Mio. DM)

Erforschung und Nutzung der irdischen Umwelt	274,8
Gestaltung der menschl. Umwelt	466,3
Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit	771,2
Erzeugung, Verteilung und rationelle Nutzung der Energie	1883,6
Landwirtschaftliche Produktivität und Technologie	292,3
Industr. Produktivität u. Technol.	1074,3
Probleme des Zusammenlebens in der Gesellschaft	644,2
Weltraumforschung und -nutzung	600,9
Verteidigung	1731,8
Allgemeine Forschungsförderung	6280,1
Gesamt	14019,4

z.doj. **2,3 Mrd. DM aus ihrem „Programm für Zukunftsinvestitionen" hat die Bundesregierung bis 1979 zusätzlich zum regulären Haushalt für Verkehrsaufträge vergeben.** 1980 sollen noch einmal 1,2 Mrd. DM an Bundesmitteln für den Ausbau des Verkehrsnetzes freigesetzt werden. Ein gutes Transportsystem ist der gesamten Bourgeoisie wichtig. Die Kapitalisten brauchen zur Profitmaximierung einen schnellen und billigen Kapitalumschlag, der Transport der Rohstoffe und Waren muß ohne Zeitverlust und mit geringsten Kosten vor sich gehen. Dazu hat die Regierung ihnen ein gutes Wasser-, Schienen-, Luft- und Straßenverkehrsnetz zur Verfügung zu stellen. Das Straßennetz ist grundlegendes Transportmedium für die verarbeitende Industrie.

In einer „Denkschrift" zum Straßenbau fordert die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar nachdrücklich den Ausbau des Fernstraßen- und Stadtumgehungsnetzes. Es zeigt sich schnell, warum: Die örtlichen Kapitalisten müssen für die Heranschaffung der Rohstoffe weite Wege und damit hohe Transportkosten in Kauf nehmen. Außerdem ist die in diesem Raum angesiedelte Industrie – vorwiegend Optik und Feinmechanik, Maschinen- und KFZ- sowie Lack- und Druckindustrie – auf weitverzweigte Teil- und Einzelauslieferung angewiesen und damit auf einen gut durchorganisierten LKW-Transport. 80% ihres Güterverkehrs wird deshalb auf den Straßen bewegt. Hinzu kommt, daß immer mehr Industriebetriebe im ländlichen Raum angesiedelt wurden und ans Verkehrsnetz angebunden werden mußten. Die IHK beklagt den hohen Geldverlust der Kapitalisten durch die verstopften Straßen. Säuberlich haben sie ihre Mehrkosten durch den stockenden Verkehr auf 26 km Bundesstraße aufgelistet:

Treibstoffverbrauch	14,91 Mio. DM
Zusätzliche Betriebsstundenkosten LKWs	22,20 Mio. DM
zusätzliche Kosten bei übrigen KFZs	7,49 Mio. DM
	44,60 Mio. DM

Dann lassen sie die 20%ige Zunahme von Staus auf Autobahnen im Jahr umrechnen auf das ihnen zur Verfügung stehende Autobahnnetz und kommen so auf einen „Staukosten"-Verlust von insgesamt 2,5 bis 3 Mrd. DM jährlich. In der Zerstörung des landwirtschaftlichen Raums sind sie weit gediehen, das enthüllt die Industrie- und Handelskammer in ihrer Denkschrift selbst:

Änderung der Wirtschaftsfläche in Baden Württemberg 1950–1978

Landwirtschaft	–7,1%
Öd- und Unland	+1,0%
Industriebauten und Verkehrswege	+4,8%

Die Vertreibung der Bauern, Zerstörung ganzer Regionen und gleichzeitige Verödung anderer Landesteile durch die Kapitalisten hat den heftigen Widerstand des Volkes hervorgerufen. In der „Denkschrift" hetzen die Kapitalisten gegen diesen Widerstand als „ängstlich, schwunglos, demoskopisch eingestellt". Gerade das Gegenteil macht ihnen zu schaffen. Mut und große Ausdauer legen die Volksmassen dabei an den Tag, wie z.B. die Boxberger Bauern bei ihrem Kampf gegen den Ausbau der Daimler-Benz Teststrecke. Darüber täuscht keine „Denkschrift"-Hetze hinweg.

Bischofsweihe in Münster: In Tradition von Kriegstreiberei und Unterdrückung

r.acm. Am 16. März will sich der vom Papst bestätigte neue Bischof Dr. Lettmann weihen lassen. Den Tag hat er sich gewählt nach dem Geburtstag des „Löwen von Münster", Clemens August Graf von Galen. Dieses „Löwendasein" wird ihm zugeschrieben auf Grund seiner „antifaschistischen Haltung", die er in der Zeit der faschistischen Herrschaft der deutschen Finanzbourgeoisie bewiesen haben soll. Das Grafengeschlecht von Galen ist kein unbeschriebenes Blatt. Schon „Bomben-Bernd" entstammte dem Geschlecht der von Galen und das war im 17. Jahrhundert. Eine lange Tradition der Bischöfe. Welche Tradition?

C. A. Graf von Galen wurde als erster Bischof nach dem Machtantritt Hilters geweiht, seinen Eid legte er auf die Herrschaft der Finanzbourgeoisie ab – und wird entsprechend tätig. Folgende Worte findet er im Hirtenwort zum Kriegsbeginn am 5. September 1939: „Auch die Gebete der von Gott gesetzten Obrigkeit in Familie, Volksgemeinschaft und Kirche haben teil an der Würde, Ausdruck und Forderung des heiligen Willens Gottes an uns zu sein. Nicht weil wir ihren Grund und ihre Notwendigkeit einsehen, wollen wir jeder Obrigkeit in allem, was nicht offenbar dem Gesetze Gottes widerstreitet, gewissenhaft gehorsam sein, sondern, weil jede Obrigkeit von Gott angeordnet ist." Segen für den imperialistischen Krieg und Dankbarkeit für die Absicherung des katholischen Glaubens als staatstragende Säule bei der Herrschaft der faschistischen Finanzbourgeoisie. Und natürlich ist, „in dieser Gesinnung für uns selbstverständlich, daß wir die Einschränkungen und Entbehrungen der Kriegszeit willig und freudig gleich allen anderen Volksgenossen auf uns nehmen", führt er neun Tage später aus.

Welch elementares Interesse am Gewinn des Beutefeldzuges er entwickelt entnimmt man seinem Hirtenbrief zum 1. Fastensonntag 1943: „. . . Voll inniger Liebe gedenken wir unserer Soldaten in der Ferne, die den Ansturm des Feindes den gewaltsamen Einbruch des gottlosen Bolschewismus von unserer Heimat fernhalten. Voll Dankbarkeit gedenken wir jener, die in heroischem Opfermut ihr Leben hingegeben haben, im Gehorsam gegen das göttliche Gebot der Vaterlandsliebe, das von je-
Gebot der Vaterlandsliebe, das von je-
dem einzelnen in dieser Notzeit den Einsatz der äußersten Kraft, jedes Lebens fordert . . ."

Die Saat ist nicht ganz aufgegangen, denn die deutsche Bourgeoisie wird im 2. Weltkrieg geschlagen. Kraft findet er in neuen Aufgaben, vornehmlich der Beschimpfung der Volksmassen und Unterdrückung ihres gerechten Willens nach Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung: „Wie hat man gefrevelt gegen die Reinheit, Einheit und Unauflöslichkeit der Ehe, und damit die Urzelle der von Gott gewollten Ordnung der Zerstörung überantwortet! Wie viele dienen . . . der Selbstsucht, der Habsucht, der Sinneslust! So ist das jetzige Weltgeschehen mit seinem Leid und Elend Strafe für die Sünden und eine erschütternde Darstellung der Gerechtigkeit Gottes . . ." Die Widerwärtigkeit wird deutlich: Hineinjagen in den imperialistischen Krieg, um dann, wenn die Männer vier, fünf Jahre zwangsweise an der Front gehalten werden, die Frauen, die nicht wußten ob ihre Männer noch lebten, zu beschimpfen, wenn sie neue Lebensgemeinschaften eingingen.

Nachdem Galen 1946 stirbt, gilt es im Neuaufbaustadium der kapitalistischen Herrschaft den Posten des Bischofs im größten Bistums Deutschlands entsprechend zu besetzen. Bischof Keller, ausgebildet im bischöflichen Priesterseminar zu Osnabrück, hält die Front. Seine wesentliche Aufgabe besteht darin, gegen die Interessen der Massen, die katholische Schule in der Verfassung durchzusetzen. Ablehnung von Landesverfassungen wegen „sozialistischer Mehrheiten", Mitarbeit am Grundgesetz und damit einheitliche Durchsetzung der katholischen Schule als Säule des Staates, sind seine Verdienste. Somit ist er auch prädestiniert für die Ansprache beim Eröffnungsgottesdienst des Bundestages am 7. September 1949: „. . . da es keine Gewalt außer von Gott gibt, ist die Autorität der Abgeordneten nur ein Widerschein der Autorität Gottes . . ." Und zur militärischen Aufrüstung erklärt er bekennend zur Landtagswahl in NRW am 6. Juli 1958: „Kein Katholik ist im Gewissen gehalten, auf Grund katholischer Lehre die Verteidigungsmaßnahmen abzulehnen, wie sie die Mehrheit der verantwortlichen Politiker in der derzeitigen Lage für notwendig gehalten hat . . . Wir haben alles zu tun, um unser Volk vor dem dialektischen und praktischen Materialismus, um uns alle vor dem Kommunismus zu bewahren, an dessen Ende der Ruin stehen kann." Entsprechend der Zielsetzung der „Erziehung der Jugend" wird um die katholische Schule gekämpft, während gleichzeitig der Ausbau kirchlicher privater Schulen betrieben wird. Bis heute hat die Kirche allein im Bistum Münster 66 private Sonder-, Real-, Fach- und Berufsschulen aufgebaut.

1963 muß wegen Tod des Vorgängers der nächste ran. Bischof Höffner (heute Kurienkardinal, Sitz in Köln) tritt in einer Zeit der sich entwickelnden Arbeiterbewegung an, um deren Unterwerfung unter die Ausbeuter-
Unterwerfung unter die Ausbeuter-
herrschaft zu fördern. Sein Buch „Christliche Gesellschaftslehre" zeigt seine Schulung darin auf. Alle Schönheiten dieser Lehre sind knapp entwickelt in seinem ersten Fastenhirtenbrief vom Januar '63: „Im Lichte unseres Glaubens leuchten vier Wahrheiten über den Sinn der Arbeit und des Berufes auf: I. Die Arbeit ist Gottes Wille und Auftrag . . . II. Die Arbeit ist ein dienendes Miteinander und Füreinander . . . Hier verbringen sie (die Arbeiter) die wachsten Stunden ihres Tages. Sie sollen es mit innerer Zustimmung tun. Die Bereitschaft, sich miteinander für alle verantwortlich zu fühlen, findet ihre Krönung in jener *edlen Gesinnung*, die uns *für andere arbeiten läßt* . . . Es ist heilsam für unser Volk, daß die Erwerbstätigen durch ihre Mühen jene Millionen miternähren, die als Rentner, Invalide, Kriegsopfer oder Hinterbliebene keinen eigenen Lebensunterhalt haben. Ihr wißt, wie hoch die Beiträge sind, die Euch regelmäßig von Eurem Lohn und Gehalt abgezogen werden. . . . Als Christen sollt Ihr nicht dagegen murren, sondern das Wort Christi nachsprechen: ‚*Geben ist seliger als nehmen*' . . . III. Die Arbeit ist Buße und Sühne. . . . Auch lehrt die Erfahrung, daß die Arbeit den Menschen vor triebhafter Zuchtlosigkeit und vor geistiger Unordnung zu bewahren vermag. Der Arbeit wohnt eine läuternde und sühnende Kraft inne . . . IV. Die Arbeit ist eine Verherrlichung Gottes. . . . Gott ruft dich nicht nur durch das was er dir gibt – Anlagen, Fähigkeiten, Neigungen – sondern er ruft dich auch durch das, was er dir schickt – Krankheit, Tod der Eltern, Kriegsfolgen und dergleichen." Programmatisch also, und diese Fähigkeit läßt ihn zum Kardinal aufsteigen.

1969 tritt Tenhumberg seinen Dienst an. Geschult ist er durch Beratertätigkeit bei der Bundesregierung von 1966 bis 1969. Er widmet sich der Priesterpflege – vor allem sollen Facharbeiter gefördert werden. Ehe und Familie sind sein Spezialgebiet. Im Kampf für die Erhaltung des § 218 geht er soweit, einen entsprechenden Hirtenbrief zum 1. Mai 1979 in die Welt zu setzen. Organisiert wird mit aller Kraft der Einfluß auf die Jugend. Allein in der Stadt Münster sind 14077 Schüler in Grund- und Hauptschulen der Propaganda der Kirche ausgesetzt. Das sind mehr als 56%. An Plätzen in Kindergärten halten sie 3750. Diese Bastionen werden gleichzeitig entsprechend durch den Staat finanziert. Ein Beispiel: Für die Kardinal-von-Galen-Schule werden von 6,7 Mio DM, 2,6 Mio DM vom Lande getragen.

Wenn Lettmann am 16. März antritt, so in der Tradition seiner Vorgänger. Er muß jetzt Terrain wiedergewinnen. Die Kirchgänger nehmen ab, die Austritte nehmen zu. „Seelsorge" ist sein Ausbildungsgebiet und das macht ihn wie geschaffen für die anstehenden Aufgaben bei der schulischen Ausbildung, wie seine Arbeitersohnvergangenheit auch Wirkung auf die Arbeiterbewegung im Bistum haben soll. Wenn er sich in einer Zeit der Zuspit-
wenn er sich in einer Zeit der Zuspit-
zung der Widersprüche in der Welt, auf den Graf von Galen – dem Kriegstreiber – beruft, dann wird auch die Absicht deutlich, mit welcher er sein Amt antritt.

Die Durchsetzung der Forderung: „Völlige Trennung von Kirche und Staat und Unterrichtswesen, Religionsunterricht nur als private Veranstaltung" wie sie im Programm des KBW gefaßt sind, gewinnt ihre Triebkraft nicht einfach aus dem großen Einfluß der Kirche, ihrer gewaltigen Finanzmittel und Unterstützung durch den imperialistischen Staat, sondern aus der Notwendigkeit heraus, eine erneute Propagandatätigkeit für die Unterwerfung unter die Ziele der Bourgeoisie nach Ausbeutung und imperialistischen Krieg frühzeitig zu zerschlagen.

Kindergartenplätze Stadt Münster

Kath. Kirchengemeind.	3750	65,1%
Ev. Kirchengemeinden	970	16,8%
Wohlfahrtsverbände u. sonstige freie Träger	221	3,8%
Stadt Münster	825	14,3%

Entwicklung der Kirchensteuer Mio. DM

Jahr	K.-Lohnst.	K.-Einkst.	Gesamt
1973	138,5	74,0	212,5
1974	158,5	75,3	233,8
1975*	118,7	66,9	185,6
1976	–	–	206,9
1977	–	–	237,9

*Ab 1975: Gesenkter Steuersatz um 1%

Einnahmen Bistum Münster (Mio. DM) aus:

Jahr	Allg. Grund-	Allgem. Kapitalvermögen, Bet. und Rechte
1973	0,160	12,601
1974	0,655	13,294
1975	0,404	10,707
1976	0,045	9,208
1977	0,436	9,694

Quelle: Zitate und Statistische Daten sind dem Amtsblatt des Bistums Münster, versch. Jahrgänge, entnommen.

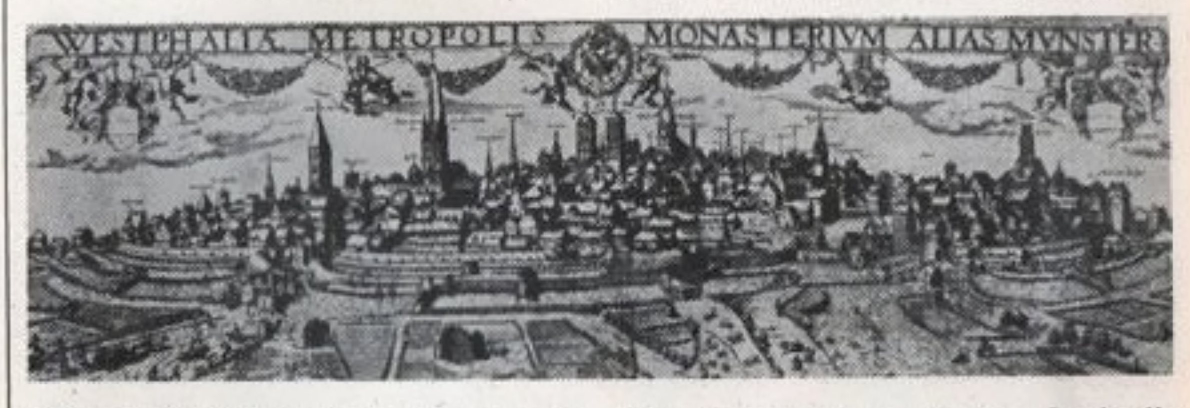
Erst nach 30jährigem Kampf in Westfalen war es dem Frankenkönig Karl dem Großen gelungen, die heidnischen Sachsen unter Widukind zu unterwerfen. Unter dem ideologischen Mantel des Christentums hatte sich bei den Franken bereits eine adlige Klasse von Grundbesitzern über das Volk erhoben, während die Sachsen noch ein Volk von freien Bauern mit alter Stammesverfassung waren. Karl überträgt um 792 dem friesischen Priester Liudger die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse in den westlichen Teilen Westfalens. Liudger wählt *Mimigernaford*, im Mittelpunkt der Westfälischen Bucht an einer verkehrsgünstigen Stelle gelegen, als Bischofssitz. Den Grund und Boden dafür und zwei Wirtschaftshöfe erhält er vom Kaiser zur Verfügung gestellt. 805 wird Liudger zum ersten Bischof der später *Münster* genannten Stadt geweiht. Seine Diozöse besteht aus dem gesamten Dreingau (heutiges Münsterland) und fünf friesischen Gauen. – Kaiser Otto der Große macht die Bischöfe zu den Verwaltern seines Reiches und damit zu Stützen der Feudalherrschaft. Die Münsterschen Bischöfe kommen fortan vorzugsweise aus dem Hochadel, nehmen an den Kreuzzügen teil und begleiten den Kaiser nach Italien; alles im Interesse seines Anspruches auf Weltherrschaft.



Bischöfliche Truppen erobern Münster (1535)

Wiedertäuferkäfige an der Lambertikirche in Münster

Mit der Ablösung der alten Stammesherzogtümer durch die Landesherrschaften von Grafen- und Fürstenfamilien (Dynastien) um 1200 werden auch die Bischöfe von Münster und Osnabrück in ihren Bistümern selbständige Landesherren. Schon Bischof Friedrich II. hatte Münster um 1160 von der Gewalt des Stiftsvogts, des Grafen von Tecklenburg, freigekauft, und sich damit zum Fürstbischof aufgeschwungen. Es entwickelt sich eine heftige Rivalität zwischen den Bischöfen und dem gewalttätigen Adel (Raubritter). Jeder will die fettesten Pfründe. Besonders hervor tun sich dabei Fürstbischof Otto IV. (Graf von Hoya) und der „tolle Klaus" (Graf von Tecklenburg) um 1400. Dem Bischof gelingt es, eine Anzahl von Raubburgen zu brechen und seine Herrschaft im Emsland, dem „Niederstift", zu festigen. Mitte des 15. Jahrhunderts kommt es zur „Münsterschen Stiftsfehde", als sich zwei Bewerber gegenseitig den Bischofssitz streitig machen. Nicht ohne Grund, denn Münster war inzwischen zu einer wirtschaftlich bedeutenden Stadt von 12000 Einwohnern herangewachsen. Das Stadtbürgertum strebte nach völliger Unabhängigkeit von seinem bischöflichen Landesherrn, erleidet jedoch 1454 in der Schlacht bei Varlar eine blutige Niederlage. Da die Kirche daraufhin ihren Grundbesitz und ihr Gewerbe in der Stadt Münster noch weiter ausdehnt, verschärfen sich die Widersprüche zwischen Klerus und Bürgertum. 1525 brechen offene Unruhen aus, die Stadt wird evangelisch, die Gilden übernehmen das Regiment, ohne jedoch den Fürstbischof als Oberherrn gänzlich abschütteln zu können. In dieser Lage faßt die revolutionäre Ideologie des Täufertums Fuß bei Tagelöhnern, Handwerkern und Kaufleuten. Das Reich der „Wiedertäufer" setzt endlich 1534/35 die Forderung dieser Schichten nach Gütergemeinschaft und Sturz der adeligen Obrigkeit durch. Mit Hilfe des Kaisers gelingt es Bischof Franz von Waldeck, das Täuferreich zu zerschlagen und erneut die Herrschaft des Klerus zu errichten.



Die mittelalterliche Stadt Münster um 1618. In der Mitte über der Stadt die „Domburg", der Sitz des Bischofs.

Nach Wiederzulassung der Gilden 1553 kann sich das Gewerbe in der Stadt rasch wieder entfalten. Im Dreißigjährigen Krieg gilt die Stadt aufgrund ihrer starken Befestigungsanlagen als uneinnehmbar und wird für neutral erklärt. Der Bischof verliert mehr und mehr seinen Einfluß auf die Stadt, die nach dem Westfälischen Frieden von 1648 sogar völlige Reichsfreiheit fordert. Bischof Christoph Bernhard von Galen („Bombenbernd") gelingt es nach dreimaliger Belagerung erst 1660, die Stadt zu unterwerfen. Er schafft alle Bürgerrechte ab, wird absoluter Herrscher. Münster verkommt zu einem Ackerbauernstädtchen. Bis ins 19. Jahrhundert hinein bleibt es ein Hort der katholischen Reaktion. Auch die Gründung der Universität durch den fürstbischöflichen Minister Freiherr Franz von Fürstenberg im Jahre 1773 ist ein bewußter Schlag gegen die aufkommenden Ideen der Aufklärung und des Rationalismus. Die ersten Lehrer waren Angehörige des Jesuitenkollegiums.



Bischof Franz von Waldeck ließ gegen „aufrührerische Gelüste der Stadt" 1536 den heute noch erhaltenen Zwinger errichten.

Um die Ohnmacht der Stadt zu besiegeln, baute Bischof C. B. von Galen noch 1660 eine Zwingburg, von der freies Schußfeld auf die Stadt hatte.

Erst als 1802 preußische Truppen in Münster einrücken, ist die feudale politische Macht der Bischöfe gebrochen. Der preußische Staat bricht auch in Westfalen durch Verbesserung der Gewerbe- und Verkehrsverhältnisse dem Kapitalismus Bahn. Die katholische Kirche dafür nutzbar zu machen, gelingt zunächst nicht, dafür verkörpert sie noch zu sehr die Interessen der Feudalen. Erst 1845 mit der Bischofswahl B. G. Kellermanns, Sohn eines Hauswebers, ändert sich das. Sein Nachfolger, J. G. Müller, läßt durch Ordenspriester Volksmissionen halten und versucht die Arbeiterbewegung damit an die reaktionäre christliche Ideologie zu binden. 1848 spricht er sich gegen „radikale Bestrebungen" aus. Brauchbares Werkzeug der Bourgeoisie bleiben die Münsteraner Bischöfe immer in der Unterdrückung von Arbeiter- und Bauernaufständen, so in der Novemberrevolution 1918 und nach dem Kapp-Putsch 1923, als revolutionäre Verbände aus dem Ruhrgebiet bis auf 10 km vor Münster vorrücken.